Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. Dezember 1979
Jg. 7 Nr. 50

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Generalstreik auf Guadeloupe gegen koloniale Ausbeutung

z.inl. Am 3. und 4.12. streikten Arbeiter und Angestellte aller Wirtschaftszweige auf Guadeloupe auf gemeinsamen Aufruf aller Gewerkschaften. „Gegen den Abbau der Zuckerindustrie, Kündigungen und Arbeitslosigkeit, für Verteidigung der Kaufkraft, Achtung der Würde der guadeloupischen Arbeiter und Entkolonialisierung“ waren die Forderungen des Streikaufrufs. Im Oktober streikten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen Streichung der Teuerungsprämie. Auf Martinique, der zweiten Kolonie des französischen Imperialismus in den Antillen, sind die Kämpfe seither nicht abgerissen, die Bewegung erfaßt alle Teile des Volkes. Fast 400000 Einwohner der Antillen – dort leben noch 700000 – sind durch Elendslöhne (Mindestlohn 775 DM) und hohe Arbeitslosigkeit (auf Guadeloupe 20%) nach Frankreich vertrieben worden.

Kuba: Drastische Einbrüche im Zuckerrohranbau

z.anb. Tausende Arbeiter, Schüler, Studenten sind zur Zeit im Sondereinsatz auf den Zuckerrohrfeldern. Sie beseitigen die auf Kuba vorrangig angebaute Pflanzensorte „Barbados 4362“, die durch schweren Rostpilzbefall praktisch vernichtet ist. Die Empfindlichkeit dieser, zwar sehr ertragreichen, Sorte für Schädlingsbefall hat in Verbindung mit drastischen Mängeln im Bewässerungssystem einen Einbruch in den Plan für die Zuckerproduktion zur Folge, der bis 1981 seine Wirkungen haben wird. Die ins Übermaß gesteigerte Intensivierung der Anbaumethoden ohne Regenerationsphasen für den Boden fordern einen Tribut, den die sowjetischen Imperialisten bereits in ihrer sozialistischen Integration als Einnahme verbucht haben. In übermäßiger Schweißauspressung der kubanischen Arbeiter suchen die Vasallen der UdSSR den Ausweg.

Aktionen in Honduras für Agrarreform, gegen US-Imperialismus

z.wom. Mit der Besetzung der Kathedrale von Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, protestierten Ende November Studenten gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung und gegen die Verhaftung von 100 Bauern. – Seit

Der SPD-Parteitag liegt der Regierung zu Füßen

Wehner hält dem Opportunismus Plätze frei / GSG 9-Wischnewski stv. Parteivorsitzender / Schmidt vor Brandt

z.frb. Die SPD-Spitze weiß, was sie schuldig ist, und der Klüngel aus Staatsbeamten und Fabrikoffizieren, der die Schaltstellen der Sozialdemokratischen Partei beherrscht, weiß es auch, wenn er sich nicht die Laufbahn versauen will. „Die innerparteiliche Demokratie, die das Grundgesetz fordert, wird nicht geschädigt, wenn die Einsicht und der Wille derjenigen obsiegen, welche die höhere Verantwortung zu tragen haben, nämlich die staatliche.“ So hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dem Parteitag auf den Weg gegeben. Parteien hätten dem Staat nicht zu diktieren, sondern zu dienen, sie seien „Organisationen zur Beschaffung von Regierungspersonal“. Diese Aufgabe hat der Parteitag zu Westberlin denn auch erfüllt und übererfüllt. Mehr Stimmkarten als Willy Brandt erhielt Helmut Schmidt, und sein Kanzleramtsminister wurde zum zweiten der beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden gekürt.

Da ging es um Kernenergie. Beschlossen wurde der Vorstandsantrag. Baugenehmigungen für Kernkraftwerke sollen erteilt werden, wenn Bund und Länder mit der Verwirklichung eines gemeinsamen Entsorgungskonzepts für den Atommüll beginnen, das ausreichend Zwischenlager mit der stufenweise zu realisierenden Einrichtung eines Endlagers verbindet. Betriebsgenehmigungen werden erteilt, wenn die erforderliche Kapazität an Zwischenlagern bereits steht und mit der Einrichtung eines Endlagers begonnen ist. Zwischenlager werden gebraucht, denn wohin mit dem schon jetzt anfallenden radioaktiven Müll, wird es heißen, und die Partei, die jetzt hinter dem Hamburger Beschluß zurechtgeklopft wurde, wird es propagieren; und sind die Zwischenlager erst voll, wer will dann schon die Verantwortung auf sich nehmen, die Endlagerung zu verhindern. So das Kalkül, aber nicht nur. Denn, so waren sich alle Flügel einig, es muß auf jeden Fall *gespart* werden. Offen war vom Lohn auf diesem Parteitag nicht die Rede, so aber schon. Die Wehnersche Lockformel „Weder Kernenergie um jeden Preis, noch Kernenergie um keinen Preis“ läßt Hoffnungen Raum und weist den Opportunisten die Richtung der Realpolitik. Das Abenteuer Kernenergie kann klein gehalten werden, wenn nur genug

geholztem Gelände oder unter eingerissenen Dörfern entstehen und wenn nur genug gespart wird.

Das zweite zur Einschwörung auf Regierungskurs ausersehene Thema war die Raketenrüstung. Der Vorstandsantrag forderte die Produktion der US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen und deren Stationierung in Europa. Drei Viertel der Delegierten stimmten zu, denn, so Schmidt, erst der entsprechende NATO-Beschluß setzt die USA in die Lage, mit der SU zu verhandeln. Die US-Imperialisten brauchen die Waffe, die treffsicherer ist als die Interkontinentalwaffe. Während letztere bloß als Terrorwaffe zu gebrauchen ist, wird auf dem Mittelstreckenträger die Atombombe erst militärisch – gegen Truppenkonzentrationen in Aufstellungsräumen – und damit auch politisch einsetzbar. Ihre Verfügbarkeit ist für einen Waffengang um Europa, wie immer die konkrete Vorgeschichte des Krieges verläuft, geradezu unentbehrlich. Die BRD-Imperialisten wollen die Waffe auf ihrem Gebiet, weil ihnen dies Pfunde in die Hand gibt, mit denen sie wuchern können. Im Frühjahr hatte Wehner eine Debatte angezettelt, die sich für ein Arrangement mit den Sozialimperialisten aussprach. Er hat damit erreicht, daß die BRD-Imperialisten jetzt als diejenigen erscheinen, denen die Aufrüstung förmlich aufgedrängt würde, wiewohl sich kaum jemand je so gerne etwas aufzwängen ließ, wie die Regierung Schmidt die Mittelstreckenraketen, an die sie sonst nicht kommt. Die Entspannung, die die Bündnisse in Bewegung bringt, geht jetzt erst richtig los. Schmidt: „Ich sage es nocheinmal, die Weltmacht Sowjetunion wird sich auf die Dauer Verhandlungen zur beiderseitigen Begrenzung nicht entziehen wollen.“

Längst vergessen die Entspannungsübung in Sachen Kriegsdienstverweigerung. Aus den Friedensrufen schält sich jetzt der harte Waffenkern. Aufrüstung aber bloß, damit der Frieden erzwungen werden kann. Und Wehner bietet wieder die Hand, verlangt, wenn ihr Frieden wollt, müßt ihr dem Kanzler die Füße küssen. „Das Gewicht der Bundesregierung und der Kanzlerschaft Helmut Schmidt ist Gewähr für die Weiterentwicklung der Entspannung und für die Minderung der Rü-

Unterwerfung der Mitgliedschaft unter das imperialistische Expansions- und Kriegsprogramm war das Ziel dieses Parteitages, nicht ohne daß Honigspuren gelegt wurden, auf denen der Opportunismus einmal den Widerstand gegen das Energieprogramm auf den Pfad der Energieeinsparung und Lohnsenkung führt, zum anderen den Kampf für den Frieden für Aufrüstung mobilisiert und zum Spielball einer zwischen den imperialistischen Bündnissen lavierenden Regierung macht.

Von anderen Themen war nur am Rande die Rede. Anke Fuchs machte klar, daß eine Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente 1982 ohne Abzug von der Rente nicht in Frage komme. Über die Lohnbesteuerung war nichts zu vernehmen. Die Gewerkschafter in der SPD, denen die Kapitalisten auf dem Pelz sitzen, anders als jenen Darstellern, die für den falschen Schein eines Kampfes um Mehrheiten zu sorgen hatten, pflegten Zurückhaltung. Sie wollten sich wohl nicht zu Hampelmännern der Regierungsfraktion machen, wie es Alfred Schmidt erging mit seinem Einsatz für Kernenergie.

Auf Seite 10 dieser Zeitung berichten wir über die Auseinandersetzung, die die Arbeiter der Berliner Stadtreinigung mit dem SPD-geführten Senat zu führen haben. Bis zum Abend des vergangenen Freitag hatten über 200 Mitglieder der SPD in diesem Betrieb ihre Parteibücher beim Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates eingesammelt. Es ist ein Ultimatum vor dem Parteiaustritt, dessen Zeitpunkt sicherlich wohl überlegt ist.

Die afghanische Unabhängigkeitsbewegung versetzt den Sozialimperialisten Schläge



Kräfte der afghanischen Unabhängigkeitsbewegung haben Ende November die Kontrolle über die nördliche Grenzprovinz Takhar gewonnen, die Regierungstruppen entwaffnet und die russischen Offiziere getötet. Insgesamt kontrollieren die Truppen der Regierung nur noch den Umkreis der Städte und die wichtigsten Straßen; jede Berührung mit den Befreiungskämpfern (Bild) fördert ihre Zersetzung. Die „Großoffensiven“ der Regierung sind begrenzte Terrorangriffe mit massiver Panzer- und Luftunterstützung. Die Sozialimperialisten stocken ihre Mannschaft im Land auf und nehmen strategische Punkte wie den Nachschub-

Kuba: Drastische Einbrüche im Zuckerrohranbau

z.anb. Tausende Arbeiter, Schüler, Studenten sind zur Zeit im Sondereinsatz auf den Zuckerrohrfeldern. Sie beseitigen die auf Kuba vorrangig angebaute Pflanzensorte „Barbados 4362“, die durch schweren Rostpilzbefall praktisch vernichtet ist. Die Empfindlichkeit dieser, zwar sehr ertragreichen, Sorte für Schädlingsbefall hat in Verbindung mit drastischen Mängeln im Bewässerungssystem einen Einbruch in den Plan für die Zuckerproduktion zur Folge, der bis 1981 seine Wirkungen haben wird. Die ins Übermaß gesteigerte Intensivierung der Anbaumethoden ohne Regenerationsphasen für den Boden fordern einen Tribut, den die sowjetischen Imperialisten bereits in ihrer sozialistischen Integration als Einnahme verbucht haben. In übermäßiger Schweißauspressung der kubanischen Arbeiter suchen die Vasallen der UdSSR den Ausweg.

Aktionen in Honduras für Agrarreform, gegen US-Imperialismus

z.wom. Mit der Besetzung der Kathedrale von Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, protestierten Ende November Studenten gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung und gegen die Verhaftung von 100 Bauern. – Seit
1900 bestimmen in Honduras, einem Nachbarland von Nicaragua, El Salvador und Guatemala, die USA. Konzerne wie United Brands (früher: United Fruit) haben den Bauern das Land geraubt und kontrollieren den Export von Bananen, Kaffee, Tabak und Gefrierfleisch. Konterrevolutionäre Banden verüben von Honduras aus Provokationen gegen Nicaragua. Eine Eingreiftruppe soll bereitstehen gegen die revolutionäre Erhebung in El Salvador. Gegen die US-Monopole in Honduras haben die Bauern in den letzten Jahren große Landbesetzungen durchgeführt.

El Salvador: Arbeiter und Bauern errichten eigene Machtorgane

z.gek. Im Rahmen der gesetzten Frist von 30 Tagen (vgl. KVZ 46/79) hat die regierende Obristen-Junta die Forderungen der Gewerkschaften, Bauernligen und revolutionären Volksorganisationen in wesentlichen Punkten erfüllen müssen: Freilassung der politischen Gefangenen; Festlegung der Preise für die wichtigsten Güter des täglichen Bedarfs; Verdoppelung der Mindestlöhne für Saisonarbeiter, vor allem in der jetzt stattfindenden Kaffee-Ernte. Unerfüllt ist dagegen die Forderung nach Auflösung der Nationalgarde. – Inzwischen haben große Teile der Kleinbauern begonnen, ihre Steuern, vor allem die „Baumwollsteuer“, statt an die Regierung an eigene Organe der bewaffneten Volksmacht zu zahlen. Die Junta, durch Aufnahme der Revisionisten in die Regierung verstärkt, hat erklärt, „hart durchzugreifen“.

und sein Kanzleramtsminister wurde zum zweiten der beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden gekürt.

Da ging es um Kernenergie. Beschlossen wurde der Vorstandsantrag. Baugenehmigungen für Kernkraftwerke sollen erteilt werden, wenn Bund und Länder mit der Verwirklichung eines gemeinsamen Entsorgungskonzepts für den Atommüll beginnen, das ausreichend Zwischenlager mit der stufenweise zu realisierenden Einrichtung eines Endlagers verbindet. Betriebsgenehmigungen werden erteilt, wenn die erforderliche Kapazität an Zwischenlagern bereits steht und mit der Einrichtung eines Endlagers begonnen ist. Zwischenlager werden gebraucht, denn wohin mit dem schon jetzt anfallenden radioaktiven Müll, wird es heißen, und die Partei, die jetzt hinter dem Hamburger Beschluß zurechtgeklopft wurde, wird es propagieren; und sind die Zwischenlager erst voll, wer will dann schon die Verantwortung auf sich nehmen, die Endlagerung zu verhindern. So das Kalkül, aber nicht nur. Denn, so waren sich alle Flügel einig, es muß auf jeden Fall *gespart* werden. Offen war vom Lohn auf diesem Parteitag nicht die Rede, so aber schon. Die Wehnersche Lockformel „Weder Kernenergie um jeden Preis, noch Kernenergie um keinen Preis“ läßt Hoffnungen Raum und weist den Opportunisten die Richtung der Realpolitik. Das Abenteuer Kernenergie kann klein gehalten werden, wenn nur genug
Kohlegruben und -kraftwerke auf frei-

Verfügbarkeit ist für einen Waffengang um Europa, wie immer die konkrete Vorgeschichte des Krieges verläuft, geradezu unentbehrlich. Die BRD-Imperialisten wollen die Waffe auf ihrem Gebiet, weil ihnen dies Pfunde in die Hand gibt, mit denen sie wuchern können. Im Frühjahr hatte Wehner eine Debatte angezettelt, die sich für ein Arrangement mit den Sozialimperialisten aussprach. Er hat damit erreicht, daß die BRD-Imperialisten jetzt als diejenigen erscheinen, denen die Aufrüstung förmlich aufgedrängt würde, wiewohl sich kaum jemand je so gerne etwas aufzwängen ließ, wie die Regierung Schmidt die Mittelstreckenraketen, an die sie sonst nicht kommt. Die Entspannung, die die Bündnisse in Bewegung bringt, geht jetzt erst richtig los. Schmidt: „Ich sage es nocheinmal, die Weltmacht Sowjetunion wird sich auf die Dauer Verhandlungen zur beiderseitigen Begrenzung nicht entziehen wollen.“

Längst vergessen die Entspannungsübung in Sachen Kriegsdienstverweigerung. Aus den Friedensrufen schält sich jetzt der harte Waffenkern. Aufrüstung aber bloß, damit der Frieden erzwungen werden kann. Und Wehner bietet wieder die Hand, verlangt, wenn ihr Frieden wollt, müßt ihr dem Kanzler die Füße küssen. „Das Gewicht der Bundesregierung und der Kanzlerschaft Helmut Schmidt ist Gewähr für die Weiterentwicklung der Entspannung und für die Minderung der Rü-
stung.“

Die afghanische Unabhängigkeitsbewegung versetzt den Sozialimperialisten Schläge



Kräfte der afghanischen Unabhängigkeitsbewegung haben Ende November die Kontrolle über die nördliche Grenzprovinz Takhar gewonnen, die Regierungstruppen entwaffnet und die russischen Offiziere getötet. Insgesamt kontrollieren die Truppen der Regierung nur noch den Umkreis der Städte und die wichtigsten Straßen; jede Berührung mit den Befreiungskämpfern (Bild) fördert ihre Zersetzung. Die „Großoffensiven“ der Regierung sind begrenzte Terrorangriffe mit massiver Panzer- und Luftunterstützung. Die Sozialimperialisten stocken ihre Mannschaft im Land auf und nehmen strategische Punkte wie den Nachschub-
Flughafen Bargan direkt unter ihre Kontrolle.

Widersprüche gegen die US-Raketenpläne

Die Bewegungen gegen die Raketenstationierung zeigen Wirkung / Die Sowjetunion sucht ihren Vorteil

z.hku. Am vergangenen Freitag, den 7.12., sind die Ministerpräsidenten von Norwegen und Holland sowie der dänische Außenminister zu US-Präsident Carter gereist, um über die Lage zu verhandeln, die die Beschlüsse der NATO-Rats-Tagung über die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa bringen werden. Tags zuvor hatte das niederländische Parlament mit den Stimmen von 10 Abgeordneten der regierenden Christdemokraten die Regierung aufgefordert, keinerlei Stationierungsbeschluß zuzustimmen. Das dänische Parlament hatte bereits am 28. November der Regierung empfohlen, für eine Verschiebung der Entscheidung um 6 Monate und die gleichzeitige Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten.

Carter hat den „Partnern“ klargemacht, daß das Schicksal der NATO nicht von „Randstaaten“ bestimmt werden könne, und darauf verwiesen, daß der Beschluß auch ohne Einstimmigkeit gefaßt sei. Das zielte vor allem auf Holland. Schon bei der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe „war den Holländern klargemacht worden, daß es nicht nur die militärische Seite gebe, sondern daß auch weitreichende politische Aspekte bedacht werden müßten. Wenn Holland jetzt abseits stehe, bringe es sich in einen ‚völlig anderen Stand‘, der auch Rückwirkungen auf die EG haben werde.“ Das war auch die Ansicht der westdeutschen Imperialisten. (FAZ 15.11.)

Die Widersprüche mehrerer NATO-Staaten zu den Absichten der US-Imperialisten haben ihre Grundlage in der Ablehnung dieser Absichten durch die Volksmassen. In Holland sind im November eine Vielzahl von Aktionen durch eine Kundgebung mit 20000 Teilnehmern in Utrecht zusammengefaßt worden. 60 Organisationen und Parteien haben für Sonntag, den 9.12., zu einer internationalen Kundgebung in Brüssel aufgerufen. Beherrschend sind in dieser Bewegung die revisionistischen und linkssozialistischen Parteien und andere opportunistische Organisationen, aber die Beteiligung vor allem der Jugend geht weit darüber hinaus. Diese Bewegung hat die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie der kleineren NATO-Staaten bis zur handfesten Regierungskrise wie in Holland gesteigert; denn können sie sich einerseits nur im Bündnis mit den USA gegen die andere Supermacht behaupten, so ist doch auch klar, daß sie in einem Krieg um Europa wohl Schauplatz wären, sich aber keinerlei Hoffnung auf einen Anteil an der Beute machen könnten. Darum betonen sie derzeit die Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen den Supermächten.

Auf diese Interessenlage hatte die „Friedensinitiative“ Breschnews auch gezielt, der hervorgehoben hatte, daß sich die Gefahr eines nuklearen Gegenschlages für die Länder, die die neuen Mittelstreckenraketen stationieren, beträchtlich erhöhen würde. Die revisionistischen Parteien Westeuropas haben in den Bewegungen gegen die US-Pläne auf der Linie der Sozialimperialisten gearbeitet, um die NATO möglichst zu spalten und der SU den gegenwärtigen Vorteil zu erhalten. Aber ihr Gewicht hat nicht verhindern können, daß in diesen Bewegungen die Forderung nach Auflösung der Militärpakte erhoben wird und daß für die Kundgebung in Brüssel unter Forderungen gegen die US-Raketen wie gegen die sowjetischen SS20 mobilisiert wurde.

Vance-Besuch soll EG für Wirtschaftsblockade gegen Iran einspannen





Noch immer haben die USA den Schah nicht ausgeliefert. Er ist mitsamt seiner zusammengeraubten Kriegskasse die Schlüsselfigur ihrer Interventionspläne. Entscheidend ist die Entwicklung im Iran (vgl. S. 14).

z.bil. **Auf eine große Anfrage der CDU/CSU zur Entwicklungshilfe in Internationalen Institutionen antwortet die Bundesregierung mit „grundsätzlicher" Ablehnung der Aufnahme von Befreiungsbewegungen als Vollmitglieder in die Vereinten Nationen.** Verträgen zwischen Befreiungsbewegungen und der UN steht sie „zurückhaltend" gegenüber. – Im nächsten Jahr übernimmt die BRD den Vorsitz in der Generalversammlung. UNO-Botschafter von Wechmar gibt unter der Leitlinie „unser Nachholbedarf ist groß" die Richtung an: „Die EG-Neun sind unter tatkräftiger Mitwirkung der BRD in den Vereinten Nationen zu einem bestimmenden Faktor geworden, der eine Schlüsselfunktion übernommen hat." 1977 in den Sicherheitsrat eingerückt, war es die Mitwirkung an der „Namibia-Initiative": Entwaffnung der Befreiungskämpfer der SWAPO unter Beibehaltung der Rassistenverwaltung. – Die Generalversammlung soll unter dem Vorsitz der BRD in „erster Linie in ein Diskussionsforum" verwandelt werden. Nur eines bedauert von Wechmar, daß „wir keine eigenen bewaffneten UN-Einheiten" haben.



z.tit. **Die Bundesregierung ist zu keiner „Änderung irgendeiner Praxis" ihrer nukleartechnischen Zusammenarbeit mit Südafrika bereit.** In der Fragestunde im Bundestag erklärte Parlamentarischer Staatssekretär von Schöler auf eine entsprechende Anfrage: 1. gäbe es keine Zusammenarbeit; 2. die Lieferung von Isotopenmeßgeräten (für Urananreicherungsanlagen) der Firma Varian-MAT mit Genehmigung der Bundesregierung stünde nicht zur Debatte; 3. die Ausbildung von Südafrikanern in der Schwerionenforschung (nötig für die Produktion von Nuklearwaffen) in öffentlich geförderten Instituten der BRD sei einmal Freiheit der Forschung und zum anderen gehöre es in ein anderes Ressort; und 4. die Zusammenarbeit zwischen TÜV und ESCOM (südafrikanische Energiebehörde) bei „der Standortwahl, beim Bau und bei der Beurteilung von Sicherheitsfragen der von Frankreich gelieferten Atomreaktoren" sei beendet. Womit von Schöler die Rechtmäßigkeit der Verurteilung der BRD durch die UNO zugibt.



z.tit. **Die Bundesregierung ist zu keiner „Änderung irgendeiner Praxis" ihrer nukleartechnischen Zusammenarbeit mit Südafrika bereit.** In der Fragestunde im Bundestag erklärte Parlamentarischer Staatssekretär von Schöler auf eine entsprechende Anfrage: 1. gäbe es keine Zusammenarbeit; 2. die Lieferung von Isotopenmeßgeräten (für Urananreicherungsanlagen) der Firma Varian-MAT mit Genehmigung der Bundesregierung stünde nicht zur Debatte; 3. die Ausbildung von Südafrikanern in der Schwerionenforschung

z.kup. **Immer bedeutsamer werden die Investitionen der DEMINEX (Deutsche Erdölgesellschaft) in Vietnam.** Hatten die westdeutschen Kapitalisten bis Ende 1978 in Vietnam ein Kapital von 27,2 Mio. DM investiert, so ist es bis Ende Juni auf 44,2 Mio. DM gestiegen. Den Hauptanteil hat jeweils die DEMINEX. Sie schloß mit Vietnam einen Vertrag zur Ausbeutung eines 8200 qkm großen Aufschlußgebietes vor der Südostküste Vietnams. Auf der weltweiten Jagd nach Öl ist die DEMINEX nicht leicht zu bremsen. „In Ägypten ist der Durchbruch geschafft. Ein bedeutender Erfolg, der auch international unterstreicht, daß man ihr was zutrauen darf", schreibt im Februar 1979 die Zeitschrift „Öl".

z.ror. **Dem Verein "Hilfe für Vietnam" wird die Überflugerlaubnis für eine Lieferung nach Phnom Penh von der thailändischen Regierung verweigert.** Die Hilfe für Vietnam e.V., unter Leitung der Tochter des ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann, teilte mit, daß diese Entscheidung zur Ausladung einer Tonne Materials gezwungen habe, da für die längere Flugroute mehr Treibstoff benötigt werde. Das Internationale Rote Kreuz erklärte am 1.12., daß die Hilfsgüter noch immer nur in geringem Maße der Bevölkerung zugute kommen, was auch nicht weiter verwundert, denn die vietnamesischen Besatzer wollen versorgt werden. Schon im Oktober hat die Regierung Thailands erklärt, es könne keinem Land gestatten, Waffen nach Kampuchea zu liefern, eine Verletzung des Luftraums würde den Abschuß der Maschine hervorrufen. 50 Mio. DM will die Bundesregierung noch in diesem Jahr bereitstellen. Mit dem Verein "Ein Schiff für Vietnam" operiert sie in den Lagern Thailands. Das DRK und die „Welthungerhilfe" rufen zusammen mit der „Hilfe für Vietnam", die Vietnams Aggression „hilft", zu Spenden auf.

z.hku. **Ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank wird mit einem Kredit über 400 Mio. DM den Ausbau des polnischen Kupferbergbaus finanzieren.** Die VR Polen muß ihn mit jährlich 40000 t Kupfer bis 1989 zurückzahlen. 1976 war schon ein solcher Kredit mit der Lieferung von insgesamt 480000 t Kupfer verbunden worden; ab 1980 wird die BRD ein Fünftel des Kupferbedarfs aus Polen decken. – Im September hat Polen bei den westdeutschen Großbanken einen Kredit über 750 Mio. DM aufgenommen, mit dem die Erschließung von Vanadium und Ilmenit-(Titanerz-)Vorkommen finanziert werden soll. Die „Metallgesellschaft" liefert die Abbautechnologie; durch Erzlieferungen an sie wird der Kredit zurückgezahlt. Die Bundesregierung deckt alle Kredite mit Bundesbürgschaft. Bei Unterzeichnung des jüngsten Vertrages erklärte Thierbach, Deutsche Bank, „diese Art der Kooperation sei richtungsweisend"; Stück für Stück will der BRD-Imperialismus die Rohstoffe Polens in die Hand bekommen.

z.frb. **Nunmehr haben auch die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, die 40% der Stromabgabe liefern, Preiserhöhungen zum 1.1.80 angekündigt.** 1978 kassierten die Kraftwerke von den Volksmassen im Schnitt 18,8 Pfg./kWh, die Sonderabnehmer Industrie zahlten 9,7 Pfg. Die Gesamterlöse betrugen 34,5 Mrd. DM. Zieht man hiervon die gesamten Investitionen von 8,9 Mrd. DM ab, so bleiben 25,6 Mrd. zur Deckung laufender Kosten. Verteilt man sie entsprechend dem Anteil am Stromverbrauch, so hätten die Sonderabnehmer 14,7 Mrd. zu zahlen, die Tarifabnehmer 10,8 Mrd. Tatsächlich zahlten erstere 15,6 Mrd., letztere 18,9 Mrd.; die Differenz finanziert die Investitionen. Mithin lassen sich die Kapitalisten 90% der Investitionen von den „Tarifabnehmern" zahlen.

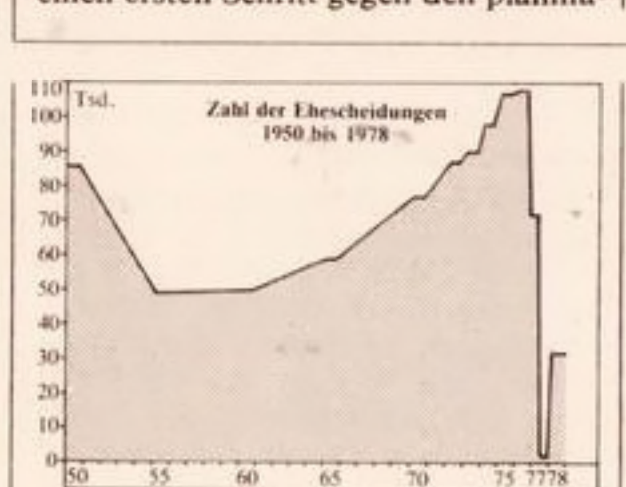
z.gab. **Auf Vorschlag Matthöfers hat die Bundesregierung am 28.11. beschlossen, ab 1981 die Spielkarten-, Zündwaren- und Essigsäuresteuer zu streichen.** Ein ganzes Promille allein der Tabaksteuereinnahmen machen diese 19 Mio. DM Steuersenkung aus. Die Tabaksteuererhöhung, die jetzt erst still und leise – wie die Einführung der Feuerschutzsteuer bundeseinheitlich – über die Bühne gebracht wurde, wird dies allein schon wettmachen. – Außerdem will die Bundesregierung eine Reihe einzelner Bestimmungen und Freibeträge ummodeln. 445 Mio. DM Mindereinnahmen, das sind ganze 2,7 Promille der Steuereinnahmen 1979, beträgt diese Matthöfersche „Steuervereinfachung", der er, wie er sagt, „große Bedeutung" beimißt. Neben Verdopplung des Trinkgeldfreibetrags, der Bergmannsprämie, des Spendenabzugs für kulturelle Zwecke sowie Erleichterungen bei der Besteuerung von Vereinen für kulturelle, sportliche und gesellige Veranstaltungen soll die Voraussetzung „zur Berufsausbildung" bei den jährlichen Ausbildungsfreibeträgen von 1800 DM bei Jugendlichen unter 18 Jahren und 4200 DM bei Jugendlichen über 18 Jahren, wenn sie auswärtig untergebracht sind, gestrichen werden. Das BAFöG soll nur dann vom Ausbildungsfreibetrag abgezogen werden, wenn es 200 DM im Monat übersteigt. So lächerlich die Steuersenkung insgesamt ist, von den 445 Mio. DM macht die Erweiterung der Sonderabschreibungen für Umweltschutzinvestitionen der Kapitalisten allein schon 330 Mio. DM aus.

der Kredit zurückgezahlt. Die Bundesregierung deckt alle Kredite mit Bundesbürgschaft. Bei Unterzeichnung des jüngsten Vertrages erklärte Thierbach, Deutsche Bank, „diese Art der Kooperation sei richtungsweisend"; Stück für Stück will der BRD-Imperialismus die Rohstoffe Polens in die Hand bekommen.

z.frb. **Nunmehr haben auch die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, die 40% der Stromabgabe liefern, Preiserhöhungen zum 1.1.80 angekündigt.** 1978 kassierten die Kraftwerke von den Volksmassen im Schnitt 18,8 Pfg./kWh, die Sonderabnehmer Industrie zahlten 9,7 Pfg. Die Gesamterlöse betrugen 34,5 Mrd. DM. Zieht man hiervon die gesamten Investitionen von 8,9 Mrd. DM ab, so bleiben 25,6 Mrd. zur Deckung laufender Kosten. Verteilt man sie entsprechend dem Anteil am Stromverbrauch, so hätten die Sonderabnehmer 14,7 Mrd. zu zahlen, die Tarifabnehmer 10,8 Mrd. Tatsächlich zahlten erstere 15,6 Mrd., letztere 18,9 Mrd.; die Differenz finanziert die Investitionen. Mithin lassen sich die Kapitalisten 90% der Investitionen von den „Tarifabnehmern" zahlen.

z.gab. **Auf Vorschlag Matthöfers hat die Bundesregierung am 28.11. beschlossen, ab 1981 die Spielkarten-, Zündwaren- und Essigsäuresteuer zu streichen.** Ein ganzes Promille allein

z.gih. **Am 28. Februar 1980 will das Bundesverfassungsgericht über das neue Ehescheidungsrecht entscheiden.** Rund 80 Verfassungsbeschwerden liegen vor und von mehr als 170 Gerichten ist das Gesetz als verfassungswidrig erklärt worden. Bis zum Jahr 1976 sind die Scheidungen auf 108363 in die Höhe geschnellt. Nach Inkrafttreten des neuen Scheidungsrechts ging die Zahl im 2. Halbjahr 1977 auf 1860 zurück. Zusätzlich zu der widerlichsten Schnüffelei, die spätestens bei der Regelung des Versorgungsausgleichs wieder einsetzt, kommt der Lohnraub. Um eine Rentenanwartschaft von nur 100 DM zu erlangen, müssen 17049,93 DM in die Rentenkassse eingezahlt werden. Bei 32462 Scheidungen im Jahr 1978 sind das 553,5 Mio. DM.



Haushalt 1980: Mehrkosten bei Fregatten

Fortsetzung von Unterdrückung und Expansion / 13 Mrd. Bankzins

z.mif. Diese Woche ist abschließende Beratung des Haushalts im Bundestag. Der Haushaltsausschuß, mehrheitlich von SPD und FDP besetzt, jedoch unter dem Vorsitz des CDU-Mannes Windelen, hat seine Beratungen nur leicht verspätet abgeschlossen. Seine Änderungen gegenüber der Vorlage der Regierung verstärken die Stoßrichtung: noch mehr Steuereinnahmen, etwas weniger Ausgaben, mehr Rückzahlungen an das Bankkapital, höherer Kriegshaushalt.

Einige Einzelpunkte geben ein klareres Bild als die Globalzahlen. So wird festgestellt, daß es zur Zeit ein Problem sei, den kriminalpolizeilichen Vollzugsdienst auf allen Planstellen zu besetzen, weshalb der Haushaltsausschuß dem Bundeskriminalamt einige Stellen strich; die Endzahl von BKA-Bediensteten soll 3872 sein, derzeit 3498. Für „Datenverarbeitung" – im Zusammenhang mit dem neuen Personalausweis – gehen an das BKA 44,2 Mio. (1979: 35 Mio., 1978: 17,8 Mio.). Nach den erfolgten Enthüllungen über den Verfassungsschutz wird es den „bisher verdeckten Titel ‚positiver Verfassungsschutz' nicht mehr geben", teilt die Regierung mit, stattdessen „für die geistig-politische Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen" 1,2 Mio. und „für die Aufklärung über die freiheitlich demokratische Grundordnung" 4,2 Millionen.

Den Wehrsold zu erhöhen, sahen sich Regierung und Ausschuß nicht in der Lage: das kostet 110 Mio. DM (etwa 40 DM pro Monat und Wehrpflichtigem). Genehmigt wurde dagegen auf Anforderung der Besatzer die Erhöhung der „Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte" von 1,136 auf 1,249 Milliarden DM.

Unterdrückung nach innen, Flankensicherung für Waren- und Kapitalexport nach außen: Das Auswärtige Amt betreibt beispielsweise derzeit vier Neubauten von Botschaftsgebäuden, darunter eines in Buenos Aires (3. Teilbetrag 4,8 Millionen) und eines in Kairo (5. Teilbetrag 6 Millionen). Schließlich sind in Argentinien mit der Übernahme des Chrysler-Besitzes durch VW noch höhere westdeutsche Kapitalinteressen zu sichern, und in Ägypten liegen 185 Mio. DM Direktinvestitionen, eine Steigerung gegenüber 1977 um 20%. Für die Fregatten 122 sind 35 Millionen Mehrkosten vorgesehen; für „Schiffahrts- und Hafengebühren sowie durch Ausschiffung im Ausland entstehende sächliche Ausgaben" hat der Ausschuß den Regierungsansatz von 2,5 Mio. auf 3 Mio. erhöht. Die Zusammenarbeit mit dem Zionistenstaat schlägt sich u.a. in 1,5 Millionen zur Unterstützung des „Albert-Einstein-Centers" sowie in 500000 DM für den Lehrstuhl für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv nieder.

Für die Durchsetzung dieses Regierungsprogramms hat die Regierung die Erweiterung ihres Beamtenapparates in höherem Maß als der Haushaltsausschuß für erforderlich gehalten. Der hat die neuen Planstellen um 40% auf 2000 zusammengestrichen. Gleichzeitig teilt er nicht die Zuversicht der Regierung, bei erweitertem Personal mit um 4,8% erhöhten Ausgaben für Personal auszukommen, sondern hat die Haushaltsansätze für Löhne, Gehälter und sonstige Personalausgaben um weitere 3,8% erhöht.

Der Haushalt 1980
(in Milliarden DM)

	Aus-sch.vl.	Regiergs-entwurf	Haushalt 1979
Steuereinnahmen	178,0	175,2	161,7
davon Lohnsteuer	46,8	45,5	41,1
Ausgaben:			
Arb. u. Soz.ordng.	48,2	48,8	44,8
Verteidigung	38,5	37,7	36,7
Verkehr	25,9	26,3	26,3
Kreditaufnahme	49,3	52,1	51,0
Schuldentilgung	25,1	24,0	23,0
Zinsausgaben		13,6	11,3
Zuschüsse an private Unternehmen		2,7	2,3
Gesamthaushalt	214,5	215,3	203,3

Einige Titel aus dem Haushalt
(in Mio. DM)

	Aus-sch.vl.	Regiergs-entwurf
Ausw. Amt: Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme ausl. Flüchtlinge	6,5	0,5
Landwirtschaft: Haltung von Fischereischutzbooten	4,89	3,75
Arbeit und Sozialordnung: Deutschlehrgänge für Aussiedler und Flüchtlinge	449,0	350,0
Jugend, Familie, Gesundh.: Familienplanung, Förderung der Familie	14,5	8,1
Zivile Verteidigung: Baumaßnahmen des Technischen Hilfwerks ab 1980	27,0	16,0
Wirtschaft: Zuschüsse zur Entwicklung von zivilen Flugzeugen (ab 1980)	517,0	10,0

Wohnungsbauänderungsgesetz –

„Lockerung" der Belegungs- und Mietpreisbindung verabschiedet

z.her. Schon seit einigen Jahren gehen die bürgerlichen Parteien im Bundestag mit diesem Gesetzesprojekt schwanger, jetzt haben sie sich vorläufig geeinigt, wie Lohngelder über gesteigerte *Mieteinnahmen* „lockerer" gemacht werden können. Im wesentlichen eröffnet das Gesetz Möglichkeiten zur Aufhebung von Sozialwohnungen als solche, zur Beseitigung von „Fehlbelegungen" und zur Entfernung von Mietern aus Sozialmietwohnungen, die als Eigentumswohnungen verkäuflich wären.

Ein Blick auf die statistischen Daten wie sich die Mietausgaben der Lohnabhängigen entwickeln. Es zeigt sich bei der Untersuchung des Haushaltstyps 2 (mittleres Einkommen) eine unbefriedigende Entwicklung: der Prozentanteil am Gesamtnettoeinkommen schwankt relativ konstant um 13% seit 1971 ohne eine entschiedene Tendenz zur Steigerung. Diesem Problem will man zwar zunächst vorsichtig aber doch entschlossen zu Leibe rücken. Wobei die SPD betont, sie will unverändert daran festhalten, daß breite Schichten der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zu tragbaren Mieten versorgt werden, die CDU darauf besteht, daß nur wirklich Bedürftige in den Genuß von Sozialleistungen kommen und die FDP das Gesetz als einen ersten Schritt gegen den planmäßigen Überhang des sozialen Wohnungsbestandes ansieht.

Beseitigung des sozialen Wohnungsbaus: Hier wird die schon genannte Versorgung breiter Schichten mit angemessenem Wohnraum zu finanziell tragbaren Mieten schlicht als gegeben vorausgesetzt. Lediglich die Landesregierungen sollen noch besondere Gebiete mit „erhöhtem Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen" durch Rechtsverordnung festlegen.

Beseitigung der „Fehlbelegung": „Die Eigenschaft öffentlich gefördert entfällt *sofort* (bislang 10 Jahre Nachwirkung) mit der freiwilligen vorzeitigen und vollständigen Rückzahlung der öffentlichen Mittel, wenn die Wohnung im Zeitpunkt der Rückzahlung nicht vermietet ist oder von einem Fehlbeleger bewohnt wird." Der „Fehlbeleger" erhält 4 Monate Frist, in der er seine Anspruchsberechtigung nachweisen muß. Eine Überschreitung der Einkommensgrenze um bis zu 40% soll „unschädlich" sein. Als „Abschwächung" gibt der momentane Federführer in Sachen Wohnungsbau in der Regierung, Minister Haack, aber zu, daß es eigentlich falsch sei, von „Fehlbelegung" zu sprechen, da die derzeitigen Einkommensgrenzen keinesfalls als Maßstab für Fehlbelegungen herangezogen werden könnten.

Die Einkommensgrenzen werden in dem neuen Gesetz um etwa 20% angehoben – immer noch unter der Nominaleinkommenserhöhung seit der letzten Festlegung.

Umwandlung von Sozialmiet- in Eigentumswohnungen: Dem Sozialmieter wird ein Vorkaufsrecht eingeräumt, wovon er das wahrnimmt ist nicht Sache des Gesetzes. Darüber hinaus soll er aber „geschützt" werden. Er darf vor 10 Jahren nicht auf die Straße gesetzt werden – die CDU/CSU-Fraktion plädiert für 5 Jahre. Und die Bestimmungen für den Eigenbedarf gelten nicht. Tritt der gewünschte Effekt nicht ein, kann ein Änderungsgesetz ja allemal weiter geändert werden.

Wird auch der sogenannte soziale Wohnungsbau durch dieses Gesetz eingeschränkt, werden doch die Baukapitalisten weiter aus Steuergeldern finanziert. Das läuft unter dem Schlagwort Subjekt- statt wie bisher Objektförderung. Das hat den Vorteil, daß die Kapitalisten nicht nur die Finanzierung des „Objekts" sicher haben, sondern sie haben auch die weitere Verwendung des „Objekts" durch das subventionierte „Subjekt" sicher. Unerwünschte und bekannte Spekulationen der Baukapitalisten könnten so etwas eingeschränkt werden und alle bis auf die „Subjekte" hätten den Gewinn davon.

ordnung" 4,2 Millionen.

Den Wehrsold zu erhöhen, sahen sich Regierung und Ausschuß nicht in der Lage: das kostet 110 Mio. DM (et-

Für die Durchsetzung dieses Regierungsprogramms hat die Regierung die Erweiterung ihres Beamtenapparates in höherem Maß als der Haushaltsausschuß für erforderlich gehalten. Der

derung der Familie	14,5	8,1
Zivile Verteidigung: Baumaßnahmen des Technischen Hilfwerks ab 1980	27,0	16,0
Wirtschaft: Zuschüsse zur Entwicklung von zivilen Flugzeugen (ab 1980)	517,0	10,0

Wohnungsbauänderungsgesetz –

„Lockerung" der Belegungs- und Mietpreisbindung verabschiedet

z.her. Schon seit einigen Jahren gehen die bürgerlichen Parteien im Bundestag mit diesem Gesetzesprojekt schwanger, jetzt haben sie sich vorläufig geeinigt, wie Lohngelder über gesteigerte *Mieteinnahmen* „lockerer" gemacht werden können. Im wesentlichen eröffnet das Gesetz Möglichkeiten zur Aufhebung von Sozialwohnungen als solche, zur Beseitigung von „Fehlbelegungen" und zur Entfernung von Mietern aus Sozialmietwohnungen, die als Eigentumswohnungen verkäuflich wären.

Ein Blick auf die statistischen Daten wie sich die Mietausgaben der Lohnabhängigen entwickeln. Es zeigt sich bei der Untersuchung des Haushaltstyps 2 (mittleres Einkommen) eine unbefriedigende Entwicklung: der Prozentanteil am Gesamtnettoeinkommen schwankt relativ konstant um 13% seit 1971 ohne eine entschiedene Tendenz zur Steigerung. Diesem Problem will man zwar zunächst vorsichtig aber doch entschlossen zu Leibe rücken. Wobei die SPD betont, sie will unver-

ßigen Überhang des sozialen Wohnungsbestandes ansieht.

Beseitigung des sozialen Wohnungsbaus: Hier wird die schon genannte Versorgung breiter Schichten mit angemessenem Wohnraum zu finanziell tragbaren Mieten schlicht als gegeben vorausgesetzt. Lediglich die Landesregierungen sollen noch besondere Gebiete mit „erhöhtem Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen" durch Rechtsverordnung festlegen.

Beseitigung der „Fehlbelegung": „Die Eigenschaft öffentlich gefördert entfällt *sofort* (bislang 10 Jahre Nachwirkung) mit der freiwilligen vorzeitigen und vollständigen Rückzahlung der öffentlichen Mittel, wenn die Wohnung im Zeitpunkt der Rückzahlung nicht vermietet ist oder von einem Fehlbeleger bewohnt wird." Der „Fehlbeleger" erhält 4 Monate Frist, in der er seine Anspruchsberechtigung nachweisen muß. Eine Überschreitung der Einkommensgrenze um bis zu 40% soll „unschädlich" sein. Als „Ab-

Die Einkommensgrenzen werden in dem neuen Gesetz um etwa 20% angehoben – immer noch unter der Nominaleinkommenserhöhung seit der letzten Festlegung.

Umwandlung von Sozialmiet- in Eigentumswohnungen: Dem Sozialmieter wird ein Vorkaufsrecht eingeräumt, wovon er das wahrnimmt ist nicht Sache des Gesetzes. Darüber hinaus soll er aber „geschützt" werden. Er darf vor 10 Jahren nicht auf die Straße gesetzt werden – die CDU/CSU-Fraktion plädiert für 5 Jahre. Und die Bestimmungen für den Eigenbedarf gelten nicht. Tritt der gewünschte Effekt nicht ein, kann ein Änderungsgesetz ja allemal weiter geändert werden.

Wird auch der sogenannte soziale Wohnungsbau durch dieses Gesetz eingeschränkt, werden doch die Baukapitalisten weiter aus Steuergeldern finanziert. Das läuft unter dem Schlagwort Subjekt- statt wie bisher Objektförderung. Das hat den Vorteil, daß die Kapitalisten nicht nur die Finanzierung

z.her. **Angestellte Lehrer der GEW führten erfolgreich ihre erste Bundeskonferenz durch.** Dreiviertel der etwa 32000 organisierten Angestellten in der GEW sind im staatlichen Schuldienst. Der Dienstherr vergibt ihnen Zeitarbeitsverträge und läßt sie Teilzeit arbeiten – in der Regel weniger als die Hälfte der Pflichtstundenzahl. Nach §3 des BAT fällt nicht unter den Tarifvertrag für Angestellte des Bundes und der Länder, wer weniger als die Hälfte der in dem entsprechenden Bereich regelmäßigen Arbeitszeit arbeitet. Die Lehrer haben also überhaupt keine tarifvertraglichen Rechte. Die Konferenz hat daher als wichtigste Sofortforderung die Einbeziehung der angestellten Lehrer in den BAT aufgestellt. Auch die Vertretungsrechte und die soziale Absicherung (wer unter der Hälfte der Arbeitszeit beschäftigt ist, ist nicht sozialversichert) sollen erkämpft werden. Die Konferenz hat beschlossen, für diese dringlichen Aufgaben die Zusammenarbeit mit der ÖTV und den anderen DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zu verstärken.

z.wig. **Die Vorlage einer Dokumentation über das „Zusammenwirken von Kommunisten mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern" hatte der sicherheitspolitische Experte der CDU/CSU Carl-Dieter Spranger für die letzte Woche auf einer Pressekonferenz angekündigt.** Sie wurde abgeblasen. Zwar war die der großkotzigen Ankündigung der Dokumentation vorausgehende parlamentarische Anfrage vordergründig gegen die DKP gerichtet. Im Kern forderte sie aber – eingepackt in den Vorwurf, die Regierung kläre die Gewerkschaften nicht ausreichend über die Ziele der Kommunisten auf – die Einmischung in die innergewerkschaftlichen Angelegenheiten zu forcieren und die gewerkschaftlichen Rechte zu beschneiden. Es sei „schlechter politischer Stil" Namenslisten von gewerkschaftlichen Funktionsträgern in parlamentarische Anfragen zu schreiben, konterte die Regierung und stopfte der Opposition das Maul: „Bei den Kontakten mit den Gewerkschaften auf allen Ebenen nutzt die Bundesregierung ihre vielfältigen Möglichkeiten." Ihre „politische Bildungsarbeit" umfasse auch Ergebnisse empirischer Untersuchungen, Fallanalysen aus der politischen Praxis und ausgewählter Literatur. Diese Schlappe durch den nicht von der Hand zu weisenden besseren Stil der Regierung für die Politik der Finanzbourgeoisie wird Strauß sicher nicht lange auf sich sitzen lassen, auch wenn er jetzt Spranger erstmal zurückgepfiffen hat.

z.doj. **Der Innenausschuß des Bundestages hat das künftige Personalausweisgesetz abgesegnet und will im Dezember endgültig darüber abstimmen.** Der „fälschungssichere Ausweis", mit einer Seriennummer des Zentralcom-

Tagung des ZK der KPdSU und des Obersten Sowjet

Verstärkte Zentralisierung und staatliche Kontrolle

z.krk. Am 27. November tagte das ZK der KPdSU und gleich hinterher der Oberste Sowjet, das höchste staatliche Beschlußorgan der SU. Verabschiedet wurden der Volkswirtschaftsplan und der Staatshaushalt 1979 und mehrere Gesetze.

Auf dem ZK-Plenum stellte Breschnew in seiner Rede zunächst fest, daß so gut wie keines der Kennziffern des laufenden Fünfjahrplanes (1976 – 1980) erfüllt werden können. Das Nationaleinkommen bleibt um 51 Mrd. Rubel hinter dem Plan zurück, die Industrieproduktion um 134 Mrd. Rb und die Landwirtschaft um 76,8 Mrd. Rb. Die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds (Fonds für Gesundheits- und Bildungswesen usw.) sollten bis 1980 die Höhe von 117 Mrd. Rb erreichen, bisher liegt der Jahresdurchschnitt bei 102,5 Mrd. Rb. Sollte der Plan erreicht werden, müßten im nächsten Jahr 137 Mio m^2 Wohnfläche errichtet werden, der bisherige Jahresdurchschnitt betrug jedoch nur 105,7 Mio. m^2.

Laut Plan sollte das Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung um 21% steigen, die Löhne der Arbeiter um 17% auf 170 Rb/Monat, die der Kolchosbauern um 26% auf 116 Rb 1978 erreichten die Durchschnittslöhne der Arbeiter 160 Rb (plus 9,4% auf 3 Jahre berechnet), die Löhne der Bauern stiegen um 14,7%. Für 1979 war dann eine Erhöhung von nur noch 1,8% für Arbeiter vorgesehen und 5,2% für die Bauern. Auf welchem Niveau sich jedoch die Löhne tatsächlich befinden zeigt die Tatsache, daß 1977 die Anhebung der Mindestlöhne auf *70 Rb* abgeschlossen wurde.

Gesondert ging Breschnew auf die schlechte Lage in einigen strategisch wichtigen Bereichen ein. An erster Stelle unter diesen Bereichen steht das Transportwesen, dessen Aufgaben durch die kapitalistische Eroberung Sibiriens und des Fernen Osten ungeheuer angewachsen sind. 1977 und 1978 sind bereits ,,Maßnahmen zur Entwicklung des Eisenbahntransports im laufenden Fünfjahrplan'' angenommen worden. ,,Aber weder das Ministerium für Verkehrswesen noch das Staatliche Plankomitee haben für eine erfolgreiche Durchführung dieses Beschlusses gesorgt. Folglich werden in grober Weise die Transportpläne für die wichtigsten Güter wie Brennstoffe, Erze, Holz und Getreide verletzt'', sagte Breschnew.

Auf dem Energiesektor forderte er Maßnahmen zur Einsparung von Erdöl. 1979 betrug der geplante Anstieg der Erdölförderung mit 4% um 1% weniger als 1978. 1980 werden nicht wie im Fünfjahrplan vorgesehen 640 Mio. t sondern nur 606 Mio. t Erdöl gefördert. Daher gilt die besondere Sorge der sowjetischen Bourgeoisie der Kohleförderung und der Entwicklung der Kernenergie. Jedoch die Arbeiten am Ausbau des Kohle-Wärmeenergiezentrums in Ekibastus (Kasachstan) ,,taugen nichts''. Perspektivpläne für einen ,,großzügigen Ausbau von Atomkraftwerken'' mit schnellen Brütern sollen ausgearbeitet und die Forschung der Kernfusion verstärkt werden.

Im Maschinenbau richtete sich die Kritik Breschnews gegen den zu hohen Metallverbrauch und die veraltete Produktionsstruktur. Als Beispiel für Schrottproduktion in großem Stil brachte er die Tscheboksarer Traktorenfabrik, dessen erste Lieferung an schweren Traktoren ,,für die Arbeit, für die sie normalerweise vorgesehen sind, untauglich waren.''

Die Reihe der aufgezählten Fehlentscheidungen, der Beispiele für Verschwendung und Mißwirtschaft ist lang. Im Endergebnis mußten die Ziele des Fünfjahrplanes herabgesetzt werden. Mit dem für 1980 geplanten Wachstum des Nationaleinkommens um 4%, der Industrie um 4,5% und des Realeinkommens um 2,9% ist die sowjetische Wirtschaft weit von ihrer Erfüllung entfernt. Welche Maßnahmen sieht die sowjetische Bourgeoisie zur Lösung ihrer schweren wirtschaftlichen Probleme vor? Auffallend ist, daß Breschnew nicht versucht hat, die Arbeiterklasse und die Bauern frontal anzugreifen. Stattdessen konzentrierte er sich auf das Ordnen der eigenen Truppen für den Angriff und kündigte die Säuberung der Reihen der Bourgeoisie an. So geißelte er die zuständigen Fachminister in der Art eines absolutistischen Monarchen und stellte fest: ,,Es gibt Kader, da hilft alles nichts. Und hier muß man entschlossener handeln, andere Maßnahmen anwenden: wer mit seinen Aufgaben nicht fertig wird, muß durch andere ersetzt werden.'' Die Wirkung solcher Maßnahmen soll nicht zuletzt in der Abstumpfung des Widerspruchs der Volksmassen zum Staatsapparat liegen.

Es ist offensichtlich die starke Position der Arbeiterklasse, die es der Bourgeoisie nicht erlaubt, direkt auf sie loszugehen. Dafür spricht auch, daß diesmal der Arbeitswettbewerb nicht mal erwähnt wurde. Ihr Kampfprogramm hatte die Bourgeoisie mit dem ZK-Beschluß vom August über die ,,Maßnahmen zur Planung und Stimulierung'' verabschiedet. Der ZK-Beschluß verschiebt das Gewicht bei den Plankennziffern von der Menge der Produkte hin zur Qualität und zum Reingewinn und ist – bei dem weiterhin zu erwartenden Widerstand der Arbeiter und dem sehr ausgeprägten individuellen Bereicherungstrieb der einzelnen Bourgeois – gezwungen, so gut wie für jeden Betrieb gesonderte Kennziffern vorzusehen. Bei der riesenhaften Ausdehnung des sowjetischen Kolonialgebildes liegt die Schwierigkeit der Methode auf der Hand.

Was die Kader unter der verschärften Aufsicht des Staates durchsetzen sollen ist folgendes: die Löhne werden an das Produktionsergebnis der Betriebe gekoppelt, bei Nichterfüllung des Planes werden Prämien- sowie Lohnfonds gesenkt. Über besondere Fonds sollen die Meister und das höhergestellte technische Personal geschmiert werden. Die Eingruppierung der Arbeiter wird flexibler, die Brigadeleitung wird über Herauf- und Herabstufung je nach Arbeitsleistung selber entscheiden können. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden erhöht.

Zusätzliche Mittel zur Durchsetzung dieses Programms verschaffte sich die Bourgeoisie über das jetzt auf der Sitzung des Obersten Sowjets verabschiedete Gesetz über die ,,Volkskontrolle''. Die Aufgabe der Volkskontrolle ist zu ,,wachen über die Ausführung der Beschlüsse der Partei'' und entschlossen aufzutreten gegen alles, was sich gegen die Interessen des Staates richtet. Verantwortlich sind sie den Sowjets oder den jeweiligen Betrieben und stehen unter der direkten Anleitung und Kontrolle der Obersten So-

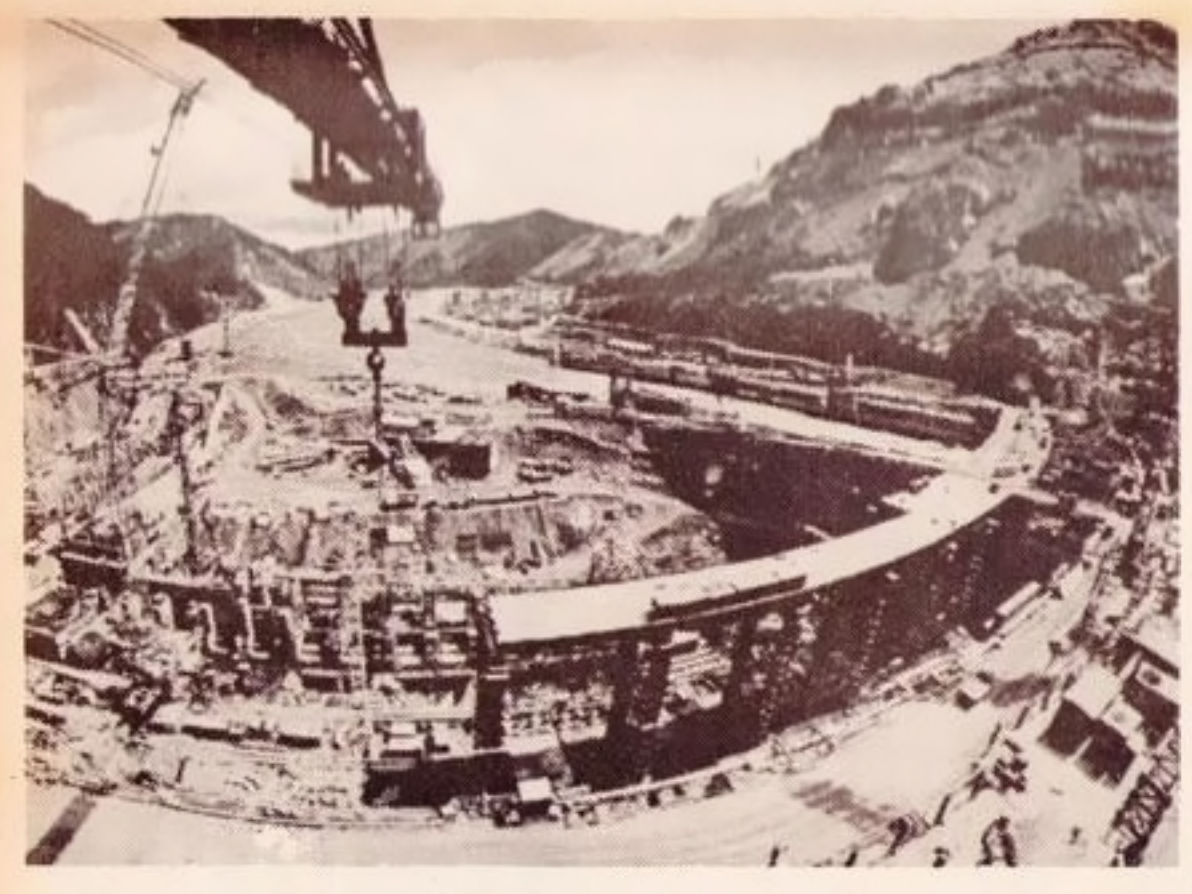


gen um 14,7%. Für 1979 war dann eine Erhöhung von nur noch 1,8% für Arbeiter vorgesehen und 5,2% für die Bauern. Auf welchem Niveau sich jedoch die Löhne tatsächlich befinden zeigt die Tatsache, daß 1977 die Anhebung der Mindestlöhne auf *70 Rb* abgeschlossen wurde.

Gesondert ging Breschnew auf die schlechte Lage in einigen strategisch wichtigen Bereichen ein. An erster Stelle unter diesen Bereichen steht das Transportwesen, dessen Aufgaben durch die kapitalistische Eroberung Sibiriens und des Fernen Osten ungeheuer angewachsen sind. 1977 und 1978 sind bereits ,,Maßnahmen zur Ent-

renfabrik, dessen erste Lieferung an schweren Traktoren ,,für die Arbeit, für die sie normalerweise vorgesehen sind, untauglich waren.''

Die Reihe der aufgezählten Fehlentscheidungen, der Beispiele für Verschwendung und Mißwirtschaft ist lang. Im Endergebnis mußten die Ziele des Fünfjahrplanes herabgesetzt werden. Mit dem für 1980 geplanten Wachstum des Nationaleinkommens um 4%, der Industrie um 4,5% und des Realeinkommens um 2,9% ist die sowjetische Wirtschaft weit von ihrer Erfüllung entfernt. Welche Maßnahmen sieht die sowjetische Bourgeoisie zur Lösung ihrer schweren wirtschaftli-



Baustelle des größten Wasserkraftwerks der Welt, Sajan-Schuschenskoe am Jenissei. Das 6400 MW-Kraftwerk soll in diesem Fünfjahrplan vollendet werden.

individuellen Bereicherungstrieb der einzelnen Bourgeois – gezwungen, so gut wie für jeden Betrieb gesonderte Kennziffern vorzusehen. Bei der riesenhaften Ausdehnung des sowjetischen Kolonialgebildes liegt die Schwierigkeit der Methode auf der Hand.

Was die Kader unter der verschärften Aufsicht des Staates durchsetzen sollen ist folgendes: die Löhne werden an das Produktionsergebnis der Betriebe gekoppelt, bei Nichterfüllung des Planes werden Prämien- sowie Lohnfonds gesenkt. Über besondere Fonds sollen die Meister und das höhergestellte technische Personal geschmiert werden. Die Eingruppierung der Arbeiter wird flexibler, die Brigadeleitung wird über Herauf- und Herabstufung je nach Arbeitsleistung selber entscheiden können. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden erhöht.

Zusätzliche Mittel zur Durchsetzung dieses Programms verschaffte sich die Bourgeoisie über das jetzt auf der Sitzung des Obersten Sowjets verabschiedete Gesetz über die ,,Volkskontrolle''. Die Aufgabe der Volkskontrolle ist zu ,,wachen über die Ausführung der Beschlüsse der Partei'' und entschlossen aufzutreten gegen alles, was sich gegen die Interessen des Staates richtet. Verantwortlich sind sie den Sowjets oder den jeweiligen Betrieben und stehen unter der direkten Anleitung und Kontrolle der Obersten So-

wjets der Unionsrepubliken bzw. Autonomen Republiken. Ihre Befugnisse gehen von der Auskundschaftung und Bespitzelung bis zu Anzeigen bei den zuständigen Behörden, die sich sowohl gegen Körperschaften als auch Einzelpersonen richten können.



Vietnamesische Besatzer in Phnom Penh. Die Marionettenclique hat einer Erhöhung der Hilfslieferungen zugestimmt, eine internationale Kontrolle der Verteilung aber abgelehnt. Nach Thailand geflohene vietnamesische Soldaten bestätigten, daß die Lieferungen der Verpflegung der Aggressionstruppen dienen.

Aggressoren in Kampuchea überall unter Feuer
In Laos läßt Vietnam drei Minister verhaften

z.frb. Mitte September hatten die Truppen der Hanoier Machthaber in Kampuchea ihren für die laufende Trockenzeit geplanten großangelegten Vernichtungsfeldzug gestartet. Mehr als zwei Monate sind seither vergangen und die zwanzig Divisionen der Besatzertruppen, davon zehn in Südvietnam rekrutiert und unter Befehl nordvietnamesischer Offiziere, haben ihre Ziele nicht erreicht.

Die größten Truppenmassen haben die Aggressoren an die Nord-West-Front in der Reisprovinz Battambang geworfen. Sieben oder acht der in Südvietnam rekrutierten Divisionen sind hier an der Grenze zu Thailand eingesetzt. Die hauptsächliche Kampfzone liegt im Dreieck Poipet (Grenzstadt zu Thailand), Sisophon (an der Gabelung der Fernstraße Nr. 5 und 6) und Pailin (südlich von Sisophon an der thailändischen Grenze). Vergeblich versuchten die Aggressoren, Partisanenverbände einzukesseln. Stattdessen sind sie mehr als 20 km aus Pailin nicht hinausgekommen und sitzen schon seit Mitte Oktober beim Phnom-Malai-Berg und der Anhöhe 100 fest. Dort werden sie täglich angegriffen und aus dem Vormarsch gegen die befreiten Gebiete im Kardamon-Gebirge ist trotz Panzereinsatz und schwerer Artillerie nichts geworden.

Für eine Großoffensive müßten die Besatzer den Rücken frei haben und die Verkehrswege so weit beherrschen, daß ein gesicherter Nachschub möglich ist. Tatsächlich aber haben die in kleine Partisaneneinheiten umgegliederte Revolutionäre Armee mit 100000 Kämpfern und die örtlichen Partisanen im ganzen Land ihre Angriffe auf die feindlichen Kräfte, dort wo sie verwundbar sind, fortgesetzt. Fünf seiner Elite-Divisionen muß Hanoi aufbieten, um einen Ring nördlich von Phnom Penh zu halten. Hier, in der Zentralzone, zwischen Kompong Thom und Kompong Cham, ca. 150 km nördlich der Hauptstadt, wurden sowohl einige Gebiete wieder gewonnen, die die Vietnamesen zu Beginn ihres jetzigen Feld-

vietnam rekrutierten Divisionen sind hier an der Grenze zu Thailand eingesetzt. Die hauptsächliche Kampfzone liegt im Dreieck Poipet (Grenzstadt zu Thailand), Sisophon (an der Gabelung der Fernstraße Nr. 5 und 6) und Pailin (südlich von Sisophon an der thailändischen Grenze). Vergeblich versuchten die Aggressoren, Partisanenverbände einzukesseln. Stattdessen sind sie mehr als 20 km aus Pailin nicht hinausgekommen und sitzen schon seit Mitte Oktober beim Phnom-Malai-Berg und der Anhöhe 100 fest. Dort werden sie täglich angegriffen und aus dem Vormarsch gegen die befreiten Gebiete im Kardamon-Gebirge ist trotz Panzereinsatz und schwerer Artillerie nichts geworden.

Für eine Großoffensive müßten die Besatzer den Rücken frei haben und die Verkehrswege so weit beherrschen, daß ein gesicherter Nachschub möglich ist. Tatsächlich aber haben die in kleine Partisaneneinheiten umgegliederte Revolutionäre Armee mit 100000 Kämpfern und die örtlichen Partisanen im ganzen Land ihre Angriffe auf die feindlichen Kräfte, dort wo sie verwundbar sind, fortgesetzt. Fünf seiner Elite-Divisionen muß Hanoi aufbieten, um einen Ring nördlich von Phnom Penh zu halten. Hier, in der Zentralzone, zwischen Kompong Thom und Kompong Cham, ca. 150 km nördlich der Hauptstadt, wurden sowohl einige Gebiete wieder gewonnen, die die Vietnamesen zu Beginn ihres jetzigen Feld-

zuges besetzt hatten, als auch einige Gebiete neu befreit, die während der Regenzeit vom Feind beherrscht worden waren. Wie die Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes und der Unicef in Phnom Penh berichten, können sie die Stadt nicht verlassen. Die Straße Nr. 5 nach Battambang, die unentbehrlich für den Nachschub ist, wird ständig auf der ganzen Länge angegriffen.

Die Kämpfe im Osten Kampucheas, zur vietnamesischen Grenze hin, konzentrieren sich im Nordosten zwischen Mekong, vietnamesischer und laotischer Grenze. Vietnam mußte auch hier eigene und laotische Truppen zuführen, unterstützt von 100 Panzern und schwerer Artillerie. Die Befreiungsstreitkräfte konzentrieren ihre Angriffe auf die Fernstraßen. So konnten sich die vietnamesischen Truppen nicht entfalten und beschränken sich darauf, von der Straße aus blind in die Gegend zu feuern.

Insgesamt ist die Lage der vietnamesischen Aggressionstruppen heute eher schwieriger als vor einem Jahr, als sie am 25.12. ihren großangelegten Angriff auf Kampuchea eröffneten und vom Blitzsieg träumten. Damals konnten sie sich eines großen Teils der Getreidespeicher, Benzinlager usw. bemächtigen. Inzwischen haben sie nicht nur die Speicher ausgeraubt, sondern auch, um das Khmer-Volk auszurotten, die Felder zerstört, z.T. sogar vermint. Aber dadurch wurden auch ihre Nachschubprobleme noch größer. Nahrungsmittelhilfe in die Hände des Marionettenregimes bedeutet in dieser Lage Unterstützung der Aggressionstruppen in ihrem verbrecherischen Krieg an einem entscheidenden Punkt.

Daß die Schwierigkeiten der Hanoier Machthaber auch in Laos, das sie mit 60000 Soldaten (mehr als die laotische Armee umfaßt) besetzt halten, zunehmen und der Widerstand gegen die Besatzer bis in die Regierung reicht, zeigen Ereignisse, über die die Bangkok Post vom 25.11. und die französische Le Monde schreiben. Danach wurden am 22.11. drei laotische Minister und sieben hohe Regierungsbeamte in Vientiane im Zuge einer ausgedehnten Razzia verhaftet. Den Verhafteten wird ,,neutralistische Haltung'' vorgeworfen. Der Bericht stammt von einer Gruppe von 86 Laoten, die einen Tag

entfalten und beschränken sich darauf, von der Straße aus blind in die Gegend zu feuern.

Insgesamt ist die Lage der vietnamesischen Aggressionstruppen heute eher schwieriger als vor einem Jahr, als sie am 25.12. ihren großangelegten Angriff auf Kampuchea eröffneten und vom Blitzsieg träumten. Damals konnten sie sich eines großen Teils der Getreidespeicher, Benzinlager usw. bemächtigen. Inzwischen haben sie nicht nur die Speicher ausgeraubt, sondern auch, um das Khmer-Volk auszurotten, die Felder zerstört, z.T. sogar vermint. Aber dadurch wurden auch ihre Nachschubprobleme noch größer. Nahrungsmittelhilfe in die Hände des Marionettenregimes bedeutet in dieser Lage Unterstützung der Aggressionstruppen in ihrem verbrecherischen Krieg an einem entscheidenden Punkt.

Daß die Schwierigkeiten der Hanoier Machthaber auch in Laos, das sie mit 60000 Soldaten (mehr als die laotische Armee umfaßt) besetzt halten, zunehmen und der Widerstand gegen die Besatzer bis in die Regierung reicht, zeigen Ereignisse, über die die Bangkok Post vom 25.11. und die französische Le Monde schreiben. Danach wurden am 22.11. drei laotische Minister und sieben hohe Regierungsbeamte in Vientiane im Zuge einer ausgedehnten Razzia verhaftet. Den Verhafteten wird ,,neutralistische Haltung'' vorgeworfen. Der Bericht stammt von einer Gruppe von 86 Laoten, die einen Tag

nach der Verhaftungsaktion nach Thailand flüchteten. Sie gaben an, sie seien geflohen, weil sie das Gefühl gehabt hätten, von den Vietnamesen an der Nase herumgeführt zu werden, ,,die die Leute sind, die die wahre Macht in der Regierung haben''.

---

puters versehen und mit auf das Ausweispapier projiziertem Paßbild, muß alle 5 Jahre und ab dem 26. Lebensjahr alle 10 Jahre neu beantragt werden. Er ist automatisch lesbar mit den künftigen DISPOL-Geräten aller Polizeiwagen und -stationen. Damit ist sein Hauptzweck erfüllt. Bis in 2 Jahren sollen die Ausweise eingeführt und ein passendes Meldegesetz verabschiedet sein. Über dennoch möglichen ,,Mißbrauch'' hat die Bundesregierung Sorge. So auch bei der Einführung von ,,diebstahlsicheren'' Kfz-Kennzeichen, die in den Ausschüssen beraten wird. Der Innenausschuß will zusätzlich zum verbesserten Aluminium-Schild und Berechtigungsscheinverfahren noch in die Heckscheibe eingeklebte Schilder durchsetzen. Die Länder sind aber gegen eine solch kostenaufwendige Heckscheiben-Folie. Die Bundesregierung wird eine Rechtsordnung vorbereiten, damit die computermäßige Erfassung des Volkes und seiner Transportmittel weiter vorangeht.



EDV-lesbarer Personalausweis

z.urb. **Am 29.11. verabschiedete der Bundestag das Bundesstatistikgesetz, Statistikbereinigungsgesetz, Finanzstatistik-Änderungsgesetz und das Volkszählungsgesetz.** 1975 beschloß die Bundesregierung die Überprüfung der Statistiken wegen mangelnder Aktualität, erheblichen Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen und breiter Streuung des statistischen Materials. Mit Streichungen, Verringerung der Erhebungen wird hier Ballast abgeworfen. Mit Koordinierung zwischen Land und Bund, dem Aufbau einer statistischen Datenbank und dem Zugriffsrecht auf alle Daten der Verwaltung wird die Zentralisierung beim Statistischen Bundesamt betrieben. Für den 20.5.81 wurde die Volkszählung beschlossen.

z.kup. **Die CDU/CSU legte in Bonn einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Asylverfahren vor.** 1978 erst ist das Ausländergesetz geändert worden. Von den 1978 gestellten 33136 Asylanträgen wurden 2306 gewährt. Das Verfahren zur Anerkennung politischer Flüchtlinge ist verschärft worden. Um die Masse der politischen Flüchtlinge schneller abschieben zu können, wurde im Gesetz von 1978 das Widerspruchsrecht gegen Entscheidungen des Asylprüfungsausschusses abgeschafft. Ein politischer Flüchtling kann praktisch nicht mehr Berufung gegen ein Gerichtsurteil einlegen. Der Gesetzentwurf der CDU/CSU sieht vor: Von den Ausländerbehörden an der Grenze wird entschieden, ob der Asylantrag zulässig ist. ,,Gefährdet'' der Flüchtling die ,,freihheitlich demokratische Grundordnung'', darf er keinen Asylantrag stellen. Falls er ihn doch einreichen darf, soll die Klage gegen dessen Ablehnung keine aufschiebende Wirkung haben. Die Abschiebung kann sofort vollzogen werden. Teile des Gesetzentwurfes der CDU/CSU sind in einer Richtlinie des Bayerischen Innenministeriums für die Grenzbehörden vorweggenommen. Die Ausländerbehörden sollen über die Asylanträge entscheiden. 57 von 104 Asylsuchenden sind 1978 an der bayerischen Grenze abgewiesen worden. 4464 Touristen, vor allem Türken und Jugoslawen, durften nicht einreisen. Zwei Tschechen, die über Österreich einreisten, wurden in die CSSR abgeschoben. Im Übereifer sind noch weitere Flüchtlinge aus RGW-Staaten abgewiesen worden. Das liegt nicht im Interesse der Bourgeoisie, die diese Flüchtlinge zur Einmischung nutzen will.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/7208 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL – a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

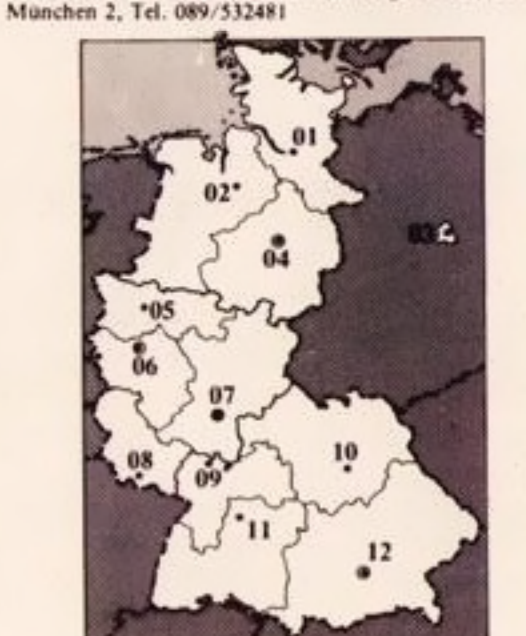
Die Hefte 01 bis 11 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 12 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

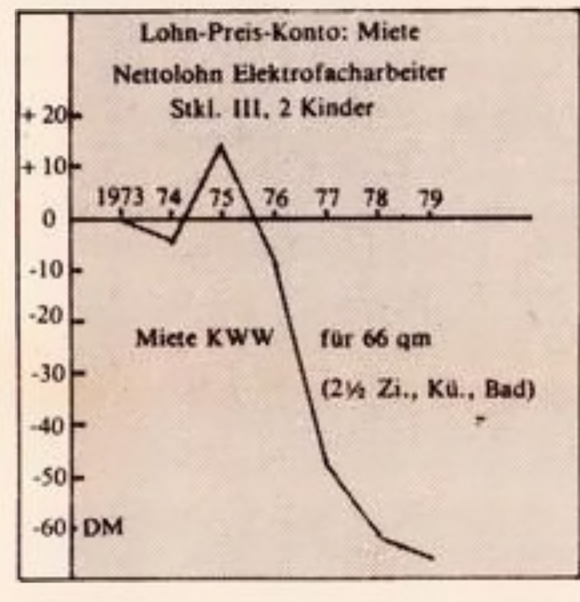
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.clm.Flensburg. **Nach mehr als sechs Monaten nähert sich der Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen vier Verteiler der Volksmiliz einer Entscheidung.** Nach der Vernehmung aller Zeugen der Anklage hat die Staatsschutzkammer kaum etwas Brauchbares für eine Verurteilung aus ihnen herauspressen können. Der Hauptbelastungszeuge, Polizeioffizier Mertelsmann, hat so offensichtlich gelogen, daß sich das Gericht schon gut überlegen muß, ob es auf seine Aussage eine Verurteilung stützen will. Im bisherigen Prozeßverlauf ist es der Staatsschutzkammer nicht gelungen, die Beweisführung zu unterdrücken, warum und zu welchem Zweck die GSG 9 zu einer Killertruppe ausgebildet wird. Angesichts von 30 Leuten, die die Angeklagten am 4.12. im Gerichtssaal unterstützten, hat das Gericht die Entscheidung über weitere Beweisanträge über die imperialistische Militärpolitik der Bundesregierung auf den nächsten Verhandlungstag verschoben. Ob dem Gericht die Unterdrückung dieser Auseinandersetzung gelingt oder nicht, wird ausschlaggebend für den Prozeßausgang sein. Resolutionen gegen den Prozeß und ausreichende Öffentlichkeit am nächsten Verhandlungstag werden die Unterdrückung erschweren.

b.hör. **Die Kieler Werkswohnungen GmbH (KWW) erhält erneut zinsgünstige öffentliche Baudarlehen.** Damit sollen 20 Altbauwohnungen in Kiel-Dietrichsdorf renoviert werden. Die KWW, die zu 100% HDW gehört, besaß 77/78 8430 Mietwohnungen, von denen von 76 bis 78 4737 renoviert worden sind. Indem die KWW mit Hilfe öffentlicher Gelder Zentralheizungen, Bäder und neue Fenster einbaut, schafft sie sich den Vorwand, den Arbeiterfamilien einen immer größeren Lohnanteil für höhere Mieten aus der Tasche zu ziehen. Gleichzeitig macht



die KWW Riesenprofite, indem sie die so in ihrem Wert gestiegenen Wohnungen, die außerdem zum größten Teil bereits abgeschrieben sind, als Eigentumswohnungen verkauft. Die Umsatzerlöse konnten von 27,3 Mio. DM 1977 auf 35,5 Mio. DM 1978 gesteigert werden.

b.sal.Büsum. **Die Erprobungsserie mit der 155 mm Feldhaubitze in der Meldorfer Bucht ist jetzt abgeschlossen**

so ist es verständlich, daß einer den Sozialminister schont und auf den anderen einschlägt, oder der andere den Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt schonen möchte und auf den Sozialminister einschlägt. Ich schlage einen Kompromiß vor (...): Schlagen wir doch auf beide ein." Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, dem durch einen Protestmarsch zum Flensburger Rathaus und durch eine Protestfahrt zum Kieler Sozialministerium, zu Staatssekretär Beske, Nachdruck zu verleihen.

b.ulw. **Auf der Personalversammlung am Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster behauptete Stadtrat Thiemann, 1% mehr Personal pro Bett sei vorhanden als im Vorjahr.** Im Chor mit dem Verwaltungsleiter Lienhardt versuchte er die Beschäftigten zu beschwichtigen, daß der Personalstand höher sei als die Anhaltszahlen vorsähen. Er erhielt keinen Beifall. Die Krankenpflegeschüler nutzten die Versammlung, um die Ersetzung der Einzelbeurteilungen durch Tätigkeitsnachweise zu fordern. Sie wurden unterstützt.

b.Hamburg. **Solidaritätserklärung der DGB Jugend an die streikenden Umschüler:** „Die Hamburger DGB Jugend unterstützt den Kampf der Umschüler, die heute in einer Kundgebung vor dem Arbeitsamt für die Forderungen – UHG Fortzahlung im Krankheitsfall ohne jede Unterbrechung – Weg mit der Stundenregelung des Runderlasses 39 (Fehlzeitenerlass) eingetreten sind. Das Arbeitsamt behauptet, der Fehlzeitenerlaß sei notwendig, weil sich viele Umschüler auf Kosten der Arbeitslosenversicherung einen sonnigen Lenz machen. Nicht die Umschüler haben die Umschulung veranlaßt, sondern die Unternehmer, die durch schlechte Arbeitsbedingungen, Rationalisierung und Einsparung von Ausbildung viele Arbeiter und Angestellte zwingen, sich umschulen zu lassen. Die DGB Jugend fordert, daß dies dann auch zu Bedingungen geschehen muß, die nicht die Existenz gefährden. Wir wenden uns gegen jede Disziplinierung von Umschülern, die an der Demonstration teilgenommen haben".

b.thw.Hamburg. **Arbeitskreis Wehrpflichtige des DGB zum Wehrpflichtigenprogramm.** Nachdem die Kreisjugendkonferenz aller DGB-Gewerkschaften das Forderungsprogramm der Hamburger Gewerkschaftsjugend für die Wehrpflichtigen am 21.10.79 beschlossen hat, hat jetzt der Arbeitskreis Wehrpflichtige auf seiner Sitzung vom 29.11.79 beschlossen, unter den Mitgliedern des Arbeitskreises eine Fragebogenaktion zu den Forderungen „40-Stundenwoche" und „Voller Dienstausgleich für alle Zusatzdienste" durchzuführen. Der Fragebogen enthält Fragen zu der Dienstzeitbelastung bei den unterschiedlichen Zusatzdiensten und zu deren Dienstausgleich. Die

Lohnverhandlungen im Güter- und Möbelfernverkehr

r.wel. Am 28.2.80. laufen bundesweit die Lohntarifverträge im Güter- und Möbelfernverkehr aus. Bereits beim Abschluß des neuen Bundesmanteltarifs am 28.9.79 hatte die ÖTV den Kapitalistenverbänden erklärt, daß die Lohntarife pünktlich gekündigt würden und diesmal keine Verzögerung bis zum Abschluß geduldet werde. Im letzten Jahr hatte die Arbeitgeberseite den Abschluß bis Ende April verzögert, der alte Vertrag war bereits zum 31.12.78 ausgelaufen und fristgerecht gekündigt worden.

Die wichtigsten Ergebnisse des neuen Manteltarifs waren: Verkürzung der Arbeitszeit auf 115 Stunden in der Doppelwoche in einem Stufenplan; bis zu einer Woche mehr Zusatzurlaub für Fernfahrer. Die Laufzeit des neuen Bundesmanteltarif geht vom 1.10.79 bis zum 31.12.82. Gemessen am Vorhaben der Kapitalistenverbände, die im Zuge eines fast zwei Jahre dauernden tariflosen Zustands Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchsetzen wollten, ist der Abschluß insgesamt als Erfolg zu werten. Allerdings ist die Arbeitszeit von 115 Stunden in der Doppelwoche für drei Jahre festgeschrieben.

Auf diesem Hintergrund gewinnen die kommenden Lohnverhandlungen besonderes Gewicht, weil nur eine empfindliche Erhöhung des tariflichen Stundenlohns in den kommenden Jahren die Voraussetzung für die Durchsetzung einer Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche schaffen kann.

Für eine Zweifahrerbesatzung sieht eine Arbeitswoche im Güterfernverkehr, die gegenwärtig 59 Stunden beträgt, etwa so aus: Im Zweiwochenrythmus werden einmal drei, einmal zwei Touren gedreht, wobei eine Tour durchschnittlich ca. 35 Stunden einschließlich Pausen und Ruhezeiten dauert. Meist beginnt die Woche mit der ersten Rausfahrt Sonntagabend bzw. schon am Nachmittag je nach Entfernung zum Zielort. Die Nacht wird zum Zielort durchgefahren, ab morgens dann ausladen und im Laufe des Tages Fahrt zum Rückladeort und Rückladen. Spät abends meist nachts Antritt der Rückfahrt zum Standort. Dienstag früh Ankunft am Standort. Meist werden noch zwei Stunden gebraucht, um organisatorische Dinge zu regeln (Fahrzeugwartung, Papiere, Abrechnung, etc.). Am Dienstagabend beginnt die nächste Tour bis Donnerstagmorgen dann nochmal Donnerstagabend raus. Diese Arbeitswoche endet dann am Samstagvormittag.

Momentan finden in allen Bezirken Beratungen der Mitglieder und Funktionäre der ÖTV – Abteilung Transport und Verkehr statt, mit welcher Forderung in die Verhandlungen gegangen werden soll. In Westberlin wurden zwei Überlegungen zur Grundlage eines Forderungsvorschlags für die Große Tarifkommission in Stuttgart gemacht: 1. Die Lohnforderung muß als Erhöhung des tariflichen *Stundenlohns* gestellt werden; 2. Es ist eine Angleichung an die Stundenlöhne der Facharbeiter in der Industrie anzustreben. Letzteres ergibt sich daraus, daß bei einem tariflichen Stundenlohn von 7,32 DM für Fernfahrer in Westberlin diese weit unter dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt werden und gleichzeitig die beruflichen Anforderungen denen eines Facharbeiters durchaus vergleichbar sind. Der Stundenlohn als Basis für eine Erhöhung ergibt sich als Notwendigkeit aus der Tatsache, daß mit der gegenwärtigen Bezahlung in Form von Pauschallöhnen der wirklich gezahlte Stundenlohn verdeckt bleibt bzw. ein Großteil geleisteter Stunden gar nicht bezahlt wird. Um an den Facharbeiterlohn heranzukommen, wird als Westberliner Vorschlag vor den eigentlichen Verhandlungen eine Vorweganhebung auf den Stadtfahrerlohn Kl.2, der immerhin bei 9,37 DM liegt, gefordert. Darauf dann eine Forderung von 8 Prozent. Die Große Tarifkommission in Stuttgart sollte auf jeden Fall bundeseinheitlich eine Forderung beschließen, die diese Überlegungen berücksichtigt.

ÖTV-Heuervorschlag: 5% plus 99DM Seefahrtszulage

r.dem. Die ÖTV hat den Heuertarifvertrag zum 31. Dezember 1979 gekündigt und einen Forderungsvorschlag unterbreitet, der eine Erhöhung der Grundheuer um 5%, der Seefahrtszulage für befahrene Seeleute um 99DM, ungelernte um 70DM und Junggrade um 31DM vorsieht. Desweiteren wird die Ladungszulage von 2,50DM auf 5DM und die Fahrgastzulage von 1,20DM auf 2,40DM angehoben.

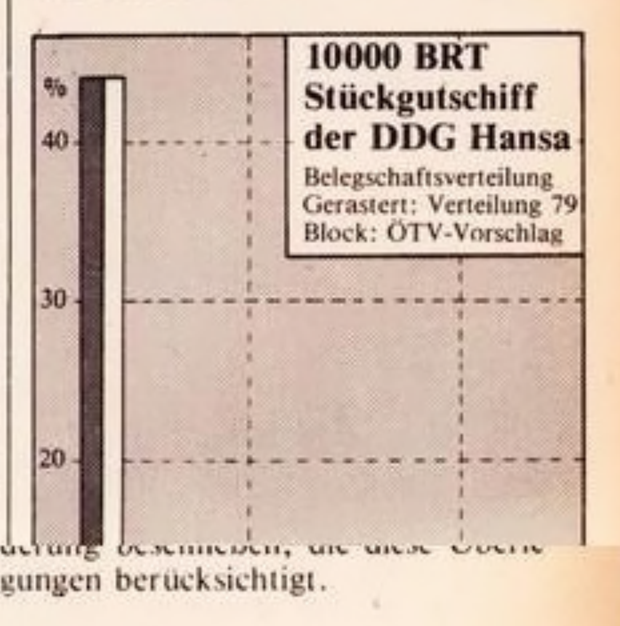
In der Bruttolohnverteilung der Besatzung eines 10000 BRT Stückgutschiffes wird die weite Spreizung des Lohngefüges deutlich. Vollkommen abgespalten von der Masse der Besatzungsmitglieder liegen vierzehn pakistanische Decksleute. Im ÖTV-Forderungsvorschlag rücken diese Decksleute um eine Lohnklasse nach rechts. Ansonsten bleibt das Lohngefüge gegenuber dem Jahr 1979 unverändert. Die durchschnittliche Erhöhung der Gesamtlohnsumme dieses Schiffes liegt bei 8,6%.

Gegen den Lohnkampf der Seeleute hat sich der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Reeder, Schuis, geäußert und die Linie deutlich gemacht, mit der die Reederkapitalisten „die laufen-

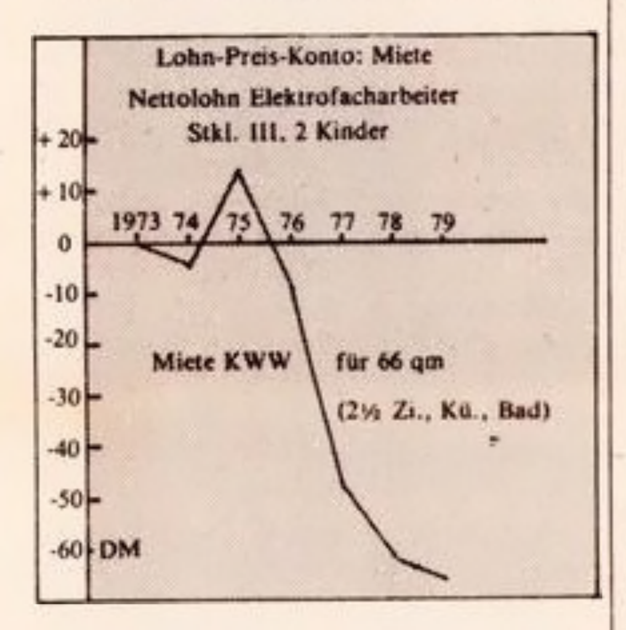
internen Rundschreiben an die Schiffsführungen diese aufgefordert, die Überstunden der Besatzungsmitglieder zu senken, da schon eine Stunde weniger pro Besatzungsmitglied der Reederei jährlich 100000DM einsparen hilft. War es früher so, daß die Überstundenabrechnung in ihrer Höhe abgezeichnet wurde, muß heute um die gemachten Überstunden gekämpft werden und es kommt nicht selten vor, daß geleistete Überstunden nicht anerkannt werden. Die Order der Reederei geht dahin, daß von den tatsächlich gemachten Überstunden eine gestrichen wird. Auf die Überstunden sind die einfachen Besatzungsmitglieder aber angewiesen, ist doch die Grundheuer erbärmlich niedrig. Bei den pakistanischen Decksarbeitern beträgt sie ab dem 5. Jahr 896DM. Bei einem Matrosen mit Brief ab dem 5. Jahr 1395DM. Zur Grundheuer kommt jeweils noch die Seefahrtszulage von in diesen beiden Fällen 171DM. Auf dieser Grundlage können die Reederkapitalisten die Überarbeit ausdehnen. Durchschnittlich werden von den einfachen Besatzungsmitgliedern zwischen 80 und 130 Überstunden monatlich gemacht. Während z.B. der Koch eine Grund-

heuer. Die pakistanischen Decksarbeiter bekommen pro Überstunde 1,15DM gezahlt! Bei den Matrosen mit Brief staffelt sie sich nach Jahren von 9,80DM bis 10,48DM.

Der Forderungsvorschlag der ÖTV schiebt den Absichten der Reederkapitalisten einen Riegel vor. Die Seefahrtszulage, die bei den ungelernten Seeleuten 70DM und bei den Junggraden nur 31DM beträgt, sollte doch auf einheitlich 99DM für alle angehoben werden. Die Wirkung wäre groß. 233DM müßten die Hansa-Kapitalisten bei dem St-Schiff mehr zahlen.



denen von 76 bis 78 4737 renoviert worden sind. Indem die KWW mit Hilfe öffentlicher Gelder Zentralheizungen, Bäder und neue Fenster einbaut, schafft sie sich den Vorwand, den Arbeiterfamilien einen immer größeren Lohnanteil für höhere Mieten aus der Tasche zu ziehen. Gleichzeitig macht



die KWW Riesenprofite, indem sie die so in ihrem Wert gestiegenen Wohnungen, die außerdem zum größten Teil bereits abgeschrieben sind, als Eigentumswohnungen verkauft. Die Umsatzerlöse konnten von 27,3 Mio. DM 1977 auf 35,5 Mio. DM 1978 gesteigert werden.

b.sal.Büsum. **Die Erprobungsserie mit der 155 mm Feldhaubitze in der Meldorfer Bucht ist jetzt abgeschlossen**
worden. Obwohl sich ein Butterdampfer zu den angegebenen Schießzeiten im Sicherheitsbereich befand, hat die Bundeswehrführung ohne Rücksicht auf Verluste einmal 13 und einmal 10 Schüsse abgeben lassen. Das Bundesverteidigungsministerium und die Rüstungskapitalisten sind für ihre Tests auf das 44 mal 8 km große Gebiet angewiesen, weil ihnen kaum derartig große Übungsplätze zur Verfügung stehen. Zum anderen eignet sich das Wattgebiet und das Vorland gut zum Vermessen der Aufschlaggeschwindigkeit der Granaten. Angekündigt wurde am 6.12. in der Dithmarscher Landeszeitung, daß die Hubinsel, Ausgangspunkt der Tests, 1981 wieder in Dithmarschen zum Einsatz kommen soll.

b.chg.Flensburg. **Einen Protestmarsch zum Flensburger Rathaus und eine Protestfahrt zum Sozialministerium nach Kiel** hat der „Verein der Städtischen Krankenanstalten Flensburg" auf seiner Jahreshauptversammlung beschlossen. Der Verein will sich nicht länger die Hinhaltetaktik der Landesregierung oder das von der SPD-Fraktion angebotene „Verbundmodell" anhören, denn beide planen dasselbe: Die Schließung der Klinik Ost und damit die von der AOK geforderte – und von Ehrenberg abgesegnete – Kostendämpfung für Patienten und Beschäftigte. Die auf dieser Versammlung eingesetzten Politiker Stick (CDU) und Gunnesson (SPD) versuchten, von diesen Tatsachen abzulenken, was vom 2. Vorsitzenden folgendermaßen quittiert wurde: „In unserem Verein sind Vertreter beider großen Parteien vertreten,

Runderlasses 39 (Fehlzeitenerlass) eingetreten sind. Das Arbeitsamt behauptet, der Fehlzeitenerlaß sei notwendig, weil sich viele Umschüler auf Kosten der Arbeitslosenversicherung einen sonnigen Lenz machen. Nicht die Umschüler haben die Umschulung veranlaßt, sondern die Unternehmer, die durch schlechte Arbeitsbedingungen, Rationalisierung und Einsparung von Ausbildung viele Arbeiter und Angestellte zwingen, sich umschulen zu lassen. Die DGB Jugend fordert, daß dies dann auch zu Bedingungen geschehen muß, die nicht die Existenz gefährden. Wir wenden uns gegen jede Disziplinierung von Umschülern, die an der Demonstration teilgenommen haben".

b.thw.Hamburg. **Arbeitskreis Wehrpflichtige des DGB zum Wehrpflichtigenprogramm.** Nachdem die Kreisjugendkonferenz aller DGB-Gewerkschaften das Forderungsprogramm der Hamburger Gewerkschaftsjugend für die Wehrpflichtigen am 21.10.79 beschlossen hat, hat jetzt der Arbeitskreis Wehrpflichtige auf seiner Sitzung vom 29.11.79 beschlossen, unter den Mitgliedern des Arbeitskreises eine Fragebogenaktion zu den Forderungen „40-Stundenwoche" und „Voller Dienstausgleich für alle Zusatzdienste" durchzuführen. Der Fragebogen enthält Fragen zu der Dienstzeitbelastung bei den unterschiedlichen Zusatzdiensten und zu deren Dienstausgleich. Die
Wehrpflichtigen wollen sich für die Aufhängung von Bekanntmachungsbrettern des DGB in ihren Kompanien einsetzen. Das nächste Treffen des Arbeitskreises findet am 13.12. um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus des DGB Hamburg statt.

b.mee.Oster-Ohrstedt. **Zweimal hat der Oster-Ohrstedter Gemeinderat die Funkausrüstung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde abgelehnt.** Ein Mitglied des Gemeinderats benannte den Grund: „Wenn wir Funk anschaffen, sind unsere Fahrzeuge die ersten, die bei zentralen Einsätzen vom Kreis beschlagnahmt werden. Das ist unsere Erfahrung aus dem letzten Winter." Daraufhin hat der Kreis Nordfriesland den Bürgermeister zu sich zitiert, um ihm die Vorteile der Zentralisierung durch Funk beizubringen. Darüber gab dieser auf der letzten Gemeinderatssitzung einen Bericht: Der Ausbau eines zentralen Notrufsystems (Telefonnr. 110 und 112) über den Kreis sei nur möglich, wenn alle Gemeinden an Funk angeschlossen seien. Auch die fünf Gemeinden, die sich weiterhin weigern. Dann würden auch bei Feuer die Sirenen zentral von der Kreisleitstelle gesteuert werden und die Feuerwehrleute im Bedarfsfall angepiept und von der Zentrale eingesetzt werden. Getarnt mit einer schnelleren und besseren Brandbekämpfung konnte bei dieser dritten Behandlung in Oster-Ohrstedt im Gemeinderat der Kreis die Zentralisierung durch Funkausrüstung durchsetzen. Der Gemeinderat stimmte zu. Die Anschaffungskosten von 5500 DM muß die Gemeinde tragen.

die kommenden Lohnverhandlungen tionäre der ÖTV – Abteilung Trans- gungen berücksichtigt.

ÖTV-Heuervorschlag: 5% plus 99DM Seefahrtszulage

r.dem. Die ÖTV hat den Heuertarifvertrag zum 31. Dezember 1979 gekündigt und einen Forderungsvorschlag unterbreitet, der eine Erhöhung der Grundheuer um 5%, der Seefahrtszulage für befahrene Seeleute um 99DM, ungelernte um 70DM und Junggrade um 31DM vorsieht. Desweiteren wird die Ladungszulage von 2,50DM auf 5DM und die Fahrgastzulage von 1,20DM auf 2,40DM angehoben.

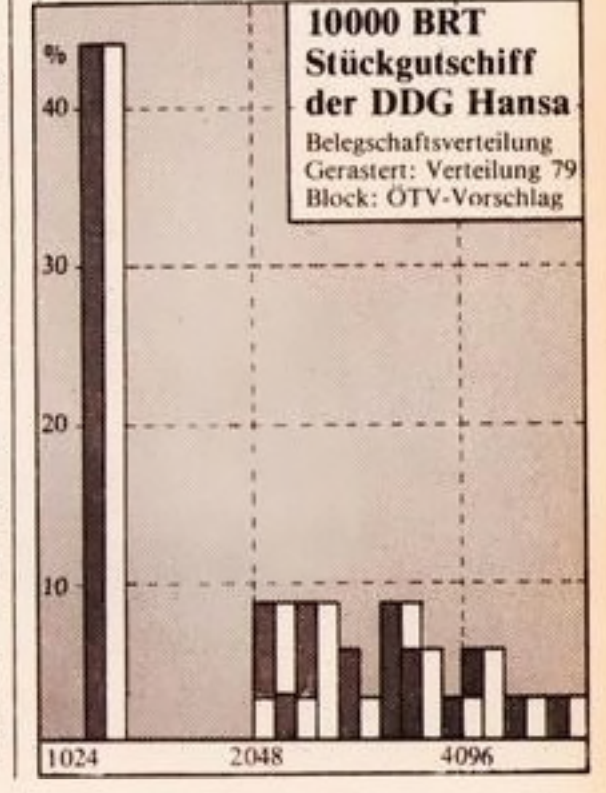
In der Bruttolohnverteilung der Besatzung eines 10000 BRT Stückgutschiffes wird die weite Spreizung des Lohngefüges deutlich. Vollkommen abgespalten von der Masse der Besatzungsmitglieder liegen vierzehn pakistanische Decksleute. Im ÖTV-Forderungsvorschlag rücken diese Decksleute um eine Lohnklasse nach rechts. Ansonsten bleibt das Lohngefüge gegenuber dem Jahr 1979 unverändert. Die durchschnittliche Erhöhung der Gesamtlohnsumme dieses Schiffes liegt bei 8,6%.

Gegen den Lohnkampf der Seeleute hat sich der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Reeder, Schuis, geäußert und die Linie deutlich gemacht, mit der die Reederkapitalisten „die laufen-
de Erhöhung der realen Produktivität der Schiffe"... erreichen wollen:... „die erheblichen Lohnkosten und die damit im Zusammenhang stehende Frage des 18-Mann-Schiffes"... müssen als Probleme gelöst werden. An dieser Lösung arbeiten die Reeder verstärkt. So hat die DDG Hansa in einem

internen Rundschreiben an die Schiffsführungen diese aufgefordert, die Überstunden der Besatzungsmitglieder zu senken, da schon eine Stunde weniger pro Besatzungsmitglied der Reederei jährlich 100000DM einsparen hilft. War es früher so, daß die Überstundenabrechnung in ihrer Höhe abgezeichnet wurde, muß heute um die gemachten Überstunden gekämpft werden und es kommt nicht selten vor, daß geleistete Überstunden nicht anerkannt werden. Die Order der Reederei geht dahin, daß von den tatsächlich gemachten Überstunden eine gestrichen wird. Auf die Überstunden sind die einfachen Besatzungsmitglieder aber angewiesen, ist doch die Grundheuer erbärmlich niedrig. Bei den pakistanischen Decksarbeitern beträgt sie ab dem 5. Jahr 896DM. Bei einem Matrosen mit Brief ab dem 5. Jahr 1395DM. Zur Grundheuer kommt jeweils noch die Seefahrtszulage von in diesen beiden Fällen 171DM. Auf dieser Grundlage können die Reederkapitalisten die Überarbeit ausdehnen. Durchschnittlich werden von den einfachen Besatzungsmitgliedern zwischen 80 und 130 Überstunden monatlich gemacht. Während z.B. der Koch eine Grund-
heuer von 1624DM hat, machen seine durchschnittlichen 130 Überstunden 1586DM aus. Fast die Höher seiner Grundheuer. Von der Gesamtlohnsumme des St-Schiffes werden über 23% an Lohnsumme für Überstunden gezahlt. Die Überstundenvergütung entspricht der Niedrigkeit der Grund-

heuer. Die pakistanischen Decksarbeiter bekommen pro Überstunde 1,15DM gezahlt! Bei den Matrosen mit Brief staffelt sie sich nach Jahren von 9,80DM bis 10,48DM.

Der Forderungsvorschlag der ÖTV schiebt den Absichten der Reederkapitalisten einen Riegel vor. Die Seefahrtszulage, die bei den ungelernten Seeleuten 70DM und bei den Junggraden nur 31DM beträgt, sollte doch auf einheitlich 99DM für alle angehoben werden. Die Wirkung wäre groß. 233DM müßten die Hansa-Kapitalisten bei dem St-Schiff mehr zahlen.



Zahlen soll sie dafür, daß sie in ihrem Dorf immer weniger zu sagen hat, vom Kreis kontrolliert werden kann und einsetzbar wird für paramilitärische Zwecke.

r.urg. **Die Kollegen des Westberliner Einzelhandels in der HBV führten am 8.12.79 eine Flugblattaktion für die Beschäftigten und zu einem späteren Zeitpunkt für die Kunden durch.** Als Schwerpunkt haben sie sich die extrem schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhne und die Forderungen zum Manteltarifvertrag, der zum 31.12.79 gekündigt wurde, gesetzt. Sie schreiben in ihrem Flugblatt: „Zu keiner Jahreszeit ist die Arbeitsbelastung im Einzelhandel so extrem spürbar wie im sogenannten Weihnachtsgeschäft. Diese extreme Arbeitsbelastung ist nicht zuletzt Ergebnis des rigorosen Personalabbaus ..." Im KaDeWe (Kaufhaus des Westens, Hertie Konzern) zum Beispiel müssen in den Lebensmittelabteilungen alle vier Samstage vor Weihnachten gearbeitet werden, es sollen „möglichst" keine Rolltage (Freitage) genommen werden. In einer Tabelle, in der sie Beschäftigte, Umsatz, Verkaufsfläche von 1973 bis 1978 vergleichen, wird errechnet, daß sich Umsatz und Verkaufsfläche in diesem Zeitraum durchschnittlich um rund ein Drittel erhöht haben, während sich der Personalstand um mehr als drei Prozent verringerte. Weiter werden die wichtigsten Forderungen zum Manteltarifvertrag propagiert: Absicherung des 13. Monatsgehalts, 6 Wochen Urlaub unter Zugrundelegung der 5-Tage-Woche. Erreicht werden soll dies bis 1982. Für 1980 werden bis zum vollendeten 25. Lebensjahr 26 Tage, bis zum 30. Lebensjahr 27 Tage, danach 28 Tage und bis 1982 für alle gleich 30 Tage gefordert. Mehr Urlaubsgeld: Für die unter 18-Jährigen bis 1983 55 Prozent vom Endgehalt der Gehaltsgruppe K2, was derzeit 1640 DM sind, darüber 65 Prozent. Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer. Fortbildung für Auszubildende.

b.mas. **Bei Kerzenschein in der Christuskirche Lüneburg: Feuer frei für die sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen.** Am 4.12. führte die „Ev. Reform. Kirche" die Veranstaltung: „Berichte und Gespräche zum Flüchtlingsproblem in Kambodscha" durch. Fünf ältere Frauen aus der Gemeinde waren dem Aufruf gefolgt. Bei Kerzenschein und Kaffee wurden sie zu Bruderliebe aufgerufen: „Wenn in den Ländern der Dritten Welt Menschen leiden, sollen wir ihnen zurufen: Ihr seid erkoren, zu leiden in Christi Willen." Froh sein, mit dem Volk von Kampuchea zu leiden, ist Aufgabe der christlichen Bruderliebe. Das ist der Flaggenschutz der Kirche für die sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen. Die Imperialisten wissen, daß der westdeutschen Arbeiterklasse das Kreuz gebrochen werden muß, bevor sie die Unterstützung der Befreiungskämpfe der Länder der Dritten Welt aufgeben. Gestützt auf Paulus und Petrus ruft die Kirche dazu auf, jeder Obrigkeit Untertan zu sein, weil jede Obrigkeit von Gott gegeben ist. Wahre Freiheit gebe es nur in der Ewigkeit. Damit bereitet die Kirche den Einmischungsversuchen der westdeutschen Imperialisten den Boden. Ihre „Vertrauensleute in Kambodscha", die die Spendenverteilung überwachen, tun das übrige.

b.wik.Flensburg. **8 Umschüler beim Arbeitsamt Flensburg haben in einem Brief an den Minister Ehrenberg die Fortzahlung des Unterhaltsgeldes im Krankheitsfall gefordert.** Bisher wird sofort mit der Krankmeldung das

Personalversammlung fordert sofort mehr Planstellen für die Kliniken

r.üp. „Wird das Personal der Uni-Kliniken verheizt;", zu diesem Thema fand am 6.12. in der Medizinischen Klinik Göttingen eine Personalversammlung mit 60 Beschäftigten statt. Notwendig war diese Versammlung geworden, da nach dem Umzug 1977 in das neue Klinikum die Arbeitshetze des Personals immens gesteigert worden ist. Mit noch weniger Personal sollen noch mehr Patienten versorgt werden. Ein Vergleich beweist das (siehe Tabelle). Und die Landesregierung denkt nicht im geringsten daran, die geforderten Planstellen einzurichten. Bei den Haushaltsanmeldungen für 1981, wo allein für die Medizin 98 neue Stellen für Krankenpflegepersonal, Ärzte, med. technisches Personal, Schreibkräfte gefordert wurden, sind von insgesamt rund 500 neu beantragten Stellen für die gesamte Universität Göttingen von der Haushaltskommission der Universität weniger als 100 an die Landesregierung gegangen. Und jeder weiß, daß man nur mit einem kleinen Bruchteil von genehmigten Stellen rechnen kann.

Von einer „dramatischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen", die in „bestimmten Bereichen zu einer Gefährdung der Patienten geführt" hat, schreiben die Assistenzärzte in einem Brief an den Kliniksvorstand. Sie sind nicht mehr bereit, weiterhin durchschnittlich 97 Überstunden im Monat zu machen. „Diese Arbeitsbedingungen sind auf die Dauer nicht zumutbar." Sie fordern, da sie ja noch in der Ausbildung zum Facharzt stehen u.a. die „Ausarbeitung eines obligatorischen Ausbildungsganges für alle Assistenten." Selbst der ärztliche Direktor der Klinik rührt sich. Er schreibt in einem Brief an den Präsidenten der Universität: „Die Medizinische Klinik hat ihren Bettenbestand seit dem Umzug wesentlich erhöht. Trotzdem ist die Verweildauer ständig zurückgegangen und zwar in den ersten 5 Monaten des Jahres 79 gegenüber der Vergleichszeit im Jahre 78 um 23,3%. Das entspricht einer Verkürzung von einer mittleren Verweildauer von 9 auf 6,9 Tage. (Bundesdurchschnitt 1977: 20,8 Tage, d. Verf.) Da durch die Zunahme der Bettenzahl und die bessere Belegung auch die Pflegetage um 22,1% von 1978 auf 1979 zugenommen haben, hat sich die Anzahl der stationär durch die Med. Klinik behandelten Patienten in den ersten 5 Monaten 1979 gegenüber den gleichen Monaten im Vorjahr um 58,7% erhöht." Die Mehrarbeit bei den Ärzten habe um nahezu 60% zugenommen, die Qualität der Arztberichte habe erheblich gelitten und die Vernachlässigung der „Sorgfaltspflicht gegenüber den Patienten ist ein tägliches Problem für uns geworden."

In mehreren Bereichen , wo Nacht- und Bereitschaftsdienst gemacht wird, werden inzwischen volle Schichten gefahren. So z.B. müssen im Nachtdienst im Röntgen die Angestellten 15 Patienten versorgen und rund 60 Röntgenaufnahmen machen; im Samstags- und Sonntagsdienst 30 – 40 Patienten mit rund 80 – 120 Aufnahmen. Das noch zusätzlich zu 16000 Aufnahmen pro Angestellte pro Jahr (die allgemeinen Richtzahlen betragen 5400 bis 8000 Aufnahmen).

Wie nennt doch Arbeitsminister Ehrenberg im Krankenhausfinanzierungsgesetz diese Politik? Die Krankenhäuser sollen „kostendeckend" arbeiten. Bis zur völligen Erschöpfung sollen die Beschäftigten arbeiten. Die Krankheitsquote im neuen Klinikum hat ebenfalls immens zugenommen. Häufigste Erkrankungen: Infektions-, Herz- und Kreislauferkrankungen. Eine ältere Krankenschwester berichtete, wenn sie noch 20 Jahre hier arbeiten müßte, sie würde das nicht durchhalten und lieber in ein kleineres Krankenhaus gehen.

Diese Berichte wurden auf der Personalversammlung vorgetragen. Beifall erhielt der Beitrag des Personalrates, daß unter solchen Bedingungen eigentlich dieses Klinikum sofort geschlossen werden müßte.

Die Versammlung einigte sich mehrheitlich auf den Vorschlag des Personalrates, es nicht bei diesen Enthüllungen zu lassen, sondern sofort Maßnahmen einzuleiten. Der Personalrat wurde beauftragt, diese Untersuchungen in Form eines Informationsblattes in der Belegschaft zu veröffentlichen, eine Unterschriftensammlung durchzuführen, wo die Forderungen der einzelnen Abteilungen nach mehr Planstellen enthalten sind. Das soll an den Landtag geschickt werden, mit der Aufforderung bis Anfang des Jahres sich positiv zu äußern. Ansonsten wird der Personalrat eine erneute Personalversammlung durchführen, auf die ein Vertreter des Landtages geladen wird und wo weitere Schritte beschlossen werden sollen. Der anwesende Vertreter der ÖTV hat seine Unterstützung zugesagt. Die ÖTV Mitgliederversammlung der Unikliniken vom 5.12. hat ebenfalls beschlossen, die Vorbereitung der Personalratswahlen im März 1980 mit einem Schwerpunkt auf den Kampf um mehr Planstellen vorzubereiten. Es ist bereits Bestandteil des Personalratsprogramms der ÖTV.

Medizinische Klinik Göttingen

	1977	1979	Steig. %
Betten	147	209	+ 42,1
Patienten (1. Halbj.)	2379	4468	+ 87,8
Ärzte	57	49	- 14,0
Pflegepersonal	115	147	+ 27,8
Überstunden (1. Halbj.)	3185	3420	+ 7,4
Behandlungen 1. Halbjahr:			
Herzkatheter	125	600	+ 380,0
EKG	9500	13850	+ 47,8
Lungenfunktion	50	300	+ 500,0
chron. Hämodialyse	422	2109	+ 400,0

Abwässerbeseitigung: Gemeinden sollen noch stärker geplündert werden

b.sah. Der Gemeinderat von Oster-Ohrstedt hat in seiner letzten Sitzung die Satzung zur Abwasserbeseitigung geändert. Die Kosten sollen zukünftig nicht mehr nach den real entstandenen Kosten, sondern nach dem Wiederbeschaffungswert berechnet werden, also danach, was es kosten würde, heute eine *neue* Anlage einzubauen. Wenn z.B. eine Kanalisation vor 10 Jahren noch 2 Millionen DM kostete, so wurde bei den laufenden Kosten dies mit in die Abschreibung hineingenommen.

Heute sollen Umbau- und Reparaturkosten danach berechnet werden, was eine neue Kanalisationsanlage kosten würde (z.B. 3,5 Millionen DM)-. Dies ist ein weiterer Schritt des Landes und des Bundes, die Gemeinden über Zwangsanschlüsse, Zentralisierungen und Gebührenordnungen unter ihre Knute und in ihre Schuldknechtschaft zu bringen.

In einer Pressemitteilung sieht die schleswig-holsteinische Landesregierung die Abwässerbeseitigung an den Küsten Schleswig-Holsteins im wesentlichen als „saniert" an. Im Bereich der Nordseeküste sind fast alle Städte und größeren Orte an eine zentrale Ortsentwässerungsanlage angeschlossen.

An der Ostseeküste sieht die Landesregierung Erfolge durch den verstärkten Ausbau der Kläranlagen: „Das Badewasser und die Strände sind einwandfrei". (Pressemitteilung der Landesregierung 12.10.79). Neue Kläranlagen sind geplant. Die „Wassergüte" der Schlei, die durch die Abwässer z.B. der Zuckerfabrik stark verschmutzt und bald am Absterben ist, soll verbessert werden, indem alle Gemeinden mit über 500 Einwohnern „gleich gewertet" werden. Dabei hat das Land kein Interesse an der raschen Säuberung der Schlei, dafür könnte sie leicht effektivere Methoden finanzieren. Im wesentlichen wird die gleichwertige Heranziehung zu den Gebühren gemeint sein.

Bei den vorhandenen Klärwerken im Kreis Schleswig-Flensburg soll die 3. Reinigungsstufe (die chemische, nach der biologischen) nachgeschaltet werden.

Doch diese rosig sanierte Lage reicht der Landesregierung noch nicht aus. Sie muß noch „Lücken schließen". Denn erstens muß sie immer Angst haben, daß sich einige Gemeinden gegen den Abwasseranschlußzwang weigern. Schon bei dem Wasseranschlußzwang im Kreis Schleswig-Flensburg weist die Karte noch 30% weiße Flecken auf, in der Gemeinde Tolk wehren sich die Bürger gegen den Anschlußzwang. Sie wollen ihre eigenen Brunnen weiter benutzen dürfen. Andererseits zieht das Land noch zu wenig Gebühren aus den Zweckverbänden.

So zögert das Land auch noch, ein Ausführungsgesetz zum neuen Abwassergesetz des Bundes zu erlassen. Es will die „methodischen Ansätze" ändern, durch Vereinfachung verbessern. Die Befürchtung der Landesregierung ist, daß „durch den hohen Verwaltungsaufwand die anfallenden Abwasserabgaben wieder aufgezehrt werden" (Pressemitteilung der Landesregierung 7.11.79) und sie mit zu leeren Taschen dastehen. Dieser hohe Verwaltungsaufwand entsteht aber erst dadurch, daß die Abwässerbeseitigung immer weiter unter die Aufsicht des Staates kam und immer stärker zentralisiert wurde. Früher hatten die einzelnen Grundstücke jeweils eine Sicker- und Klärgrube. Ein Verwaltungsaufwand bestand nicht. Danach wurden in den 60iger Jahren die Abwässerbeseitigung von den Gemeinden übernommen. Nach der Kreisreform in den 70iger Jahren wurden kleinere Gemeinden an größere Gemeinden und Städte angeschlossen, z.B. Hemmingstedt an die Stadt Heide. Gleichzeitig wurden immer die Gebühren erhöht, von ca 0,90 DM auf über 2 DM pro Kubikmeter Wasser.

Sozialsenator Ehlers in den Fußstapfen von Ehrenberg

Entlastung der Krankenkassen von Zahlungen an die Rentner

Sozialsenator Ehlers in den Fußstapfen von Ehrenberg

Entlastung der Krankenkassen von Zahlungen an die Rentner

b.suk. Im Rahmen der Kostendämpfungsgesetze mußte Hamburg einen Krankenhausbedarfsplan vorlegen. Von 1973-83 sollen 4000 Krankenhausbetten gestrichen sein und die Liegezeit von 17,4 auf 13,4 Tage verkürzt sein. Vor allem sollen die Rentner raus aus den „teuren" Krankenhäusern in die billigen Pflege- und Altenheime. In der Tabelle I kann die Entwicklung der Pflegesätze für einen Monat in den meisten staatlichen Hamburger Krankenhäusern und in staatlichen Pflegeheimen abgelesen werden. In der dritten Spalte sieht man, wieviel Geld bei der Abschiebung ins Pflegeheim eingespart wird.

	Pflegeh.	Krankenh.	Einsparung
1975	1128,00	4890,00	3762,00
1976	1278,00	5136,00	3858,00
1977	1406,00	5352,00	3946,00
1978	1498,00	5827,00	4329,50
1979	1705,00	6084,50	4379,50

Alle Angaben in DM

Den Pflegesatz im Krankenhaus muß die Krankenkasse vollständig zahlen. Im Pflegeheim wird die Rente des Rentners beschlagnahmt bis auf ein Taschengeld von 84,00 DM. Zum Bedauern der Bourgeoisie muß die Differenz zum Pflegesatz aus der Sozialhilfe bezahlt werden, es sei denn es können noch irgendwelche Verwandte geplündert werden. Laut Haushaltsplan mußte 1977 77,6% der Kosten für Heimpflege aus Sozialhilfe gezahlt werden. Die Rentner und ihre Verwandten mußten 22,3% zahlen. 1980 will die Sozialbehörde nur noch 69% zahlen. Die Rentner und ihre Familien sollen 31% zahlen. 1977 zieht die Arbeits-und Sozialbehörde Bilanz: „Die Aufnahme von Schwerpflegebedürftigen, in 79% direkt aus den Krankenhäusern und 21% Fällen aus den Wohnungen erfolgt meistens in einem bereits so akuten Pflegebedarfszustand,daß sich auch dadurch das erhebliche Ansteigen der Sterbefälle und damit die laufende Fluktuationsquote in den Pflegeheimen von knapp 34% im Jahre1955 und 45 v.H. im Jahre 1972 auf über 65 v.H. im Jahre 77 verstärkt hat ... Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Heimbewohner reduziert sich damit von drei Jahren 1955 auf etwa 1 ½ Jahre." (Bericht des AuSB Dezember 77). Die Kostendämpfungsgesetze verlangen aber noch größere Taten. Die Alten sollen nicht in den Pflege- und Altenheimen sterben, denn selbst die sind zu teuer. Und wenn doch in Pflegeheimen, dann in welchen mit kleinen Pflegesätzen. 1977 stellt Senator Ehlers fest, welche Heime er in Zukunft streichen will. Unwirtschaftlich arbeiten alle Heime unter 120 Plätzen. Am wirtschaftlichsten sind die Heime mit 250 – über 450 Plätzen.

Anhand der Bevölkerungsentwicklung in Hamburg (siehe Schaubild) errechnet Ehlers in seinen Berichten über „Planung von Alteneinrichtungen", von 1977 und 1979, den Bedarf an Plätzen aus. 14700 waren es 77. Vorhanden waren 14122. 1979 liegt der Bedarf bei 15000 Plätzen, vorhanden sind 12771. In zwei Jahren sind also schon 1251 Plätze weggefallen. Erklären kann man dies nur mit der Absicht, die Alten noch schneller und zu Hause sterben zu lassen. Ein Netz von 40 Sozialstationen soll in Hamburg zur Entlastung von Krankenhaus und Heimen für die ambulante Versorgung vor allem der Rentner ausgebaut werden.

Pflege- und Altenheime in Hamburg

Größe in Plätzen	Häuser in %	Plätze Anzahl	Plätze in %
unter 120	82,6	5050	39,4
120 - 250	9,8	2097	16,3
250 - bis über 450	7,6	5682	44,3

MÄNNER FRAUEN

Statistisches Landesamt Hamburg

...UHG gesperrt. Man muß dann bei der Krankenkasse die Zahlung von Krankengeld in Höhe des UHG beantragen. In der Regel dauert es einige Wochen, bis die Krankenkasse zahlt. Erfolgt durch den Arzt dann wieder die Gesundschreibung, muß beim Arbeitsamt ein vollständig neuer Antrag auf Zahlung des UHG gestellt werden. 6 bis 8 Wochen später ist dann das erste Geld wieder auf das Konto überwiesen. Gegen diese schikanöse Regelung entwickelt sich der Kampf unter den Umschülern. In seinem Antwortschreiben teilt das Ministerium mit, daß es veranlaßt habe, „festzustellen, ob eine gesetzliche Regelung der Unterhaltsgeldfortzahlung dem Deutschen Bundestag vorgeschlagen werden sollte". Mit Durchführung der beschlossenen bundesweiten Aktionen der Umschüler kann dies beschleunigt werden.

b.thr. **Wegen der Mai-Blockade der Bohrfahrzeuge in Lüchow wurden im vierten und fünften Nötigungsprozeß gegen Bauern des Kreises Lüchow-Dannenberg E. Tietke und H. Wiese zu 350 bzw. 750 DM verurteilt.** Richter Ulma wollte nach zwei erzwungenen Freisprüchen drohen und spalten. Insbesondere H. Wiese wurde hoch bestraft, weil er aus seiner Teilnahme keinen Hehl gemacht hatte. Kein Bauer hat bisher die „kleine Schuld"anerkannt.

r.clw. **Die FDP Schleswig-Holsteins fordert die Abschaffung der Röntgenreihenuntersuchung.** Durch andere diagnostische Maßnahmen soll die Röntgenreihenuntersuchung ersetzt werden (Tuberkulintest). Die Strahlenbelastung sei zu hoch und der Finanzaufwand stehe in einem unangemessenen Verhältnis zum Nutzen. Im folgenden die Entwicklung der Erkrankungen an Tbc (oben) und Lungenkrebs (unten) in Schleswig-Holstein (bei ca. 20% Dunkelziffer bei Tbc):

1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1899		1216	1276	1312	1112	1117
1023	1027	1040	1115	1101	1097	1111

Röntgenbilder ermöglichen in vielen Fällen eine Diagnose im Frühstadium, so daß die Streuung und Komplikationen bei Tbc gemindert und die Heilungschance beim Lungenkrebs etwa verdoppelt werden kann. Die Strahlenbelastung durch moderne Röntgengeräte ist geringer als beim Farbfernsehen. Der FDP sind die Kosten zu hoch. Das Strahlenbelastungslamento ist Verbrämung.

KARL MARX

DER BÜRGERKRIEG IN FRANKREICH

Karl Marx
Der Bürgerkrieg in Frankreich
Adresse des Generalrats der internationalen Arbeiterassoziation vom 30. Mai 1871
Verlag für fremdsprachige Literatur, Beijing / 324 S. / Best.Nr. 0143 / 3,80 DM

Marx schildert eingehend die Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue. Er hebt hervor, daß die Kommune namentlich den Beweis geliefert hat, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diesen für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen" kann, daß der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden muß.

Veranstaltungskalender

Karl Marx: „Lohn, Preis und Profit'

Bergedorf, 17. bis 21.12., 20 Uhr, Lichtwarkhaus
Lüneburg, 17. bis 21.12., 20 Uhr, Stucksaal an der Münze

Lenin: „Was tun?"

Neumünster, 10. bis 14.12., 20 Uhr, Hotel Stadt Flensburg
Hamburg Mitte-West, 10. bis 14.12., 20 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelderstraße

Karl Marx / Friedrich Engels: „Das Manifest der Kommunistischen Partei"

Wandsbek, 10. bis 14.12., 20 Uhr, Hasselbrookschule, Ritterstr. 32

Stalin: „Grundlagen des Leninismus"

Rendsburg, 10. bis 14.12., 20 Uhr.

Lenin: „Der Linksradikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus"

Uelzen, 10. bis 14.12., 20 Uhr, Gaststätte Wienerwald, Veerßerstr.

Fortsetzung der Berufungsverhandlung gegen J.Oberkampf u.a. wegen Angriff auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien

Hamburg, 11.12., 9 Uhr, Jenkelhaus, Max-Brauer-Allee 134, Zi. 126

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen Lohnstein, Bartels, Pollmann und Ludwig

Flensburg, Donnerstag , den 13.12. und Freitag den 14.12., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Saal 58

Prozeß wegen Hausfriedensbruch gegen Peters, Schyga, Steffens anläßlich einer Jubiläumsveranstaltung der Humboldtschule Kiel

Kiel, 10.12., 13./14.12. jeweils 9 Uhr. Amtsgericht, Raum 112, Richter: Haecker, Hauptzeuge: Kaltefleiter

Prozeß gegen 11 Angeklagte wegen Durchführung eines Propagandastandes gegen die Verbotsdrohungen gegen KBW, KPD und KPD/ML

Flensburg, 11.12., 9 Uhr, Amtsgericht, Südergraben, Zi. 32

Bezirksamt Hamburg Mitte: Brief gegen die Bild-Kampagne „Ein Herz für Kinder“

b.veb. Neun Kollegen des Sozialamtes Hamburg-Mitte und St. Pauli haben folgenden Brief an die Redaktion der BILD-Zeitung geschickt. „Seit rund vier Monaten führt ihre Zeitung eine Kampagne 'Ein Herz für Kinder' durch. Aufgezogen als Kampagne, die angeblich mehr Verkehrssicherheit für Kinder zum Ziel hat, handelt es sich tatsächlich um eine massive Hetze gegen uns Arbeitnehmer;... Schon immer hat die BILD-Zeitung genüßlich über die Grausamkeit von Eltern gegenüber ihren Kindern berichtet und die Eltern angeklagt, statt die materiellen Verhältnisse, aus denen heraus Eltern zuweilen ihre Verzweifelung auch an ihren Kindern auslassen. Genau in diese Kerbe soll die Kampagne 'Ein Herz für Kinder' hauen: die Kinderaufzucht wird zu einer Sache des Herzens erklärt, wo sie doch tatsächlich eine Sache des Geldbeutels ist. Dies läßt sich an einem Vergleich von Kinderzahl zu Haushaltseinkommen von 1978 gut verdeutlichen: – bei einem Haushaltseinkommen von 1300 DM netto hatten 26% der Haushalte ein bis zwei Kinder, 66% lebten in 1 bis 2-Personenhaushalten. – Bei 2100 DM hatten 54% der Haushalte ein bis zwei Kinder und 39% lebten in 1 bis 2-Personenhaushalten. – 5-Personenhaushalte, also Familien mit drei Kindern, nahmen erst bei einem Einkommen von 5000 DM drastisch zu. Ist die Möglichkeit Kinder großzuziehen also eine Frage des Geldes, so ist die Zahlung von Kindergeld für die Industriearbeiter (seit 1.1.79 50 DM, 100 DM, 200 DM usw.) noch nicht einmal so hoch wie für die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten und hier besonders für die hohen Beamten. ... Wir fordern ein Kindergeld für alle in der Höhe wie es ein Minister bezieht und unterstützen die Forderung vieler Sozialhilfeempfänger, das Kindergeld für sie nicht als Einkommen vom Bedarf abzuziehen, Wir fordern Sie auf, umgehend Ihre Kampagne 'Ein Herz für Kinder' einzustellen, da sie – wie oben dargestellt – die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf stellt.“

Die Forderung nach Zahlung eines Kindergeldes in der Höhe wie es ein Minister erhält für alle Beschäftigten gleich, wurde von mehr Kollegen unterstützt, als nachher den Brief unterschrieben.

Einige Kollegen meinten, mehr Verkehrssicherheit komme allen zugute und sei auch dringend erforderlich, damit es nicht mehr so viele Verkehrstote gibt. Von Ihnen wurde nicht der Zusammenhang zwischen der berechtigten Forderung nach dem Kindergeld und der Kampagne der BILD-Zeitung gesehen. Andere wiederum meinten, daß es nichts nütze, einen Brief an die BILD-Redaktion zu schicken, da dieser ohnehin nicht abgedruckt werde. Ganz erleichtert war aber auch eine Kollegin, daß endlich etwas gegen die BILD-Kampagne unternommen werde, da sie jedesmal ein schlechtes Gewissen gehabt hätte, wenn sie die Herz-Aufkleber auf den Autos betrachten mußte.

Wenn sich einige Kollegen nichts davon versprechen, Briefe an die BILD-Zeitung zu schicken, dann liegt es daran, daß erst aus vielen Betrieben solche Briefe geschrieben werden müssen, damit eine Wirkung bei der BILD-Zeitung erzielt werden kann.

Storno: Die 16%ige Leistungszulage müßte für jede Lohngruppe gesichert werden

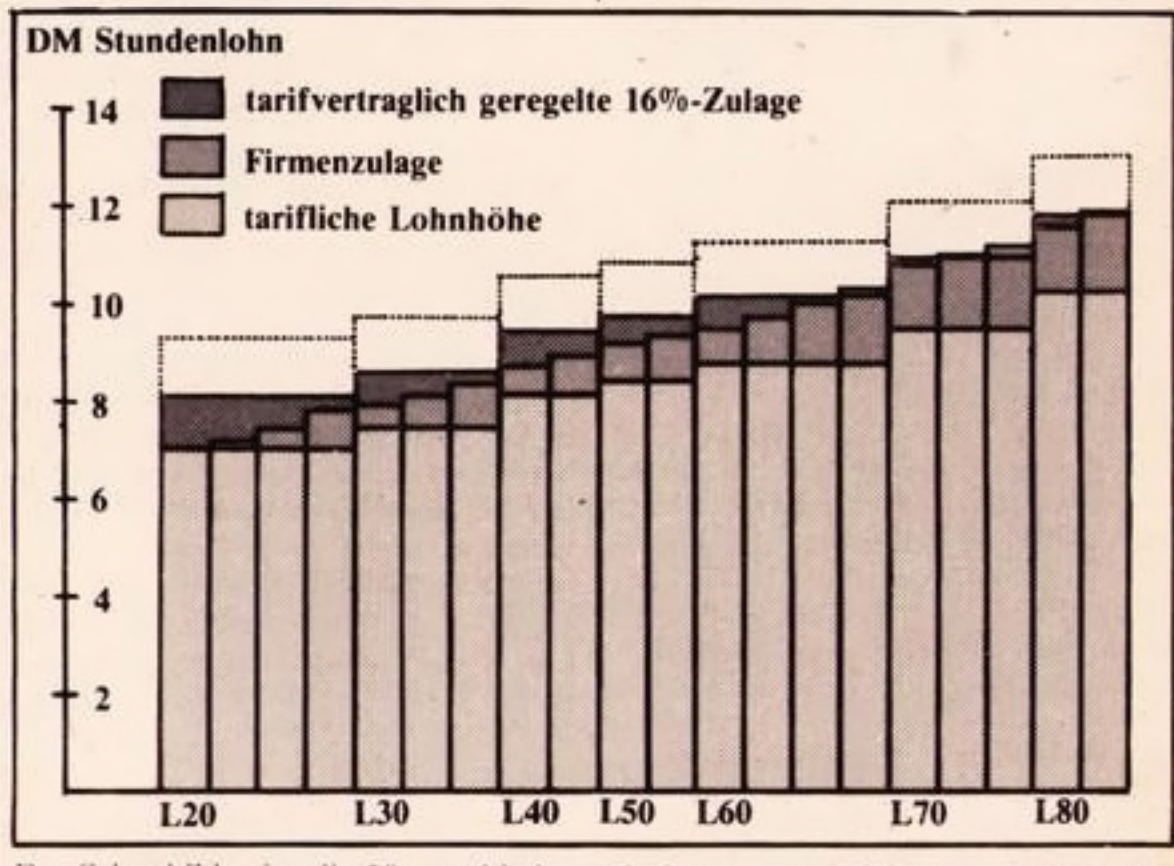
b.klw. Für die Anhebung der unteren Löhne und, um der Spaltung unter den Arbeitern entgegenzuwirken, ist es auch wichtig, welche Regelungen über die Leistungszulage getroffen werden. Für Zeitlöhner ist tariflich festgelegt, daß der Kapitalist 16% der Lohnsumme an Leistungszulage auf den Tariflohn zu zahlen hat. Wie er diese Leistungszulage jedoch verteilt, ist ihm überlassen. So wird dies zu einem Mittel der Spaltung in der Hand des Kapitalisten.

Bei Storno, die nicht im Kapitalistenverband sind, sich aber an die tariflich ausgehandelten Lohngruppen anlehnen, sind in der betrieblichen Vereinbarung durch unterschiedliche Firmenzulagen 20 Lohngruppen festgelegt. (Lohngruppe 9 entfällt) Zusätzlich gibt es noch eine persönliche Bewertung, die bis zu 10% ausmachen soll. Sieht man sich die Lohngruppen an, so machen die Firmenzulagen nur in 3 Lohngruppen tatsächlich 16% auf den Tariflohn aus. (In L63 (17,7%), in L71 (16,4%) und in L72 (18,5%)). In diesen Lohngruppen sind die Techniker beschäftigt. In den übrigen Lohngruppen liegt die Firmenzulage weit darunter. So kann es angehen, daß eine Arbeiterin in der niedrigsten Lohngruppe, L 20, mit dem Elendslohn von 7,04 DM die Stunde entlohnt wird. In der Lohngruppe L 30, in der viele Frauen im Zeitlohn arbeiten, beträgt die Firmenzulage z.B. nur 6,7%. Tarifvertraglich gesichert ist, daß jeder im Zeitlohn Beschäftigte Anspruch auf mindestens 10% Leistungszulage auf den Grundlohn hat.

Wir haben nun ausgerechnet, welche Wirkung entstehen würde, wenn betrieblich vereinbart würde, daß jede Tariflohngruppe die 16% Leistungszulage erhält. Das Ergebnis wäre folgendes:

1. Gewährleistet ist, daß die 16% Leistungszulage auch wirklich gezahlt wird. Wer will beim jetzigen System der persönlichen Bewertung kontrollieren, wieviel % die Firma tasächlich zahlt.
2. Die Spaltung in 20 verschiedene Lohngruppen bei Storno fällt weg. Es gäbe dann nur noch sieben.
3. Die unteren Lohngruppen werden angehoben. Die niedrigste Lohngruppe betrüge somit 8,16 DM. Dies gilt für die jetzigen Tarife.

Bei einer Lohnerhöhung von 170 DM/8% mindestens und 16% Leistungszulage für alle Lohngruppen ergäben sich die Stundenlöhne, die man im Schaubield an der gepunkteten Linie ablesen kann. Der niedrigste Lohn wäre 9,30 DM. Bei Abschaffung der Lohngruppe II wäre dann der niedrigste Lohn 9,76 DM. Diese Erhöhung des niedrigsten Lohns von derzeit 7,04 um 2,72 DM ist möglich bei betrieblicher Ausnutzung der tariflichen Bestimmungen.



Das Schaubild zeigt die 20 verschiedenen Lohngruppen bei Storno. L 20, L 30 entsprechen jeweils der tariflich festgelegten Lohngruppe II, III etc. plus Firmenzulage (mittel gerasterte Fläche). Die dunkel gerasterte Fläche zeigt die 16%ige Leistungszulage, auf jede Tarifgruppe mit 16% berechnet. Die gepunktete Linie zeigt die Lohnerhöhung von 170 DM/8% mindestens plus 16% Leistungszulage für jede Tarifgruppe.

Hell drängt auf Expansion

Betriebsversammlung: Die Arbeiter lassen sich nicht schröpfen

Kindergartenplan der SPD zur stärkeren Vernutzung der Arbeitskraft der Frau

b.hör. Das „Jahr des Kindes“ neigt sich seinem Ende zu. Alle bürgerlichen Parteien überschlagen sich fast in ihrer „Kinderfreundlichkeit“ und mit entsprechenden Gesetzesanträgen: Die CDU will für die ersten sechs Monate nach der Geburt ein Familiengeld in Höhe von 500 DM monatlich für einen Elternteil, der keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld hat, einführen. Außerdem hofft die CDU, durch die Gewährung von Familiendarlehen bis zu 6000 DM, der sinkenden Geburtenzahl beizukommen. Annemarie Schuster sieht gar die zufünftigen Renten durch den Geburtenrückgang gefährdet. Was sie tatsächlich bedrückt, wird eine Abnahme der Reservearmee in der Arbeiterklasse sein, die doch zur Senkung des Lohns erhalten bleiben muß.

Auch die SPD läßt sich nicht lum-
Möglichkeit Kinder großzuziehen also eine Frage des Geldes, so ist die Zahlung von Kindergeld für die Industriearbeiter (seit 1.1.79 50 DM, 100 DM, 200 DM usw.) noch nicht einmal so hoch wie für die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten und hier besonders für die hohen Beamten. ... Wir fordern ein Kindergeld für alle in der

vom 3.12.: In der zweiten Lesung des Landeshaushaltes 1980 will die SPD ein Landesprogramm zur Schaffung neuer Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer beantragen. In der Zeit, wo die Kinder im Kindergarten sind, soll einer der Eltern einer Teilzeittätigkeit nachgehen. Für jeden neu eingerichteten Teilzeitarbeitsplatz sollen die Kapitalisten 2000 DM bis 3000 DM einstreichen.

Sowohl dieser Finanzierungsplan verbunden mit dem Vorschlag, die Arbeitskraft der Frauen in Teilzeittätigkeit voll zu vernutzen, aber nur teilweise zu bezahlen, als auch der Finanzierungsvorschlag für die kostenlose Kindergartenunterbringung (nämlich 15 bis 20 Mio. DM aus dem Landeshaushalt an anderer Stelle einzusparen, um sie der Kindergartenfinanzierung zur Verfügung zu stellen) zeigen den reak-

Wenn sich einige Kollegen nichts davon versprechen, Briefe an die BILD-Zeitung zu schicken, dann liegt es daran, daß erst aus vielen Betrieben solche Briefe geschrieben werden müssen, damit eine Wirkung bei der BILD-Zeitung erzielt werden kann.

b.thc. Um 36 % auf 276 Mio. DM wurde der Umsatz der Hell GmbH im Geschäftsjahr 78/79 gesteigert. Die Belegschaft wurde um 13 % auf 2006 Arbeiter erhöht. Im Bereich der Farbscannerproduktion ist Hell mit führend auf dem Weltmarkt (Exportanteil 66 %). Seit der Übernahme durch Siemens (80 % Kapitalbesitz) wurde kein Mittel ausgelassen um die Ausbeutung in allen Bereichen der Produktion systematisch zu erhöhen: Steigerung der Produktion durch Verkürzung der Vorgabezeiten vor allem im Akkordlohnbereich und im Prüffeld, wo gleich zwei Tage von einer 16-tägigen Prüfzeit für einen Farbscanner gestrichen wurden. Ausweitung der Hausfrauenschicht, wo die ganze Arbeitskraft in nur 4 bezahlten Stunden vernutzt wird. Einführung der Wechselschicht Anfang 1979 bis hin zur Ausdehnung auf die Nachtschicht, wie für 1.1.1980 vorge-
der Lohngruppe L 30, in der viele Frauen im Zeitlohn arbeiten, beträgt die Firmenzulage z.B. nur 6,7%. Tarifvertraglich gesichert ist, daß jeder im Zeitlohn Beschäftigte Anspruch auf mindestens 10% Leistungszulage auf den Grundlohn hat.

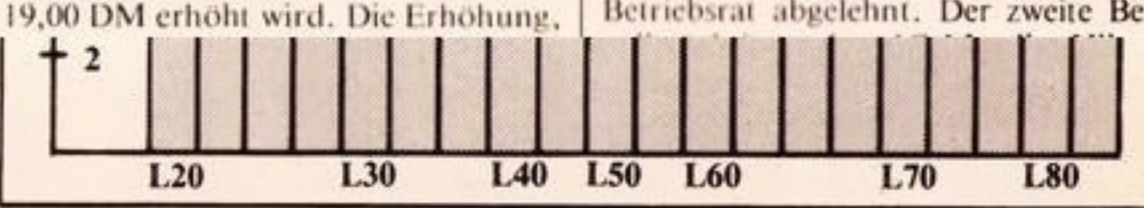
Wir haben nun ausgerechnet, welche Wirkung entstehen würde, wenn betrieblich vereinbart würde, daß jede

die bislang von der Geschäftsleitung mehr oder weniger genutzt wurde, zu versuchen, die Arbeiter für weitere Verschärfung der Ausbeutung zu gewinnen. Dies gelag diesmal nicht. Vielmehr sahen sich die Hell-Kapitalisten den Forderungen der Arbeiter direkt gegenübergestellt. Gefordert wurde die Erhöhung der Leistungszulagen in allen Abteilungen, nachdem sie in einigen erhöht worden ist, in anderen aber nicht. Um die Spaltungsmöglichkeiten einzuschränken, wurde die Forderung nach Erhöhung der Leistungszulagen entsprechend den Tariferhöhungen vertreten. Im Bereich der Schichtarbeit wurde einige Tage vor der Betriebsversammlung eine Betriebsvereinbarung getroffen, nachdem die Schichtzulagen von 1,10 DM auf 2,15 bis 4,00 DM pro Stunde und die Sonderzulage pro geleistete Spätschicht von 5 auf 10,25 bis 19,00 DM erhöht wird. Die Erhöhung,

dem zu, konnte dies aber noch nicht durchsetzen.

Verschwiegen wurde die Einführung der Nachtschicht. (Die Betriebsvereinbarung war kurz vor Beginn der Betriebsversammlung ausgehängt worden). Die Taktik zur Durchsetzung der Nachtschicht: Den Hauptanteil der Nachtschichtarbeiter sollen arbeitslose türkische Arbeiter stellen. Über höhere Zulagen (bei LG 6 = 43,00 DM mehr pro Schicht) sollen dann allmählich Facharbeiter aus den NC-Abteilungen angeworben werden

Bereits am Anfang der Versammlung wurde ein Antrag von Kollegen aus dem Prüffeld, den anstehenden Lohnkampf zu beraten und so zu einer Empfehlung für den Beschluß des Vertrauenleutekörpers zu kommen, vom Betriebsrat abgelehnt. Der zweite Be-


2
L20
L30
L40
L50
L60
L70
L80

Das Schaubild zeigt die 20 verschiedenen Lohngruppen bei Storno. L 20, L 30 entsprechen jeweils der tariflich festgelegten Lohngruppe II, III etc. plus Firmenzulage (mittel gerasterte Fläche). Die dunkel gerasterte Fläche zeigt die 16%ige Leistungszulage, auf jede Tarifgruppe mit 16% berechnet. Die gepunktete Linie zeigt die Lohnerhöhung von 170 DM/8% mindestens plus 16% Leistungszulage für jede Tarifgruppe.

Kindergartenplan der SPD zur stärkeren Vernutzung der Arbeitskraft der Frau

b.hör. Das „Jahr des Kindes“ neigt sich seinem Ende zu. Alle bürgerlichen Parteien überschlagen sich fast in ihrer „Kinderfreundlichkeit“ und mit entsprechenden Gesetzesanträgen: Die CDU will für die ersten sechs Monate nach der Geburt ein Familiengeld in Höhe von 500 DM monatlich für einen Elternteil, der keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld hat, einführen. Außerdem hofft die CDU, durch die Gewährung von Familiendarlehen bis zu 6000 DM, der sinkenden Geburtenzahl beizukommen. Annemarie Schuster sieht gar die zufünftigen Renten durch den Geburtenrückgang gefährdet. Was sie tatsächlich bedrückt, wird eine Abnahme der Reservearmee in der Arbeiterklasse sein, die doch zur Senkung des Lohns erhalten bleiben muß.

Auch die SPD läßt sich nicht lumpen: Da sie sich dem Druck der Volksmassen nicht ganz verschließen kann und in der Gewißheit, bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Landtag doch nicht durchzukommen, gibt sie sich links. Sie fordert den kostenlosen Kindergartenbesuch. In der „Umschau am Abend“ vom 30.11. verkaufte Matthiesen diesen Vorschlag als eine „Entfaltungsmöglichkeit der Frau“. Was damit gemeint ist, erfährt man aus einer Pressemitteilung der SPD vom 3.12.: In der zweiten Lesung des Landeshaushaltes 1980 will die SPD ein Landesprogramm zur Schaffung neuer Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer beantragen. In der Zeit, wo die Kinder im Kindergarten sind, soll einer der Eltern einer Teilzeittätigkeit nachgehen. Für jeden neu eingerichteten Teilzeitarbeitsplatz sollen die Kapitalisten 2000 DM bis 3000 DM einstreichen.

Sowohl dieser Finanzierungsplan verbunden mit dem Vorschlag, die Arbeitskraft der Frauen in Teilzeittätigkeit voll zu vernutzen, aber nur teilweise zu bezahlen, als auch der Finanzierungsvorschlag für die kostenlose Kindergartenunterbringung (nämlich 15 bis 20 Mio. DM aus dem Landeshaushalt an anderer Stelle einzusparen, um sie der Kindergartenfinanzierung zur Verfügung zu stellen) zeigen den reaktionären Charakter beider Vorhaben. Wenn man auch die kostenlose Unterbringung der Kinder in den Kindergärten als eine richtige Forderung unterstützen muß, so kann diese Forderung nur verwirklicht werden, wenn die Gemeinden auch autonom über ihr gesamtes Steueraufkommen verfügen können. Die vollständige Finanzhoheit der Kommunen ist dafür Voraussetzung und muß deshalb gefordert werden.

Hell drängt auf Expansion

Betriebsversammlung: Die Arbeiter lassen sich nicht schröpfen

b.thc. Um 36 % auf 276 Mio. DM wurde der Umsatz der Hell GmbH im Geschäftsjahr 78/79 gesteigert. Die Belegschaft wurde um 13 % auf 2006 Arbeiter erhöht. Im Bereich der Farbscannerproduktion ist Hell mit führend auf dem Weltmarkt (Exportanteil 66 %). Seit der Übernahme durch Siemens (80 % Kapitalbesitz) wurde kein Mittel ausgelassen um die Ausbeutung in allen Bereichen der Produktion systematisch zu erhöhen: Steigerung der Produktion durch Verkürzung der Vorgabezeiten vor allem im Akkordlohnbereich und im Prüffeld, wo gleich zwei Tage von einer 16-tägigen Prüfzeit für einen Farbscanner gestrichen wurden. Ausweitung der Hausfrauenschicht, wo die ganze Arbeitskraft in nur 4 bezahlten Stunden vernutzt wird. Einführung der Wechselschicht Anfang 1979 bis hin zur Ausdehnung auf die Nachtschicht, wie für 1.1.1980 vorgesehen. Gleichzeitig wurde versucht, die Belegschaft über ein ausgefeiltes System der Zulagenvergabe aufzuspalten. So gibt es Lohnunterschiede bei genau gleicher Tätigkeit von bis zu 3,00 DM pro Stunde.

Vor diesem Hintergrund fand am 4.12. eine Betriebsversammlung statt, die bislang von der Geschäftsleitung mehr oder weniger genutzt wurde, zu versuchen, die Arbeiter für weitere Verschärfung der Ausbeutung zu gewinnen. Dies gelag diesmal nicht. Vielmehr sahen sich die Hell-Kapitalisten den Forderungen der Arbeiter direkt gegenübergestellt. Gefordert wurde die Erhöhung der Leistungszulagen in allen Abteilungen, nachdem sie in einigen erhöht worden ist, in anderen aber nicht. Um die Spaltungsmöglichkeiten einzuschränken, wurde die Forderung nach Erhöhung der Leistungszulagen entsprechend den Tariferhöhungen vertreten. Im Bereich der Schichtarbeit wurde einige Tage vor der Betriebsversammlung eine Betriebsvereinbarung getroffen, nachdem die Schichtzulagen von 1,10 DM auf 2,15 bis 4,00 DM pro Stunde und die Sonderzulage pro geleistete Spätschicht von 5 auf 10,25 bis 19,00 DM erhöht wird. Die Erhöhung, zustande gekommen durch eine gemeinsame, schriftlich formulierte Forderung der Schichtarbeiter, soll aber einheitlich und nicht nach Lohngruppen gestaffelt in Höhe des Höchstsatzes gezahlt werden, weil alle Schichtarbeiter der gleichen Belastung ausgesetzt werden. Der Betriebsrat stimmte dem zu, konnte dies aber noch nicht durchsetzen.

Verschwiegen wurde die Einführung der Nachtschicht. (Die Betriebsvereinbarung war kurz vor Beginn der Betriebsversammlung ausgehängt worden). Die Taktik zur Durchsetzung der Nachtschicht: Den Hauptanteil der Nachtschichtarbeiter sollen arbeitslose türkische Arbeiter stellen. Über höhere Zulagen (bei LG 6 = 43,00 DM mehr pro Schicht) sollen dann allmählich Facharbeiter aus den NC-Abteilungen angeworben werden

Bereits am Anfang der Versammlung wurde ein Antrag von Kollegen aus dem Prüffeld, den anstehenden Lohnkampf zu beraten und so zu einer Empfehlung für den Beschluß des Vertrauenleutekörpers zu kommen, vom Betriebsrat abgelehnt. Der zweite Bevollmächtigte der IG-Metall, Hilsebein, begründete dies damit, daß die Debatte über den Lohn nicht auf eine Betriebsversammlung gehöre. Allerdings erhielt der Vorschlag an den VK, eine Forderung mit Festgeld und Prozent aufzustellen (170 DM / 8 % mindestens), den Applaus der Arbeiter.

Ärzte in der ÖTV festigen Zusammenschluß gegen Bereitschaftsdienste



b.mat. Die in der ÖTV organisierten Ärzte haben an den Gewerkschaftstag der ÖTV die Forderung aufgestellt: Anwendung der Arbeitszeitordnung und Anerkennung der Arbeitsbereitschaft.

Mit der Durchsetzung dieser Forderung fällt die Ausnahmeregelung für das Krankenhauspflegepersonal in der Arbeitszeitordnung von 1938, in der grundsätzlich die 40-Stundenwoche geregelt ist.

Nicht mehr als einen Bereitschaftsdienst in der Woche mit anschließendem Freizeitausgleich und Bezahlung als Überstunden wurde als Ziel auf dem ÖTV-Seminar in Hamburg gegen die Bereitschaftsdienste am 17.11. besprochen.

Ca. 20 Ärzte, Schwestern und Arbeiter aus Dortmund, Hannover und Hamburg nahmen daran teil. Das sind richtige Schritte voran zur 40-Stundenwoche.

Warnstreik bei Glyngoere Flensburg

b.dam. Bei einem Betriebsunfall in der dänischen Fischfabrik Glyngoere in Flensburg wurde einem türkischen Arbeiter in der letzten Woche bei der Arbeit an einer Filetiermaschine der Finger abgeschnitten. Die vorwiegend ausländischen Arbeiter aus seiner Abteilung riefen die anderen Abteilungen zu einem Warnstreik gegen die Arbeitsbedingungen und die Akkordhetze auf, die die Ursache für diese Art von Unfällen sind und organisierten die Stillegung der Arbeit fast im ganzen Werk für mehrere Stunden.

Mit der Verarbeitung des Frischfisches ist die Arbeit in vereistem Wasser verbunden. Die Fische kommen teilweise, wenn sie zu Fischfilet verarbeitet werden, in vereisten Blöcken von den Schiffen in die Fabrik, werden dann portionsgerecht zugesägt und für die Verpackung zubereitet. Bei den anderen Fischarten wie Makrele, Lachs oder Aal wird fließbandmäßig jeder einzelne Fisch gewaschen, gesalzen und zum Verpacken oder für die Räucherei zubereitet. Kaviar wird im Akkord in Dosen oder Gläser verpackt, wobei diese Arbeitsgänge am weitesten maschinisiert sind. Aber fast jeder der Arbeiter kommt ständig acht Stunden lang mit eisigem Wasser in Berührung, bei dessen Gradzahl die Hände nach einer Weile gefühllos werden und sämtlichen Tast- und Schmerzsinn verlieren. Bei dem Umgang mit Messern oder Schneidegeräten kommen so die meisten Unfälle vor.

In Konkurrenz mit Nordfisch und anderen fischverarbeitenden Kapitalisten hat die dänische Betriebsführung und der deutsche Geschäftsführer Hans Kies die Intensität der Arbeit enorm zu steigern versucht. Obwohl vor gut einem halben Jahr noch 150 Arbeiter und Arbeiterinnen produzierten, zeigt „der Verkauf“ mit einer Produktion von heute mit nur 130 Arbeitern heute „eine positive Entwicklung“. So jedenfalls Hans Kies in der Umschau am Abend, kurz nachdem die Arbeiter den Warnstreik durchge führt hatten. In der Propaganda, die damit im Radio gegen den Streik in Gang gesetzt werden sollte, droht er ebenfalls mit der Verlagerung der Produktion zu 25 % nach dem Mutterland Dänemark, da in Westdeutschland „keiner mehr in der Fischfabrik arbeiten wolle“. Mit der gleichen Begründung, nämlich der baldigen Schließung des einen Teils, wurden mehrere türkische Arbeiter entlassen, die am Warn streik teilgenommen hatten. Dabei seien die Arbeitsbedingungen so günstig, „die Arbeiter würden zur Fabrik gefahren, jeden Samstag sei frei“, trotzdem sei es auf dem Flensburger Arbeitsamt schwer, „Leute zu bekommen“(Hans Kies, Umschau). Tatsache ist, daß zu dem Lohn der Leichtlohngruppe II, den die Frauen in der Fischfabrik bekommen, männliche Arbeiter kaum mobil gemacht werden konnten. Dennoch sind es jetzt 30 - 40 Männer statt früher 9 männliche Arbeiter. Genau aus dem Grunde ist es auch eine Lüge mit der Arbeit des Samstags. Die gleichen Arbeiter, die jetzt entlassen wurden, sind vor einem halben Jahr mit der Pflicht der Samstagsarbeit und durch den Zwang des niedrigen Lohns eingestellt worden

Oberstufenreform – Auslese für den Arbeitsmarkt

Chronik der Maßnahmen der Landesregierung

b.ols. Die Schülervertretung für die Gymnasien in Schleswig-Holstein ruft für den 15.12. in Kiel zu einer Demonstration auf. Diese Aktion, die von der Vertretung der Berufsschüler unterstützt wird, richtet sich gegen die vom Kultusminister Bendixen vorgelegten ,,12 Grundsätze für die Fortentwicklung der Oberstufe''. Bereits für die jetzige reformierte Oberstufe, meist Studienstufe genannt, waren die Schüler von Anfang an nicht.

1969, Der Deutsche Bildungsrat formuliert die Sorgen des westdeutschen Finanzkapitals, den kapitalistischen Arbeitsmarkt entsprechend seinen Zielen beschicken zu können. Zu den Oberschulen heißt es : ,,Wer nämlich heute Abitur macht, dem bleibt wenig anderes und nichts Besseres zu tun übrig als zu studieren''... Konsequenz: ,,... Zusammenführung von allgemein- und berufsbildendem Schulwesen in der Sekundarstufe II, deren Abschlüsse den Zugang zum Hochschulbereich, zu anderen Ausbildungsgängen und zum Berufsleben eröffnen.''

1972, Die Konferenz der Kultusminister folgt dieser Linie und verabschiedet am 7.7. die ,,Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe.'' Das Ziel ist, zunächst die Zahl der Schüler an den gymnasialen Oberstufen zu vergrößern, um aus diesem größerem Potential umso zielstrebiger die verschiedenen ,,Zugänge'' zum Arbeitsmarkt zu ,,eröffnen'', d.h. auszulesen.

1973, Einführung der Studienstufe in Schleswig-Holstein. Die bisherigen Klassenverbände werden aufgelöst. In stets neuer Zusammensetzung finden sich die Schüler nun in den verschiedenen Grund- und Leistungskursen, die sie nach ,,Neigung'' und ,,Begabung'' wählen sollen, wieder. Mit diesen Wahlmöglichkeiten gelockt, stellen die Schüler zunächst fest, daß ihr Arbeitstag weiter aufgespreizt ist. Die Lehrer können garnicht alle Kurse vormittags anbieten – mehr Nachmittagsunterricht. Den Klassenraum aber, um wenigstens die Zwischenzeit zu nutzen, gibt es nicht mehr. Arbeits- oder Aufenthaltsräume für die Studienstufe sowie für die Fahrschüler gibt es oft nicht. Das gemeinsame Erledigen der Hausaufgaben, Vorbereitung auf Prüfungen, überhaupt das Lernen der Schüler voneinander, durch die Zersplitterung in die Kurse behindert, wird weiter erschwert. Und die sonst versprochenen Vorteile? Nichts zu sehen. Das Notensystem wird noch ausgefeilt, statt Note von 1-6 jetzt ein Punktesystem von 15 bis 0.

1976, Die Studienstufe ist allgemein eingeführt, die genannten Verschärfungen werden im Erlaß bestätigt. Die Ziele hat die Landesregierung deswegen noch nicht erreicht. Den allgemeinen Zwang zu den Facharbeiten, ,,kleinen Doktorarbeiten'' in der Bezeichnung der Schüler, hat sie bis heut nicht erreicht, – sie werden eher weniger geschrieben.

Kämpfe der Schüler gegen die Verschärfung der Aussieberei und Unterdrückung

26.6.72 Demonstration gegen das Landeshochschulgesetz und das Abitur I (geplante Prüfung zwischen Mittelund Oberstufe an den Gymnasien) mit 11000 Teilnehmer davon 2000 Schüler

30.11.72 Streik von 1500 Schülern an fast allen Kieler Oberschulen aus Anlaß der Verschärfung der Prüfungsordnungen an der Fachhochschule unter der Losung ,,Gemeinsam mit den Studenten gegen politische Disziplinierung und materielle Verschlechterung der Ausbildung''

März 1973 Erneuter Streik an vielen Schulen in Schleswig-Holstein gegen das LHG

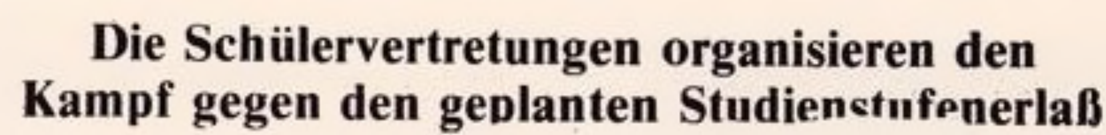
27.7.1973 Demonstration gegen Lehrermangel mit 500 Teilnehmern in Heide

31.5.75 Demonstration des DGB gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Neumünster

ab Juni 1978 Kämpfe, Streiks und Demonstrationen gegen den Schulgesetzentwurf (Februar 79, Demonstration mit 3000 Teilnehmern, Juni, Streik an mehr als 25 Schulen in Schlewig-Holstein). Diese Kämpfe werden zum ersten Mal von den Landesschülervertretungen der Gymnasien und Berufsbildenden Schulen gemeinsam organisiert

April 73, Gleich nach Beginn der Studienstufe wird die Auslese angezogen, zwei neue Erlasse angekündigt. Erstens: die Möglichkeiten der Anrechnung guter Noten aus dem Vorsemester (entspricht dem ersten Halbjahr der 11.Klasse) für das Abitur wird eingeschränkt. Wer im Vorsemester in den verbindlichen Kursen eine 6 oder zwei 5en hat, kann sich 1en und 2en aus guten Kursen nicht mehr für das Abitur anrechnen lassen. Zudem wird, wer eine 6 oder zwei 5en in einem Fach hat, im darauffolgenden Hauptsemester gezwungen, das gleiche Fach noch einmal zu belegen, anstatt etwas anderes zu belegen. Gibt es erneut schlechte Noten, muß dieser Schüler noch mal im Vorsemester anfangen. ,,Sitzenbleibererlaß'' werden diese Bestimmungen zu Recht von den Schülern genannt. Zweite Maßnahme: der ,,Facharbeitenerlaß''. ,,Freiwillige'' Facharbeiten in den Leistungskursen werden eingeführt, mit denen Punkte sammeln darf, wer sonst im Notendurchschnitt gedrückt worden ist.

1979, Nachdem sich die Landesregierung ihre Oberhoheit über das Schulwesen mit dem Schulgesetz gegen den Widerstand der Schüler, Eltern und Lehrer hat weiter absichern lassen, legt Bendixen einen Plan zur weiteren Verschärfung der Auslese in 12 Punkten vor. Vorgesehen sind: statt Vorsemester, 4Studiensemester und Prüfungssemester jetzt Einführungsjahr, dann 4 Semester bis zum Abitur. Außerdem Wahlmöglichkeit nur noch jedes volle Jahr. Ausdehnung der Belegpflicht. D.h.: überhaupt keine Anrechnung aus dem Einführungsjahr mehr, Ausdehnung der Wochenarbeitszeit, drastische Verdichtung der Arbeitszeit unmittelbar vor dem Abitur.



Die Schülervertretungen organisieren den Kampf gegen den geplanten Studienstufenerlaß

b.uws. Einen Entwurf für eine neue Rechtsverordnung für die Oberstufe an den Gymnasien, den Fachgymnasien und Gesamtschulen hat Kultusminister Bendixen in Schleswig-Holstein vorgelegt. Dagegen gibt es landesweiten Protest der Schüler. In Flensburg haben 500 Schüler demonstriert und in Lübeck fand eine Demonstration am letzten Samstag statt. Die Landesschülervertretungen lehnen den geplanten Studienstufenerlaß ab und die LSV der Gymnasien hat eine landesweite Demonstration am 15.12.79 in Kiel beschlossen. Die LSV der berufsbildenden Schulen begrüßt diesen Beschluß, schlägt weitere gemeinsame Kampfmaßnahmen, Demonstration Ende Januar und Streik im Mai vor und entwickelte auf der Konferenz der Fachgymnasien einen Forderungskatalog gegen den Studienstufenerlaß.

In den einzelnen SVen finden jetzt Auseinandersetzungen statt und es wird für die Demonstration mobilisiert und Busse werden organisiert, z.B. von den Kreis-SVen in Flensburg und Heide. Von der LSV der Gymnasien sind bislang keine Forderungen beschlossen worden. Verschiedene Kräfte versuchen den Kampf auf ,,Änderungsvorschläge'' zum Erlaß zu begrenzen oder propagieren die Beibehaltung der alten Regelung in Bittbriefen an Bendixen, so die ,,Schüler-Union'' der CDU. Die LSV der berufsbildenden Schulen hat wirksame Forderungen beschlossen, auf deren Grundlage sich der Kampf der Schüler gegen staatliche Unterdrückung und Auslese entwickeln kann:

– Weg mit dem Studienstufenerlaß!

Gegen die zu hohe Wochenstundenzahl des Unterrichts, 36 Stunden sind keine Seltenheit, ist es richtig, die 40-Stundenwoche für Schüler einschließlich der Hausaufgaben zu verlangen.

– Einführung der 28-Stunden-Woche bei gleichzeitiger 5-Tage-Woche!

Im Studienstufenerlaß soll eine starke Ausweitung des Pflichtbereiches erfolgen. Mehr Leistungskurse müssen belegt werden, vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich. Aus Gemeinschaftskunde wird Geschichte und Erdkunde zwecks besserer ideologischer Ausrichtung. Gleichzeitig fällt das Prüfungssemester als Vorbereitunszeit auf das Abitur weg. Es ist so schon allein zeitlich kaum möglich, den Stoff aus allen Kursen zu beherrschen.

– Abbau der Stoffülle in den Lehrplänen!

– Erweiterung der Wahlmöglichkeiten in den Kursen!

Das zentrale Unterdrückungs- und Ausleseinstrument, das die Schüler den Unterrichtsinhalten unterwerfen soll, ist das Punktesystem an der Studienstufe. Die erforderliche Punktezahl fürs Abitur muß nach dem geplanten Erlaß innerhalb von 2 Jahrgängen statt bisher in 3 Jahrgangsstufen erbracht werden.

– Weg mit dem Punkte- und Zensurensystem!

– Keine nachträgliche Aberkennung des schriftlichen Abiturs!

– Zulassung zum Abitur auch mit 4 Punkten!

– Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen an den Gymnasien!

Damit die Schüler den Eltern nicht länger auf der Tasche liegen, sondern selbständig leben können, wird gefordert:

– BAFöG für jeden Schüler – mindestens 700 DM!

Die landesweite Demonstration am 15.12.79 in Kiel, Beginn 14 Uhr auf dem Wilhelmsplatz, muß diesen Forderungen Ausdruck verleihen.



der Schüler an den gymnasialen Oberstufen zu vergrößern, um aus diesem größerem Potential umso zielstrebiger die verschiedenen ,,Zugänge'' zum Arbeitsmarkt zu ,,eröffnen'', d.h. auszulesen.

1973, Einführung der Studienstufe in Schleswig-Holstein. Die bisherigen Klassenverbände werden aufgelöst. In stets neuer Zusammensetzung finden sich die Schüler nun in den verschiedenen Grund- und Leistungskursen, die sie nach ,,Neigung'' und ,,Begabung'' wählen sollen, wieder. Mit diesen Wahlmöglichkeiten gelockt, stellen die Schüler zunächst fest, daß ihr Arbeitstag weiter aufgespreizt ist. Die Lehrer können garnicht alle Kurse vormittags anbieten – mehr Nachmittagsunterricht. Den Klassenraum aber, um we-

Oberstufe an den Gymnasien) mit 11000 Teilnehmer davon 2000 Schüler

30.11.72 Streik von 1500 Schülern an fast allen Kieler Oberschulen aus Anlaß der Verschärfung der Prüfungsordnungen an der Fachhochschule unter der Losung ,,Gemeinsam mit den Studenten gegen politische Disziplinierung und materielle Verschlechterung der Ausbildung''

März 1973 Erneuter Streik an vielen Schulen in Schleswig-Holstein gegen das LHG

27.7.1973 Demonstration gegen Lehrermangel mit 500 Teilnehmern in Heide

31.5.75 Demonstration des DGB gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Neumünster

darf, wer sonst im Notendurchschnitt gedrückt worden ist.

1979, Nachdem sich die Landesregierung ihre Oberhoheit über das Schulwesen mit dem Schulgesetz gegen den Widerstand der Schüler, Eltern und Lehrer hat weiter absichern lassen, legt Bendixen einen Plan zur weiteren Verschärfung der Auslese in 12 Punkten vor. Vorgesehen sind: statt Vorsemester, 4Studiensemester und Prüfungssemester jetzt Einführungsjahr, dann 4 Semester bis zum Abitur. Außerdem Wahlmöglichkeit nur noch jedes volle Jahr. Ausdehnung der Belegpflicht. D.h.: überhaupt keine Anrechnung aus dem Einführungsjahr mehr, Ausdehnung der Wochenarbeitszeit, drastische Verdichtung der Arbeitszeit unmittelbar vor dem Abitur.

wirksame Forderungen beschlossen, auf deren Grundlage sich der Kampf der Schüler gegen staatliche Unterdrückung und Auslese entwickeln kann:

– Weg mit dem Studienstufenerlaß!

Gegen die zu hohe Wochenstundenzahl des Unterrichts, 36 Stunden sind keine Seltenheit, ist es richtig, die 40-Stundenwoche für Schüler einschließlich der Hausaufgaben zu verlangen.

Damit die Schüler den Eltern nicht länger auf der Tasche liegen, sondern selbständig leben können, wird gefordert:

– BAFöG für jeden Schüler – mindestens 700 DM!

Die landesweite Demonstration am 15.12.79 in Kiel, Beginn 14 Uhr auf dem Wilhelmsplatz, muß diesen Forderungen Ausdruck verleihen.

Am 1.7.1978 beteiligten sich 3000 Schüler an der Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf.

Stufenausbildung und BGJ-Bau – Kurs auf Lohnsenkung und industrielle Umwälzung

b.reb. Die Nachwuchslage der Bauwirtschaft sei seit Jahren zunehmend besorgniserregend, klagte der Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbandes Bauindustrie, Braesen, im m Herbst 1970. Heute, 9 Jahre später, hat sich der Ton geändert. Am 1.8.76 wurde für die Bauindustrie im Schleswig-Holstein die Stufenausbildung eingeführt. In den zwei Jahren der ersten Stufe werden allgemeine Grundkenntnisse in allen Baubereichen vermittelt. Eine Spezialisierung findet lediglich im Hoch-, Tief-und Ausbau statt. Erst in der zweiten Stufe kommen die bisherigen Qualifikationen hinzu, nur daß auch dieser Spezialbaufacharbeiter den allgemeinen Teil der Ausbidlung gemacht hat.

Gleichzeitig wurde mit dem überbetrieblichen Ausbidlungszentrum Ahrensbök die für diese Art der Ausbildung notwendige Kaserene geschaffen. Diese Umwälzung der Ausbildung zielt ab auf eine entsprechende Umwälzung unter den Bauarbeitern. Erstens schaffen sie sich mit der allgemeinen Grundausbildung für alle einen in hohem Grade beliebig einsetzbaren Facharbeiter und schließen Lücken im Arbeitsprozeß. Je nach Bedarf können die angelernten Facharbeiter nach der 1.Stufe der Ausbildung abgezogen werden. Zum zweiten bekommen die Baukapitalisten durch die so erzielte fachliche Mobilität eine genügend große industrielle Reservearmee, um auf den Lohnstandart der Facharbeiter zu drücken und die industrielle Umwälzung in der Bauindustrie voranzutreiben.

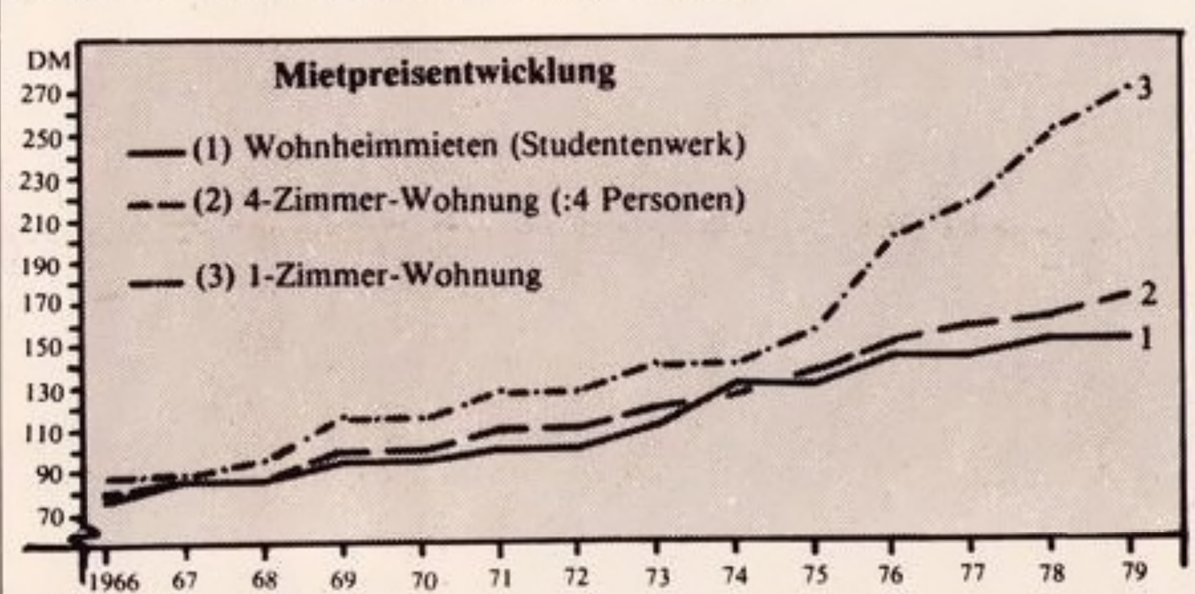
So wundert es nicht, daß Wirtschafts- und Verkehrsminister Westphal am 19.11.79 anläßlich der Einweihung des 3.Bauabschnittes des Ausbildungszentrums in Ahrensbök voll Freude bemerkte, die Bauindustrie habe in der Berufsausbildung die Nase vorne. Der Zuwachs an Auszubildenden betrug zwischen 1976 und 79 laut Pressemitteilung der Landesregierung 200%. Jetzt konzentrieren sich die Baukapitalisten auf die flächendeckende Einführung des Berufsgrundbildungsjahres im Zusammenhang mit der Stufenausbildung und zwar in ,,kooperativer Form''. Der Bau des 4 Mio.-Projektes in Ahrensbök dient im wesentlichen diesem Zweck. Das kooperative daran ist, daß die Kapitalisten dann im ersten Jahr der Stufenausbildung keine Ausbidlungskosten zahlen brauchen und die Lehrlinge trotzdem in ihrer Kaserne unter der Fuchtel haben.

Hamburger Wohnheimstudenten kämpfen gegen erneute Mieterhöhung

b.wal. 2693 Studenten (7,5%) wohnen in Hamburg in Studentenwohnheimen, 2098 davon unter Regie des Studentenwerks. Die Nachfrage nach den 10,2 m² kleinen Löchern in den meist leicht verrotteten Häusern ist groß. Was daran ,,reizt''? Die Miete von jetzt 150 DM. Nicht weil sie etwa niedrig wäre, im Gegenteil, aber sie liegt deutlich unter dem, was der ,,freie'' Wohnungsmarkt zu bieten hat (Schaubild). Nicht unbedingt hinsichtlich der Qualität, der *absolute* Preis ist entscheidend; allein die Wohnheimmiete beträgt rund 25% vom BaFöG-Höchstsatz, und den bekommen gerade30% der 30%, die überhaupt BAFöG beziehen. Die hohen Wohnheimmieten sind nur möglich durch die Konkurrenz des ,,freien'' Wohnungsmarktes, und trotzdem – man kann nie ,,umsteigen''.

Um 13 auf 163 DM soll die Miete ab 1.4.80 erhöht werden. Begründung: gestiegene Heizölkosten; das stimmt, und gedeckt werden sollen sie dadurch, daß die Studenten den 120 DM Heizkostenzuschuß an das Studentenwerk abtreten. Tatsächlich liegt die Heizkostensteigerung pro Zimmer in diesem Zeitraum bei 165 DM; 65610 DM Miese nimmt das Studentenwerk ,,freiwillig'' in Kauf – die 45 DM einzutreiben, würden sie eh Jahre brauchen.

Die Wohnheimstudenten lehnen die Mieterhöhung ab. Der Zentralrat der Studentenvertretungen der Wohnheime hat beschlossen: *Keine Mieterhöhung! Der Hamburger Senat soll die Mehrkosten zahlen!* Solange das Studentenwerk die Mieterhöung nicht zurückzieht, wollen die Studenten die Abtretungserklärung nicht unterschreiben. Das sind, für 1258 heizölgewärmte Zimmer, 174960 DM. Die Mieterhöhung soll 227448 DM bringen – so ungefähr die Jahresnettogehälter von Klose und Universitätspräsident Fischer-Appelt.

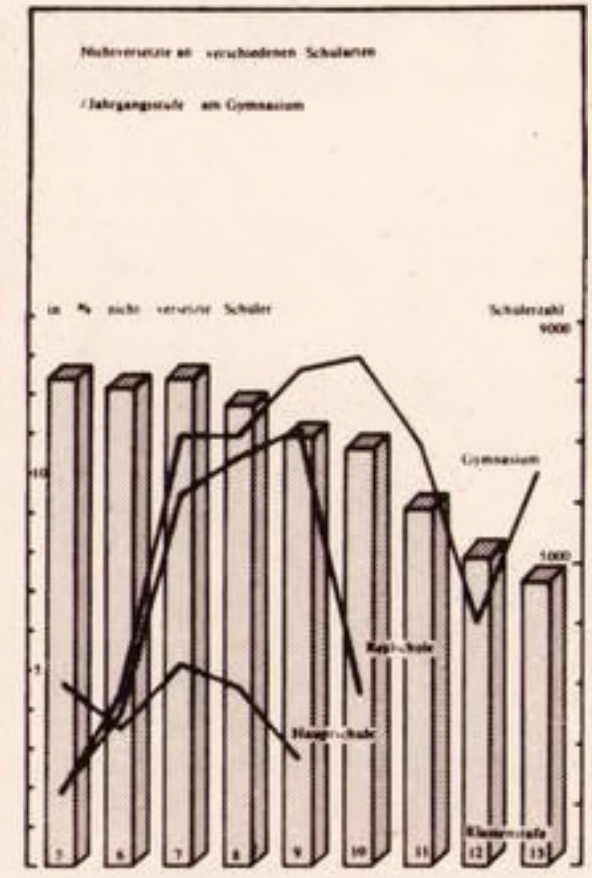


(1) Angaben nach Jahresberichten des Stundentenwerks (2 + 3) nach: Bundesmietengesetz (ab 1975) und Hamburger Mietenspiegel. Hierbei handelt es sich um *Mittelwerte;* Abweichungen gab es bis zu 30% nach oben.

Hamburger Senat plant Kurssystem bei Fachoberschülern

b.rhe. Nach dem 1978/79 mißlungenen Versuch, das Kurssystem und den Wahlpflichtbereich durchzusetzen, folgt nun der zweite Anlauf. Dieses Mal über den Leiter der Gewerbeschule 14 in Hamburg, Herrn Direktor Witte. Dieser legte dem Schülerrat ein Arbeitspapier vor, in dem sehr genau die damaligen Richtlinien der Behörde, nunmehr speziell für die G 14 ausgearbeitet, voll durchgeführt wurden. Gleichzeitig referierte Herr Witte im Schülerrat über die Vorteile, wie zum Beispiel Förderung und Berücksichtigung von Neigungen der Schüler, sowie die Ausweitung des Unterrichts auf 35 Stunden in der Woche. In einer mehrstündigen Sitzung des Schülerrates wurde das Arbeitspapier genauer untersucht. Hierbei wurde festgestellt, daß die Folgen der Einführung des Kurssystems die Zerschlagung der Klassenverbände, Verbreiterung der Leistungsschere in den einzelnen Klassen, sowie eine vorprogrammierte Ausbildung in Facharbeiter verschiedener Klassen wären.

In Stützkursen sollen Schüler den normalen Unterrichtsstoff nacharbeiten. In Förderkursen dagegen die Schüler, die ohnehin die besten sind, noch die nötigen Vorkenntnisse für Aufsichtsposten, wie Steuerrecht, Parteiprogramme usw. bekommen. (Berücksichtigung von Neigungen wird das genannt.), während die berufsspezifischen Fachkenntnisse ebenfalls in Kursen, weil es ja so viele Splitterberufe gibt, den Schülern nahegebracht werden sollen. Hierzu soll der Unterricht von 31 Stunden in der Woche auf 35 Stunden ausgeweitet werden. Dafür sollen dann auf einmal zehn neue Lehrer bereitgestellt werden. Der Schülerrat fand heraus, daß an der G14 acht Lehrer fehlen, dadurch nur 31 Wochenstunden unterrichtet werden kann, somit auch das Kurssystem keine Ausweitung des Unterrichtes bedeutet. Der Schülerrat lehnte das Kurssystem ab und erstellte ein eigenes Positionspapier, in dem er Begründung und Stellungnahme zum Kurssystem ausdrückte. Er stellte fest, daß Einführung von Wahlpflichtbereich und Kurssystem ein ganz bestimmtes Ziel verfolgen, nämlich die ständige Verkürzung der Ausbildung, um die Jugendlichen möglichst schnell in die Produktion zu bekommen.



r.row. Am 1. Dezember demonstrierten ca. 700 Schüler unter der Forderung „Weg mit dem Diskussionspapier" gegen die geplante Studienstufenreform. Das Vorbereitungssemester soll wegfallen, daraus wird ein Vorbereitungsjahr, und das Prüfungssemesterwird zum vierten Semester bei 28 Stunden mindestens in der Woche. Die Wahlmöglichkeiten sollen eingeschränkt werden und die Pflichtstundenzahl hochgeschraubt. Am 8.12. findet eine weitere Demonstration in Lübeck statt und am 15.12. eine landesweite in Kiel. Im Schaubild haben wir 1. die Sitzenbleiberquote an den Schularten dargestellt (Durchschnitt über 7 Jahre in Schleswig-Holstein) und 2. eine Jahrgangsstufe an den Gymnasien von der 5. (1970) bis zur 13. Klasse in Schleswig-Holstein.

40 Stunden-Woche für Lehrer, in der Schule durchzusetzen!

r.gör. Man muß sich vorstellen, der Arbeiter sei gezwungen, zu Hause noch eine Drehbank zu haben, um dort in unbezahlter Mehrarbeit die in der Fabrik begonnene Arbeit zuendezuführen. Es ist schwierig, sich das vorzustellen, aber bei den Lehrern verhält es sich so. Was es heißen würde, wenn ihr Arbeitstag feste und klar definierte Grenzen hätte, haben jetzt eine ganze Reihe von Lehrerkollegien demonstriert. Sie haben, als Demonstration und Kampfmaßnahme, eine 40 Stunden-Woche *in der Schule* organisiert. Zum Beispiel wurde in der Ricarda-Huch-Schule in Hannover eine „Woche der offenen Tür" durchgeführt. Arbeitszeit der Lehrer von 8 bis 16.30 Uhr. In Hamburg wurde eine „Aktion Gläserne Schule" an sechs Schulen durchgeführt. Dort haben die Lehrer ihre tägliche Arbeitszeit auf 42,5 Stunden festgesetzt. Trotzdem zeigte sich z.B. an der Max-Brauer-Gesamtschule: 32% des Unterrichts konnte nicht vorbereitet werden, 20% der Arbeit insgesamt blieb unerledigt. Anders gerechnet, die Lehrer hätten pro Tag 1,75 Überstunden machen müssen (= 52,3 Stunden Wochenarbeitszeit). An der V/R-Schule Richard-Linde-Weg in Hamburg konnten sogar nur 50% der Unterrichtsstunden für den nächsten Tag vorbereitet werden.

Die Aktionen haben zugleich gezeigt, daß die Schulen bis jetzt gar nicht so eingerichtet sind, daß die Leh-



r.wal. **5000 Studenten demonstrierten am 6.12. in Hamburg.** Dies war der Abschluß der Streikwoche der Lehrerstudenten und der Aktionstage an verschiedenen anderen Bereichen. Gleichzeitig ein guter Auftakt für die anstehenden Kämpfe.

fest, daß sie alle Mängel in der Arbeitsausstattung der Schulen durch private Arbeitszimmer, Materialien, Geldausgaben kompensieren. Die Kosten sind hoch. Höchstens 7 - 10%, so wurde berechnet, lassen sich durch steuerliche Absetzungen ausgleichen. Kein Wunder, daß nicht nur Hamburgs Bildungssenator Grolle versucht hat, die „Aktion Gläserne Schule" für „unzulässig" zu erklären. Die Senkung der Pflichtstundenzahl ist eine wichtige

noch eine Drehbank zu haben, um dort in unbezahlter Mehrarbeit die in der Fabrik begonnene Arbeit zuendezuführen. Es ist schwierig, sich das vorzustellen, aber bei den Lehrern verhält es sich so. Was es heißen würde, wenn ihr Arbeitstag feste und klar definierte Grenzen hätte, haben jetzt eine ganze Reihe von Lehrerkollegien demonstriert. Sie haben, als Demonstration und Kampfmaßnahme, eine 40 Stunden-Woche *in der Schule* organisiert. Zum Beispiel wurde in der Ricarda-Huch-Schule in Hannover eine „Woche der offenen Tür" durchgeführt. Arbeitszeit der Lehrer von 8 bis 16.30 Uhr. In Hamburg wurde eine „Aktion Gläserne Schule" an sechs Schulen durchgeführt. Dort haben die Lehrer ihre tägliche Arbeitszeit auf 42,5 Stunden festgesetzt. Trotzdem zeigte sich z.B. an der Max-Brauer-Gesamtschule: 32% des Unterrichts konnte nicht vorbereitet werden, 20% der Arbeit insgesamt blieb unerledigt. Anders gerechnet, die Lehrer hätten pro Tag 1,75 Überstunden machen müssen (= 52,3 Stunden Wochenarbeitszeit). An der V/R-Schule Richard-Linde-Weg in Hamburg konnten sogar nur 50% der Unterrichtsstunden für den nächsten Tag vorbereitet werden.

Die Aktionen haben zugleich gezeigt, daß die Schulen bis jetzt gar nicht so eingerichtet sind, daß die Leh-rer dort einen 8-Stunden-Arbeitstag verrichten könnten. Es gibt keine Arbeitszimmer, Tische, Stühle. Es gibt keine Arbeitsmittel, Büromaterialien, Bücher. Und wo gibt es gar eine Kantine? Mit anderen Worten: Der Dienstherr rechnet fest mit der unbezahlten Mehrarbeit der Lehrer, und er rechnet



r.wal. **5000 Studenten demonstrierten am 6.12. in Hamburg.** Dies war der Abschluß der Streikwoche der Lehrerstudenten und der Aktionstage an verschiedenen anderen Bereichen. Gleichzeitig ein guter Auftakt für die anstehenden Kämpfe.

fest, daß sie alle Mängel in der Arbeitsausstattung der Schulen durch private Arbeitszimmer, Materialien, Geldausgaben kompensieren. Die Kosten sind hoch. Höchstens 7 - 10%, so wurde berechnet, lassen sich durch steuerliche Absetzungen ausgleichen. Kein Wunder, daß nicht nur Hamburgs Bildungssenator Grolle versucht hat, die „Aktion Gläserne Schule" für „unzulässig" zu erklären. Die Senkung der Pflichtstundenzahl ist eine wichtige Forderung. Aber solange der Dienstherr, unter zynischer Ausnutzung des Interesses und Verantwortungsbewußtseins der Lehrer, sie zwingen kann, einen Großteil ihrer Arbeit privat zu verrichten und zu finanzieren, wird sich die 40-Stunden-Woche nicht durchsetzen lassen.

Amtsgerichtsreform in Schleswig-Holstein

Beschleunigte Gerichtsverfahren / Straffung der Dienstaufsicht

r.peb. Am 11. Dezember wird der schleswig-holsteinische Landtag in zweiter Lesung den Entwurf des „5. Gesetzes zur Neuordnung von Amtsgerichtsbezirken" behandeln. Herauskommen wird, daß die geplante Auflösung der Amtsgerichte Bad Schwartau und Kappeln zum 1.1.80 sowie des Amtsgerichts Bad Bramstedt zum 1.1.83 auf den 1.1.1985 verschoben werden. Offizielle Begründung: Die notwendigen Bauten der „Aufnahmegerichte" seien noch nicht erfolgt.

Gab es 1969 bei 4 Landgerichten (Flensburg, Itzehoe, Kiel, Lübeck) noch insgesamt 60 Amtsgerichte in Schleswig-Holstein, sind es heute nur noch 37, was einer „Auflösungsrate" von immerhin 38% entspricht. Geht es planmäßig entsprechend der verabschiedeten Gesetze weiter, wird bis 1985 eine Auflösungsrate von ca. 50% erreicht sein. Spitzenstellung nimmt hierbei der LG-Bezirk Flensburg ein mit ca. 62% aufgelösten Amtsgerichten (der Bezirk umfaßt das Gebiet südlich der dänischen Grenze bis zur Linie Schleimündung/Südspitze Eiderstedt), während im LG-Bezirk Lübeck mit den Kreisen Ostholstein, Storman und Herzogtum Lauenburg lediglich zwei Amtsgerichte aufgelöst wurden.

Wie die Gebiets- und Verwaltungsreformen, die auch Ende der 60er Jahre geplant und Anfang bis Mitte der 70er Jahre durchgesetzt wurden, stellt sich auch die Gerichtsgebietsreform dar als Ergebnis der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus. Bei gleichzeitiger Entwicklung einzelner Industrien vollzieht sich die Verödung ganzer Regionen, während die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion einem ständigen Anwachsen des Staatsapparates entspricht. Zusammenfassung der Staatstätigkeiten bei gleichzeitiger Straffung der Dienstaufsicht in den öffentlichen Diensten und Senkung der notwendigen Kosten sind daher auch Kern der Gerichtsreform. Für die Bourgeoisie stellt sich bei größeren Gerichtseinheiten die Möglichkeit, über Datenverarbeitungsgeräte und Maschinisierung im gerichtlichen Verfahren Kosten zu senken, Beschäftigte einzusparen bei gleichzeitig erhöhter Kontrolle, auch über die Richter.

Für die Massen, aufgrund eingeschränkter Reproduktion und Ausweitung der bürokratischen Staatstätigkeit ohnehin gezwungen, vermehrt Prozesse zu führen, stellt es sich als finanzielles Problem, das eigene Recht vor Gericht zu suchen. Mußte der Bewohner von St. Peter früher zum Gericht nach Tönning und zurück 40 km fahren, sind es heute nach Husum gut 100 km. Von Wyk, früher selbst Amtsgerichtsstadt, sind es 120 km, nicht eingerechnet die Zeitaufwendung für die Fährreise. Wen wundert es da, daß die Massen gegen die Reform kämpfen und die gesetzlichen Pläne schon seit mindestens 4 Jahren nicht durchgesetzt werden?

Landgerichtsbezirke Flensburg und Itzehoe – Stand 1969 und Planung

Landgericht Flensburg		Landgericht Itzehoe	
Bredstedt	×	Brunsbüttelkoog	×
Flensburg		Elmshorn	
Friedrichsstadt	×	Glückstadt	××
Heide	×	Itzehoe	
Husum		Kellinghusen	××
Kappeln	×××	Krempe	××
Leck	×	Marne	×
Niebüll		Meldorf	
Schleswig		Pinneberg	
Tönning	×	Rantzau(Barmstedt)	×
Weeselburen	×	Schenefeld	×
Westerland	×	Uetersen	××
Wyk/Föhr	×	Wedel	×
		Wilster	×

× = aufgelöst, ×× = Auflösung zum 1.1.82 geplant, ××× = Auflösung zum 1.1.85 geplant

„Neuorientierung" imperialistischer Meeresforschung

Neue Taktik – alte Absichten / Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft

r.scm. „. . . . zugleich hat sich das wissenschaftliche Gesicht und das politische Umfeld der Meeresforschung so gewandelt, daß eine Neuorientierung erforderlich wird", gibt die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) als Begründung für die Herausgabe der Denkschrift „Meeresforschung in den achtziger Jahren" an. „Die meisten Staaten beanspruchen für sich das Recht, innerhalb von 200 Seemeilen vor ihren Küsten fremde Forschungsaktivitäten jeglicher Art mit Auflagen bis hin zum generellen Verbot belegen zu können." Einer der Autoren, der Kieler Meeresgeologieprofessor Eugen Seibold, ab 1. Januar 1980 DFG-Präsident, hatte dies bereits 1977 auf der Jahreshauptversammlung der DFG beklagt, wo doch Lagerstätten von Erdöl und Erdgas „im wesentlichen nur am Rand der Kontinente zu erwarten" seien. (E. Seibold, Der Untergrund der Ozeane, DFG-Mitteilungen 3/77). Seibold zeigte damals auch den Weg, den nun die Denkschrift beschreiten will, um doch noch an die Reichtümer der Meere heranzukommen: „Forschungs- und Technologiehilfe", um unter dem Mantel der „Zusammenarbeit" Spionage und Infiltration betreiben zu können.

darf es der Hilfe bei . . .". Es folgt eine ganze Palette von Projekten bis hin zur Beratung zur Vermarktung der angelandeten Fänge und einer Untersuchung der Sozialstrukturen. Begründet wird dies mit der Gefahr der Überfischung und Meeresverschmutzung, als ob es nicht die Imperialisten wären, die die Ruinierung des Meeres zu verantworten haben. Die Denkschrift unternimmt den untauglichen Versuch, die Ergebnisse der UNO-Seerechtskonferenz gegen die Länder der Dritten Welt zu wenden, um die Verschmutzung der Meere zu deren Problem zu erklären und dann großzügig die Hilfe der Imperialisten anbieten zu können: „Nicht zuletzt werden alle Küstenstaaten durch das neue Seerecht verpflichtet, ‚alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verschmutzung der marinen Umwelt zu verhindern, zu reduzieren und zu kontrollieren'." Tatsächlich werden sich diese Maßnahmen gegen die Imperialistem richten.

Die Beanspruchung des Meeres als Abfallgrube der Imperialisten ist gleich programmatisch in der Denkschrift festgehalten. Die Erforschung des „Ökosystems Meer" wird danach „mit dem Ziel der verantwortungsvol-

teilung . . . grundlegend für bürgerliches Vorgehen ist, ist die sogenannte Spüldauer. Die gibt an, wie lange eine Wassermasse, die an einem Ende eingeströmt ist, braucht, um das Gebiet wieder zu verlassen . . . Um den Seeverkehr sicher zu gestalten, muß man Kenntnisse über Strömung und Gezeiten haben. Um die Fischerei sinnvoll zu organisieren, sind Kenntnisse über die Verteilung der Wassermassen und Nährstoffe notwendig. Die Spüldauer ist für beides uninteressant. . . . . Um aber ausrechnen zu können, wie viel Gift, Müll, Unrat die Kapitalisten täglich in das Gebiet einbringen können, ohne die kritische Grenze zu überschreiten, bei der die Volksmassen hörbar Protest anmelden, muß die Spüldauer bekannt sein." Neue Forschungssschiffe, ein Großrechenzentrum, Bewilligung von Mitteln für den Ausbau von Personal und Gerätschaft fordern die Autoren, um den gestellten Aufgaben gerecht werden zu können. „Als erstes wird es darum gehen, den bestehenden *Forschungsverbund* zu stärken und auszubauen." In den Forschungverbund einbezogen sind Hochschulinstitute, Bundesanstalten bis hin zu Wasser- und Schiffahrtsdirektio-

„Neuorientierung" imperialistischer Meeresforschung

Neue Taktik – alte Absichten / Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft

r.scm. „. . . . zugleich hat sich das wissenschaftliche Gesicht und das politische Umfeld der Meeresforschung so gewandelt, daß eine Neuorientierung erforderlich wird", gibt die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) als Begründung für die Herausgabe der Denkschrift „Meeresforschung in den achtziger Jahren" an. „Die meisten Staaten beanspruchen für sich das Recht, innerhalb von 200 Seemeilen vor ihren Küsten fremde Forschungsaktivitäten jeglicher Art mit Auflagen bis hin zum generellen Verbot belegen zu können." Einer der Autoren, der Kieler Meeresgeologieprofessor Eugen Seibold, ab 1. Januar 1980 DFG-Präsident, hatte dies bereits 1977 auf der Jahreshauptversammlung der DFG beklagt, wo doch Lagerstätten von Erdöl und Erdgas „im wesentlichen nur am Rand der Kontinente zu erwarten" seien. (E. Seibold, Der Untergrund der Ozeane, DFG-Mitteilungen 3/77). Seibold zeigte damals auch den Weg, den nun die Denkschrift beschreiten will, um doch noch an die Reichtümer der Meere heranzukommen: „Forschungs- und Technologiehilfe", um unter dem Mantel der „Zusammenarbeit" Spionage und Infiltration betreiben zu können.

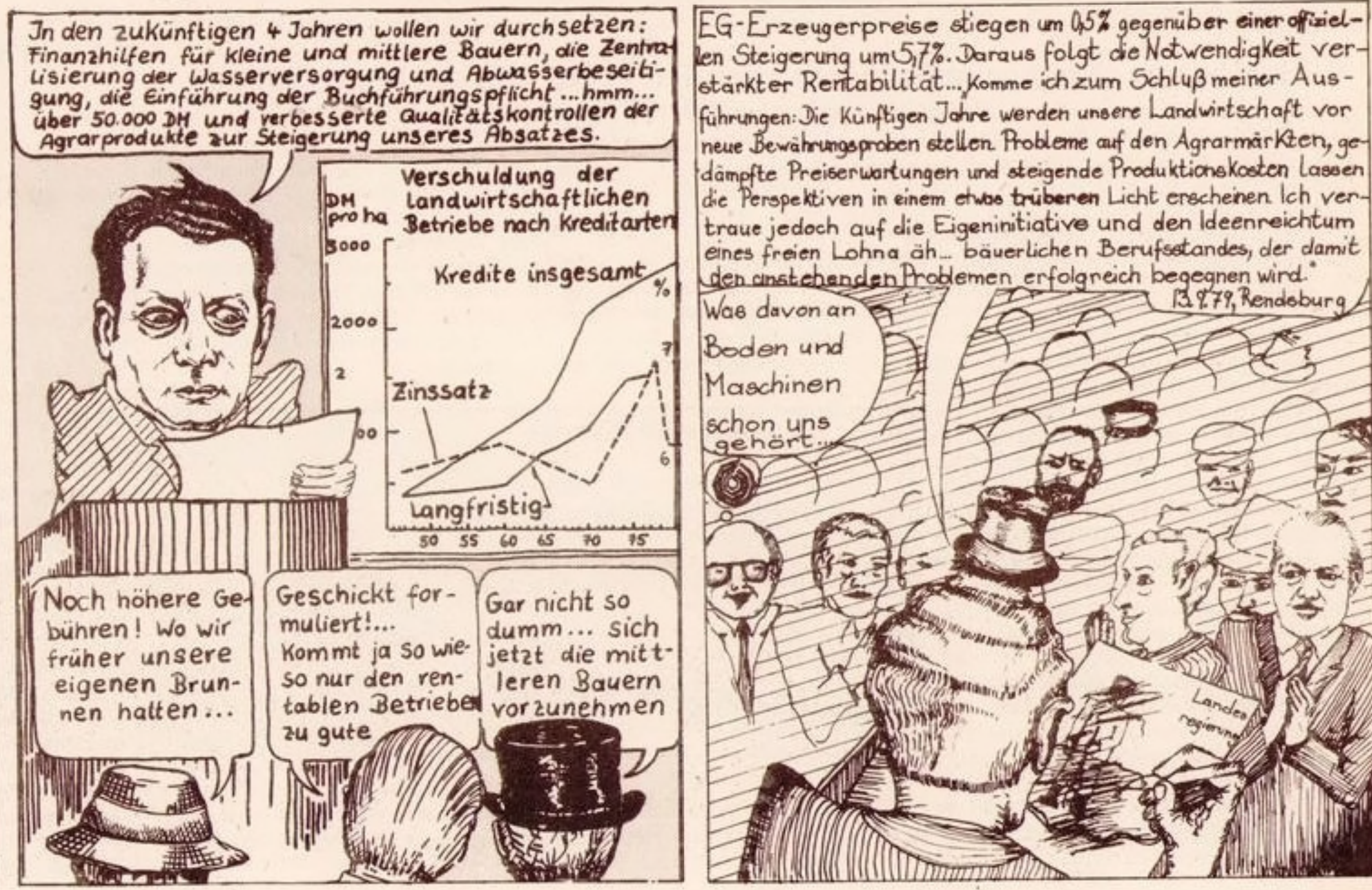
„Meist ist das erste Postulat die Entwicklung der Küstenfischerei", so die Denkschrift in Hinblick auf die Interessen der Länder der Dritten Welt bezüglich der Forschungshilfe. „Aber bevor man moderne und effektivere fangtechnische Methoden anbietet, be-

darf es der Hilfe bei . . .". Es folgt eine ganze Palette von Projekten bis hin zur Beratung zur Vermarktung der angelandeten Fänge und einer Untersuchung der Sozialstrukturen. Begründet wird dies mit der Gefahr der Überfischung und Meeresverschmutzung, als ob es nicht die Imperialisten wären, die die Ruinierung des Meeres zu verantworten haben. Die Denkschrift unternimmt den untauglichen Versuch, die Ergebnisse der UNO-Seerechtskonferenz gegen die Länder der Dritten Welt zu wenden, um die Verschmutzung der Meere zu deren Problem zu erklären und dann großzügig die Hilfe der Imperialisten anbieten zu können: „Nicht zuletzt werden alle Küstenstaaten durch das neue Seerecht verpflichtet, ‚alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verschmutzung der marinen Umwelt zu verhindern, zu reduzieren und zu kontrollieren'." Tatsächlich werden sich diese Maßnahmen gegen die Imperialistem richten.

Die Beanspruchung des Meeres als Abfallgrube der Imperialisten ist gleich programmatisch in der Denkschrift festgehalten. Die Erforschung des „Ökosystems Meer" wird danach „mit dem Ziel der verantwortungsvol-len Nutzung mariner Nahrungs- und Rohstoffreserven sowie der Aufnahmekapazität des Meeres für Schadstoffe" betrieben. M. Tomzcak führt in seinem Buch „Die Ruinierung des Meeres" ein Beispiel für diese Sorte Forschung an: „Ein Begriff, der bei der Untersuchung der Schadstoffver-

teilung . . . grundlegend für bürgerliches Vorgehen ist, ist die sogenannte Spüldauer. Die gibt an, wie lange eine Wassermasse, die an einem Ende eingeströmt ist, braucht, um das Gebiet wieder zu verlassen . . . Um den Seeverkehr sicher zu gestalten, muß man Kenntnisse über Strömung und Gezeiten haben. Um die Fischerei sinnvoll zu organisieren, sind Kenntnisse über die Verteilung der Wassermassen und Nährstoffe notwendig. Die Spüldauer ist für beides uninteressant. . . . . Um aber ausrechnen zu können, wie viel Gift, Müll, Unrat die Kapitalisten täglich in das Gebiet einbringen können, ohne die kritische Grenze zu überschreiten, bei der die Volksmassen hörbar Protest anmelden, muß die Spüldauer bekannt sein." Neue Forschungssschiffe, ein Großrechenzentrum, Bewilligung von Mitteln für den Ausbau von Personal und Gerätschaft fordern die Autoren, um den gestellten Aufgaben gerecht werden zu können. „Als erstes wird es darum gehen, den bestehenden *Forschungsverbund* zu stärken und auszubauen." In den Forschungverbund einbezogen sind Hochschulinstitute, Bundesanstalten bis hin zu Wasser- und Schiffahrtsdirektio-nen, deren Ausrichtung auf die gemeinsame Strategie die DFG fordert: „Die Diskussion über die künftig einzuschlagende Politik der deutschen Meeresforschung infolge des neuen Seerechts geht ebenso die Grundlagenforschung an, wie die Arbeit der betroffenen Ministerien oder die Investitionsentscheidungen der Industrie."







Über Lieferverträge beutet Südzucker die Bauern aus

Preisdruck durch Bezahlung nach Zuckergehalt und EG-Kontingentierung

z.kec. Von der Hauptversammlung der Südzucker AG am 17. Oktober berichtet das „Handelsblatt“: „Die wenigen Aktionärssprecher zeigten sich durchweg erfreut über die Dividende von 8,50 DM und den Bonus von 1 DM je 50-DM-Aktie.“ Der größte Teil der Profite aber wurde nicht ausgeschüttet, sondern investiert, u.a. in eine Anlage zur Fruchtzuckergewinnung, in die Herstellung eines neuen Süßstoffes („Palatinit“), in eine Puderzuckererzeugungsanlage, 25 Mio. DM in ein Kraftwerk zur Stromversorgung der Zuckerfabrik Regensburg, 7 Mio. in ein neues Pellet-(Rübenschnitzel-)Silo.

Die Südzucker-Kapitalisten haben diese Profite aus den Arbeitern ihrer Fabriken gepreßt, die sie für einen Lohn von 1700 DM brutto in Vollkontischicht ausbeuten, und aus den Bauern, denen sie Lieferverträge ganz nach ihrem Gutdünken aufzwingen konnten.

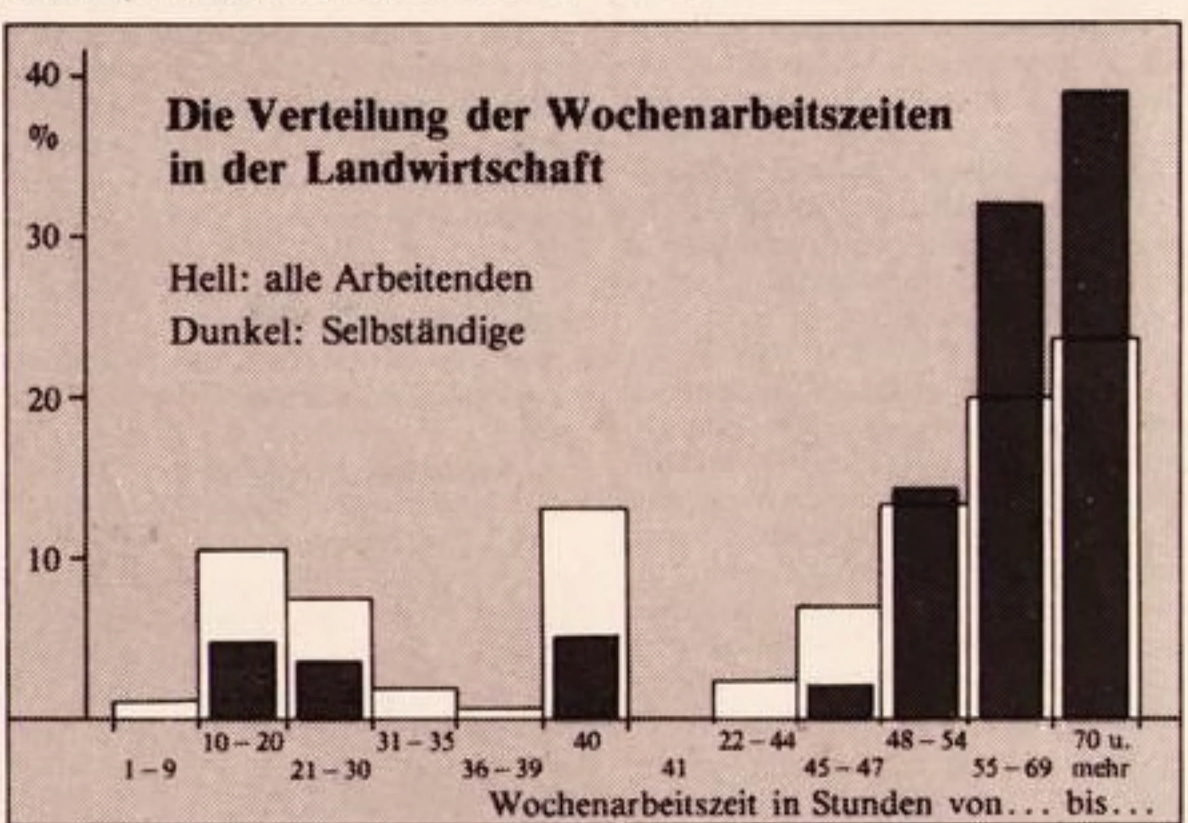
Die EG schreibt den Abschluß von Lieferverträgen zwischen den Zwangsverbänden der Rübenanbauer und den Zuckerkapitalisten vor. Der Liefervertrag diktiert den Bauern bis ins kleinste, wie sie zu produzieren haben:

Das Saatgut bekommen sie von der Südzucker AG geliefert (zum „Selbstkostenpreis“), anderes dürfen sie nicht verwenden. „Der Rübenanbauer verpflichtet sich, durch geeignete Anbaumethoden und eine harmonische Düngung Qualitätsrüben zu erzeugen. Dabei sind Reihenabstände über 50 cm und Kopfdüngung nach dem 31.5. nicht statthaft... Schoßtriebe sind zur Vermeidung von Samenbildung sofort nach Erscheinen zu entfernen. Südzucker... ist die Besichtigung der Felder und die Entnahme von Rübenproben jederzeit ohne weiteres gestattet. Der Rübenanbauer ist verpflichtet, den Aufrufen von Südzucker... zu Pflanzenschutzmaßnahmen... Folge zu leisten.“ (Branchen-Vereinbarung 1979 zwischen der Südzucker AG und dem Verband Süddeutscher Rübenanbauer)

Durch die „individuelle Bezahlung“ und durch Vertragsstrafen werden die Bauern gezwungen, diese Vorschriften einzuhalten. „Individuelle Bezahlung“ heißt Bezahlung nach dem Zuckergehalt und wurde 1978 von der Südzucker eingeführt. Der Mindestsatz beträgt 14,5%. Rüben, welche dieser Anforderung nicht entsprechen, können zurückgewiesen werden. Bei einem Zuckergehalt von über 16% muß der Bauer entsprechend weniger Rüben abliefern. Der Südzucker gelang es so, den Zuckergehalt der Rüben von durchschnittlich 16,26% letztes Jahr auf 17 und mehr Prozent dieses Jahr zu heben, was eine Senkung ihrer Produktionskosten bedeutet, da sie, um die gleiche Menge Zucker zu erzeugen, weniger Rüben verarbeiten muß als letztes Jahr. Der Erzeugerpreis ist in diesem Zeitraum nur um 0,3% gestiegen, d.h. real gesunken; die Südzucker dagegen hat den Zuckerpreis um 2 bis 2,5% erhöht. Bezahlung nach Zuckergehalt beschleunigt den Ruin der kleinen Bauern, denn zur Erzielung eines hohen Zuckergehalts und überhaupt von gleichmäßiger Qualität ist Maschinerie für exakte Aussaat, Düngung, Schädlings- und Unkrautbekämpfung notwendig.

Ein weiteres Mittel, die Erzeugerpreise zu senken, ist die Kontingentierung. Der EG-Ministerrat legt für jedes Mitgliedsland Grund- und Höchstquoten der Zuckererzeugung fest. Das Bundesernährungsministerium teilt diese Mengen auf die einzelnen Zuckerfabriken auf, und die Südzukker z.B. legt wiederum die Quoten für die einzelnen Vertragsbauern fest. Für die Rüben, die die Bauern über ihre Grundquote (A-Rüben) hinaus abliefern (B-Rüben), bekommen sie einen niedrigeren Preis, da die Südzucker die Produktionsabgabe, die sie für B-Zukker an die EG abführen muß, zu 60% auf die Bauern abwälzt. So betrug der Erzeugerpreis für einen Doppelzentner A-Rüben dieses Jahr 8,859 DM (8,825 DM 1978), für B-Rüben nur 6,201 DM (6,177 DM 1978). Die Höchstquoten wurden Anfang Juni vom Ministerrat gekürzt, zu einem Zeitpunkt, wo die Rüben längst ausgesät waren. Die Bauern bekamen also für einen größeren Teil der Rüben nur den B-Preis. Dasselbe tritt ein bei Zuckergehalt über 16%.

Auch die Ablieferung ist in dem Vertrag ganz im Sinne der Südzucker geregelt: Die Zuckerrüben dürfen keinerlei Blattrückstände aufweisen, für Schmutzanteile gibt es Preisabzüge. „Die Anlieferung der Rüben erfolgt nach dem Rübenlieferplan, welcher von Südzucker unter Mitwirkung des Verbandes aufgestellt wird. Werden Rüben unter Nichtbeachtung des Lieferplanes angeliefert, so wird diese Lieferung der folgenden Liefereinteilung zugerechnet. Außerdem wird eine Vertragsstrafe... fällig.“ Dazu muß man wissen, daß die geernteten Rüben durch „Veratmung“ bei der Lagerung an Zucker verlieren. Die größten Zuckerverluste treten in den ersten drei Tagen auf. Vor allem die Bauern, die nicht über eine eigene Erntemaschine verfügen, sondern sie beim Maschinenring oder Lohnunternehmer leihen müssen, können sich mit der Ernte nicht nach dem Lieferplan richten und werden so von Südzucker bei der Bezahlung noch um die Lagerverluste betrogen.



r.gör. Mehr als die Hälfte in der Landwirtschaft arbeitet länger als 50 Stunden pro Woche, jeder Vierte mehr als 70 Stunden. Die Zahlen wurdem vom Statistischen Bundesamt aufgrund einer Erhebung vom Mai 1976 veröffentlicht. Es handelt sich um die „normalerweise geleisteten Arbeitsstunden“. Bei den Selbständigen muß jeder Dritte über 70 Stunden arbeiten. Was die bürgerliche Statistik so nennt, sind zu einem erheblichen Teil kleine und mittlere Bauern, die nur durch vollständigste Verausgabung ihrer Arbeitskraft ihren Betrieb halten können; aber auch das häufig nicht auf Dauer, wie die Zahlen über das vom bürgerlichen Staat planmäßig betriebene Bauernlegen beweisen. – Den größten Teil dieser Arbeitszeit eignen sich die Kapitalisten an. Etwa 75% des Werts der landwirtschaftlichen Produkte besteht aus lebendiger Arbeit der landwirtschaftlichen Produzenten; im Maschinen- und Fahrzeugbau etwa 40%, in der Elektizitätswirtschaft etwa 17%. Der Wert der Waren besteht aus der Arbeitszeit für ihre Erzeugung einschließlich der Arbeitszeit, die für die Erzeugung der verwendeten Produktionsmittel aufgewandt wurde. Für Waren zum Beispiel des Maschinen- und Fahrzeugbaus im Wert von 100 Stunden muß der Bauer Waren im Wert von etwa 230 Stunden liefern.

Ausplünderung der Bauern durch neue Anschlußgebühren

z.elh. Neue kommunale Satzungen bezüglich des Anschlusses von Grundstücken an Wasser- und Abwasserleitungen sollen im Raum Passau am 1.1.1980 in Kraft treten. Wurde bislang bei Festlegung der Anschlußgebühren nur der tatsächlich bebaute Grund zur Berechnung herangezogen, so soll jetzt aller Grund, der potentiell bebaubar ist, mitberechnet werden, sofern eine Leitung am Grundstück vorbei oder darüber führt. Was das insbesondere für die kleinen Bauern bedeutet, sei hier am Beispiel der Gemeinde Fürstenzell, Ldkr. Passau, durchgerechnet. Dort wird für den Quadratmeter Grund 1 DM Anschlußgebühr verlangt. 0,8% der Grundstücksfläche (bei landwirtschaftlichen Anwesen 0,25%) werden zusätzlich als maximal bebaubar betrachtet. Die so berechnete mögliche Geschoßflächenzahl kostet 3 DM Anschlußgebühr pro Quadratmeter. Für einen Bauern mit 10 Hektar = 10000 m^2 Grund heißt das: Anschlußgebühren fürs Grundstück: 10000 × 1 DM + potentielle Geschoßfläche 10000 × 0,25 × 3 DM = 7500 DM, macht zusammen 17500 DM. Diese Berechnung wird für Wasser und Abwasser jeweils gesondert aufgemacht, so daß insgesamt 35000 DM zu zahlen wären. Als rechtliche Handhabe, um diese enormen Gelder abzupressen, ist in der kommunalen Satzung Anschluß- und Benutzungszwang der öffentlichen Wasserleitungen verankert.

Lohnerhöhung für Malaysias Gummiarbeiter

z.mat.Sydney. Am 1. November unterzeichnete die Gewerkschaft der Plantagenarbeiter Malaysias NUPW einen neuen Tarifvertrag für Arbeiter auf Gummiplantagen. Der Lohn der Gummiarbeiter besteht zu mehr als der Hälfte aus Akkord- und Leistungsprämien, die an den Weltmarktpreis für Gummi gekoppelt sind. Für 17 kg Latex und 9,5 kg Abfall betrug der Tageslohn beim gegenwärtigen Weltmarktpreis bisher 9,20 Malay-Dollar, für 30 kg Latex und 9,5 kg Abfall 13,05 Malay-Dollar (11,30 DM). Nur 3,60 Dollar waren davon nach dem bisherigen Tarif, der seit 1976 galt, als Grundlohn abgesichert. Der neue Tarif erhöht den Tagesgrundlohn um 20% auf 4,30 Malay-Dollar. Die effektive Lohnerhöhung ist weit geringer, in den beiden Beispielen beträgt sie 9% auf 10,07 Dollar bei 17 kg, und 16% auf 15,80 Dollar für 30 kg Latex. Für die 250000 Gummiarbeiter – 160000 von ihnen sind in der NUPW organisiert – erhöht der neue Tarif damit den Akkorddruck erheblich. Der Tarif soll bis 1982 gelten. Mit Sicherheit wird die NUPW aber Änderungen vor Ablauf des Vertrages anstreben müssen. „Gummiarbeiter sind die einzigen im Land, deren Einnahmen an den Preis gekoppelt sind“, sagte der Leiter der

Noch einmal zum Krach um EG-Haushalt und -Agrarpolitik
BRD: Höchstes Agraraußenhandelsdefizit, höchste Zahlungen aus dem EG-Haushalt
z.scc.Brüssel. Hauptabsicht des britischen Vorstoßes gegen den EG-Haushalt, hatten wir geschrieben, sei die Abschaffung der bisherigen „Gemeinsamen Agrarpolitik“. ...
Wasserleitungen verankert.
Lohnerhöhung für Malaysias Gummiarbeiter
z.mat.Sydney. Am 1. November unterzeichnete die Gewerkschaft der Plantagenarbeiter Malaysias NUPW einen neuen Tarifvertrag für Arbeiter auf Gummiplantagen. Der Lohn der Gummiarbeiter besteht zu mehr als der Hälfte aus Akkord- und Leistungsprämien, die an den Weltmarktpreis für Gummi gekoppelt sind. Für 17 kg Latex und 9,5 kg Abfall betrug der Tageslohn beim gegenwärtigen Weltmarktpreis bisher 9,20 Malay-Dollar, für 30 kg Latex und 9,5 kg Abfall 13,05 Malay-Dollar (11,30 DM). Nur 3,60 Dollar waren davon nach dem bisherigen Tarif, der seit 1976 galt, als Grundlohn abgesichert. Der neue Tarif erhöht den Tagesgrundlohn um 20% auf 4,30 Malay-Dollar. Die effektive Lohnerhöhung ist weit geringer, in den beiden Beispielen beträgt sie 9% auf 10,07 Dollar bei 17 kg, und 16% auf 15,80 Dollar für 30 kg Latex. Für die 250000 Gummiarbeiter – 160000 von ihnen sind in der NUPW organisiert – erhöht der neue Tarif damit den Akkorddruck erheblich. Der Tarif soll bis 1982 gelten. Mit Sicherheit wird die NUPW aber Änderungen vor Ablauf des Vertrages anstreben müssen. „Gummiarbeiter sind die einzigen im Land, deren Einnahmen an den Preis gekoppelt sind“, sagte der Leiter der

NUPW-Forschungsabteilung Krishnan. „Der Grundlohn sollte wenigstens die Hälfte der Einnahmen ausmachen.“

Noch einmal zum Krach um EG-Haushalt und -Agrarpolitik

BRD: Höchstes Agraraußenhandelsdefizit, höchste Zahlungen aus dem EG-Haushalt

z.scc.Brüssel. Hauptabsicht des britischen Vorstoßes gegen den EG-Haushalt, hatten wir geschrieben, sei die Abschaffung der bisherigen „Gemeinsamen Agrarpolitik“. Die Betrachtung des Agrar-Außenhandels der EG-Staaten untermauert, wie hart die Interessen der westeuropäischen Imperialisten aufeinanderprallen.

Drei Länder lediglich sind Netto-Agrarexporteure: die Niederlande, Dänemark und Irland. Alle drei Länder machen ihr „Plus“ im „innergemeinschaftlichen“ Handel; doch damit hört ihre Gemeinsamkeit schon auf. Die hohen landwirtschaftlichen Exporte Irlands – 41,6% seiner Exporte überhaupt – sind Ausdruck der Rückständigkeit, Folge jahrhundertelanger kolonialer Unterdrückung durch England. Mit 23,1% ist der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft höher als in irgendeinem Land der EG. Die irische Bourgeoisie hatte den EG-Beitritt betrieben, um die einseitige Abhängigkeit von Großbritannien zu lockern und ihren Agrarexporten die westeuropäischen Märkte zu öffnen; die EG-Mitgliedschaft zementiert die Rolle Irlands als „Viehweide und Niedriglohnparadies“ – nun der westeuropäischen Imperialisten.

Demgegenüber sind die niederländischen Bourgeois ohne Einschränkung einer der Hauptnutznießer des „Grünen Europa“. Der Fall der Agrarschutzzölle und Kontingentierungen in Westeuropa ließ ihren Konkurrenzvorteil, die auf dem Kontinent höchste Produktivität, voll zur Geltung kommen. Unter dem Schutz der hohen Abschöpfungen, d.h. Schutzzölle gegenüber Drittländern, hat sie, wie man sieht, die landwirtschaftliche Produktion fast vollständig auf den Export in die EG ausgerichtet.

In der unerbittlichen Konkurrenz, die durch die „Gemeinsamen Marktordnungen“ für über 90% der Agrarprodukte immens verschärft wurde, sind die italienischen Imperialisten weit zurückgefallen. 1958 noch zweitgrößter Agrarexporteur hinter den Niederlanden, sind sie im „innergemeinschaftlichen“ Handel mittlerweile zum drittgrößten Importeur geworden. Bei einem Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen von 15,9% mußte Italien 1977 für umgerechnet fast 25 Mrd. DM Agrarprodukte importieren, so Getreide v.a. aus Frankreich, Milchprodukte aus der BRD; insgesamt machen die 25 Mrd. 23,5% der Gesamtimporte aus. Dafür mußte es, als „währungsschwaches“ Land, im „innergemeinschaftlichen“ Handel auch noch Tribut in Form der Währungsausgleichsbeträge zahlen.

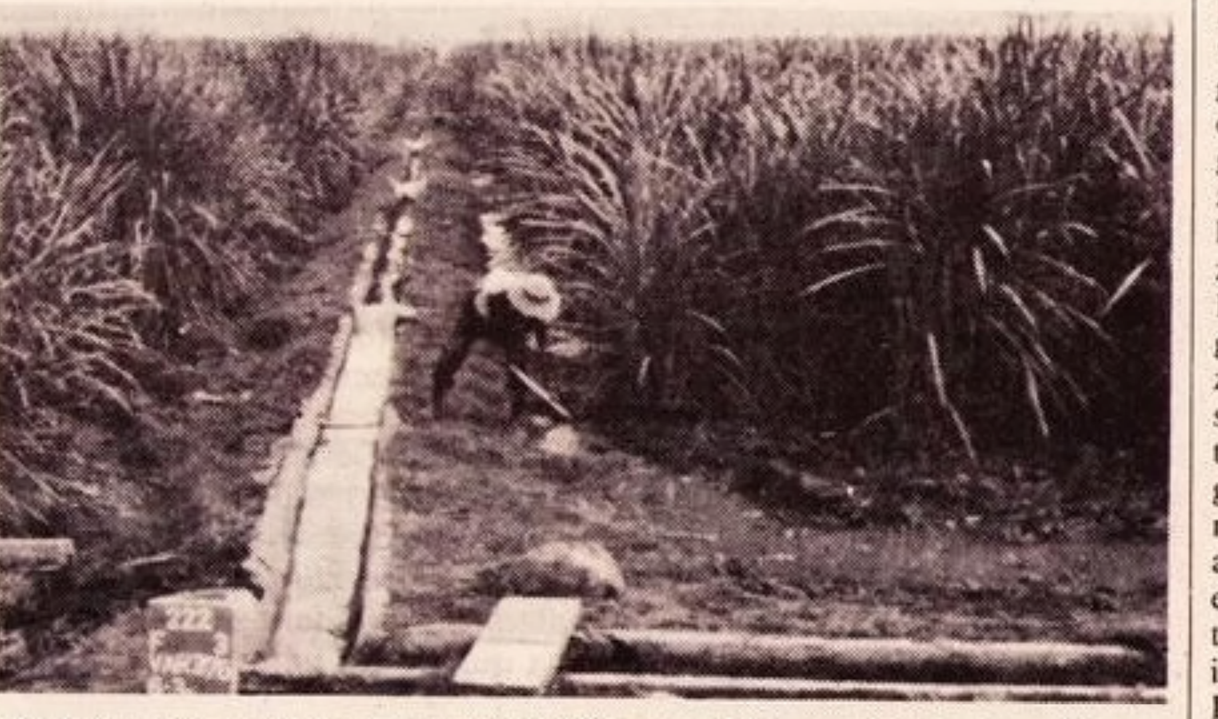
Frankreich dagegen ist mit Hilfe der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ zum Agrarproduzenten Nr. 1 in der EG aufgerückt. Führend v.a. in der Getreide- und Zuckerproduktion (41,6 bzw. 36,9% der EG-Produktion), kassieren die französischen Imperialisten den Löwenanteil der Erstattungen, mit denen die EG den Export in Drittländer schmiert. 1978 betrugen die Erstattungen insgesamt rund 8,9 Mrd. DM, 51,6% davon für Getreide- und Zuckerexporte. V.a. die französischen Imperialisten verspüren drängendes Verlangen, den britischen Agrarmarkt zu erobern, der, man sieht es im Verhältnis der Importe aus Drittländern zu den EG-Importen, immer noch weitgehend verschlossen ist.

Tatsächlich würde dieses Verhältnis, in Tonnen statt in ERE ausgedrückt, noch weit krasser ausfallen. Müssen die britischen Imperialisten 1977 nämlich für 1 t französischen Weizens 140 ERE bezahlen, so bekommen sie den kanadischen für 122 ERE; zahlen sie 1668 ERE, so für die neuseeländische 1134 ERE usw. Genau auf diese billigen Agrarimporte aus den ehemaligen Kolonien hat die EG jedoch mit den Abschöpfungen, d.i. die Differenz zwischen Import- und EG-Richtpreis bei Getreide, Milch, Zucker und Olivenöl, die in die EG-Haushaltskasse abzuführen ist, eine Steuer gelegt. 1978 mußte Großbritannien rund 502 Mio. DM Abschöpfungen zahlen. Seine Einnahmen durch Erstattungen oder andere Zahlungen im Rahmen der „Gemeinsamen Marktordnungen“ sind im Vergleich gering.

Während also in Dublin Großbritanniens Thatcher gegen und Frankreichs Giscard für die bisherige „Gemeinsame Agrarpolitik“ stritten, gab sich Schmidt betont zurückhaltend: Inmitten der fliegenden Fetzen – schlief er ein. Als größter Agrarimporteur im EG-Handel mit Drittländern muß die BRD 1978 783 Mio. DM an Abschöpfungen zahlen, weniger übrigens als Italien oder die Niederlande. Insofern jedenfalls hätte Schmidt nichts gegen die Abschaffung der Abschöpfungen. Als großer Agrarproduzent und führend in der Milchwirtschaft, kassiert die BRD über 6 Mrd. DM, mehr als alle Konkurrenten, aus den EG-Agrarausschüttungen. Insofern pflegt Schmidt das Bündnis mit Giscard. Womöglich hat er in Dublin von der EG-Erweiterung geträumt: Der größte Negativposten im westdeutschen Agrarhandel ist der Posten Obst/Gemüse, v.a. aus den Mittelmeerländern importiert. Mit dem EG-Beitritt Portugals, Spaniens und Griechenlands, rechnen die westdeutschen Imperialisten, werden infolge sprunghaft zunehmender Konkurrenz die Preise für Obst und Gemüse drastisch sinken und sich so die westdeutsche Agrarbilanz, alles in allem, spürbar verbessern.

Agrarproduktion und -handel der EG-Mitgliedsstaaten 1977, in Mio. ERE

	BRD	F	I	NL	BL	UK	Irl	DK
Endproduktion i.d. Landwirt.	21538	24043	17619	7866	3960	10273	2101	4557
Importe aus								
Drittländern	9442	6405	5491	4648	2096	7719	234	1419
EG	7846	4218	4301	2702	3400	4384	547	480
Exporte in								
Drittländer	2017	2912	1802	2109	609	2028	260	1291
EG	3874	6245	2166	7253	2974	1906	1340	2069
Handelsbilanz	−11397	−1466	−5824	2012	−1913	−8169	819	1416



1,6 Mrd. t Rohzucker importierte GB 1977, rund 90% aus Drittländern. Der gesamte „innergemeinschaftliche“ Zuckerhandel erreichte demgegenüber 113218 t.

Gewaltsame Ruinierung der selbständigen Fischer in Chile

z.bew. Mit einem Rollkommando von 40 Mann ist der chilenische Großgrundbesitzer Eugenio Tagle, während die Männer weg waren, Mitte November in ein Fischerdorf in der Bucht von Las Salinas de Pullay in Mittelchile eingefallen, hat sämtliche Häuser räumen und niederbrennen lassen. Alle Wohnungen und Arbeitsgeräte der 83 Fischerfamilien des Dorfes wurden dabei zerstört. Die Fischer hatten zur Zeit der Unidad Popular Regierung das Land besetzt und seither verteidigen können, daß sogar die Gerichte nicht wagten, die Ansprüche der Großgrundbesitzer durchzusetzen. – Mit einem Zuwachs von 42% (1977 – 1978) gegenüber 7,3% aller Produktionszweige hat die Fischereiwirtschaft Chiles am stärksten expandiert und ist die zweitgrößte Südamerikas nach Peru. Die Steigerungsrate ist Ergebnis eines gewaltigen Kapitalisierungs- und Konzentrationsprozesses der Fischereiwirtschaft Chiles, die unter der Militärjunta verstärkt imperialistischem Kapital geöffnet wurde. Dabei haben die japanischen Imperialisten den Löwenanteil an den reichen Fischgründen für sich erobern können. Bei diesem Konzentrationsprozeß sind die kleinen Fischer im Wege, und wo der ökonomische Druck nicht ausreicht, werden sie mit Gewalt ihrer Arbeitsmittel beraubt und von ihrem Land vertrieben.

Besorgniserregendes vom Hauptvorstand der IG Metall

z.maf. Lenin hat für die Methode, mit der bürgerliche Kräfte und Ideologien sich in der Arbeiterbewegung ausbreiten, den Begriff des Ökonomismus gefunden. Ökonomistische Politik läuft immer darauf hinaus, den politischen Spielraum der Arbeiterklasse und ihrer Bewegungen einzuengen, und zwar auf die unmittelbarsten, engsten Forderungen, wie sie sich aus den Erscheinungen des Arbeiterlebens halt ergeben. Und dies dann möglichst rücksichtslos auf die Interessen, die in den anderen, nichtkapitalistischen Volksteilen den Kampf gegen die politische Herrschaft der Kapitalistenklasse nähren. Und nicht nur rücksichtslos, sondern im Endeffekt sogar geneigt, mit den Kapitalisten und ihrem Staat z.B. gegen die Interessen der Bauern zu gehen. Einmal abgesehen davon, daß auf diesem Wege die Arbeiterklasse ihre revolutionären Aussichten verspielt, führt diese Politik auch noch dazu, daß die Arbeiterbewegung selbst in den Kämpfen um ihre unmittelbaren Interessen politisch isoliert wird. Die Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie ist jetzt auf dem Punkt angekommen, wo es langsam ernst wird. Ausgerechnet jetzt fängt die Zeitschrift Metall, Organ der IG-Metall, ökonomistisch an zu fiepen.

Vor zwei Wochen noch konnte man es für einen Irrtum nehmen, daß Eugen Loderer, nun einmal gedrängt, sich auch über die Notwendigkeit einer Steuerreform auszulassen, in der ‚Metall' vom 22. November schrieb: ,,Es geht allein darum, die Arbeitnehmer spürbar zu entlasten''. Dies konnte man auch so auffassen: Auch Eugen Loderer ist es leid, daß die Regierung stets kleine, kurzfristig nur wirksame Steuerentlastungen auf die Lohnsteuer mit großen, dauernd wirksamen Enlastungen auf die ganzen Steuern aufs Kapital verbindet. Inzwischen ist die nächste Nummer der Zeitschrift Metall am 5. Dezember erschienen. Und was finden wir auf der Seite Nr. 20? – Unter dem Deckmantel der bekannt leicht dümmlich aufgemachten Volksbelehrung (Franz und die ...) die Forderung nach Einkommensbesteuerung der Bauern versteckt. Die Regierung wird getadelt, daß sie nicht bereit sei, die rund 600000 Bauernwirtschaften, die angeblich keine Einkommenssteuer zahlen, zu packen. Nun ist eines ganz sicher: Wenn die Landwirte (nicht um den Großgrundbesitz und auch nicht um die Großbauern geht es hier) die Zeit hätten, eine ausführliche Buchhaltung durchzuführen, und das Geld, sich einen ausgezeichneten Steuerberater zu leisten, so würden sie sowieso kaum Steuern zahlen müssen. Das weiß auch jeder, der sich überhaupt damit befaßt hat. Das Geschrei nach der umfassenden Bauernbesteuerung hat von seiten der Kapitalistenklasse und ihres Staates her lediglich den Zweck, immer größere Teile der landwirtschaftlichen Betriebe zu einer ausführlichen Buchhaltung zu zwingen. Die Zeit fehlt dann auf dem Felde, im Stall und wo auch immer, jedenfalls bei der Arbeit. Der Effekt ist, daß etliche Bauernfamilien aufgeben müssen. Also wird sich der Druck auf dem Arbeitsmarkt verstärken und die Zusammenballung zum Großgrundbesitz wird zunehmen. Dies freut die Kapitalisten. Aber wieso eigentlich die IG-Metall?

Das neue Schlichtungsabkommen sieht vor: Kein Zwang zur Schlichtung mehr und klar auf vier Wochen nach Auslaufen des gekündigten Tarifvertrages begrenzte Friedenspflicht. Und die Partei, die den Tarifvertrag kündigt, muß vier Wochen vor Auslaufen des Vertrages ihre Vorstellung in Form eines verbindlichen Angebotes kund tun. Also: Immer die IG-Metall. Denn da alle Preise inflationieren und nur die Löhne festliegen, werden die Kapitalisten kaum in die Lage kommen, kündigen zu müssen. Ja war es denn wirklich unmöglich, die Kapitalisten zur Vorlage eines Angebotes zu zwingen? Praktisch läuft die jetzige Regelung darauf hinaus, daß die Kapitalisten mit einem Null-Angebot beginnen. Denn sie *kündigen ja nicht.* Ihr Angebot heißt also, daß man es so läßt, wie es ist. Die Sache ist kein ernsthafter Streitpunkt, das Schlichtungsabkommen ist abgeschlossen, und es wird auch so gehen. Aber die Verhandlungskommission der IG-Metall kann sich glücklich preisen, daß sie nicht für einen Konzern zu agieren hatte. Da macht man für solche Glanzleistungen den Kopf ab oder pensioniert vorzeitig.

Obwohl dies alles nun nicht direkt zur Vorbereitung der Lohnbewegung gehört, die strategischen und taktischen Vorstellungen des Hauptvorstandes im Vorfeld dieses Kampfes zeigen doch, daß man mit allerhand zu rechnen hat. Nachdem man in der Steuerfrage nahelegt, die Mittel für eine Steuerentlastung der Arbeiter bei den Bauern rauszupumpen, wird das nächste sein, daß sich die IG-Metall gegen die Lohnbewegung in den öffentlichen Diensten wendet. Gegen die ,,Beamten'' und so. Jedenfalls legt es der Hauptvorstand der IG-Metall direkt darauf an, sich eine Opposition zu schaffen, die sich vom Hauptproblem der Lohnbewegung abwendet und voll damit befaßt ist, auf die schlimmeren Gefahren hinzuweisen, die durch solch unsolide Zuckungen hervorgerufen werden. – Aber es ist heute auch nicht mehr so wie früher. Hat der Hauptvorstand im April in Braunlage nicht klausurgetagt und direkt beschlossen, daß die Lohnfrage nicht im Zentrum mehr stehen soll? Hat Eugen Loderer nicht irgendwas von nur ganz schwacher Inflation und doch ausgezeichnet gestiegenen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer geredet im Mai? Hat es nicht im Juni geheißen, man solle bei der Steuer lieber auf eine ,,große Reform'' warten und jetzt nichts verlangen? Hat es alles geheißen. Und was war? Zu viele Belegschaften blicken durch und wissen schon, was zu tun ist. Die Kleinlichkeit der vom Regierungskabinett inspirierten Strategen findet ihren Widerpart, und zwar in den großen Belegschaften. Denn genau dort, wo eine Mindestforderung aus den direkten, engsten Interessen der Belegschaften eigentlich sich am wenigsten schlüssig ergibt, wurde sie am klarsten aufgestellt.

Rationalisierung und Lohnkürzungen bei der Berliner Stadtreinigung / Kampfmaßnahmen der ÖTV

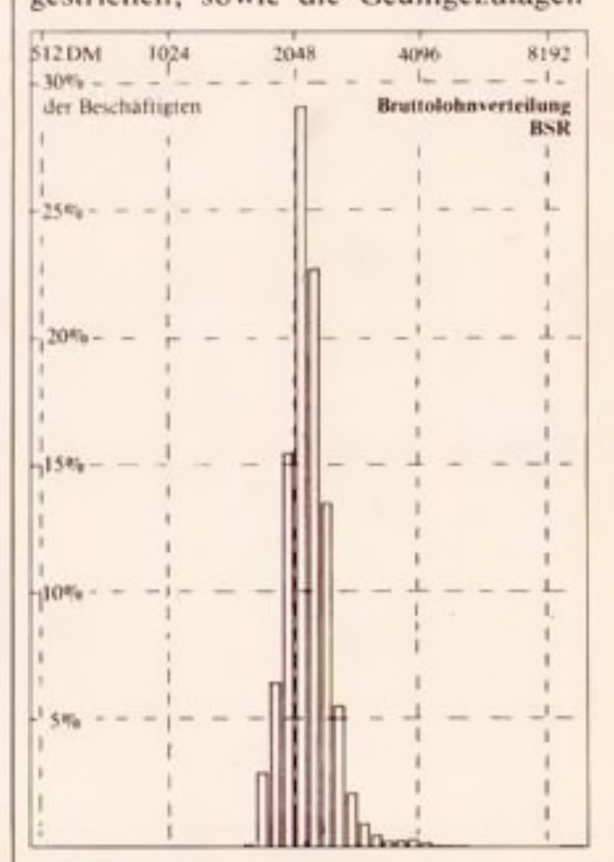
,,Wir müssen diesen Betrieb unter ständigem Rationalisierungsdruck halten''

z.crw. Obiges Zitat entstammt der Debatte des Westberliner Abgeordnetenhauses von Anfang September über ein ,,Wirtschaftlichkeitsgutachten zum Personalwesen der Berliner Stadtreinigung'' des Rechnungshofes. Dieses Gutachten, im Frühjahr in Auftrag gegeben, empfiehlt folgende Verwirtschaftlichungen: Streichung von 500 Planstellen und zweier Abteilungen bei Überwälzung der ausfallenden Arbeiten auf die Restbelegschaft, Herabgruppierungen durch Neubemessung des Bewährungsaufstiegs und Eingruppierung, sowie verschiedene Zulagenkürzung. Die Gewerkschaft ÖTV hat Gegenmaßnahmen eingeleitet: Neben der Kündigung des Manteltarifvertrages zum 31.12. wurde eine Gesamtfunktionärskonferenz am 4.11. durchgeführt sowie für den 15.12. eine Demonstration beschlossen.

Die BSR beschäftigt 5850 Arbeiter und Angestellte, von denen 4750 (81 %) in der ÖTV organisiert sind. Die Arbeiter werden überwiegend im akkordähnlichen Gedingelohn bezahlt, d.h. Tariflohn (Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter in Gemeinden – BMT-G) plus Gedingezuschlag, der bis zu 50 % des Bruttolohns ausmacht. Dieser Lohn verpflichtet zur Erledigung eines bestimmten Arbeitsquantums (Gedinge) in der Woche. Überstunden und Schichtzulagen werden nicht gezahlt, Sonn- und Feiertagsarbeit muß abgebummelt werden (Für die durchschnittlich 9 Feiertage werden 4 zusätzliche Urlaubstage gegeben). Die Gedinge bemessen sich nach m³ und gefahrenen km bei der Müllabfuhr und in gefegten km Gehweg bei der Straßenreinigung. Ein Müllwerker muß 75 m³ Müll pro Woche abfahren, bei Containerentleerung sind täglich 100 bis 150 km bei bis zu 12maligem Entladen vorgeschrieben. Für Handreiniger beträgt das Gedinge 20 km Bürgersteig/Woche, bei Maschinenreiniger 15 km/Schicht.

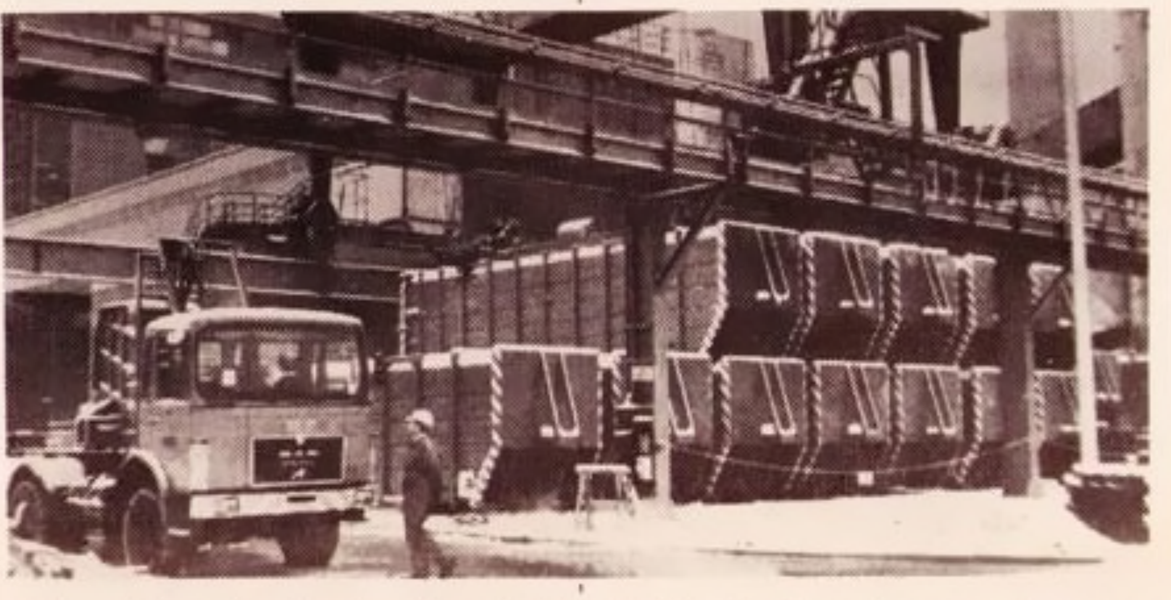
Wie aus der untenstehenden Lohnverteilung der Stadtreinigungsbetriebe hervorgeht, ist diese ziemlich geschlossen um 2200 DM. Dies ist nicht nur dem Umstand geschuldet, daß die Stadtreinigung hauptsächlich einfache Arbeit anwendet und zahlt, sondern ist Resultat der Tarifpolitik der ÖTV. Die Zulagen nach dem BMT-G werden bezirklich festgelegt, bei der BSR in Form der Gedingezuschläge. Diese sind nun ziemlich exakt gegenläufig zu der nach BMT-G vorgeschriebenen Eingruppierung in die Lohngruppen gestaffelt. Bei der Abfuhr des Hausmülls umfaßt eine Wagenbesatzung einen Fahrer und 4 Müllwerker. Müllwerker werden ohne Bewährungsaufstieg in LG II (1460 DM Grundlohn), Fahrer in LG IV oder V (ca. 1650 DM) eingestuft. Da der Gedingezuschlag für Müllwerker 740 DM, der für Kraftfahrer 450 DM beträgt, erreichen beide einheitlich Bruttolöhne um 2200 DM. Ebenso wirken die betrieblich festgelegten Zulagen, die vor allem bei den niedrig eingruppierten Handreinigern durchgesetzt werden konnten.

Neben anderen ,,Sozialkosten'' wie Orchester und verschiedene Freizeiteinrichtungen wollen Senat und Geschäftsleitung vor allem an den Gedingezuschlägen und Zulagen streichen. So wurden am 26.9. sämtliche Vorarbeiterzulagen bei der Straßenreinigung gestrichen, sowie die Gedingezulagen



für alle Kraftfahrer gekündigt, weil sie gegen das Akkordverbot im Kraftverkehr verstoßen würden. Der Umfang ist erheblich: die Vorarbeiterzulage macht 12 % auf den Grundlohn, der Gedingezuschlag bei den Kraftfahrern 21 % auf den Effektivlohn aus.

Nach dem 2stündigen Streik der Arbeiter der Müllumladestation (siehe Bild) gegen die Einführung einer dritten Fahrt am Tag, einer Nachtschicht sowie die Streichung des Gedingezuschlages führte die ÖTV die oben erwähnte Funktionärskonferenz durch, die die BSR-Belegschaft ihrer Unterstützung bei allen weiteren Kampfmaßnahmen versicherte. Vom 10. bis 14.12. führen die ÖTV-Betriebsgruppen der Bereiche Stadtreinigung, Gesundheitswesen und Kindertagesstätten in den Stadtbezirken gemeinsame Aktionstage durch, um am 15.12. für die Forderung der BSR-Belegschaft sowie die Forderung nach ausreichenden Planstellen in Gesundheitswesen und Kitas zu demonstrieren. Die Wucht der Auseinandersetzung hat auch die SPD erfaßt. Neben der Forderung nach Rücktritt des Senators für Gesundheit und Umweltschutz, Paetzold (SPD), haben jetzt 210 der ca. 500 SPD-Mitglieder bei der BSR ihre Absicht zum Parteiaustritt erklärt. Die daraufhin vom Landesvorstand der SPD für den 18.12. einberufene Betriebsgruppenversammlung wird zur Beseitigung dieses Widerspruchs zwischen dem Regierungs- und dem Gewerkschaftsflügel der SPD auch nichts verhelfen können. Die anstehenden Manteltarifverhandlungen werden hart werden.

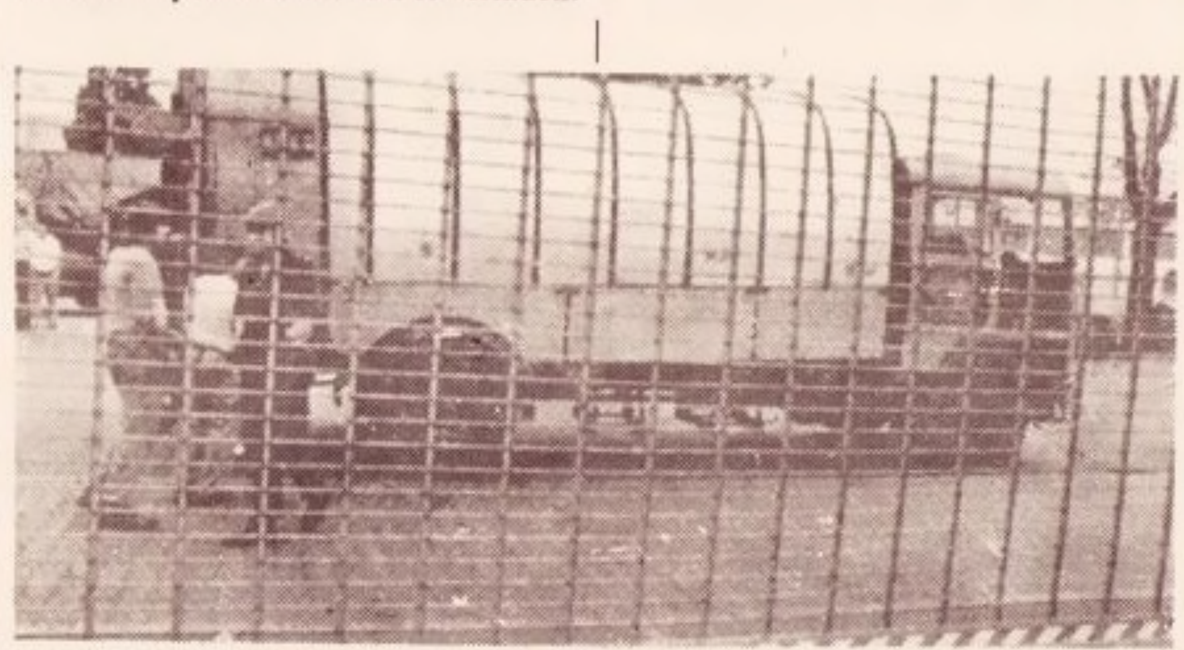


Müllumladestation Nord – hier wird der Müll in Großcontainer zum Transport auf die Deponie in der DDR verladen.





Müllumladestation Nord – hier wird der Müll in Großcontainer zum Transport auf die Deponie in der DDR verladen.



Am 12.9. streikten die Arbeiter der Müllumladestationen (hier die Station Süd) für 2 Stunden gegen die Auflösung ihres Personalrates und ihre Unterstellung unter den Personalrat der Hauptverwaltung, was die Einführung von Nachtarbeit und einer zusätzlichen Fahrt pro Tag erleichtern sollte.



z.elb.Brüssel. **Die belgische Sozialistische Gewerkschaft (ABVV/FGTB) hatte zu einem 24-Stundenstreik am 7.12. gegen das ,,Rahmengesetz'' aufgerufen, an dem sich Hunderttausende beteiligten.** Mit dem Gesetz will die Regierung den Lohnabhängigen Milliarden Francs zusätzliche Steuern abpressen und die Leistungen der Krankenversicherung drastisch senken. (s. KVZ 49) Trotz der Aufforderung der Christlichen Gewerkschaftsführung (ACV/-CSC), sich nicht an Kampfaktionen zu beteiligen, beschlossen ACV/CSC-Körperschaften, u.a. der ACV/CSC Brabant-Wallon und die Mitglieder in Lüttich und Charleroi, sich dem Streik anzuschließen. In Wallonien und Brüssel befolgten die Arbeiter und Angestellten den Streik fast vollständig. Sämtliche Kaufhäuser, Versicherungen und Banken waren geschlossen, Straßenbahnen und Züge fuhren nicht; die Post wurde nicht verteilt, Zeitungen nicht ausgeliefert. In den Industriezentren Flanderns, wo der ACV/CSC weitaus stärker als der ABVV/FGTB ist, bestreikten die Arbeiter und Angestellten die meisten großen Betriebe. Volvo in Gent konnte nur ⅓ seiner Tagesproduktion fahren, die Beschäftigten des Stahlwerks Sidmar streikten ohne Ausnahme; ab Mittag war der gesamte öffentliche Dienst lahmgelegt. Im Antwerpener Hafen erlag der Schiffsverkehr, weil kein Lotse und kein Schleusenwärter arbeitete; die Werft Cockerill-Hoboken lag still. Zur Vorbereitung des 24-Stundenstreiks hatte der ABVV/FGTB eine Aktionswoche durchgeführt. Bild: Arbeiter des Stahlwerks Boel während einer Demonstration am 29.11. in La Louvière.

z.rül.London. **Am letzten Freitag legte die Regierung Thatcher dem Parlament ihr lange angekündigtes Gewerkschaftsgesetz vor.** Das ,,Beschäftigungsgesetz'' zielt vor allem auf das Streikrecht der britischen Arbeiter. Streikposten vor ,,nicht unmittelbar betroffenen Betrieben'' – wie z.B. während des LKW-Fahrer-Streiks im letzten Winter die firmeneigenen Fuhrparks der Großbetriebe – sollen verboten werden, ebenfalls, daß Arbeiter vor anderen als ihren eigenen Betrieben Streikposten stehen. Gleichzeitig enthält das Gesetz eine Reihe von Angriffen auf Kündigungsschutzrechte z.B. der Arbeiter in neugegründeten Betrieben unter 20 Beschäftigten. Für Frauen in Betrieben mit unter fünf Beschäftigten soll das Recht beseitigt werden, nach der Schwangerschaft am alten Arbeitsplatz wieder eingestellt zu werden. Der Gewerkschaftsbund TUC fordert die ersatzlose Streichung des Gesetzes und hat für den 22. Januar eine nationale Funktionärskonferenz gegen das Gesetz einberufen.

z.rua.London. **1500 britische Tankwagenfahrer von Shell streiken gegen die weitere Anheuerung von Fremdfirmen und für höhere Löhne.** Sie traten in den Streik, nachdem Shell 500 Arbeitern die Löhne gestrichen hatte, die die Beladung von Fremdwagen verweigert hatten. Seit einem Jahr kämpfen die Arbeiter gegen die zunehmende Anheuerung von Leiharbeitern und Fremdwagen, wodurch Shell die Stammbelegschaft um 40% verringern und die Löhne senken will. Auf den Grundlohn von 78 Pfund pro Woche bot Shell jetzt 18% Erhöhung an (92 Pfund). Die TGWU fordert mindestens 95 Pfund. Am 6.12. waren 35 der 45 Tanklager geschlossen. Auch die Fahrer von Esso stehen seit dem 5.12. im Überstundenstreik für Lohnerhöhungen.

z.anb.Wien. **Ende November haben die 220989 Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Österreich (ohne Post und Bahn) ihre Vertretungsorgane auf der Ebene des Betriebes, des Landes und des Bundes gewählt.** Im Vergleich zu den letzten Wahlen 1975 hat sich das Verhältnis der Stimmen der beiden größten Fraktionen, der SPÖ und der ÖVP, kaum verändert. (SPÖ 33,07%; ÖVP 61,45%) Nach den Bestimmungen des 1967 von der ÖVP-Regierung verabschiedeten Personalvertretungsgesetzes enscheidet dieses Verhältnis auch über die Besetzung des Vorstandes der Gewerkschaft Öffentliche Dienste. Dieser wird derzeit als einziger aller Fachgewerkschaften im ÖGB von der ÖVP gestellt. Seit Jahren versuchen die beiden großen Parteien, aus den gewerkschaftlich orientierten Vertretungsorganen ihre Parteianhängsel zu machen. Die ÖVP fängt dabei den Widerstand der Lohnabhängigen gegen die Politik der SPÖ-Regierung mit Angriffen gegen die ,,SP-Parteibuchwirtschaft'' auf. Teilweise ist es gleichzeitig den Beschäftigten gelungen, die ÖVP-Gewerkschaftsführung in Gegensatz zur Regierung zu bringen. In den Dienststellen haben unabhängige Aktionseinheitslisten inwzischen 7% der Stimmen errungen, weil sie gegen die parteimäßige Spaltung für klare Forderungen eintreten.

z.ulg.Rom. **Im Tarifkampf der italienischen Bankangestellten haben die Gewerkschaften die Verhandlungen abgebrochen.** Die anhaltenden Streiks haben den Bankverkehr soweit lahmgelegt, daß die Regierung die Steuertermine verschieben mußte. Die Bankangestellten fordern u.a. 20000 Lire (45 DM) als Sockel und zusätzlich gestaffelte Erhöhungen. Gegen die Spar- und Landkassen konnten sie ihre Forderungen bereits weitgehend (den Sockel voll) durchsetzen. In Brindisi hat die Staatsanwaltschaft inzwischen gegen sieben Bankdirektoren wegen Schließung der Filialen Strafverfahren eingeleitet. In Wirklichkeit richten sich die Verfahren wegen ,,Unterbrechung ei-

VW-Werk: Vertrag über Reduzierung der Lohngruppen durchgesetzt

z.gör. Nach zweijährigen Verhandlungen wurde am 20. November zwischen der IG-Metall-Bezirksleitung Hannover und der Betriebsführung der Volkswagen AG ein Vertrag über die Neuordnung der Lohngruppen abgeschlossen. Das Ergebnis ist von Bedeutung. Bislang gab es 29 unterschiedliche Lohngruppen. Ab 1. Februar 1980 wird es nur noch 12 Lohngruppen (sog. „Lohnniveaus") geben. Jeweils mehrere der bisherigen Lohngruppen werden zu einem neuen Lohnniveau zusammengefaßt, das nicht unter der höchsten darin enthaltenen alten Lohngruppe, in einigen Fällen sogar darüber liegt. Etwa 50 Mio. DM „koste ihnen" diese Neustrukturierung, haben die VW-Kapitalisten mitgeteilt.

Ursprünglich hatte die IG-Metall gefordert, daß es nur noch 11 neue Lohngruppen geben solle. Dann wären fast 50 % der Gesamtbelegschaft in *einer* Lohngruppe gewesen. Aber auch das ausgehandelte Ergebnis ist ein Erfolg. Erstens wird die Vielfalt der bisherigen Lohndifferenzierung eingeschränkt. Vor allem aber wird den VW-Kapitalisten eine gewisse Schranke gesetzt gegen ihre dauernden Versuche, Änderungen in der Produktionstechnik, und seien sie noch so geringfügig, für Abgruppierungen auszunutzen. Der Vertrag sieht außerdem vor, daß für *jeden* Wechsel innerhalb des Produktionsprozesses eine effektive Zulage gezahlt werden muß.

Die Notwendigkeit, der Abgruppierung Schranken zu setzen, erkennt man aus den Belegschaftsumwälzungen, die den VW-Kapitalisten bisher gelungen sind. Beispiel VW-Werk Wolfsburg, rd. 41000 Arbeiter. Diese Belegschaft erhielt im Dezember 1978 eine Lohnsumme in Höhe von brutto 94,7 Mio. DM (tariflich, bei vergleichbarer Arbeitszeit, Akkordsatz bei VW jetzt festgeschrieben auf 134 %). Nun folgende Rechnung: Wenn dieselbe Belegschaft zu diesem Zeitpunkt noch so auf die verschiedenen Lohngruppen und Zeit- und Akkordlohnformen aufgeteilt gewesen wäre, wie im Jahre 1972, dann hätte ihre Lohnsumme stattdessen 93,3 Mio. DM betragen. Dieser einprozentigen Steigerung steht aber gegenüber, daß der Anteil der Akkordlöhner an der Belegschaft von 49 auf 57 % in derselben Zeit hochgeschraubt worden ist. Dieser Vorgang hat sich also nicht in einem nennenswert höheren Lohnniveau ausgedrückt. Das ist zurückzuführen auf die – vermittelt über Entlassungen und Neueinstellungen wirkende – Politik der Abgruppierung, die die VW-Kapitalisten betrieben haben.

Der jetzt ausgehandelte Vertrag macht es auch nicht überflüssig, für eine relative Anhebung der unteren Lohngruppen einzutreten. Die absolute Lohndifferenzierung, gemessen an dem Verhältnis zwischen höchster und niedrigster Lohngruppe, hat sich durch den Vertrag ja nicht verändert; sie liegt nach wie vor bei 1 : 1,5 (vergleichsweise aber niedrig).

AEG – vollständig in der Hand der Banken Weitere Protestaktionen

z.mak. „Alle wollen der AEG helfen ... Es ist sozusagen eine Demonstration der eigenen Kraft und eines geschlossenen Willens der großen Unternehmen - die erste ihrer Art und damit eine Probe aufs Exempel." (FAZ, 7.12.) Nach dem Kapitalschnitt, bei dem das Eigentum von 180000 Aktionären vom Nennwert 930 Mio. auf 310 Mio. zusammengestrichen wird, übernehmen zunächst 25 Banken die neuen Aktien. Die Aktionäre können für drei alte eine neue Aktie bekommen, was ihre Ausschaltung bedeutet und den vollständigen Zugriff der Banken auf die AEG. Weitere Schuldscheindarlehen in Höhe von bis zu 450 Mio. kommen von „Industrieunternehmen, die Jahresumsätze von 10 Mrd. DM oder mehr ausweisen können". Das bedeutet, daß die Gläubiger über einen Teil des Vermögens wachen. „Banken wie auch Versicherungen setzen bei ihrer Aktion voraus, daß die der AEG neu zufließenden Mittel ausschließlich für die Wiederherstellung der Rentabilität verwendet werden ... Sozialpläne, so viel ist klar, schaffen jedenfalls keine Rentabilität." (FAZ, 7.12.). Die beschlossenen 13000 Entlassungen für 1980 sind nur Bruchteil von dem, was die AEG-Kapitalisten vorhaben. Hier nicht enthalten sind Maßnahmen, die Olympia, Teile von AEG-Telefunken, Motorenbau, H&B betreffen. „Umgehend" sind 20 % in der Verwaltung der AEG zu entlassen. Große Teile sollen durch vorzeitige Pensionierungen gehen. Im Kern geht es den AEG-Kapitalisten darum, die Produktion zu erweitern und die Mehrarbeit zu steigern. Das Werk Hannover 2 Telefunken wird stillgelegt, weil die „Produktionsabläufe durch Zusammenlegen effizienter gestaltet werden können" (Handelsblatt, 5.12.). Über Einführung neuer Technologien soll ein solcher „Rationalisierungseffekt" eintreten, daß die japanische Konkurrenz geschlagen werden kann. Für den Haushaltsgerätebereich sind für 1980 140 Mio. DM Investitionen vorgesehen.

Die Richtung ist: Ein Werk, ein Produkt. So bei Telefunken: Vorfertigung und Leiterplatten (Hannover), Gehäuse und Boxen (Braunschweig), Modulproduktion und Bildgeräte (Celle), Tongeräte (Berlin). Einheitlich wird jetzt drangegangen, NC-Maschinen, wo noch nicht vorhanden, einzusetzen und Nutzungsschreiber überall anzubringen. Gerade haben sie es bei N4 in Hamburg versucht und sind auf Widerstand der IGM und des Betriebsrats gestoßen. Letzte Woche versuchten sie es bei Hartmann & Braun, Frankfurt. Auch hier lehnt die Belegschaft jede Kontrolle ab. Die IGM hat jetzt Widerstand gegen die Sanierung angekündigt. Unmittelbar nach der Aufsichtsratssitzung führte die Esslinger AEG-Belegschaft einen Warnstreik durch. Der VLK von AEG-Hochhaus in Frankfurt hat beschlossen, eine Protestveranstaltung mit den hier betroffenen Belegschaften durchzuführen.

nach wie vor bei 1 : 1,5 (vergleichsweise aber niedrig).
Die Notwendigkeit, der Abgruppie-

AEG – vollständig in der Hand der Banken Weitere Protestaktionen

z.mak. „Alle wollen der AEG helfen ... Es ist sozusagen eine Demonstration der eigenen Kraft und eines geschlossenen Willens der großen Unternehmen - die erste ihrer Art und damit eine Probe aufs Exempel." (FAZ, 7.12.) Nach dem Kapitalschnitt, bei dem das Eigentum von 180000 Aktionären vom Nennwert 930 Mio. auf 310 Mio. zusammengestrichen wird, übernehmen zunächst 25 Banken die neuen Aktien. Die Aktionäre können für drei alte eine neue Aktie bekommen, was ihre Ausschaltung bedeutet und den vollständigen Zugriff der Banken auf die AEG. Weitere Schuldscheindarlehen in Höhe von bis zu 450 Mio. kommen von „Industrieunternehmen, die Jahresumsätze von 10 Mrd. DM oder mehr ausweisen können". Das bedeutet, daß die Gläubiger über einen Teil des Vermögens wachen. „Banken wie auch Versicherungen setzen bei ihrer Aktion voraus, daß die der AEG neu zufließenden Mittel ausschließlich für die Wiederherstellung der Rentabilität verwendet werden ... Sozialpläne, so viel ist klar, schaffen jedenfalls keine Rentabilität." (FAZ, 7.12.). Die be-
hen. Im Kern geht es den AEG-Kapitalisten darum, die Produktion zu erweitern und die Mehrarbeit zu steigern. Das Werk Hannover 2 Telefunken wird stillgelegt, weil die „Produktionsabläufe durch Zusammenlegen effizienter gestaltet werden können" (Handelsblatt, 5.12.). Über Einführung neuer Technologien soll ein solcher „Rationalisierungseffekt" eintreten, daß die japanische Konkurrenz geschlagen werden kann. Für den Haushaltsgerätebereich sind für 1980 140 Mio. DM Investitionen vorgesehen.
Die Richtung ist: Ein Werk, ein Produkt. So bei Telefunken: Vorfertigung und Leiterplatten (Hannover), Gehäuse und Boxen (Braunschweig), Modulproduktion und Bildgeräte (Celle), Tongeräte (Berlin). Einheitlich wird jetzt drangegangen, NC-Maschinen, wo noch nicht vorhanden, einzusetzen und Nutzungsschreiber überall anzubringen. Gerade haben sie es bei N4 in Hamburg versucht und sind auf Widerstand der IGM und des Betriebsrats gestoßen. Letzte Woche versuchten sie es bei Hartmann & Braun, Frankfurt. Auch hier lehnt die Belegschaft jede

Wien: „Mit Salmonellen leben lernen ..."

Magen-Darm-Krankheiten sprunghaft angestiegen / Nahrungsmittel staatlich verteuert

z.anb. Wien. Nach dem zweiten Todesfall läßt das Wiener Gesundheitsreferat verlauten, die Rentnerin, immerhin 81 Jahre, sei sicher nicht an der Salmonelleninfektion gestorben – in dem Alter. Überhaupt habe das Marktamt in keiner der Großküchen, die Essen für die „Sozialaktion auf Rädern" herstellen, hygienische Beanstandungen erhoben. Man stehe vor einem Rätsel, wie es zu Hunderten von Infektionsfällen komme, wo doch Salmonellen ohnehin „für einen gesunden erwachsenen Menschen" keinerlei Gefahr darstellen ... Am 19.11. hat man die Ursache: weil nur diejenigen nicht erkrankt sind, die die „Trüffelschnitte" nicht gegessen haben, müsse es wohl diese sein. Ob das zu verhindern gewesen wäre? – Bei 1200 verschiedenen Arten von Erregern, im Vertrauen gesagt – nein.

Montag früh, sieben Uhr. In dem kleinen Laden an der Ecke, direkt an der abgasverpesteten Ausfallstraße des fünften Bezirks stehen die Arbeiter und Angestellten Schlange; sie kaufen die Verpflegung für den Tag, bevor sie zu Bus und Straßenbahn rennen: eine Semmel mit „Extrawurst" (Fleischwurst) ohne Butter, eine Salzstange mit Emmentaler, Kabanossi und ein Kümmelwecken, im Durchschnitt kostet diese Tagesration 1,50 DM bis 2 DM. Butter kauft niemand, Milch nur die Frau von nebenan, die jeden Morgen 8 Kinder aus den umliegenden Straßen zur Schule bringt; deren Eltern sind längst zur Schicht weg oder noch nicht zurück; sie selbst ist Verkäuferin bei BILLA, dem Lebensmittelmarkt, der erst um 8 Uhr öffnet.

590000 Arbeiter kennen keinen Sonntag mehr. Jeder dritte männliche und jeder 5. weibliche Arbeiter schafft Schicht, die Hälfte von ihnen auch nachts. Drei Viertel der Schichtarbeiter in Österreich ernähren sich hauptsächlich von Wurstsemmeln oder Käsebrot. 74% leiden unter Appetit- und Verdauungsstörungen, 43% nehmen regelmäßig Magenmittel.

„8 Liter Milch, macht 78,40", sagt die Frau hinter der Theke. Es ist die Milch für die Schulkinder, und es sind 8 Schilling mehr als vor zwei Tagen. 12% macht die Preissteigerung aus, die die staatliche Preiskommission verfügt hat. Damit hat sich der Milchpreis seit 1969 um 109% erhöht. In der gleichen Zeit ist der Verbrauch um ein Drittel zurückgegangen, 90000 kleine Milchbauern sind ruiniert. Der Finanzminister, den die Stahlarbeiter der VOEST einen „Saubua" nennen, hat die Milchpreisstützung im Budget 1980 kurzerhand gestrichen; 390 Mio. Schilling will er aus Lohn kassieren, und die Arbeiter sollen froh sein, wenn es dabei bleibt. Denn andersherum habe man die Erhöhung des Erzeugermilchpreises auf 20 Groschen (2,8 Pf) begrenzt, obwohl die Landwirtschaftskammer für die Bauern 52 Groschen gefordert habe. Und überhaupt sei die nach dem Krieg eingeführte staatliche Preisstützung der Grundnahrungsmittel heutzutage „historisch überholt".

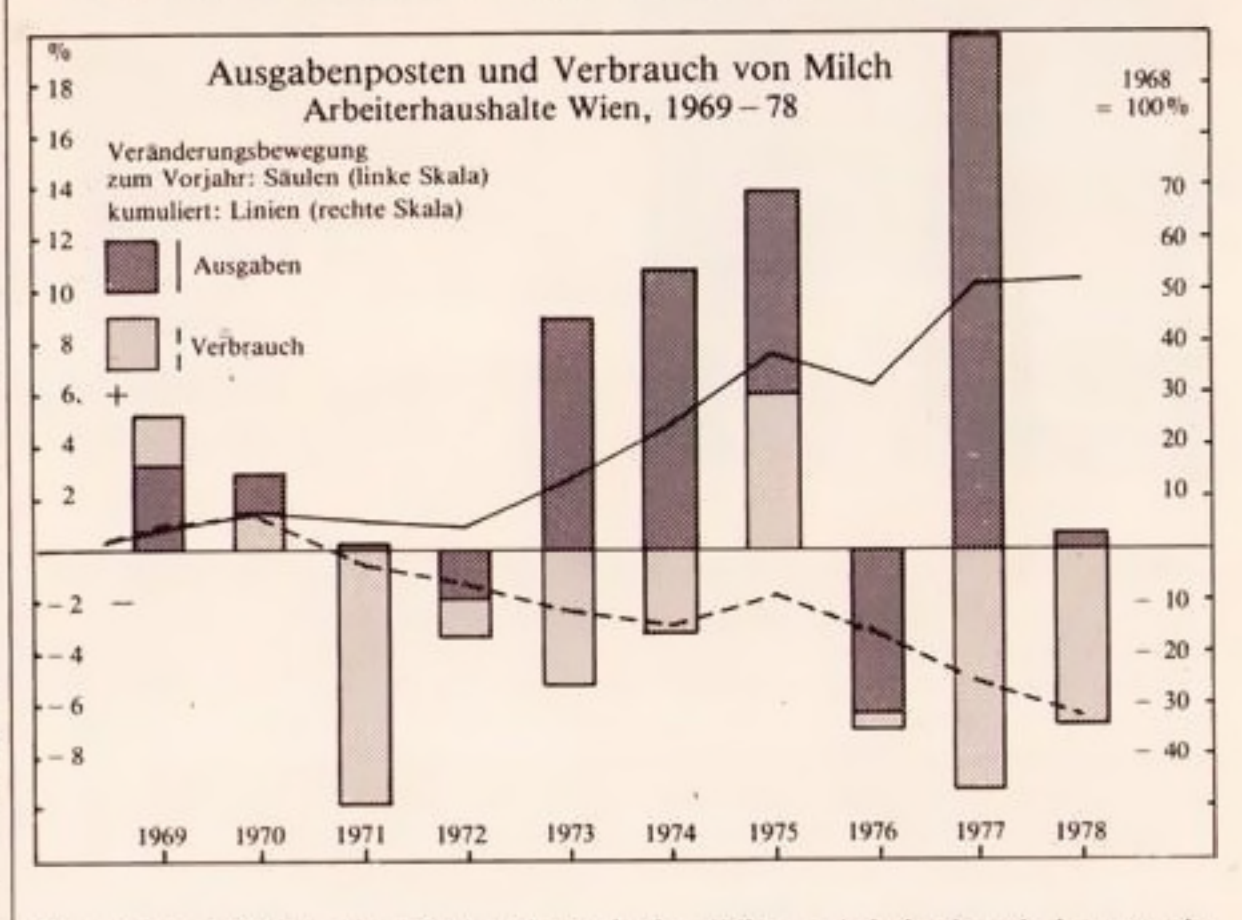
Kinder aus den umliegenden Straßen zur Schule bringt; deren Eltern sind längst zur Schicht weg oder noch nicht zurück; sie selbst ist Verkäuferin bei BILLA, dem Lebensmittelmarkt, der erst um 8 Uhr öffnet.
590000 Arbeiter kennen keinen Sonntag mehr. Jeder dritte männliche und jeder 5. weibliche Arbeiter schafft Schicht, die Hälfte von ihnen auch nachts. Drei Viertel der Schichtarbeiter in Österreich ernähren sich hauptsächlich von Wurstsemmeln oder Käsebrot. 74% leiden unter Appetit- und Verdauungsstörungen, 43% nehmen regelmäßig Magenmittel.
„8 Liter Milch, macht 78,40", sagt die Frau hinter der Theke. Es ist die Milch für die Schulkinder, und es sind 8 Schilling mehr als vor zwei Tagen. 12% macht die Preissteigerung aus, die die staatliche Preiskommission verfügt hat. Damit hat sich der Milchpreis seit 1969 um 109% erhöht. In der gleichen Zeit ist der Verbrauch um ein Drittel zurückgegangen, 90000 kleine Milchbauern sind ruiniert. Der Finanzminister, den die Stahlarbeiter der VOEST einen „Saubua" nennen, hat die Milchpreisstützung im Budget 1980 kurzerhand gestrichen; 390 Mio. Schilling will er aus Lohn kassieren, und die Arbeiter sollen froh sein, wenn es da-

ausgaben des durchschnittlichen Arbeiterhaushaltes in Wien absolut gesunken; von 12988,61 S auf 12602,42 S (1 S = 0,14 DM). Der Ausgabenposten *Nahrungsmittel* hat sich gegenüber 1969 um 69% erhöht, innerhalb dieses Gesamtpostens aber sind die Genußmittel in gleicher Menge doppelt so teuer wie damals, die Tabakwaren sogar dreimal so teuer. Die staatlich geregelten Grundnahrungsmittel verbuchen Preissteigerungsraten in den Größenordnungen von 109% bei Milch, 84% bei Semmeln, 87% bei Butter; der wie in der BRD gestiegene Fleischkonsum – ein Kilo Schweinefleisch entspricht ziemlich genau einem Stundenlohn des Metallfacharbeitertarifs – kann nur auf Kosten direkter Streichung lebenswichtiger anderer Nahrungsmittel bezahlt werden. So verschwinden am drastischsten die Molkereiprodukte aus dem Konsum, danach Obst und Gemüse.

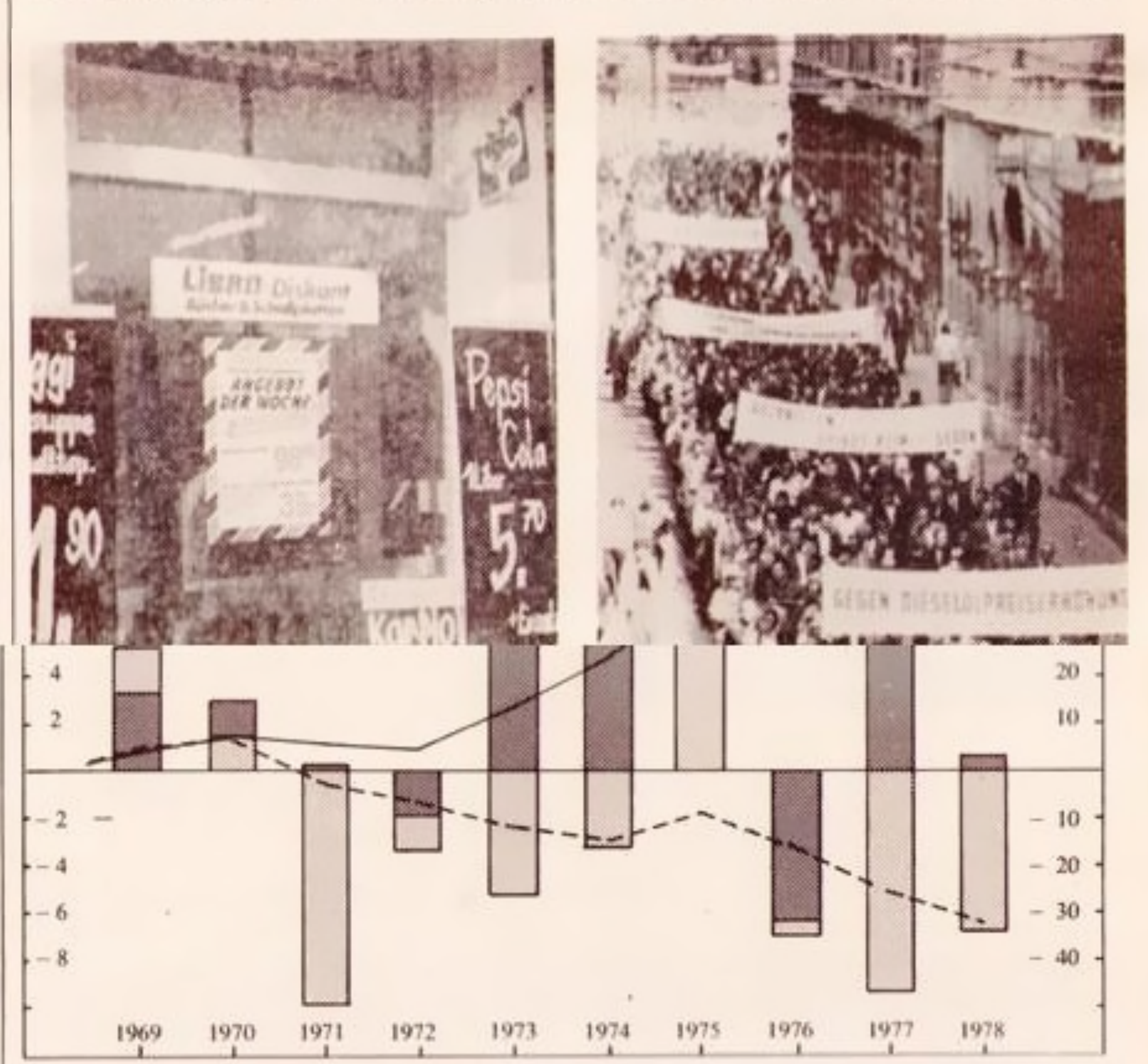
Übrig bleibt eine Reproduktion der Arbeitskraft, die den Stoffwechsel ruiniert, eine Ernährung ohne Mineralien, Spurenelemente und Vitamine. Das Fleisch mit dem unverzichtbar tierischen Eiweiß besteht darüberhinaus noch zum wesentlichen Teil aus Fett. Die „Liebe zur heißen Mehlspeis", die uns tagtäglich von den Reklamewänden herunter als „Topfenstrudel" (Quarkstrudel) anlacht, ist der Zuckerstoß für die ausgelaugten Knochen.

Mit dem Tarifabschluß im Handel, dem letzten der diesjährigen Lohnbewegung, steht fest: keine Branche steht im Januar noch mit einem wie immer kleinen Plus da. Die durchschnittlich 4–4,5% auf den Tarif sind weg. Der Handelsminister sagt abends im Fernsehen, die Welle von Verteuerungen ab Januar werde ja in Raten aufgeteilt.

„Was der Androsch uns stiehlt, muß der Betrieb wieder rausrücken", der Lehrling aus dem Metallbetrieb packt die Wurstsemmeln für die Abteilung ein, und alle nicken.



Gegenüber 1969 ist der Milchverbrauch der Wiener Arbeiterhaushalte um ein Drittel gesunken, der Preis beträgt demgegenüber heute mehr als das Doppelte.



Gegenüber 1969 ist der Milchverbrauch der Wiener Arbeiterhaushalte um ein Drittel gesunken, der Preis beträgt demgegenüber heute mehr als das Doppelte.





Wo die Arbeiter ihre Nahrungsmittel kaufen – ein Geschäft der „BILLA"-Kette (Bild rechts: Bauerndemonstration, Juli 1979 in Wien)

nes öffentlichen Dienstes" gegen die streikenden Lohnabhängigen. Durch Reaktivierung von Paragraphen des faschistischen Strafgesetzbuchs soll das Streikrecht eingeschränkt werden.

z.ulg.Rom. **Die italienische Bourgeoisie greift das 1970 von der Arbeiterklasse erkämpfte Recht auf Einstellung nach Wartelisten an.** Die Listen werden von Kommissionen, in denen die Gewerkschaften vertreten sind, nach Kriterien wie Dauer der Arbeitslosigkeit und Familienstand aufgestellt. Will ein Kapitalist z.B. 20 Hilfsarbeiter einstellen, schickt ihm das Arbeitsamt die ersten 20 von der Liste. Andere dürfen außer in Ausnahmefällen (Verwandte, leitende Angestellte) nicht eingestellt werden. Tatsächlich läuft aber schon bisher fast die Hälfte aller Neueinstellungen nicht über die Listen. Jetzt hat das Arbeitsgericht von Termini Imerese den Kapitalisten einen Rechtsanspruch auf Selektion zuerkannt. Das dortige Fiat-Werk hatte vier Arbeiter nicht eingestellt, weil der Werksarzt sie für „ungeeignet" befunden hatte (einer hatte Fußpilz). Obwohl das arbeitsmedizinische Institut der Universität Palermo die vier für gesund erklärt hatte, hat das Arbeitsgericht den Fiat-Kapitalisten recht gegeben. Willkür sei „Vertragsfreiheit".

z.mal. **Gemeindearbeiter in ganz Spanien haben einen dreitägigen Streik für Lohnerhöhungen durchgeführt.** Die Streikbeteiligung lag bei 70%; in einzelnen Städten bei 100%. Die spanische Regierung hatte im Pakt von Moncloa im Oktober 1977 Lohnleitlinien festgelegt und hat jetzt für den Haushaltsentwurf für 1980 Kosteneinsparungen in den öffentlichen Diensten beschlossen. Allein im ersten Halbjahr 1979 betrug die Neuverschuldung Spaniens an das Ausland 2,9 Milliarden Dollar. Der neue Haushaltsentwurf hat ein Defizit von 4,4 Milliarden Dollar. In den Vorverhandlungen zum EG-Beitritt wurde die Einführung der Mehrwertsteuer als Vorbedingung von Spanien verlangt. Bei einer Inflationsrate von etwa 14% haben die Gemeindearbeiter mit ihrem Streik jetzt gezeigt, daß sie sich den Lohnleitlinien nicht beugen.

z.inl.Paris. **Die Einstellung der Rohstahlproduktion in Denain – „Ergebnis des Umstrukturierungsplans" – hat das Stahlmonopol Usinor für nächsten Sommer angekündigt.** 1664 Arbeiter, knapp ⅓ der Belegschaft, sollen dazu umgesetzt werden nach Usinor Dünkirchen, in die Automobilindustrie oder gleich auf die Straße, wenn sie drei Vorschläge der Kapitalisten ablehnen. So steht es im Sozialplan für die Stahlindustrie vom Juli, der 20000 Entlassungen über Frühverrentung, Prämienkündigungen und Umsetzungen vorsieht. Die Stahlarbeiter hatten in monatelangen Kämpfen 7000 Entlassungen zurückschlagen können. Die Gewerkschaftseinheit zerbrach an der Frage, ob der *ganze* „Sanierungsplan" bekämpft werden könne. CFGT und FO stimmten für den Sozialplan, die CGT lehnte ihn ab. Nach der Schließung von La Chiers in Longwy mit 1200 Beschäftigten soll jetzt Denain folgen. – Auf Aufruf der CGT antworteten 1000 Arbeiter am 27.11. mit Besetzung der Hochöfen. CFDT und FO sind dagegen und für Regelung der „Frage der Umsetzungen". Während die CGT-Führung propagiert, daß Denain mit der fünften Schicht zu retten ist, und „es zerstören, Frankreich zum Import zwingen" heißt, bauen die Arbeiter die Streikfront „Keine Entlassungen!" auf.

z.rua. **Die Arbeiter und Angestellten des indischen Stahlwerkes Bhilai haben beschlossen, nach einem Bummelstreik vom 27.11. bis 3.12. ab dem 4.12. unbefristet zu streiken.** Sie fordern Lohnerhöhungen und die Änderung der Lohngruppen. Am 23.8.*1978* war der Tarifvertrag ausgelaufen, nach dem ein Arbeiter im Durchschnitt 800 Rupien im Monat (200 DM) verdient. Allein dieses Jahr sind die Preise um 17,5% gestiegen. Die Löhne sind in acht Lohngruppen gestaffelt, die meisten Arbeiter sind in Lohngruppe I oder II. Das Bhilai-Stahlwerk ist das größte in Indien mit einer jährlichen Kapazität von 2,5 Mio. t. Es wurde 1955 mit Kapital der Sowjetunion von russischen Bauleuten errichtet, unter Ausschluß indischer Arbeiter. Unter anderem durch die Nicht-Ausbildung von Indern in der Beherrschung der Maschinerie sicherten sich die Sozialimperialisten bis heute das Kommando über die Ausbeutung der Arbeiter, obwohl Indien inzwischen die Schulden mit Zinsen beglichen hat. Schwerpunkt der Produktion, die von sowjetischen Ingenieuren befehligt wird, ist Stahl für Schiffe und Waffen, 40% werden in die SU exportiert. Während in den anderen Stahlwerken die Produktion sinkt, wurde sie in Bhilai von 1977 auf 1978 um 200000 t erhöht. Bis 1982 wollen die Sozialimperialisten durch Einsatz neuer Oxygen-Hochöfen und umfassende Durchsetzung der Conti-Schicht die Produktion auf 5,5 Mio. t steigern. – Mitte November verlangten sie von Indien, ihnen Schwermaschinerie für 3 Mrd. Rupien auf Kredit zu liefern, zu Bedingungen, die sie früher Indien einräumten – 2,5% Zinsen und zwölf Jahre Laufzeit. Indien hat abgelehnt.

z.tit. **Der Argentinische Gewerkschaftsverband berät über Kampfmaßnahmen gegen das am 15.11. verabschiedete Gesetz zu seiner Auflösung.** Die Kapitalisten beginnen – gestützt auf dieses Gesetz – gegen Kampfmaßnahmen der Arbeiter vorzugehen: der Kohlekapitalist Swift hat Ende November 2200 der 2500 Arbeiter wegen ihrem 20tägigen „ungesetzlichen Streik" für Lohnerhöhungen entlassen. In einem Kommuniqué hat der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes (CUTA) festgehalten, daß das Gesetz „die Lohnabhängigen der Willkür der Arbeitgeberschaft ausliefern" soll, sowie, daß „mit der Entäußerung der Rechte des Arbeitsnehmers ein ... Schritt zur Umwandlung Argentiniens in eine willfährige Kolonie im Dienste des Imperialismus vollzogen" wird. Es wird betont, „daß die Arbeiter ... im Augenblick der Entscheidung ihre Wahl zu treffen wissen".

Irische Studenten kämpfen gegen Erhöhung der Studiengebühren, für höhere Studienförderung

z.rül.London. Mit einer landesweiten Protestkampagne verstärkten die etwa 30000 Universitäts- und 40000 College-Studenten Irlands in der vorletzten Woche ihren Kampf gegen die unerträglichen Studienbedingungen, die ständige Erhöhung der Studiengebühren und für höhere staatliche Studienförderung. An fast allen Hochschulen führten sie Streiks durch, besetzten Hochschuleinrichtungen und organisierten regionale Demonstrationen, an denen jeweils mehrere hundert Studenten teilnahmen.

Kapitalisten und Imperialisten in Irland brauchen eine wachsende Zahl von Arbeitskräften mit Hochschulausbildung. Unter dem Druck der hohen Arbeitslosigkeit und mit Versprechungen bringen sie mehr Jugendliche auf die Hochschulen unter Bedingungen, wo die Studenten selbst diese Ausbildung zahlen. Die Studenten an den Universitäten müssen inzwischen 200 bis 300 Punt im Jahr an Studiengebühren abführen, an den Colleges (Fachhochschulen) etwa 100 Punt (1 Punt = 3,70 DM). Um eine staatliche Studienförderung zu bekommen, muß ein Student mindestens vier der sechs Abschlußprüfungen an der Schule mit Auszeichnungen bestanden haben. Wenn seine Eltern über 6100 Punt im Jahr verdienen (ca. 1900 DM im Monat), bekommt er sowieso keinen Pfennig. Insgesamt erhalten so nur 20% der Studenten überhaupt eine Studienförderung und nur 10% bekommen den Höchstsatz von jämmerlichen 600 Punt im Jahr, ca. 185 DM im Monat.



Im Spätsommer hatte die Regierung alle Hochschulen in einem Rundschreiben aufgefordert, die Studiengebühren erneut zwischen 10 und 25% zu erhöhen. Andernfalls werde sie die Zuweisungen an die Hochschulen um den Betrag, der durch die erhöhten Studiengebühren aufgebracht werde, kürzen. Die Studenten leiteten dagegen sofort Aktionen ein, die von den Lohnabhängigen an den Hochschulen unterstützt wurden. Sie erreichten, daß der größte Teil der von den Gemeinden verwalteten Colleges die Erhöhung ablehnte. Jetzt fordert ihre Studentengewerkschaft USI, in der alle Studenten organisiert sind, daß die Vorbedingungen für die staatliche Studienförderung ersatzlos gestrichen werden und der Höchstförderungssatz auf 1300 Punt im Jahr erhöht wird.

Aktion dänischer Medizinstudenten gegen ständige Erweiterung des Pensums

z.bag.Aarhus. Am 28.11. besetzten 300 Medizinstudenten das Institut für Biochemie in Aarhus, Dänemark. Ihre zentrale Forderung: Schluß mit der ständigen Erweiterung des Pensums im ersten Teil des Studiums. Konnten vor fünf Jahren etwa 50% der Studenten den ersten Teil in der vorgeschriebenen Zeit von einem Jahr schaffen, so sind es heute nur noch 13%, d.h. 87% fallen beim ersten Versuch in der Prüfung durch. Besonders das Pensum der Biochemie wurde immmer höher geschraubt und entfernte sich immer weiter von dem, was die Studenten später in ihrer praktischen Arbeit brauchen können. Deshalb wurde während der einwöchigen Besetzung auch viel über den Inhalt des Studiums diskutiert und eine an den Interessen der Patienten ausgerichtete Ausbildung verlangt. „Wir lernen nur wenig über die Ursachen von Krankeiten und fast nichts über Möglichkeiten der Vorbeugung."



Wichtigste Triebkraft dieses Kampfes ist die materielle Lage der Studenten. Die ständige Erweiterung des Pensums hat die Studienzeit von sechseinhalb auf durchschnittlich achteinhalb Jahre verlängert. Das bedeutet eine große finanzielle Mehrbelastung, weil Stipendien in Dänemark aus Bankkrediten bestehen, die mit 15% Zinsen zurückgezahlt werden müssen. Im Durchschnitt hat jeder dänische Student beim Abschluß seines Studiums 100000 DKr. (rund 32000 DM) Schulden.

Am 5.12. willigte der Dekan der Medizinischen Fakultät, der bisher alle Diskussionen mit den Studenten abgelehnt und während der Besetzung mit dem Ausfallen der diesjährigen Prüfungen und der Bestrafung einzelner

für die staatliche Studienförderung ersatzlos gestrichen werden und der Höchstförderungssatz auf 1300 Punt im Jahr erhöht wird.

Aktion dänischer Medizinstudenten gegen ständige Erweiterung des Pensums

z.bag.Aarhus. Am 28.11. besetzten 300 Medizinstudenten das Institut für Biochemie in Aarhus, Dänemark. Ihre zentrale Forderung: Schluß mit der ständigen Erweiterung des Pensums im ersten Teil des Studiums. Konnten vor fünf Jahren etwa 50% der Studenten den ersten Teil in der vorgeschriebenen Zeit von einem Jahr schaffen, so sind es heute nur noch 13%, d.h. 87% fallen beim ersten Versuch in der Prüfung durch. Besonders das Pensum der Biochemie wurde immmer höher geschraubt und entfernte sich immer weiter von dem, was die Studenten später in ihrer praktischen Arbeit brauchen können. Deshalb wurde während der einwöchigen Besetzung auch viel über den Inhalt des Studiums diskutiert und eine an den Interessen der Patienten ausgerichtete Ausbildung verlangt. „Wir lernen nur wenig über die Ursachen von Krankeiten und fast nichts über Möglichkeiten der Vorbeugung."

Wichtigste Triebkraft dieses Kampfes ist die materielle Lage der Studenten. Die ständige Erweiterung des Pensums hat die Studienzeit von sechseinhalb auf durchschnittlich achteinhalb Jahre verlängert. Das bedeutet eine große finanzielle Mehrbelastung, weil Stipendien in Dänemark aus Bankkrediten bestehen, die mit 15% Zinsen zurückgezahlt werden müssen. Im Durchschnitt hat jeder dänische Student beim Abschluß seines Studiums 100000 DKr. (rund 32000 DM) Schulden.

Am 5.12. willigte der Dekan der Medizinischen Fakultät, der bisher alle Diskussionen mit den Studenten abgelehnt und während der Besetzung mit dem Ausfallen der diesjährigen Prüfungen und der Bestrafung einzelner
Studenten gedroht hatte, in Verhandlungen ein. Bei der ersten Verhandlung versprach der Dekan, einige „technische Änderungen" im Prüfungsablauf, wollte aber „die Anforderungen nicht herunterschrauben". Geht er bei der nächsten Verhandlung nicht auf die Forderungen der Studenten ein, wollen sie das Institut erneut besetzen.



MTV-Verhandlungen für Auszubildende im Öffentlichen Dienst am 1. Verhandlungstag geplatzt

z.elf. Am 27.11.79 und damit fast ein Jahr nach der Kündigung des Manteltarifvertrages für Auszubildende (MTV-A) im Öffentlichen Dienst durch die ÖTV zum 31.12.78 war Innenminister Baum zum ersten Mal bereit, über einen neuen Tarifvertrag zu verhandeln. Aufgrund einer Nachgleitklausel kann der Dienstherr die Auszubildenden bis zum Abschluß eines neuen Vertrages nach den Bestimmungen des alten arbeiten lassen. Nur durch ihre Kampfaktionen das ganze Jahr hindurch haben die gewerkschaftlich organisierten Auszubildenden im Öffentlichen Dienst Baum jetzt an den Verhandlungstisch zwingen können.

Aus dem Forderungskatalog, der u.a. Forderungen nach Verbot der Akkord-, Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit enthält, hat die ÖTV folgende Schwerpunktforderungen herausgestellt: Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber, Übernahme aller Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht, Verkürzung der Probezeit auf einen Monat, Einbeziehung der Auszubildenden im Gesundheitswesen in den Manteltarifvertrag.

Über den letzten Punkt sind gleich am ersten Tag die Verhandlungen geplatzt. Für die Auszubildenden in der Krankenpflege sei das Krankenpflegegesetz zuständig. Dies aber gerade ermöglicht es dem Dienstherrn, die Auszubildenden im Gesundheitswesen „entsprechend dem Arbeitsablauf" an Krankenhäusern auch am Wochenende und in der Nacht arbeiten zu lassen. Geht es nach dem Innenminister, so wird der nächste Verhandlungstermin erst im September '80 stattfinden.

Die Auszubildenden finden in ihrem Kampf um einen neuen MTV-A breite Unterstützung bei den übrigen Beschäftigten. Vier Angestellte des Krankenhauses Bremen Ost schreiben in einem Leserbrief an das ÖTV-Magazin 12/79: „... Zahlreiche Diskussionen mit unseren Kollegen haben ergeben, daß der Manteltarifvertragsentwurf der Gewerkschaft ÖTV ... breit unterstützt wird. Besonders die Schwerpunktforderungen ... sollten unterstützt werden ... Ebenso wichtig scheinen uns jedoch Forderungen wie: Keine Akkordarbeit, keine Schichtarbeit, keine Nachtarbeit, keine Arbeit an Sonn- und Feiertagen, keine Anrechnung auf den Stellenplan. Wir wünschen Euch bei Euren Verhandlungen vollen Erfolg."

„Das Blau und das Rot vertragen sich heute nicht"

Lehrpläne im Kunstunterricht

z.güv. Der Hamburger Lehrplan für den Kunstunterricht an Grundschulen enthält Themen wie: „In einen blauen Teich fällt ein gelber Ball. Er dreht sich und dreht sich und dreht sich ..." (Malen mit Fingerfarben); oder „Rheumazecke" (Phantasietier, das Rheuma hervorrufen soll); „Black Jack (Steckbrief)"; „Eine Riesentüte mit meinem Lieblingseis"; „Ein greuliches, unheimliches Tier" usw. Zum Thema „Blau und Rot kämpfen miteinander" schlägt der Lehrplan als Einführung in die Stunde vor: „Der Lehrer erzählt z.B.: ‚Das Blau und das Rot vertragen sich heute gar nicht besonders. Sie sind böse aufeinander, weil sich beide Farben auf Eurem Zeichenblatt breit machen möchten. *Ich werden gegen Dich kämpfen,* sagt das Blau. *Einverstanden,* erwidert das Rot, *ich hätte heute auch Lust zum Kämpfen.*' " Verwunderlich ist es nicht, daß die meisten Schüler über einen Kunstunterricht, der sich an solchen pädagogischen Ratschlägen orientiert, ihre Witze reißen und ihn nicht ernst nehmen. Selbst die meisten Kunstlehrer kümmern sich erst gar nicht um solche Lehrpläne und denken sich lieber selber Themen aus, was geht, bleibt es im Rahmen.

Deshalb kommt die Schulaufsicht im Fach Kunst auch mit schärferer Ausrichtung und Kontrolle durch Lehrpläne nicht so recht voran, obwohl sie das gerade mit den angeblich fortschrittlicheren neuen Richtlinien versucht (s.u.). Nur in Bereichen, wo allgemein konzentrierter ausgesiebt wird, tritt auch die Unterdrückung durch die Kunstlehrpläne mehr hervor: so in manchen Orientierungsstufen, wo das Fach Kunst nicht mehr als Nebenfach (mit „Narrenfreiheit") behandelt wird, sondern wie andere Fächer zum Aussieben und Austesten der Schüler dient; oder bei den Referendaren, wo vor allem in Lehrproben und Prüfungen die Einhaltung der Lehrpläne als Beurteilungskriterium herangezogen wird. Am deutlichsten sichtbar wird diese Funktion des Kunstlehrplans beim Kurssystem der gymnasialen Oberstufe, wo Kurs- und Abiturthemen vom Staat nachgeprüft werden. Die Stuttgarter Landesregierung geht bereits so weit, die Kunsterzieher über landesweit verordnete Abiturthemen im Fach Kunst praktisch zu einer strengen Befolgung der Lehrpläne zu zwingen. Im ganzen gesehen hat das Fach Kunst jedoch immer noch eine Art Ventilfunktion in der Schule. Im Gegensatz zu anderen Fächern wird ausdrücklich „spontanes Verhalten", „individuelle Arbeitsweise" gefördert, darf „probiert" und sollen „Einfälle realisiert" werden (Grundschullehrplan Hamburg). Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft schreibt zu einem „Modellversuch", bei dem (Berufs-)Künstler mit Schülern zusammenarbeiteten: „Künstler in der Schule, unabhängig davon, ob Schauspieler, Musiker oder bildende Künstler, bringen viel Freude und Spaß in den Schulalltag und können Zwänge, die zu dem Phänomen des Schulstreß führen, abbauen helfen." Das „Phänomen des Schulstreß" will der Herr Minister also etwas abmildern und zu diesem Zweck „die musisch-kulturelle Bildung der Kinder in allen Schulen verbessern" (Informationsblatt Nr. 11/78). Dazu muß er schon ein bißchen „künstlerische Freiheit" im Kunstunterricht zulassen.

Daß dieser Freiraum dennoch nur schwer von den Schülern zur Artikulierung ihrer Rebellion gegen die Schulunterdrückung genutzt werden kann, liegt mit an dem ausgeklügelten „didaktischen Konzept" des Faches. Die am Anfang genannten Beispiele zeigen, wie die Bourgeoisie bereits in der Grundschule systematisch darangeht, Kunstwerke und Kunstproduktion den Schülern als eine von alltäglichen Problemen losgelöste Sache zu vermitteln, mit „Phantasie"-Inhalten und absoluten ästhetischen Werten. Die gesellschaftliche Arbeit, das Leben der Volksmassen, die Klassenkämpfe, tauchen als Thema in diesem Lehrplan gar nicht auf. Gängige Ausrede: „Für Grundschüler ist das noch zu schwer". Wird gesellschaftliche Realität in den Lehrplanthemen gefordert, um die „Kritikfähigkeit" der Schüler zu entwickeln, wird der Unmut der Schüler und ihr Wissensdrang gern kanalisiert in ein Anti-Raucher-Plakat oder eine „kritische" Collage zur Umweltverschmutzung („Schuld sind wir alle"). Wird jedoch statt „Rot hat Lust, gegen Blau zu kämpfen" die Aufgabe gestellt: „Das Volk von Zimbabwe kämpft gegen das Siedlerregime", dann heult die Staatsaufsicht auf und greift schnell ein. Denn so war das ja mit der „künstlerischen Freiheit" und der „Kreativität" nicht gemeint. Zu dem „didaktischen Konzept" gehören weiter von den Klassenkämpfen gereinigte Kunstgeschichtsbücher für die Schulen. Für Werke von Grosz, Kollwitz usw., in denen Klassenkämpfe gezeigt werden, hat man vorsichtshalber die „didaktische Erklärung" bereit, Kunstwerke seien immer mehrdeutig, „einseitige" Interpretationsversuche seien folglich schlechter zu bewerten. Schüler Kritik an Erscheinungen des Imperialismus üben zu lassen, ohne daß diese Kritik eine Stoßrichtung gegen den Imperialismus selber erhält, ist denn auch der wesentliche „Fortschritt" der neuen Richtlinien der Reformisten. „Verwirklichung von Demokratie" nennen die Hessischen Rahmenrichtlinien für die Primarstufe ihr „oberstes Lernziel". „Kritikfähigkeit" ist ein gern benutztes Wort in solchen Richtlinien. Wenn dann die Schüler ihre eigene Selektion auch noch „demokratisch" selber betreiben lernen („die Schüler befähigen, gemeinsame Beurteilungen vornehmen zu können", ist das „didaktische" Kalkül aufgegangen.



Zeichnung von Schülern aus dem 4. Jahr Grundschule.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 263, Tel. 0421/617051
KJB Emden

Emden
26. November 1979
x 48b2e0350n

Wunder also, daß u.a. die Gewerkschaftsjugend der IGM in einem Flugblatt vom 25.10.79 fordert: „Verstärkte Einstellung von BGJ-Absolventen mit Anrechnung des 1. Ausbildungsjahres". Die Arbeiterjugend kann dies

ne nicht so recht voran, obwohl sie das gerade mit den angeblich fortschrittlicheren neuen Richtlinien versucht (s.u.). Nur in Bereichen, wo allgemein konzentrierter ausgesiebt wird, tritt auch die Unterdrückung durch die Kunstlehrpläne mehr hervor: so in manchen Orientierungsstufen, wo das Fach Kunst nicht mehr als Nebenfach (mit „Narrenfreiheit") behandelt wird, sondern wie andere Fächer zum Aussieben und Austesten der Schüler dient; oder bei den Referendaren, wo vor allem in Lehrproben und Prüfungen die Einhaltung der Lehrpläne als Beurteilungskriterium herangezogen wird. Am deutlichsten sichtbar wird diese Funktion des Kunstlehrplans beim Kurssystem der gymnasialen Oberstufe, wo Kurs- und Abiturthemen vom Staat nachgeprüft werden. Die Stuttgarter Landesregierung geht bereits so weit, die Kunsterzieher über landesweit verordnete Abiturthemen im Fach Kunst praktisch zu einer strengen Befolgung der Lehrpläne zu zwingen. Im ganzen gesehen hat das Fach Kunst jedoch immer noch eine Art

Schülern als eine von alltäglichen Problemen losgelöste Sache zu vermitteln, mit „Phantasie"-Inhalten und absoluten ästhetischen Werten. Die gesellschaftliche Arbeit, das Leben der Volksmassen, die Klassenkämpfe, tauchen als Thema in diesem Lehrplan gar nicht auf. Gängige Ausrede: „Für Grundschüler ist das noch zu schwer".

Primarstufe ihr „oberstes Lernziel". „Kritikfähigkeit" ist ein gern benutztes Wort in solchen Richtlinien. Wenn dann die Schüler ihre eigene Selektion auch noch „demokratisch" selber betreiben lernen („die Schüler befähigen, gemeinsame Beurteilungen vornehmen zu können", ist das „didaktische" Kalkül aufgegangen.



Zeichnung von Schülern aus dem 4. Jahr Grundschule.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 263, Tel. 0421/617051
KJB Emden

Emden
26. November 1979
x 48b2e0350n

Bereits die Einführungsprozedur des BGJ kann der Arbeiterjugend einiges kosten

wem. Wie jetzt bekannt wurde, soll die verbindliche Einführung des vollschulischen Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) in den Berufsfeldern Elektro-, Holz- und Metalltechnik erst zum 1.8.81 erfolgen, statt zum komplizierten und zeitraubenden Verordnungsweg zurück. Die IHK hat diese kurzfristige Terminänderung halbherzig beklagt und auf der Notwendigkeit „der engen Zusammenarbeit der berufsbildenden Schulen und der ausbildenden Wirtschaft" erneut betont.

Die Änderung des Zeitplans für die verbindliche Einführung des BGJ hat für die Metall-, Holz- und Elektroarbeiterjugend zunächst einmal praktische Konsequenzen: Die Frage der Anerkennung des BGJ als erstes Lehrjahr bleibt bis zur verbindlichen Einführung des BGJ offen. Bedeutsam ist diese Verzögerung für die BGJ-Schüler, die es bereits zahlreich in den betroffenen Berufsfeldern der Emdener BBS gibt.

Das BGJ ist die erste Stufe der Berufsausbildung. Die Kapitalisten planen, daß es für viele gleichzeitig auch das letzte sein soll. Diese Entwicklung ist auch im Tischlerhandwerk angelegt. Mit der Vergrößerung der Handwerksbetriebe und Spezialisierung, Serienproduktion für die Industrie, geht die Senkung des Lohns des Tischlers einher. Die Handwerkskapitalisten können in größerem Umfang ungelernte Kräfte einsetzen, besonders in der Kunststoffensterherstellung. In den Betrieben mit Kunststoffensterherstellung setzen die Kapitalisten schon bei 5 Gesellen ungelernte Kräfte ein. Der Prozentsatz wird immer weiter ausgebaut. Der Tarifstundenlohn des Tischlers beträgt 11,15 DM/Std., der des Angelernten 10,26 DM/Std. und der des Ungelernten 9,70 DM/Std. Der neue Tarifabschluß ist dabei noch unberücksichtigt.

Die Arbeiterjugend hat bereits Erfahrungen damit, daß längst nicht alle Kapitalisten das BGJ als erstes Lehrjahr anerkennen. Vor allem die Kleinbetriebe nutzen den dort geringeren Grad des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse aus, um bereits Extraprofite aus der Einführungsprozedur des BGJ zu ziehen.

Die Lohnentwicklung nach fünf Tischlerberufsjahren

Berufsjahr	Lohnentwicklung ohne BGJ	Lohnentwicklung BGJ = 1. Lehrjahr	Lohnentwicklung BGJ nicht anerkannt
1.	3648	1800	1800
2.	4464	4464	3648
3.	5400	5400	4464
4.	20365	20365	5400
5.	22275	22275	20365
Gesamt-Lohnsumme	56153	54305	35677
	100 %	96,7 %	63,7 %

1. Ausbildungsvergütung im 1. Ausbildungsjahr (jeweils Jahresbruttolohn)
2. Ausbildungsvergütung im 2. Ausbildungsjahr
3. Ausbildungsvergütung im 3. Ausbildungsjahr
4. Tischlerlohn im 1. Gesellenjahr (88 % vom Facharbeiterlohn)
5. Tischlerlohn im 2. Gesellenjahr (93 % vom Facharbeiterlohn)
6. BaföG: BGJ-Schüler erhält 150 DM durchschnittlich (eigene Schätzung)

Letzteres haben wir näher am Beispiel des Tischlers untersucht (vgl. Tabelle). Statt 56153 DM (100%) Gesamtbruttolohnsumme nach 5 Berufsjahren hat der Jugendliche, dem das BGJ nicht angerechnet wurde, erst 35677 DM (63,5%) verdient. Kein Wunder also, daß u.a. die Gewerkschaftsjugend der IGM in einem Flugblatt vom 25.10.79 fordert: „Verstärkte Einstellung von BGJ-Absolventen mit Anrechnung des 1. Ausbildungsjahres". Die Arbeiterjugend kann dies nur gestützt auf die Arbeiterbewegung durchsetzen. D.h. in den Betrieben müssen die Arbeiter über ihre gewählten Organe verhindern, daß BGJ-Absolventen ins 1. Lehrjahr gedrückt werden.

Diese Auseinandersetzung um die Anerkennung des BGJ als erstes Lehrjahr ist die Begleiterscheinung bei der Einführung des BGJ. Ist das BGJ flächendeckend eingeführt und per Gesetz verbindlich für alle Kapitalisten zur 1. Stufe der Berufsausbildung erklärt, wird sofort erkennbar, welche Bedeutung das BGJ-Abgangszeugnis für den weiteren Ausbildungsfortgang erhält. Noch deutlicher wird dann, daß die Kapitalisten mit dem Notensystem und dem Lehrstellenmonopol gewaltige Zwangsmittel in den Händen halten, um ihr Ziel, viele grundgebildete und billige Arbeiter und wenige teure Facharbeiter, zu erreichen. Nur die Forderung nach Einheitsschule und polytechnischer Ausbildung ist geeignet, die Spaltung der Arbeiterjugend in arbeitslose Hilfsarbeiter, Lehrlinge in Großbetrieben und Lehrlingen in Kleinbetrieben zu überwinden...

Die Geldstrafen müssen mit dem Kampf um Lohnfortzahlung fallen!

z.hev. Die Verhängung von Geldstrafen als Mittel zur Knechtung der Soldaten haben schon die preußischen Junker im letzten Jahrhundert mit einiger Regelmäßigkeit geübt. Aber richtig in Schwung gekommen sind Soldkürzungen durch Disziplinarstrafen mit oder ohne Gerichtsverfahren, durch Degradierung, Beförderungsverbot, unehrenhafte Entlassung, Kürzung des Ruhegehaltes erst im imperialistischen Stadium der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Geldstrafe war von vornherein auf die einfachen Soldaten gemünzt. So waren die im kaiserlichen Heer erlaubten Disziplinarstrafen gegen Offiziere Verweise und Stubenarrest bis zu 14 Tagen; gegen Unteroffiziere Verweise, Dienst nach Feierabend, „gelinder" und „mittlerer" (Holzliege, Wasser und Brot) Arrest, Verweise gegen „Gemeine" – die Mannschaftsdienstgrade – außerdem noch strenger Arrest (dunkle Zelle), Extradienste, Strafarbeiten, Strafwachen und – Beschränkung in der Verfügung über den Sold. Die wenigen Mark, die der Soldat erhielt, wurden zwangsverwaltet. Der Zugriff auf die Löhne in Disziplinarangelegenheiten war bei Offizieren und Unteroffizieren also nicht gestattet, in Verfahren vor den Militärgerichten allerdings möglich.

Beim Berufsheer der Weimarer Republik, der Reichswehr, sah die Disziplinarstrafordnung von 1926 zwar vordergründig eine mögliche „Gleichbehandlung" von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften vor, aber eben nur vordergründig. Geldstrafen konnten gegen sie bis zu einem Viertel des monatlichen Diensteinkommens verhängt werden. Gegen einfache Soldaten gab es schon bei den sogenannten einfachen Disziplinarmaßnahmen die Möglichkeit der Dienstgradherabsetzung. Lapidar vermerkt der Gesetzestext: „Bei der Dienstgradherabsetzung von Obergefreiten und Gefreiten ist zu berücksichtigen, daß die Strafe eine wesentliche Einkommensminderung mit sich bringt." Die Soldkürzungen der Offiziere werden sich erstens in Grenzen gehalten haben und zweitens sind ihre Wirkungen ungleich geringer als beim Soldaten. Der Offizier verliert die Möglichkeit zu einigen wenigen standesgemäßen Extravaganzen, beim Soldaten wird die Familie hungern oder sich verschulden müssen. Die Geldstrafe im Reichsheer konnte denn auch breite Anwendung finden. Sie war als „Nebenstrafe", also zusätzlich zum Arrest oder einer Gefängnisstrafe zulässig. Die Faschisten haben an dieser Regelung so großen Gefallen gefunden, daß sie sie beibehalten haben, ansonsten aber die alten preußischen Gepflogenheiten der Knechtung wiedereinführten.

In verkniffen heuchlerischer Weise enthalten die beiden Wehrdisziplinarordnungen der Bundeswehr von 1957 und 1972 einen kurzen ersten Teil zur „Würdigung besonderer Leistungen durch Anerkennung" in fünf Paragrafen, um dann zum Wesentlichen zu kommen in 118 Paragrafen. Und dort ist das System der Geldbußen weiter ausgebaut. 1957 gab's noch die alte preußische Zwangsverwaltung des Solds neben der Geldstrafe. Seit 1972 wird der Sold „nur" noch gekürzt bis zur Höhe eines Monatssoldes, und dies schon bei den einfachen Disziplinarmaßnahmen. Das durften die preußischen Disziplinarvorgesetzten noch nicht. Dafür heißt der Gemeine jetzt Mannschaftsdienstgrad. Eine Verschärfung gegen 1957 brachten die Soldkürzungen, die nur durch Gerichtsbeschluß verhängt werden dürfen: Gehaltskürzung, Beförderungsverbot, Dienstgradherabsetzung, Entfernung aus dem Dienstverhältnis, Kürzung des Ruhegehaltes, Aberkennung des Ruhegehaltes. 1957 war nur der Höchstbetrag der Kürzung um bis zu einem Fünftel des Soldes und die Höchstdauer derselben von 5 Jahren festgelegt. Das Jahr 1972 brachte die Festlegung des Mindestbetrags von einem Zwanzigstel und der Mindestdauer von 6 Monaten. Ähnliche Festlegungen gelten nun auch für die anderen Möglichkeiten des Zugriffs auf den Wehrsold.

Geldstrafen sind wirksamer als Arrest. Brummt der Soldat im Arrest, darbt nicht gleich seine Familie. Und für den Rest der Kompanie ist ein Soldat im Arrest immer auch Ansporn, die Unterdrückung in der Armee nicht weiter hinzunehmen. Das äußert sich in den kleinen Aufmerksamkeiten, die der Arrestant durch alle Mauern hindurch erfährt bis hin zum organisierten Kampf um seine Befreiung. Anders bei der Geldstrafe. Sie ist zwar gemein für den einzelnen, für die übrigen Soldaten jedoch schwieriger zu fassen und ein Kampf dagegen nicht leicht zu führen. Er hängt eng zusammen mit der Forderung nach Lohnfortzahlung. Wie die Arbeiter schließlich erfolgreich die strafweisen Lohnkürzungen durch den einzelnen Kapitalisten abschafften, so müssen die Soldaten die besonderen Lohnkürzungen durch den Disziplinarvorgesetzten abschaffen, wie sie überhaupt gegen eine besondere Gerichtsbarkeit und eine gesonderte Disziplinargewalt gegen die Soldaten werden kämpfen müssen. Die Bourgeoisie weiß, warum sie sie braucht. Der Brockhaus von 1894: „Weder die Strafgewalt des Staates noch die polizeiliche reicht in allen Fällen und für alle Kreise der bürgerlichen Gesellschaft so weit, als die Fürsorge des Staates für Aufrechterhaltung der Ordnung gehen soll. Namentlich bleibt für gewisse, in sich selbst wieder abgegrenzte Kreise eine Oberaufsicht nötig, die ohne die Befugnis zur Verhängung von Strafen nicht wirksam sein

„Würdigung besonderer Leistungen durch Anerkennung" in fünf Paragrafen, um dann zum Wesentlichen zu kommen in 118 Paragrafen. Und dort ist das System der Geldbußen weiter ausgebaut. 1957 gab's noch die alte preußische Zwangsverwaltung des Solds neben der Geldstrafe. Seit 1972 wird der Sold „nur" noch gekürzt bis zur Höhe eines Monatssoldes, und dies schon bei den einfachen Disziplinarmaßnahmen. Das durften die preußischen Disziplinarvorgesetzten noch nicht. Dafür heißt der Gemeine jetzt Mannschaftsdienstgrad. Eine Verschärfung gegen 1957 brachten die Soldkürzungen, die nur durch Gerichtsbeschluß verhängt werden dürfen: Gehaltskürzung, Beförderungsverbot, Dienstgradherabsetzung, Entfernung aus dem Dienstverhältnis, Kürzung des Ruhegehaltes, Aberkennung des Ruhegehaltes. 1957 war nur der Höchstbetrag der Kürzung um bis zu einem Fünftel des Soldes und die Höchstdauer derselben von 5 Jahren festgelegt. Das Jahr 1972 brachte die Festlegung des Mindestbetrags von einem Zwanzigstel und der Mindestdauer von 6 Monaten. Ähnliche Festlegungen gelten nun auch für die anderen Möglichkeiten des Zugriffs auf den Wehrsold.

Geldstrafen sind wirksamer als Arrest. Brummt der Soldat im Arrest, darbt nicht gleich seine Familie. Und für den Rest der Kompanie ist ein Soldat im Arrest immer auch Ansporn, die Unterdrückung in der Armee nicht weiter hinzunehmen. Das äußert sich in den kleinen Aufmerksamkeiten, die der Arrestant durch alle Mauern hindurch erfährt bis hin zum organisierten Kampf um seine Befreiung. Anders bei der Geldstrafe. Sie ist zwar gemein für den einzelnen, für die übrigen Soldaten jedoch schwieriger zu fassen und ein Kampf dagegen nicht leicht zu führen. Er hängt eng zusammen mit der Forderung nach Lohnfortzahlung. Wie die Arbeiter schließlich erfolgreich die strafweisen Lohnkürzungen durch den einzelnen Kapitalisten abschafften, so müssen die Soldaten die besonderen Lohnkürzungen durch den Disziplinarvorgesetzten abschaffen, wie sie überhaupt gegen eine besondere Gerichtsbarkeit und eine gesonderte Disziplinargewalt gegen die Soldaten werden kämpfen müssen. Die Bourgeoisie weiß, warum sie sie braucht. Der Brockhaus von 1894: „Weder die Strafgewalt des Staates noch die polizeiliche reicht in allen Fällen und für alle Kreise der bürgerlichen Gesellschaft so weit, als die Fürsorge des Staates für Aufrechterhaltung der Ordnung gehen soll. Namentlich bleibt für gewisse, in sich selbst wieder abgegrenzte Kreise eine Oberaufsicht nötig, die ohne die Befugnis zur Verhängung von Strafen nicht wirksam sein
kann."

BRD will Norwegens Nordsee-Erdöl als strategisches Energiepotential

r.kea. Im Gebiet der militärischen Nordflanke der NATO, im Nordseeraum, vereinigen sich für den westdeutschen Imperialismus wirtschaftliche und militärstrategische Interessen. Ungefähr ab 1964 fanden nach und nach im gesamten Nordseegebiet Offshore-Bohrungen (Off shore = vor der Küste) nach Erdöl und Erdgas statt. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Hauptfunde in britischen und norwegischen Hoheitsgewässern liegen, während Westdeutschland keine Funde zu verzeichnen hatte, glaubt der BRD-Imperialismus jetzt einen Weg gefunden zu haben, wie er über das relativ schwächere Land Norwegen doch noch Beute machen kann am Nordsee-Öl und -Gas. Da Norwegen, ebenso wie England, inzwischen auf dem Wege ist, die 100%ige Selbstversorgung mit Erdöl und Erdgas zu erreichen, kann es den Export dieser Rohstoffe steigern. Gerade hat ein Besuch des norwegischen Kronprinzen Harald sowie norwegischer Wirtschaftsvertreter in der Bundesrepublik stattgefunden, bei dem es insbesondere um die Ausweitung der Erdöl- und Erdgaslieferungen Norwegens an die BRD ging. Norwegen liefert bereits zunehmdende Mengen Erdgas und Erdöl in die BRD, und zwar hauptsächlich über den niedersächsischen Pipelinehafen Emden. Dadurch sind die Einfuhren Niedersachsens aus Norwegen von 543 Mio. DM (1977) auf 1904 Mio. DM (1978) gestiegen: eine Zunahme von 250% in einem Jahr! Im ersten Halbjahr 1979 stieg die Einfuhr erneut um 29,1% an. Um die norwegische Wirtschaft unter Kontrolle zu bekommen, hat westdeutsches Kapital Beteiligungen an der norwegischen Erdöl- und Erdgasproduktion erworben, und auch andere Rohstoffe Norwegens werden durch westdeutsches Kapital ausgebeutet, z.B. Eisenerz durch die Norddeutschen Ferrowerke. Als zusätzliches, politisches Druckmittel dient den westdeutschen Imperialisten die NATO-Mitgliedschaft Norwegens.

Vergleicht man die Erdölförderung in der Nordsee mit der Weltproduktion, so nimmt sie sich zwar gering aus – eine Fördermenge von 66,8 Mio. Tonnen im Jahr 1977 machte damals einen Anteil von 2,2% der Weltproduktion aus – aber bereits Anfang 1978 beliefen sich die bestätigten Erdölreserven in der Nordsee auf ca. 3,4 Mrd. Tonnen. Für die 80er Jahre werden Jahresförderleistungen von bis zu 200 Mio. Tonnen erwartet, was ungefähr der zusammengenommenen Förderung der OPEC-Länder Kuwait und Irak 1977 entspricht. Nach Schätzungen der EG soll bei diesen Förderungssteigerungen ein durchschnittlicher



Energieselbstversorgungsgrad von 50% bis 1985 innerhalb der EG erreicht werden. Für die westdeutschen Imperialisten hat das Nordseeöl insofern strategische Bedeutung, weil sie sich die „Schaffung von unbedingt notwendigem Energiepotential in politisch sicheren Gebieten" wünschen, „um sich in Spannungszeiten wenigstens ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zu sichern". („Schiffahrt international" 11/12 1979). Mit anderen Worten, es geht ihnen um ihre Kriegsfähigkeit.

Zivildienst: Beschlagnahmung der Arbeitskraft für einen Spottpreis

z.eve. Der Zivildienstleistende ist Wehrpflichtiger. Er untersteht also nicht nur den Wehrgesetzen, sondern bekommt auch für seine Arbeitskraft, die vom Staat beschlagnahmt wird, auch wenn es den Anschein der Freiwilligkeit hat, nichts anderes als den Wehrsold. Erste Wehrsoldgruppe, Grenadier, Tagessatz: 6,50 DM. Zweite Wehrsoldgruppe, Gefreiter, Tagessatz: 8,00 DM. Unterkunft und Verpflegung frei, Unterkunft natürlich nur, soweit kaserniert. Wohngeld nur, wenn dem ZDL, wie dem Soldaten, eine Kündigung nicht zuzumuten ist. Dienstkleidung und Heilfürsorge auch frei. Gibt es Zulagen und „Zuwendungen", dann nur soweit, „als der Haushaltsplan hierfür Mittel zur Verfügung stellt." Nach dem neuen Zivildienständerungsgesetz sollen alle in die Kaserne, also werden auch keine Mittel mehr für Mietgeld zur Verfügung stehen.

Nach dem bisherigen Zivildienstgesetz konnte den Beschäftigungsstellen die Zahlung des Wehrsoldes erlassen werden, wenn sie die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Dienstkleidung übernahmen. Nach den Vorschlägen von beiden Fraktionen im Bundestag müssen die Dienststellen

pflegung aufkommen, das Bundesamt für den Zivildienst kommt für den Wehrsold auf. Einerseits ein Mittel, die Kasernierung über die Dienststellen durchzusetzen, die natürlich lieber die 85 DM für ein Zimmer im Wohnheim zahlen, als Miete für eine Wohnung des Zivildienstleistenden. Andererseits ein Mittel, den Zusammenschluß der Zivildienstleistenden mit den Beschäftigten in den Krankenhäusern, Behindertenwerkstätten usw. für mehr Lohn gar nicht erst aufkommen zu lassen. In Frankfurt haben 1978 im Bürgermeister-Gräf-Haus, einem Altenheim, 16 Zivildienstleistende gearbeitet. Das Haus hat 44 Personalzimmer, die im Haushaltsplan mit 85 DM veranschlagt waren, aber nur 30 Zimmer waren belegt. Für die Verpflegung waren im Haushaltsplan 5,80 DM angegeben. 259 DM plus Dienstkleidung für einen Zivildienstleistenden. Für 16 Zivildienstleistende: 4144 DM im Monat. Zählt man den Wehrsold dazu, geben Bund und Gemeinde für 16 Zivildienstleistende im Monat 7718 DM aus. Nach dem Lohntarifvertrag für die Arbeiter von Bund, Ländern und Gemeinden bekommt ein lediger Arbeiter der untersten Lohngruppe 1485,63 DM im Monat (1979). Für 16 Arbeiter

im Monat 23770 DM bezahlen. Arbeitsdienst zahlt sich aus, das hat auch Hitler schon gewußt. Mit dem neuen Zivildienständerungsgesetz werden auch die leeren Räume im Bürgermeister-Gräf-Haus besetzt werden: „Der Dienstleistende ist verpflichtet, in einer dienstlichen Unterkunft zu wohnen und an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen ..." (der neue §31). Nicht verändert wird der §30 des Zivildienstgesetzes, wonach: „der Dienstleistende die dienstlichen Anordnungen des Leiters des Zivildienstamtes, des Leiters der Dienststelle zu befolgen ..." hat.



Einsatz von westdeutschen ZDLern beim Unglück der Amoco Cadiz 1978

Zivildienst: Beschlagnahmung der Arbeitskraft für einen Spottpreis

z.eve. Der Zivildienstleistende ist Wehrpflichtiger. Er untersteht also nicht nur den Wehrgesetzen, sondern bekommt auch für seine Arbeitskraft, die vom Staat beschlagnahmt wird, auch wenn es den Anschein der Freiwilligkeit hat, nichts anderes als den Wehrsold. Erste Wehrsoldgruppe, Grenadier, Tagessatz: 6,50 DM. Zweite Wehrsoldgruppe, Gefreiter, Tagessatz: 8,00 DM. Unterkunft und Verpflegung frei, Unterkunft natürlich nur, soweit kaserniert. Wohngeld nur, wenn dem ZDL, wie dem Soldaten, eine Kündigung nicht zuzumuten ist. Dienstkleidung und Heilfürsorge auch frei. Gibt es Zulagen und „Zuwendungen", dann nur soweit, „als der Haushaltsplan hierfür Mittel zur Verfügung stellt." Nach dem neuen Zivildienständerungsgesetz sollen alle in die Kaserne, also werden auch keine Mittel mehr für Mietgeld zur Verfügung stehen.

Nach dem bisherigen Zivildienstgesetz konnte den Beschäftigungsstellen die Zahlung des Wehrsoldes erlassen werden, wenn sie die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Dienstkleidung übernahmen. Nach den Vorschlägen von beiden Fraktionen im Bundestag müssen die Dienststellen jetzt sowieso für Unterkunft und Verpflegung aufkommen, das Bundesamt für den Zivildienst kommt für den Wehrsold auf. Einerseits ein Mittel, die Kasernierung über die Dienststellen durchzusetzen, die natürlich lieber die 85 DM für ein Zimmer im Wohnheim zahlen, als Miete für eine Wohnung des Zivildienstleistenden. Andererseits ein Mittel, den Zusammenschluß der Zivildienstleistenden mit den Beschäftigten in den Krankenhäusern, Behindertenwerkstätten usw. für mehr Lohn gar nicht erst aufkommen zu lassen. In Frankfurt haben 1978 im Bürgermeister-Gräf-Haus, einem Altenheim, 16 Zivildienstleistende gearbeitet. Das Haus hat 44 Personalzimmer, die im Haushaltsplan mit 85 DM veranschlagt waren, aber nur 30 Zimmer waren belegt. Für die Verpflegung waren im Haushaltsplan 5,80 DM angegeben. 259 DM plus Dienstkleidung für einen Zivildienstleistenden. Für 16 Zivildienstleistende: 4144 DM im Monat. Zählt man den Wehrsold dazu, geben Bund und Gemeinde für 16 Zivildienstleistende im Monat 7718 DM aus. Nach dem Lohntarifvertrag für die Arbeiter von Bund, Ländern und Gemeinden bekommt ein lediger Arbeiter der untersten Lohngruppe 1485,63 DM im Monat (1979). Für 16 Arbeiter müßte das Bürgermeister-Gräf-Haus im Monat 23770 DM bezahlen. Arbeitsdienst zahlt sich aus, das hat auch Hitler schon gewußt. Mit dem neuen Zivildienständerungsgesetz werden auch die leeren Räume im Bürgermeister-Gräf-Haus besetzt werden: „Der Dienstleistende ist verpflichtet, in einer dienstlichen Unterkunft zu wohnen und an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen ..." (der neue §31). Nicht verändert wird der §30 des Zivildienstgesetzes, wonach: „der Dienstleistende die dienstlichen Anordnungen des Leiters des Zivildienstamtes, des Leiters der Dienststelle zu befolgen ..." hat.



Einsatz von westdeutschen ZDLern beim Unglück der Amoco Cadiz 1978

Erfolgreiche Massenkündigung bringt imperialistische Militärdisziplin ins Wanken

Italien: Polizisten kämpfen für Koalitionsfreiheit / Ein Polizist auf 60 Lohnabhängige / Polizeikorps zunehmend zersetzt

z.ulg.Rom. Der „Generalrat für die Polizeigewerkschaft" hat beschlossen, den Gründungskongreß der künftigen italienischen Polizeigewerkschaft auf den 3. Februar einzuberufen und ab 1. Januar mit der Ausgabe der Mitgliedskarten zu beginnen. Der „Generalrat" ist ein von den Gewerkschaftsbünden CGIL, CISL und UIL unterstütztes Polizistenkomitee. Nach geltendem Recht ist den italienischen Polizisten gewerkschaftliche Organisierung ausdrücklich verboten. Und auch nach dem Reformgesetzentwurf der Regierung sollen nur „autonome", d.h. keinem Gewerkschaftsbund angeschlossene „Gewerkschaften" zugelassen werden.

In Genua hat eine Versammlung von 800 Polizisten und mehreren hundert Arbeitern den Beschluß des „Generalrats" begrüßt. Ein Vertreter des Fabrikrats des Italsider-Stahlwerks erklärte auf der Versammlung: „Wenn ihr im Januar für den Beitritt zu den Gewerkschaftsbünden Gefängnis riskiert, dann sollt ihr wissen, daß ihr nicht allein seid."

Seit 1943 unterliegen die heute 90000 italienischen Polizisten dem Soldatenrecht. Danach kann z.B. eine gemeinsam vorgebrachte Beschwerde als „Meuterei" von einem aus Offizieren gebildeten Militärgericht abgeurteilt werden. Außer der eigentlichen Polizei unterhält die italienische Bourgeoisie noch mehrere andere Polizeikorps, die sämtlich der Militärdisziplin unterworfen sind. Die 85000 Carabinieri sind sogar formell eine Waffengattung des Heeres.

Während die Polizei von vornherein hauptsächlich zur Niederhaltung der Arbeiterklasse aufgestellt wurde, lag die Hauptaufgabe der Carabinieri ursprünglich in der Bauernunterdrückung. Auf jedem Dorf haben sie eine Kaserne. Kein Carabiniere wird in seiner Heimatprovinz stationiert, womit die Zersetzung dieser auf das eigene Land gelegten Besatzungsarmee erschwert werden soll.

Dem Finanzministerium unterstehen die 45000 Steuerpolizisten der Finanzgarde, die in den letzten Jahren außer zu ihrer traditionellen Aufgabe, der gewaltsamen Eintreibung von Steuern und Zöllen, zunehmend gegen Demonstrationen, Streiks usw. eingesetzt werden. Zusammen mit den 15000 Gefängniswärtern und den 5000 „Waldwächtern" kommt die Bourgeoisie damit auf ein Heer von 240000 militärisch ausgebildeten und militärisch geschurigelten Polizisten, die zigtausende Gemeindepolizisten nicht mitgerechnet. Auf 237 Einwohner entfällt ein Polizist, bezogen auf die Lohnabhängigen beträgt die „Polizeidichte" sogar einer auf 60.

Vor allem in der eigentlichen Polizei hat sich seit Anfang der 70er Jahre gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen und den kleinlichen Despotismus des militärischen Reglements (z.B. dürfen Polizisten bis 26 gar nicht und danach nur mit Genehmigung ihres Kommandanten heiraten) eine gewerkschaftliche Bewegung für Entmilitarisierung, Koalitionsrecht und tariflich geregelte Arbeitsbedingungen entwickelt. Mit Strafverfahren, Versetzungen und Entlassungen versuchte die Regierung, die Bewegung zu unterdrücken. Erfolglos. Bei den Wahlen zu den – machtlosen – Vertretungskörpern der Polizisten stimmten in den Großstädten 80 bis 88% für Kandidaten, die den Gewerkschaftsbünden nahestehen.

Vor einem Monat hat die Regierung jetzt ein Reformgesetz zur Entmilitarisierung der Polizei vorgelegt. In Wirklichkeit tauchen darin fast alle Straftatbestände des Militärgesetzbuchs – oft mit verschärfter Strafandrohung – wieder auf. Zum Teil sollen den Polizisten selbst die wenigen Rechte genommen werden, die sie bisher noch hatten, z.B. das Recht, sich außerhalb des Dienstes politisch zu betätigen. Der Beschluß des „Generalrats", mit der Organisierung in den Gewerkschaftsbünden zu beginnen, ohne den Innenminister um Erlaubnis zu fragen, ist darauf eine richtige Antwort.

Auch in den anderen Polizeikorps – bisher mit Ausnahme der Carabinieri – gärt es. Gegen die Arbeitsbedingungen im „Supergefängnis" auf der Sardinien vorgelagerten Insel Asinara traten die Gefängniswärter vor einigen Wochen in den Hungerstreik. Nachdem die Fluglotsen – bisher Soldaten der Luftwaffe – mit einer Massenkündigung ihre Forderung nach Entmilitarisierung haben durchsetzen können, sind auch in der Finanzgarde entsprechende Forderungen laut geworden.

Berufssoldaten und Polizisten haben kein Kündigungsrecht. Daß die Fluglotsen es sich trotzdem einfach genommen haben, hat die „Disziplin" in der imperialistischen Armee ins Wanken gebracht. Beim Verteidigungsminister rotteten sich hohe Offiziere zusammen, um sich „nach der Gültigkeit des Militärgesetzbuchs zu erkundigen." Militärstaatsanwälte leiteten gegen die Fluglotsen Verfahren wegen „Meuterei" ein. Doch die Fluglotsen haben sich das Kündigungsrecht praktisch erkämpft, und nach einem mehrtägigen Bummelstreik hat ihnen der Verteidigungsminister offensichtlich zusagen müssen, daß aus den Strafverfahren nichts werden wird.



Mit einer Massenkündigung setzten die Soldaten der Flugüberwachung ihre Entmilitarisierung durch. Unser Bild: Versammlung der Fluglotsen.

UNO-Vollversammlung erkennt Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes an

z.ans. Die UNO-Vollversammlung hat in der vorletzten Woche mit 85 gegen sechs Stimmen bei 40 Enthaltungen das Recht des saharauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkannt und den Abzug der marokkanischen Truppen aus der Westsahara gefordert.

Enthalten haben sich u.a. die USA und die EG-Länder. Mit Waffenlieferungen schüren die US-Imperialisten den Konflikt zwischen Marokko und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS). Sie versuchen so zu verhindern, daß der OAU-Beschluß für das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes vom Juli durchgesetzt wird. Gleichzeitig betreiben sie Spaltung in der arabischen Welt. Laut FAZ-Oberst a.D. Weinstein überlegen „Experten im Pentagon", daß ein „gestärkter Hassan ... leichter mit ein oder zwei Brigaden dem saudischen Königshaus zu Hilfe eilen" könnte.



Die Sozialimperialisten haben der UNO-Resolution zugestimmt. Sie wollen die DARS von sich abhängig machen und sich so einen Stützpunkt am Atlantik schaffen. Dem steht entgegen, daß die F.Polisario sich bei ihrem Kampf auf die eigene Kraft stützt. Der Außenminister der DARS hat zu dem UNO-Beschluß erklärt: „Dieser Erfolg entspricht den Siegen, die unser Volk auf dem Schlachtfeld davonträgt."

Der marokkanische König Hassan II ist der Sitzung des Ad-hoc-Komitees der OAU ferngeblieben, das in der letzten Woche in Monrovia tagte, um den Konflikt zwischen Marokko und der DARS entsprechend den Beschlüssen der OAU zu lösen. Er zeigt damit, daß er sich nicht an diese Beschlüsse halten will. Noch immer halten etwa 1000 marokkanische Soldaten die mauretanische Stadt Bir Moghrein besetzt. Mauretanien hat im August mit der DARS Frieden geschlossen. Ende November haben Tausende gegen diese Besetzung in der mauretanischen Küstenstadt Nouadhibou demonstriert.

Neuseeland: Maoris kämpfen für die Rückgabe ihres Landes und Selbstverwaltung

z.cht.Sydney. Im Kampf um das Land und um politische Selbständigkeit haben die Maoris in Oakland jetzt eine eigene Partei gegründet. Ein Sprecher der Organisation erklärte: „Wenn Landforderungen nicht auf dem herkömmlichen legalen Wege durchgesetzt werden können, bleiben Landbesetzungen unser einziger Weg." Außerdem steht auf ihrem Programm vor allem der Kampf für eigene zweisprachige Schulen und gegen die Unterdrückung des Maorivolkes durch Polizei und Justiz. Gleichzeitig beginnen die Maoris, die 40-jährige Bevormundung durch die Labour-Partei abzuschütteln, nachdem einer der vier Maori-Parlamentsabgeordneten, M. Bata, aus der Partei ausgetreten ist mit voller Unterstützung der Maori-Labourparteigruppe seines Wahlbezirks. Die Labour-Partei hatte für das Versprechen, die Maoriinteressen wahrzunehmen, jahrzehntelang die Unterstützung der Maoriabgeordneten im Parlament erhalten, die in den vier 1867 den Maoris gesondert zugesprochenen Wahlbezirken gewählt werden. Die von der Labour-Partei betriebene Politik der „Integration" wurde vom Parteikomitee der Maoris auf der letzten Konferenz abgelehnt. „Wir müssen unser Schicksal selbst meistern, und wir fordern jeden Hektar Land, der uns unrechtmäßig genommen ist, zurück." M. Bata verlangt jetzt die Auflösung des Ministeriums für Maorifragen und die Verteilung der Mittel auf die elf größeren Stämme, Schaffung eigener Maoriparlamente und selbständige Verwaltung der eigenen Angelegenheiten, einschließlich Land-, Erziehungs- und Sozialwesen.

Die erstarkende politische Selbständigkeit der Maoris bedeutet das Scheitern der Politik der Integration, d.h. der Vernichtung der Kultur und Traditionen der Maoris, wie sie von den europäischen Kolonialisten, nach Niederschlagung der Maorikriege im 19. Jahrhundert, betrieben wurde. Die seit 1945 auch zahlenmäßig wieder erstarkende Maoribevölkerung konnte seit den 60er Jahren die Zulassung der Maorisprache im Schulunterricht, wenn auch eingeschränkt, durchsetzen. Gegenüber dem zwangsweise auferlegten Rechtssystem der Kolonialisten, das nur Privatbesitz an Land anerkannte und damit ein Mittel zum Raub an Maoriland war, haben die Maoris an dem System des kollektiven Landbesitzes festgehalten und konnten die rechtliche Anerkennung und Förderung von Kollektivfarmen gegenüber der Regierung durchsetzen.

Neuseeland: Maoris kämpfen für die Rückgabe ihres Landes und Selbstverwaltung

z.cht.Sydney. Im Kampf um das Land und um politische Selbständigkeit haben die Maoris in Oakland jetzt eine eigene Partei gegründet. Ein Sprecher der Organisation erklärte: „Wenn Landforderungen nicht auf dem herkömmlichen legalen Wege durchgesetzt werden können, bleiben Landbesetzungen unser einziger Weg." Außerdem steht auf ihrem Programm vor allem der Kampf für eigene zweisprachige Schulen und gegen die Unterdrückung des Maorivolkes durch Polizei und Justiz. Gleichzeitig beginnen die Maoris, die 40-jährige Bevormundung durch die Labour-Partei abzuschütteln, nachdem einer der vier Maori-Parlamentsabgeordneten, M. Bata, aus der Partei ausgetreten ist mit voller Unterstützung der Maori-Labourparteigruppe seines Wahlbezirks. Die Labour-Partei hatte für das Versprechen, die Maoriinteressen wahrzunehmen, jahrzehntelang die Unterstützung der Maoriabgeordneten im Parlament erhalten, die in den vier 1867 den Maoris gesondert zugesprochenen Wahlbezirken gewählt werden. Die von der Labour-Partei betriebene Politik der „Integration" wurde vom Parteikomitee der Maoris auf der letzten Konferenz abgelehnt. „Wir müssen unser Schicksal selbst meistern, und wir fordern jeden Hektar Land, der uns unrechtmäßig genommen ist, zurück." M. Bata verlangt jetzt die Auflösung des Ministeriums für Maorifragen und die Verteilung der Mittel auf die elf größeren Stämme, Schaffung eigener Maoriparlamente und selbständige Verwaltung der eigenen Angelegenheiten, einschließlich Land-, Erziehungs- und Sozialwesen.

Die erstarkende politische Selbständigkeit der Maoris bedeutet das Scheitern der Politik der Integration, d.h. der Vernichtung der Kultur und Traditionen der Maoris, wie sie von den europäischen Kolonialisten, nach Niederschlagung der Maorikriege im 19. Jahrhundert, betrieben wurde. Die seit 1945 auch zahlenmäßig wieder erstarkende Maoribevölkerung konnte seit den 60er Jahren die Zulassung der Maorisprache im Schulunterricht, wenn auch eingeschränkt, durchsetzen. Gegenüber dem zwangsweise auferlegten Rechtssystem der Kolonialisten, das nur Privatbesitz an Land anerkannte und damit ein Mittel zum Raub an Maoriland war, haben die Maoris an dem System des kollektiven Landbesitzes festgehalten und konnten die rechtliche Anerkennung und Förderung von Kollektivfarmen gegenüber der Regierung durchsetzen.

Im Pazifik gerät die französische Kolonialmacht zusehends unter Druck

z.mat.Sydney. Der überwältigende Wahlsieg der Vanuaaku Patiin Vanuaaku (Neue Hebriden) vor zwei Wochen ist der Erfolg der zielstrebigen Einheitsfrontpolitik gegen die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich, die die Partei seit ihrer Gründung verfolgt (s. KVZ 45/79). Als eines der wichtigsten Anliegen nach Erringen der vollen Unabhängigkeit im Mai 1980 hat die Partei die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Neu-Kaledonien und „Französisch"-Polynesien benannt. Die französischen Imperialisten reagierten wütend. Während ein Vertreter der Vanuaaku Pati und der Außenminister Papua-Neuguineas auf einer Kundgebung für die Unabhängigkeit „Französisch"-Polynesiens in Tahiti sprachen, – im Nachbarort fand gerade die 19. Konferenz des Südpazifischen Forums statt – erklärte der Vertreter Frankreichs der Konferenz erneut, eine „Teilung der Souveränität innerhalb der französischen Republik" käme nicht in Frage. Der Vanuaaku Pati kündigte er den Entzug aller zugesagten Hilfe an, falls sie nach dem Mai 1980 die Errichtung einer neukaledonischen Exilregierung zulassen würde.

In Neu-Kaledonien haben fünf Parteien die Vereinigte Front für die Befreiung der Kanaken gegründet, die in den Wahlen am 1. Juli 34,4% aller Stimmen und 82,5% der Stimmen der rechtmäßigen Einwohner der Inseln (Kanake) erhalten hat. Im Programm der Front heißt es unter anderem: „Das ‚eingeborene' Volk der Kanaken hat allein das Recht auf Unabhängigkeit. Dieses Recht, das durch die Kolonialmacht genommen wurde, muß zurückerobert werden ... Die Unabhängigkeitsfront fordert die Rückgabe allen Landes, das den Kanaken gestohlen worden ist, ohne Bedingungen."

Auf dieses Programm gestützt, hat die Front im August und September große Demonstrationen in Noumea und anderen Orten durchgeführt. In Koumat holten die Demonstranten die französische Flagge vom Rathaus. Am 23. November berichtete der Führer der Front Yann Celnene Uregei in einem Interview mit dem „Papua New Guinea Post Courier", daß die Front bei den Vereinten Nationen die Aufnahme Neu-Kaledoniens in die Liste der Gebiete beantragt hat, die noch entkolonialisiert werden müssen.



Demonstration der Unabhängigkeitsfront in Noumea im August 1979.

Die Revolution im Iran vor dringenden Aufgaben

Neue Verfassung läßt Landfrage offen / Starke Ablehnung / US-Imperialisten warten ab

z.gek. Der US-Außenminister Vance wird in dieser Woche in Bonn, London, Paris und Rom „die wichtigsten europäischen Verbündeten über die neuen amerikanischen Iran-Initiativen unterrichten und sie um Unterstützung bitten", wie es offiziell heißt. Iran-Initiativen ist gut gesagt. Vance wirbt um eine gemeinsame Politik der wirtschaftlichen Erdrosselung, politischen Restauration und, sobald möglich, militärischen Aggression gegen den Iran. 21 Schiffe, darunter zwei Flugzeugträger, sind jetzt im Golf oder an seinem Ausgang zusammengezogen, eine weitere Flotte im östlichen Mittelmeer. Der Regierungswechsel in der Türkei eröffnet neue Möglichkeiten. In den USA wird eine „schnelle Einsatztruppe" von 50000 Mann Marineinfanterie zusammengestellt. Aber Carter wartet ab: noch erlaubt die Lage im Iran eine Invasion nur unter großen Risiken, und die US-Imperialisten wollen möglichst nicht ohne die europäischen Imperialisten handeln.

Zusammen mit Ländern der Dritten Welt haben die EG-Imperialisten in der letzten Woche die Resolution des Sicherheitsrates der UNO formuliert, worin die Freilassung der Geiseln verlangt, aber keine Seite verurteilt, dagegen von beiden Seiten Zurückhaltung gefordert wird. Die iranische Regierung hat erklärt, die Resolution sei unbefriedigend, dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. Sie hält aber an ihren Forderungen nach Auslieferung des Schah und seines Vermögens fest und hat angekündigt, den überführten CIA-Agenten unter dem Botschaftspersonal den Prozeß zu machen.

Die gerechten Forderungen des Iran haben in der Dritten Welt nur teilweise Unterstützung gefunden, so daß die US-Imperialisten ihre wirtschaftliche Aggression gegen Iran bisher ungestraft unternehmen konnten. Warum ist das so? Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran erweist sich als eine Aktion von begrenzter Wirksamkeit, die, weil sie das Völkerrecht berührt (das die Länder der Dritten Welt, seit sie staatlich souverän sind, aus gutem Grund verteidigen), gerade den US-Imperialisten auch einigen Spielraum eröffnet, wie im übrigen auch der anderen Supermacht als ihrem Konterpart. Gleich hinter den US-Flottenverbänden im Golf schwimmen sowjetische Kriegsschiffe, Aufklärungsflugzeuge der SU kreisen, die „Prawda" läßt „ernste Warnungen" los, etc.

Inzwischen ist auch sichtbar geworden, daß die Aktion, je länger der Konflikt sich hinzieht, die frühere Einheit aller Klassen des Volkes und unterdrückten Nationalitäten des Iran gegen den US-Imperialismus nicht wieder herstellen kann. Zu dringend sind die Aufgaben, die die Revolution im In-

befriedigend, dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. Sie hält aber an ihren Forderungen nach Auslieferung des Schah und seines Vermögens fest und hat angekündigt, den überführten CIA-Agenten unter dem Botschaftspersonal den Prozeß zu machen.

Die gerechten Forderungen des Iran haben in der Dritten Welt nur teilweise Unterstützung gefunden, so daß die US-Imperialisten ihre wirtschaftliche Aggression gegen Iran bisher ungestraft unternehmen konnten. Warum ist das so? Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran erweist sich als eine Aktion von begrenzter Wirksamkeit, die, weil sie das Völkerrecht berührt (das die Länder der Dritten Welt, seit sie staatlich souverän sind, aus gutem Grund verteidigen), gerade den US-Imperialisten auch einigen Spielraum eröffnet, wie im übrigen auch der anderen Supermacht als ihrem Konterpart. Gleich hinter den US-Flottenverbänden im Golf schwimmen sowjetische Kriegsschiffe, Aufklärungsflugzeuge der SU kreisen, die „Prawda" läßt „ernste Warnungen" los, etc.

Inzwischen ist auch sichtbar geworden, daß die Aktion, je länger der Konflikt sich hinzieht, die frühere Einheit aller Klassen des Volkes und unterdrückten Nationalitäten des Iran gegen den US-Imperialismus nicht wieder herstellen kann. Zu dringend sind die Aufgaben, die die Revolution im In-

nern lösen muß, zu scharf bereits die entstandenen Widersprüche. – Mit den Massendemonstrationen in Täbris, der Hauptstadt Aserbeidschans, wie in praktisch allen größeren Städten der Gebiete der nicht-persischen Minderheiten gegen die neue Verfassung, sind diese Widersprüche von neuem offen zutage getreten. Die islamische Führung ist selbst darüber gespalten. Die Beteiligung an der Abstimmung über die neue Verfassung betrug nur etwa 65%, oder 14 Millionen Stimmen, gegenüber 90% und 21 Millionen beim Referendum über die Islamische Republik im Juni. Enthalten haben sich Teile der Industriearbeiter und der Nationalbourgeoisie (vertreten durch Parteien der Linken und die Nationale Front sowie Teile des Klerus) und die große Mehrheit der Nationalitäten, d.h. aber der Bauern. Denn die Gebiete der Nationalitäten sind die Hauptgebiete der Landwirtschaft. Umgekehrt hat sich in der Abstimmung die Islamisch-Republikanische Partei Khomeinys deutlicher als eine politische Bewegung des städtischen Kleinbürgertums, gestützt auf das von den Agrarreformen des Schah entwurzelte, in die Städte gespülte Proletariat, das mangels Industrie noch nicht zur Arbeiterklasse gehört, herausgestellt. Dementsprechend schillernd die Politik.

Die neue Verfassung enthält eine Reihe fortschrittlicher Bestimmungen, wie die freie Schulerziehung bis zur Mittelschule, das Recht für das ganze Volk zur militärischen Ausbildung (aber nicht zum Waffenbesitz), oder das Verbot ausländischer Stützpunkte und Truppenstationierung auf dem Territorium des Iran. Aber die Verfassung stellt die oberste religiöse Führung (in der Person Khomeinys oder eines Rates) über die gewählten Präsidenten und Regierungen; sie proklamiert die Gleichheit der Völker des Iran ohne weitergehende Selbstverwaltungsrechte für die unterdrückten Nationalitäten; sie gibt den Arbeitern keine positiven Rechte und Sicherheiten gegen die kapitalistische Ausbeutung in die Hand, und sie gibt den Bauern kein Land, noch enthält sie eine ausdrückliche Aufhebung aller feudalen Leistungen und Abgaben. Jegliches „rechtmäßig erworbene" Privateigentum ist garantiert; nur der rein parasitäre Reichtum wird geächtet.

Die Lösung der Ernährungsfrage ist grundlegende Voraussetzung für jeden nationalen Wirtschaftsaufbau. Die Agrarreformen des Schah hatten das feudale Abgabensystem in bürgerliche Geldschuldverhältnisse verwandelt, die althergebrachte Dorfgemeinschaft zerschlagen, damit aber die Vorraussetzung für die Erhaltung der allgemeinen Produktionsbedingungen zerstört, vor allem der Jahrtausende alten künstlichen Bewässerungssysteme, der „Quanate" (unterirdischer Kanäle). Niedrige Erzeugerpreise für die Bauern bei Subventionierung ausländischer Nahrungsmittelimporte, vor allem aus den USA, ruinierten binnen 15 Jahren Millionen Bauern und trieben sie in die Städte. – Im September hat die islamische Regierung durch Gesetz die Ländereien des Schah und der mit ihm geflohenen Grundbesitzer sowie auch einiger ausländischer Eigentümer beschlagnahmt und den Bauern übereignet. Aber das war meist nur die Anerkennung eines von den Bauern in der Revolution selbst schon geschaffenen Tatbestandes. Gleichzeitig hat die Regierung erklärt, sie wolle sich in die Agrarproduktion möglichst wenig einmischen und sie ganz den privaten Eigentümern überlassen. Das wäre angesichts der Armut an Produktionsmitteln, vor allem auch der nur durch gewaltige kollektive Anstrengungen wiederherzustellenden Bewässerungssysteme, ohne die in den meisten Gebieten dem Boden nichts abgerungen werden kann, verhängnisvoll.

In den Gebieten der Nationalitäten befindet sich die agrarrevolutionäre Bewegung der Bauern im offenen Krieg mit den Ausbeuterklassen. Nach schweren Zusammenstößen zwischen Armee und Aserbeidschanischen Fischern und Bauern im Oktober berichtete der Beauftragte Khomeinys, der zur Untersuchung der Lage entsandt war, er habe ein Komplott zwischen den Armeeoffizieren und den alten Blutsaugern und Grundherren vorgefunden, die sich wie früher hinter dem Schah heute hinter der Kirche versteckten. Die „Revolutionsgarden" seien vielfach verschmolzen mit den bewaffneten Banden der Grundherren und richteten Massaker unter den Bauern an. (Teheran Times, 11.11.) Auf dem Land wird sich das Schicksal der islamischen Revolution im Iran entscheiden, und möglicherweise rasch. Beide Supermächte lauern gespannt darauf.



denten und Regierungen; sie proklamiert die Gleichheit der Völker des Iran ohne weitergehende Selbstverwaltungsrechte für die unterdrückten Nationalitäten; sie gibt den Arbeitern keine positiven Rechte und Sicherheiten gegen die kapitalistische Ausbeutung in die Hand, und sie gibt den Bauern kein Land, noch enthält sie eine ausdrückliche Aufhebung aller feudalen Leistungen und Abgaben. Jegliches „rechtmäßig erworbene" Privateigentum ist garantiert; nur der rein parasitäre Reichtum wird geächtet.

Die Lösung der Ernährungsfrage ist grundlegende Voraussetzung für jeden nationalen Wirtschaftsaufbau. Die Agrarreformen des Schah hatten das feudale Abgabensystem in bürgerliche Geldschuldverhältnisse verwandelt, die

Bewegung der Bauern im offenen Krieg mit den Ausbeuterklassen. Nach schweren Zusammenstößen zwischen Armee und Aserbeidschanischen Fischern und Bauern im Oktober berichtete der Beauftragte Khomeinys, der zur Untersuchung der Lage entsandt war, er habe ein Komplott zwischen den Armeeoffizieren und den alten Blutsaugern und Grundherren vorgefunden, die sich wie früher hinter dem Schah heute hinter der Kirche versteckten. Die „Revolutionsgarden" seien vielfach verschmolzen mit den bewaffneten Banden der Grundherren und richteten Massaker unter den Bauern an. (Teheran Times, 11.11.) Auf dem Land wird sich das Schicksal der islamischen Revolution im Iran entscheiden, und möglicherweise rasch. Beide Supermächte lauern gespannt darauf.





Plakat einer Arbeiterdemonstration in Abadan 1951. – Weizenanbau, traditionell Hauptzweig der bäuerlichen Arbeit, vom Schahregime völlig ruiniert.

Sowjetische Manöver – Japanische Aufrüstung

z.ror. Vom 27.11. bis zum 3.12. führte die Sowjetunion ihr zehntes Manöver auf den seit dem Zweiten Weltkrieg besetzten vier japanischen Kurileninseln durch. Im Oktober dieses Jahres wurden die dort stationierten Truppen um 2 000 Mann auf Divisionstärke gebracht und mit modernem Gerät ausgerüstet. 260 leichte Panzer und 300 weitere Militärfahrzeuge, sowie neue Transporthubschrauber wurden stationiert. Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM und der Bau von Unterkünften auf der Insel Shikotan deuten darauf hin, daß auch hier ein ständiger Stützpunkt errichtet werden soll. Zu diesen Maßnahmen erklärte das japanische Außenministerium: „Dieser empörende Akt der Sowjetunion ... ist eine Bekundung des Strebens nach Hegemonie in aller Welt durch Umwandlung japanischen Territoriums in Militärstützpunkte." Der japanische Imperialismus beendet dieses Jahr seinerseits eine größere Modernisierungsphase und Erweiterung seiner Armee. Diese Modernisierung betrifft die Panzerwaffe durch Anschaffung von 160 Kampfpanzern (38 t) und 136 Schützenpanzern, die Luftwaffe durch Umrüstung auf Phantomjets und die Marine wurde mit zwei Hubschrauberzerstörern, zwei Fregatten und zwei U-Booten erweitert. Die japanischen Imperialisten verfügen heute über ca. 280000 Mann, eine Panzerdivision, 800 Flugzeuge, 42 Zerstörer und Fregatten, 15 U-Boote und zwei Hubschrauberzerstörer. Die andere Supermacht, der US-Imperialismus, hat Japans Aufrüstung unter seiner Kontrolle und wünscht sich Japan im ANZUS-Pakt.

Grenzabkommen Nepal – VR China

z.krk. Ende November besuchte der chinesische Außenminister Huang Hua Nepal. Ein Grenzabkommen wurde unterzeichnet, das auf Vereinbarungen von 1960 zurückgeht. Damals sind China und Nepal übereingekommen, die Grenzziehung im Himalaya-Gebirge anhand der traditionellen Zollgrenzen festzulegen. Zu diesem Zweck wurde ein paritätisches gemeinsames Komitee eingerichtet. Mai 1960, anläßlich des Besuchs von Tschou Enlai in Nepal, wurde eine Einigung über die Grenzziehung über den Tschomoloungma, den höchsten Gipfel getroffen. Diese Grenzabkommen, die strittige Fragen ausräumen, sind von besonderer Bedeutung, denn sie entziehen den zahlreichen sowjetischen Versuchen den Boden, in Nepal Kräfte für Grenzstreitigkeiten mit China zu rekrutieren und zu finanzieren.

Wahlen in Portugal: Polarisierung der Kräfte

z.dab. Die Wahlen vom 2.12. in Portugal haben sowohl die Reaktion, die im August gegründete Demokratische Allianz (DA) mit 51%, als auch die Revisionisten in dem Wahlbündnis Allianz des Volkes (APU) mit 19% (1976: 13,5%) gewonnen. Die Sozialisten unter Soarez sind von 35% auf 27% abgesunken. Die DA, ein Bündnis der Sozialdemokraten (PSD), der Christdemokraten und der Monarchisten unter Führung der PSD erhält ohne die Stimmen der Auslandsportugiesen 125 Parlamentsitze von 250, die Sozialisten nur noch 73 (107) und die Revisionisten 47 (40). Die Revolutionäre Union des Volkes (UDP) behielt einen Sitz.

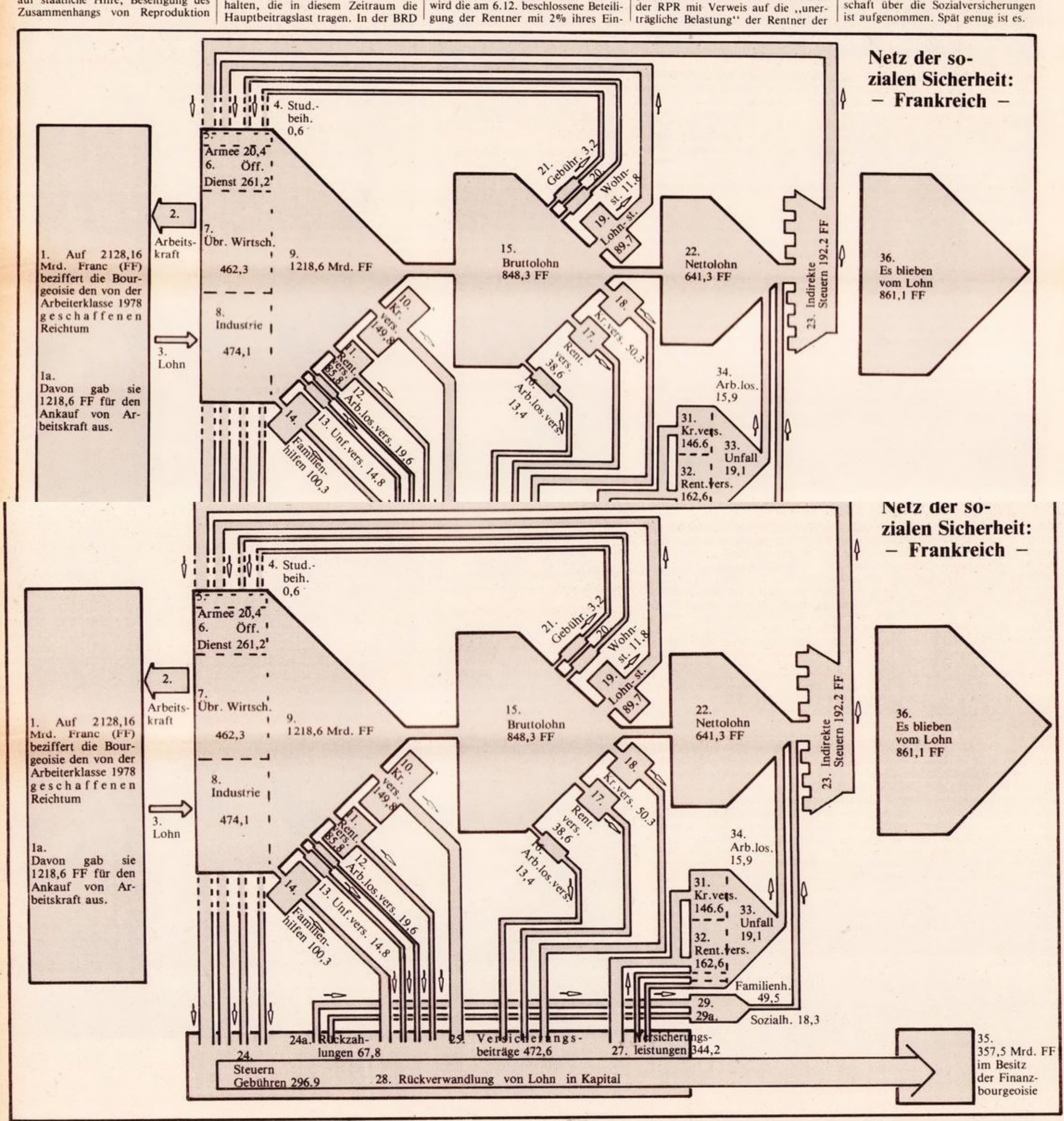
„Soziales Netz" in Frankreich – Verwandlung der produzierenden Klasse in „Bedürftige"

z.pel.Paris. Anfang 1981 sind in Frankreich Präsidentschaftswahlen. Staatspräsident Giscard d'Estaing muß, will er wiedergewählt werden, die Finanzbourgeoisie von der Nützlichkeit seiner Regierungstätigkeit überzeugen. Diese Nützlichkeit drückt sich in Barem aus, die Senkung des Arbeitslohns ist entscheidender Gradmesser. Jeder in die Lohnsumme eingehende Centime drückt die französischen Bourgeois in der imperialistischen Konkurrenz. Gleichzeitig aber gilt es, die dieser Politik entgegenstehende Kampfbewegung unter den Lohnabhängigen abzulenken und zu dämpfen. Wir haben in einer Reihe von Untersuchungen (zuletzt KVZ 48, S.18/19) verfolgt, wie die westdeutschen Bourgeois dieses Problem zu lösen trachten: Senkung des Nettolohns der Arbeiter und Angestellten in solchem Maße, daß er zu nichts weiter als der knappsten täglichen Erhaltung der Arbeitskraft taugt, Finanzierung weitergehender Bedürfnisse (Erziehung, Krankheit, Rente etc.) durch ein System von „Hilfen", gebildet aus den Abzügen des Bruttolohns und verteilt vom Staat nach „Bedarf", Verwandlung der Arbeiterbevölkerung in Bedürftige mit Anspruch auf staatliche Hilfe, Beseitigung des Zusammenhangs von Reproduktion und Arbeitslohn. Soweit die Grundzüge. Diese Grundzüge haben wir bei der Untersuchung der Verteilung der Lohnsumme in Frankreich wiedergefunden. Dennoch lohnt sich näheres Hinsehen.

1218,6 Mrd. FF mußte die französische Kapitalistenklasse 1978 für den Ankauf der Arbeitskraft von 17,9 Mio. Lohnabhängigen auslegen. Diesen blieben davon 861,1 Mrd. FF zur Zahlung der notwendigsten Reproduktionsmittel. 357,5 Mrd., also 29,3% kassierte die ausbeuterklasse mit Hilfe ihrer Klassenorganisationen sogleich wieder ein. (BRD: 30,1%) Auf direktem Wege erreichen gar nur 449,1 Mrd. FF oder 36,9% der von den Kapitalisten für Arbeitskraft verausgabten Summe die Lohnabhängigen, die restlichen 412 Mrd., die ja sämtlich aus Lohnabzügen in Form von Steuer oder Versicherungsbeiträgen stammen, erscheinen den Arbeitern und Angestellten als „staatliche Zuschüsse". 47,9% der von der Gesamtheit der Lohnabhängigen für ihre Reproduktion verausgabten Geldmittel fließen ihnen also quasi kraft staatlichen Hoheitsaktes zu, wobei zu beachten ist, daß in der Regel nicht diejenigen diese „Zuschüsse" erhalten, die in diesem Zeitraum die Hauptbeitragslast tragen. In der BRD sind es „nur" 22,5%. Die Herkunft der knappen Hälfte des den arbeitenden Klassen zur Verfügung stehenden Geldvolumens, seine Abhängigkeit vom Arbeitslohn wird mystifiziert, und es bedarf da schon großer ideologischer und politischer Anstrengungen der Arbeiterbewegung, die der Bourgeoisie daraus erwachsenden Spaltungsmöglichkeiten erfolgreich zu bekämpfen.

Gerade in den letzten Wochen hat die Regierung Barre, die sich aus Mitgliedern der eigens zur Wahl von Giscard zum Staatspräsidenten kreierten Sammlungsbewegung UDF und der von de Gaulle geschaffenen RPR zusammensetzt, einige Anstrengungen unternommen, die Rückverwandlung des Bruttolohns in Kapital voranzutreiben, bzw. einen noch größeren Teil in staatliche „Hilfen" zu verwandeln. Nach der Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 1% zum 1.1. wie zum 1.7.1979 ist auch die dritte Erhöhung zum 1.1.1980 schon beschlossen. Wurde dort, verpackt in einen Appell an die „Generationensolidarität", den „10 Prozent der Versicherten, die 90% der Krankenversicherungskosten verursachen", die Schuld gegeben, so wird die am 6.12. beschlossene Beteiligung der Rentner mit 2% ihres Einkommens an der Krankenversicherung jetzt mit der Weigerung der in Arbeit Stehenden, weiter für die Rentner zu bluten, begründet. Kurz zuvor hatte Barre von der Nationalversammlung beschließen lassen, daß alle Arbeitslosen, die ein Jahr nach Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung immer noch nicht arbeiten wollen, fortan ihre Krankenversicherung auch selbst zahlen könnten. 24 Mrd. FF sollen diese Plünderungsbeschlüsse mehr in die Taschen der Kapitalistenklasse abzweigen helfen. Damit stiege ihr Fangergebnis prozentual über das der BRD-Kapitalisten. Sollte doch ein Teil für Versicherungsleistungen verwandt werden müssen, wäre immerhin noch die staatliche Kontrolle und Gängelung der Arbeiter und Angestellten weiter erhöht.

Wie sie die wirklich erhebliche Spaltung der Arbeiterbevölkerung auf der Grundlage der weiteren Trennung der Reproduktionsmittel vom Arbeitslohn betreiben und somit auch den Lohnkampf untergraben will, hat die französische Bourgeoisie in der Debatte über die Rentenbeschlüsse angedeutet. Wie schon in der Haushaltsdebatte anläßlich der Festsetzung der Steuerprogression hat die Parlamentsfraktion der RPR mit Verweis auf die „unerträgliche Belastung" der Rentner der Regierung die Zustimmung verweigert. Wohl wissend, daß Barre von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen werde, das Gesetz ohne Mehrheit zu verabschieden, hat sie sich zum Fürsprecher der Rentner wie vorher der Niedrigstverdienenden und Sozialhilfeempfänger aufgeschwungen. Die Absicht: der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen und gleichzeitig diejenigen, die ihr Einkommen hauptsächlich aus Lohnabzügen vermittelt über den Staat beziehen, gegen die Lohnforderungen der Arbeiter zu stellen. Ein Blick auf das Schaubild zeigt, daß die verschiedenen „Familienhilfen", die neben dem Kindergeld 21 weitere Zuwendungen umfassen, plus Sozialhilfe 1978 10,6% des Nettolohns ausmachen. (BRD 5,2%) Eine genauere Untersuchung verrät, daß dieser Anteil bei den Familien, die im Lohn um den Mindestlohn liegen, knapp 50% beträgt. Ob diese Strategie verfängt, ist noch nicht ausgemacht. Die französische Arbeiterbewegung kämpft in den letzten Monaten hartnäckig darum, ihr über die massive Erhöhung des Mindestlohns einen Gutteil der Basis zu entziehen. Die Debatte über eine politische Front des Kampfes um die Herrschaft über die Sozialversicherungen ist aufgenommen. Spät genug ist es.



Dieses Ergebnis entspricht der Polarisierung der Kräfte. Mit 60% der Stimmen hat die Reaktion ihre Basis im Norden, wo in der Landwirtschaft die zersplitterte Kleinproduktion vorherrscht. Sa Caneiro, Vorsitzender der PSD und voraussichtlicher Regierungschef, hat als Verfechter der NATO und des EG-Beitritts angekündigt, die letzten Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen: die Nationalisierung der Banken und Betriebe und die Enteignung des Großgrundbesitzes. Die PCP, zwar Agentur des Sozialimperialismus, ist durch den Kampf der Landarbeiter für die Erhaltung der Kooperativen gezwungen worden, dies zu unterstützen und hat z.B. in Beja 51% der Stimmen erhalten.

Zionistische Militärs müssen Bürgermeister Shaka freilassen

z.mif. Die zionistische Militärgerichtsbarkeit hat sich am 5. Dezember gezwungen gesehen, von der beschlossenen Abschiebung des Bürgermeisters von Nablus auf dem Westufer des Jordan, Bassam Shaka, Abstand zu nehmen (vgl. KVZ 47). Der Zusammenschluß gegen die Abschiebung war breit, er erfaßte über die Palästinenser hinaus zunehmend Teile der orientalischen Juden. Shaka ließ sich weder kaufen noch erpressen. Ein Generalstreik auf dem Westufer und im Gazastreifen am 22. November, Massenversammlungen und der Rücktritt zahlreicher palästinensischer Bürgermeister hatte den Zionisten deutlich gemacht: die Abschiebung konnte einen Aufstand im Westjordanland bedeuten. Den niederzuschlagen hätte eine militärische Operation von solchen Ausmaßen, Kosten und solcher Dauer erfordert, wie sie sich die Regierung Begin derzeit nicht erlauben kann. Die Gewerkschaftsorganisation Histadruth hat nach gerichtlicher Aufforderung den für 27. November geplanten Generalstreik aufgeschoben, mit dem die Arbeiter gegen die Lohnsenkungs-, Preis- und Steuerplünderungspolitik der Regierung Begin kämpfen wollten. An den Demonstrationen gegen die fortgesetzte Besiedlungspolitik beteiligten sich viele Tausende, darunter zahlreiche Offiziere. Die Koalition der Regierung Begin fällt von einer Krise in die andere. Möglich, daß Carter angesichts der Lage im Nahen Osten Begin entsprechende Order gegeben hat. Zahlreiche arabische Staatsführer hatten am UNO-Tag des palästinensischen Volkes am 29. November ihre Unterstützung für das palästinensische Volk und die PLO zum Ausdruck gebracht, darunter Oman, Tunesien, Marokko und Mauretanien.

Erneute Abwertung der dänischen Krone

z.bag.Aarhus. Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Monaten ist die dänische Krone um 5% abgewertet worden. Das geschah auf Betreiben der letzten EG-Ministerratssitzung in Dublin. 100 dänische Kronen sind inzwischen nur noch 32,36 DM wert. Die erneute Abwertung ist ein Geschenk an die Exportindustrie auf der einen Seite und ein weiterer Angriff auf den Arbeiterlohn und die Existenzgrundlage der Bauern auf der anderen Seite. Ein großer Teil der dänischen Bauern hat wegen der billigeren Zinsen Bankkredite im Ausland, besonders in der BRD aufgenommen. Sie müssen also mehr und mehr Kronen herauswirtschaften. Damit jedoch noch nicht genug: konnte die dänische Landwirtschaft bisher bei Abwertungen durch eine gleichzeitige Regulierung der „Grünen Krone" innerhalb der EG die Nachteile halbwegs ausgleichen, so soll dieser „Gewinn" jetzt vom dänischen Staat einbehalten werden. Ministerpräsident Anker Jörgensen dazu: „Alle müssen die Last tragen. Die Abwertung bedeutet eine Senkung des Reallohns für die Lohnabhängigen. Keine Gruppe soll Vorteile haben, und deshalb wird der Abwertungsgewinn der Landwirtschaft eingezogen." Der Bauernverband hat Protestaktionen angekündigt, 600 Vertrauensleute aus Kopenhagener Betrieben haben zu Kampfmaßnahmen gegen die Reallohnsenkung aufgerufen.

EG-RGW-Verhandlungen: Beim „Wer wen?" keine Entscheidung

z.scc.Brüssel. Fast fünf Jahre nach den ersten Verhandlungen über Beziehungen zwischen der EG und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) haben sich die Vertreter der beiden imperialistischen Bündnisse Ende November in Moskau wiederum nicht einigen können. Während die westeuropäischen Imperialisten seit dem 1.1.75 Verhandlungen über Handelsbeziehungen mit dem RGW nur noch als „Gemeinschaft" führen, beharren sie darauf, Verträge jeweils mit den RGW-Mitgliedsstaaten, nicht aber mit dem RGW abzuschließen. Wie bisher wollen sie auch zukünftig, um den unter straffer sozialimperialistischer Oberherrschaft stehenden RGW aufzuweichen, je nach Belieben mit dem Angebot der Meistbegünstigungsklausel locken oder mit Androhung der Verweigerung erpressen können. Die Sozialimperialisten bestehen nicht minder hartnäckig darauf, Handelsverträge nur zwischen dem RGW und der EG abzuschließen. Nach mehrjährigem Hinhalten haben sie es jetzt eilig damit, um mittels des RGW die selbständigen Handelsbeziehungen der Mitgliedsländer mit der EG wieder unter ihre Fuchtel zu bekommen und die westeuropäischen Importe ausnahmslos in die „Arbeitsteilung" zur Stärkung ihres Kriegshaushaltes einzubeziehen. Über 38% der EG-Exporte in RGW-Länder sind Maschinen und Transportmittel. Umgekehrt ist die EG darauf erpicht, sich „die Staatshandelsländer als wertvolle Bezugsquelle vor allem für Grundstoffe und Nahrungsmittel" zu erschließen. Beides einschließlich der Energieprodukte macht bereits 57% ihrer RGW-Importe aus.

Die ZANU wird sich von den Bauernmassen nicht trennen lassen

z.lup. „Weil wir befreite Gebiete errichtet haben, und darin fortfahren, diese zu konsolidieren, besteht eine unserer Aufgaben darin, die Grundlagen für die zukünftige Umwandlung der Wirtschaft Zimbabwes zu schaffen. Während wir auf der einen Seite die Bauern dazu veranlassen, Land in Besitz zu nehmen, versuchen wir gleichzeitig, sie auf genossenschaftlicher Grundlage zusammenzuschließen. In den Gebieten, die von den Siedlern verlassen worden sind, lassen wir in einigen Fällen die Arbeiter dort die landwirtschaftliche Arbeit fortsetzen. In anderen Fällen führen wir unsere Bevölkerung dorthin, um das Land auf genossenschaftlicher Grundlage in Besitz zu nehmen. In den Gebieten, die von dem Krieg noch nicht so weit ergriffen worden sind, fahren sie fort, ihren bäuerlichen Besitz zu bebauen. Das Genossenschaftswesen muß man auf dem Weg der Überzeugung einführen. Alle Bauern kommen zusammen, um auf einem Teil des Landes, während eines Teils ihrer Zeit, die Nahrungsmittel für die Streitkräfte anzubauen, auch zusätzliche Nahrungsmittel für sich selber. In den Gebieten, in denen die Bauern vom Feind vertrieben worden sind, ist die Lage reif, um sozialistische Maßnahmen einzuleiten. In solchen Gebieten schließen wir die Bauern bereits in genossenschaftlichen Produktionseinheiten zusammen. Das Herangehen ist also unterschiedlich. Entsprechend übergeben wir den Massen selbständige Gesundheits- und Ausbildungseinrichtungen. Darüberhinaus stellen wir sicher, daß jedes befreite Gebiet die Mittel hat, sich selbst zu verteidigen, unabhängig von den ZANLA-Streitkräften. Das ist unser Vorgehen."

Diese Ausführungen machte Robert Mugabe, Präsident der ZANU, vor 2 Monaten über die Landreform in den befreiten Gebieten. Landreform, Wiedergewinnung des Landes, das die Kolonialisten den Bauernmassen Zimbabwes seit 90 Jahren geraubt haben, ist der soziale Inhalt des nationalen Befreiungskampfes, den das Volk von Zimbabwe führt und den es seit 13 Jahren als bewaffneten Kampf führt.

Seinen Ausgangspunkt hat der nationale Befreiungskampf in großen politischen Kämpfen genommen, die die Volksmassen in den 50er und 60er Jahren in den Städten Zimbabwes geführt haben. Aus diesen Kämpfen ist die ZANU hervorgegangen. Die Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes, zunächst in Form von einer Reihe von Kommandoaktionen, war die Schlußfolgerung aus der Tatsache, daß die zahlreichen Streiks, Demonstrationen usw. die britische Kolonialmacht nicht zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes von Zimbabwe haben zwingen können. An Schlagkraft gewonnen haben die bewaffneten Aktionen der ZANU in dem Maße, in dem die Beseitigung und Vertreibung der Siedler aus einigen Teilen des Landes es den Bauern ermöglicht hat, das von den Kolonialisten geraubte Land erneut in Besitz zu nehmen.

Bis dahin war 53% des Landes im Besitz der Kolonialisten, die an der Bevölkerung einen Anteil von 4,6% ausmachen. Landwirtschaftlich genutzt wurde aber unter dem Kommando der Kolonialisten nur ein Teil des Landes, während ein großer Teil des Landes brach gehalten wurde. In dem afrikanischen „Stammesvermögensland" aber waren 675000 afrikanische Bauernfamilien auf einer Fläche zusammengepfercht, die kaum der Hälfte von ihnen zum Anbau des Existenzminimums reichte. Das ist die Grundlage, auf der die Kolonialisten die afrikanischen Bauern in die Fabriken und Minen haben zwingen können – um sie sogleich wieder in die afrikanischen Gebiete zu treiben, sobald sie nicht den Nachweis erbringen können, daß sie in irgendeiner dieser Minen oder Fabriken ausgebeutet werden.

Den Hunger der afrikanischen Bauern nach Land zu befriedigen, das ist die entscheidende und dringendste Aufgabe, die der nationale Befreiungskampf in Zimbabwe zu erfüllen hat. In dem Maße, in dem der bewaffnete Befreiungskampf durch Vertreibung der Kolonialisten aus bestimmten Gebieten des Landes die Lösung dieser Aufgabe in Angriff genommen hat, hat er sich zu einem umfassenden Volkskrieg entwickelt, der in den Bauernmassen in den ländlichen Gebieten seine feste Stütze hat. In dem Maß, in dem sich der Befreiungskampf auf dem Land entwickelt, sind aber auch die Bedingungen günstig, die Massen in den Städten zusammenzuschließen, die mit den Bauern eng verbunden, in Wirklichkeit selber landlose Bauern sind. Kein Wunder, daß die britischen Imperialisten in den Londoner Verhandlungen die ganze Zeit darauf aus sind, Bedingungen zu oktroyieren, die die Verbindungen zwischen der ZANU, der Befreiungsarmee und den Bauernmassen zerschneiden würden. Bei den Verhandlungen über die Verfassung haben sie darauf bestanden, daß die Kolonialisten bei Enteignungen entschädigt werden müssen. Die Patriotische Front hat daran festgehalten, daß – wenn überhaupt – diese Entschädigungen eine Angelegenheit sind, die die britische Kolonialmacht und ihre Zöglinge untereinander ausmachen müssen – gegebenenfalls zusammen mit den USA. Die Bauern Zimbabwes, denen das Land gehört, werden jedenfalls nicht zahlen. Bei den Verhandlungen über die Modalitäten des Waffenstillstandes bestehen die britischen Imperialisten darauf, daß die Befreiungsarmee während des Waffenstillstandes an ein paar Orten einkaserniert wird – auf daß dann die Kolonialarmee die Möglichkeit hat, sie dort niederzumetzeln, um sodann im Anschluß die Dorfmilizen in den befreiten Gebieten niederzumachen. In den Verhandlungen über die Verfassung und in den Verhand-

Aktionen der ZANU in dem Maße, in dem die Beseitigung und Vertreibung der Siedler aus einigen Teilen des Landes es den Bauern ermöglicht hat, das von den Kolonialisten geraubte Land erneut in Besitz zu nehmen.

Bis dahin war 53% des Landes im Besitz der Kolonialisten, die an der Bevölkerung einen Anteil von 4,6% ausmachen. Landwirtschaftlich genutzt wurde aber unter dem Kommando der Kolonialisten nur ein Teil des Landes, während ein großer Teil des Landes brach gehalten wurde. In dem afrikanischen „Stammesvermögensland" aber waren 675000 afrikanische Bauernfamilien auf einer Fläche zusammengepfercht, die kaum der Hälfte von ihnen zum Anbau des Existenzminimums reichte. Das ist die Grundlage, auf der die Kolonialisten die afrikanischen Bauern in die Fabriken und Minen haben zwingen können – um sie sogleich wieder in die afrikanischen Gebiete zu treiben, sobald sie nicht den Nachweis erbringen können, daß sie in irgendeiner dieser Minen oder Fabriken ausgebeutet werden.

Den Hunger der afrikanischen Bauern nach Land zu befriedigen, das ist die entscheidende und dringendste Aufgabe, die der nationale Befreiungskampf in Zimbabwe zu erfüllen hat. In dem Maße, in dem der bewaffnete Befreiungskampf durch Vertreibung der Kolonialisten aus bestimmten Gebieten des Landes die Lösung dieser Aufgabe in Angriff genommen hat, hat er sich zu einem umfassenden Volkskrieg entwickelt, der in den Bauernmassen in den ländlichen Gebieten seine feste Stütze hat. In dem Maß, in dem sich der Befreiungskampf auf dem Land entwickelt, sind aber auch die Bedingungen günstig, die Massen in den Städten zusammenzuschließen, die mit den Bauern eng verbunden, in Wirklichkeit selber landlose Bauern sind. Kein Wunder, daß die britischen Imperialisten in den Londoner Verhandlungen die ganze Zeit darauf aus sind, Bedingungen zu oktroyieren, die die Verbindungen zwischen der ZANU, der Befreiungsarmee und den Bauernmassen zerschneiden würden. Bei den Verhandlungen über die Verfassung haben sie darauf bestanden, daß die Kolonialisten bei Enteignungen entschädigt werden müssen. Die Patriotische Front hat daran festgehalten, daß – wenn überhaupt – diese Entschädigungen eine Angelegenheit sind, die die britische Kolonialmacht und ihre Zöglinge untereinander ausmachen müssen – gegebenenfalls zusammen mit den USA. Die Bauern Zimbabwes, denen das Land gehört, werden jedenfalls nicht zahlen. Bei den Verhandlungen über die Modalitäten des Waffenstillstandes bestehen die britischen Imperialisten darauf, daß die Befreiungsarmee während des Waffenstillstandes an ein paar Orten einkaserniert wird – auf daß dann die Kolonialarmee die Möglichkeit hat, sie dort niederzumetzeln, um sodann im Anschluß die Dorfmilizen in den befreiten Gebieten niederzumachen. In den Verhandlungen über die Verfassung und in den Verhand-

lungen über die Übergangsperiode hat die Patriotische Front verschiedene Zugeständnisse gemacht. Sie hat diese Zugeständnisse machen können, weil sie im Land stark ist und weil sie mit den Bauernmassen eng verbunden ist. Über die Verfassung seines Staates wird das Volk von Zimbabwe ohnehin selbst entscheiden, sobald es seine nationale Unabhängigkeit erreicht hat. Die Ergebnisse der Übergangsperiode sind bestimmt durch die Machtverhältnisse im Land, die der Befreiungskampf geschaffen hat. Aber auf Bedingungen, die es den Kolonialtruppen erlauben, die Ergebnisse dieses Befreiungskampfes durch Niederkartätschen zu beseitigen, wird sich die Patriotische Front auf keinen Fall einlassen.

Britische Absichten und amerikanische Intrigen

Letztes Stadium der Rhodesien-Konferenz / Waffenstillstandsverhandlungen

z.hef.London, 7.12.1979. Auf der Londoner Rhodesien-Konferenz verhandeln die Delegationen der Patriotischen Front, der britischen Regierung und des Salisbury-Regimes seit Donnerstag wieder über den Waffenstillstand. Am Mittwoch war dem bislang letzten Erpressungsversuch der britischen Regierung die Luft ausgegangen.

Am Montag hatte der britische Außenminister Lord Carrington erklärt, wenn die Patriotische Front nicht vorbehaltlos dem Waffenstillstandsplan der britischen Regierung zustimme, werde der neue Gouverneur ohne Abkommen mit der Patriotischen Front nach Salisbury in Marsch gesetzt, d.h. das Abkommen ohne die Patriotische Front geschlossen.

Die Patriotische Front hatte den britischen Vorschlag für den Waffenstillstand vor allem aus drei Gründen abgelehnt: 1. wegen der Anwesenheit südafrikanischer Truppen in Rhodesien, 2. wegen der nicht erwähnten Luftwaffe des Siedlerregimes, und 3. wegen dem wichtigsten Punkt, den Truppenrückzugsregelungen. Nach dem britischen Vorschlag soll die Patriotische Front ihre Truppen auf 15 Sammelplätze zusammenziehen, während die Siedlerarmee „in ihre Kompaniebasen" sich zurückzieht – das sind mehr als 50, im ganzen Land verstreut. Entweder wird die Armee des Regimes weiter zurückgenommen und in eine vergleichbare Anzahl von Stützpunkten wie die Zahl der Sammelpunkte zurückgezogen, erklärte die Patriotische Front, oder die Patriotische Front bleibt während des Waffenstillstandes ebenfalls in ihren Operationsgebieten.

Am Mittwoch, zwei Tage nach der Drohung, gab Carrington den „Durchbruch" bekannt. Die Patriotische Front habe seinem Vorschlag zugestimmt. Tatsächlich hat die Patriotische Front zugestimmt, nachdem er zwei Konzessionen gemacht hatte: Er erklärte 1., die südafrikanischen Truppen hätten Rhodesien zu verlassen, und 2., die Luftwaffe des Regimes würde genauso wie die Landstreitkräfte von der Beobachtertruppe beobachtet und damit am Einsatz gegen die Befreiungsarmee gehindert. Der „Durchbruch" bestand aber vor allem darin, daß der dritte Punkt – Truppenrückzugsregelungen – zum „Detail" erklärt wurde, über den erst in den folgenden Detailverhandlungen gesprochen werde. Jetzt wird über dieses und andere Details verhandelt.

Bei diesen Verhandlungen geht es also keineswegs um Nebensächlichkeiten. Der britische Vorschlag lief in seiner ursprünglichen Form, so wie ihn die Delegation aus Salisbury akzeptierte, darauf hinaus, daß die Patriotische Front sich den Regierungstruppen ergeben und die befreiten Gebiete aufgeben sollte. Die britischen Imperialisten haben in einzelnen Fragen nachgegeben, z.B., daß die Siedlertruppen sich zuerst zurückziehen. Aber über den Punkt, *wohin* sie sich zurückziehen, gibt es weiter scharfe Auseinandersetzungen.

Lord Carrington erklärte unter anderem gegen die Forderung der Patriotischen Front, das Regime in Salisbury würde anderen Regelungen nicht zustimmen. Das ist nicht einfach ein Vorwand. Zwar besteht das Regime aus gekauften Marionetten. Aber die britischen Imperialisten haben nicht alle Fäden dieser Marionetten in der Hand. Der US-Imperialismus beherrscht sie. Seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch Ian Smith im Jahre 1965 kontrollieren die Imperialisten ihre Kolonie Rhodesien vor allem über die Kolonie Südafrika. Und in Südafrika hat der US-Imperialismus dem britischen Imperialismus lange schon die Vorherrschaft abgenommen. Es ist also nicht einfache Schauspielerei, wenn zwischen der britischen Delegation und der Delegation Muzorewas und Smith's Widersprüche auftreten. Es sind die Widersprüche zwischen dem britischen Imperialismus und dem US-Imperialismus, die sich hier zeigen.

Die Regierung Thatcher verfolgt mit der Rhodesien-Konferenz das Ziel, den Befreiungskampf zu spalten, den revolutionären Flügel zu isolieren und in die Niederlage zu locken. Gleichzeitig will der britische Imperialismus gegenüber dem US-Imperialismus im südlichen Afrika wieder an Boden gewinnen, zumindest was die Beherrschung Rhodesiens und damit den Zugang zu den reichen Bodenschätzen und dem fruchtbaren Farmland angeht. In der inneren Lösung stützen sich die britischen Imperialisten auf Leute wie Sithole und Chikerema. Ziel der Londoner Konferenz ist, die Patriotische Front so zu spalten oder zumindest die Voraussetzungen für eine solche Spaltung zu verbessern, daß ein Teil der Patriotischen Front in die „innere Lösung" eingebracht und der revolutionäre Flügel vernichtet werden kann. Für dieses Ziel setzt die Regierung alle vorhandenen Erpressungsmittel ein. Die Frontstaaten – vor allem Sambia – wurden wirtschaftlich, politisch und militärisch unter Druck gesetzt, die Patriotische Front zu Kompromissen zu bewegen. Z.B. brachte Thatcher Präsident Kaunda dazu, in London einen Kompromißvorschlag in bezug auf die Übergangsregelungen durchzusetzen.

Die Delegation des Salisbury-Regimes war mit anderen Zielen nach London gekommen. Ian Smith erklärte offen, sie hätten gehofft, ein Abkommen ohne die Patriotische Front zu erreichen. Die US-Imperialisten hinter dem Muzorewa-Smith-Regime haben schon seit der britischen Unterhauswahl versucht, die Regierung Thatcher zur Anerkennung der Muzorewa-Regierung zu bringen. Damit wäre die internationale Isolierung durchbrochen und wären die Sanktionsbeschlüsse zu Fall gebracht. Das hätte den US-Imperialisten die Möglichkeit erleichtert, über Südafrika direkt militärisch zu intervenieren und Rhodesien noch enger unter ihre Herrschaft zu bringen.

Die Patriotische Front hat sich so-



als 50, im ganzen Land verstreut. Entweder wird die Armee des Regimes weiter zurückgenommen und in eine vergleichbare Anzahl von Stützpunkten wie die Zahl der Sammelpunkte zurückgezogen, erklärte die Patriotische Front, oder die Patriotische Front bleibt während des Waffenstillstandes ebenfalls in ihren Operationsgebieten.

Am Mittwoch, zwei Tage nach der Drohung, gab Carrington den „Durchbruch" bekannt. Die Patriotische Front habe seinem Vorschlag zugestimmt. Tatsächlich hat die Patriotische Front zugestimmt, nachdem er zwei Konzessionen gemacht hatte: Er erklärte 1., die südafrikanischen Truppen hätten Rhodesien zu verlassen,

wand. Zwar besteht das Regime aus gekauften Marionetten. Aber die britischen Imperialisten haben nicht alle Fäden dieser Marionetten in der Hand. Der US-Imperialismus beherrscht sie. Seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch Ian Smith im Jahre 1965 kontrollieren die Imperialisten ihre Kolonie Rhodesien vor allem über die Kolonie Südafrika. Und in Südafrika hat der US-Imperialismus dem britischen Imperialismus lange schon die Vorherrschaft abgenommen. Es ist also nicht einfache Schauspielerei, wenn zwischen der britischen Delegation und der Delegation Muzorewas und Smith's Widersprüche auftreten. Es sind die Widersprüche zwischen dem britischen Imperialismus und dem US-

mes war mit anderen Zielen nach London gekommen. Ian Smith erklärte offen, sie hätten gehofft, ein Abkommen ohne die Patriotische Front zu erreichen. Die US-Imperialisten hinter dem Muzorewa-Smith-Regime haben schon seit der britischen Unterhauswahl versucht, die Regierung Thatcher zur Anerkennung der Muzorewa-Regierung zu bringen. Damit wäre die internationale Isolierung durchbrochen und wären die Sanktionsbeschlüsse zu Fall gebracht. Das hätte den US-Imperialisten die Möglichkeit erleichtert, über Südafrika direkt militärisch zu intervenieren und Rhodesien noch enger unter ihre Herrschaft zu bringen.

Die Patriotische Front hat sich so-



Präsident Mugabe bei seinen Truppen. Landrover waren das erste, was die Arbeiter und die Volksmassen in Westdeutschland für den Befreiungskrieg in Zimbabwe 1975 schickten.

Dokumente der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU)

Kriegskommuniqué der ZANU

Maputo, 29. November 1979

Das Sekretariat für Verteidigung der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) hat das folgende Kommuniqué herausgegeben:

In der Periode von Juli bis September hat die Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA) eine feindliche Offensive zerschlagen, die darauf abzielte, die befreiten Gebiete erneut zu besetzen und das Vordringen der Befreiungsstreitkräfte in die restlichen feindlichen Stützpunkte abzublocken. Die Offensive der Feinde war zeitgleich mit dem Beginn der Konferenz im Londoner Lancaster-Haus über Zimbabwe und hatte eindeutig den Zweck, die militärischen Erfolge des Volkes von Zimbabwe zunichte zu machen und die Verhandlungsposition ihrer britischen Herren zu stärken.

Eine große Zahl feindlicher Truppen wurde in den nordöstlichen und östlichen Provinzen zusammengezogen. Die feindlichen Truppen erhielten Luftunterstützung und Verstärkung durch Panzer und gepanzerte Fahrzeuge.

Die Befreiungsarmee der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe, ZANLA, kämpfte heldenhaft und mit bemerkenswertem Durchhaltevermögen, stellte den Feind entschlossen und versetzte ihm heftige Schläge in den Gebieten von Madziwa, Dande, Nyoobwe, Mt. Darwin, Chesa Chikaogewn Makoni, Katereere in Inyanga und Matibi 1 und 2 in Nuanetsi. Die gut organisierten Hinterhälte und Überraschungsangriffe der ZANLA vernichteten hunderte feindlicher Truppen und fügten dem Feind schwere Verluste an Kriegsmaterial zu, als der Feind auf schwer verminten Straßen festgenagelt wurde. Eine Anzahl feindlicher Flugzeuge wurde abgeschossen.

Die Versuche des Feindes, Verbindung zu abgeschnittenen Garnisonen herzustellen, wurden vereitelt. Gleichzeitig wurden viele der feindlichen Garnisonen von den ZANLA-Kämpfern, die eng mit der Volksmiliz zusammenarbeiteten, überrannt. In den umkämpften Gebieten nördlich und westlich von Bulawayo, Insiza, Plumtree, Goromonzi, Seke, Unter-Gwelo und Somabula wurde erbittert gekämpft. Die ZANLA-Streitkräfte konnten diese Gebiete weiter von rassistischen weißen Siedler-Farmern und Ausbeutungseinrichtungen multinationaler Konzerne säubern. ZANLA-Pioniere vollbrachten wiederholt Anschläge auf die Schienen- und Straßen-Verbindungen der Kolonie. Folgende Straßen wurden unbrauchbar gemacht: von Fort Victoria nach Beit Bridge, von Haba nach Mashaba, von West-Nicholson nach Shabin und von Salisbury nach Mrewa. Die wiedererrichtete Chegato-Brücke über den Nuanetsi-Fluß, über die die Straße von West-Nicholson nach Fort Victoria führt, wurde zum zweiten Mal in diesem Jahr in die Luft gejagt.

Die feindliche Kommandozentrale war gezwungen, den Angriff mit Schimpf und Schande abzubrechen. Zur Tarnung erfanden die Rassisten Geschichten, sie hätten ihre Niederlage der Beteiligung von kubanischen, ostdeutschen, sowjetischen und mozambikanischen Soldaten innerhalb von Zimbabwe zu verdanken. Diese Lüge war eine Vorankündigung der Aggressionsakte des Feindes gegen die Volksrepublik Mozambique, die von der tapferen FPL von Mozambique zurückgeschlagen wurden. Die Armee des illegalen rhodesischen Regimes erlitt so eine doppelte Niederlage.

Die Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe, ZANLA, tötete 1004 feindliche Soldaten, machte fünf größere Garnisonen dem Erdboden gleich und zerstörte eine größere Brücke. Zwei Aufklärungsflugzeuge, drei Kampfflugzeuge, ein Dakota-Truppentransporter und drei Hubschrauber wurden abgeschossen.

Drei Panzer, vier Panzerwagen und 93 Militärfahrzeuge wurden zerstört.

Unter dem erbeuteten Kriegsmaterial befanden sich detaillierte militärische Landkarten der Provinz Manica von Mozambique.

Kongo 1960: Lehrreiche Tragödie

Auszüge aus einem Artikel der „Zimbabwe News", dem Offiziellen Organ der ZANU, Juli-August 1979

Für die kämpfenden Massen von Zimbabwe ist es notwendig, die Tragödie, die der Kongo 1960 erlitt, kennenzulernen, damit sie wachsam bleiben gegenüber den Tricks der Imperialisten und die schmähliche Rolle der Marionetten bei ihrem Versuch, ihnen die Unabhängigkeit zu rauben, aufdecken können.

Als die Belgier 1960 zustimmten, dem Kongo die Unabhängigkeit zu gewähren, hatten sie erkannt, daß sie den kraftvollen Marsch des Volkes zur Unabhängigkeit nicht mehr aufhalten konnten. Dementsprechend kamen sie auf die Idee, Wahlen abzuhalten, die sie selber überwachen wollten. Aber entscheidend war, daß die Belgier sich Marionetten heranzogen, von Stammeslakaien bis zu Glücksrittern. Sie waren zuversichtlich, daß sie so den Ausgang der Wahl beeinflussen und den Erfolg ihrer Marionetten sicherstellen könnten. Das Volk des Kongo wurde von der Nationalen Bewegung des Kongo unter Führung des verstorbenen Patrice Lumumba vertreten. Aber es gab auch eine Menge von Marionettenorganisationen, die von den Belgiern und ihren Mit-Imperialisten der USA und Britanniens bezahlt und unterstützt wurden …

Mit Hilfe des riesigen Bergbaumonopols Union Minière, in dessen Besitz sich die Belgier und Briten teilten, or-

wohl erfolgreich den Spaltungsversuchen gegen ihre Einheit und gegen die Einheit mit den Frontstaaten widersetzt wie die Pläne, sie von der Konferenz auszuschließen, vereitelt. Dabei mußte sie in wichtigen Fragen Zugeständnisse machen. Bei der Verfassung sieht das Abkommen ,,weiße" Parlamentssitze und Entschädigungsrechte der Siedler für Landbesitz vor. Die britischen Imperialisten konnten das Zugeständnis nur mit der Zusage eines Landfonds für die Zahlung dieser Entschädigung erreichen. Bei der Übergangsregelung setzte die Patriotische Front nicht die Auflösung oder Teilauflösung der Siedlertruppen durch. Weil der Befreiungskrieg noch nicht gewonnen ist, kann die Patriotische Front in der Konferenz nicht die politische Macht gewinnen. Sie verbessert die Bedingungen für den bewaffneten Kampf. Sie hat kein Zugeständnis gemacht, das ihre Fähigkeit dazu einschränkt.

Die britischen Imperialisten haben ihr Spaltungsziel bislang auf der Konferenz nicht erreicht. Das heißt überhaupt nicht, daß sie dieses Ziel aufgeben. Sie werden es in den nächsten Wochen und Monaten in Zimbabwe umso intensiver verfolgen. Mit Lord Soames, dem Minister für den öffentlichen Dienst, früherer Privatsekretär von Churchill, Kriegsminister, Botschafter in Paris und Vizepräsident der EG-Kommission, hat Thatcher einen der erfahrensten Außenpolitiker ihrer Regierung als Gouverneur eingesetzt. Mit ihm kommen 900 britische Soldaten, speziell ausgelesen, die den Kern der Beobachtungstruppe für den Waffenstillstand bilden (weitere 300 kommen aus Neuseeland, Australien, Kenia und Fiji). Sie werden von Generalmajor Acland befehligt werden, der Kolonialkriegserfahrungen aus Malaya, Zypern, Ägypten, Kenia, Sansibar, Libyen und Nordirland hat. Britische Polizeioffiziere übernehmen das Kommando über die Polizei des Regimes. Britische Beamte organisieren die Wahlen. Ein Waffenstillstand unter ihrer Kontrolle, eine Wahl unter ihrer Kontrolle, zu einem Parlament, bei dessen Konstruktion mit 20 ,,weißen" Sitzen eine einfache Mehrheit schwierig zu erreichen ist, mit diesen Mitteln verfolgen die britischen Imperialisten ihre Politik der Spaltung weiter. Auf seiner ersten Pressekonferenz am Freitag sagte Lord Soames, er werde solange in Salisbury bleiben, bis eine legale Regierung gebildet sei und Großbritannien Rhodesien die Unabhängigkeit gewährt habe. Die britische Presse spekuliert über die ,,Notwendigkeit von Koalitionen" nach der Wahl. Am liebsten wohl zwischen Nkomo, Sithole und Chikerema.

Die US-Imperialisten betrachten den gegenwärtigen Verhandlungsstand mit unverhohlenem Ärger. Während das Außenministerium Gratulationstelegramme an Carrington schickt, setzt die US-Regierung das Statthalterregime in Pretoria für Interventionsdrohungen ein. In der vorletzten Woche

der Beobachtungstruppe für den Waffenstillstand bilden (weitere 300 kommen aus Neuseeland, Australien, Kenia und Fiji). Sie werden von Generalmajor Acland befehligt werden, der Kolonialkriegserfahrungen aus Malaya, Zypern, Ägypten, Kenia, Sansibar, Libyen und Nordirland hat. Britische Polizeioffiziere übernehmen das Kommando über die Polizei des Regimes. Britische Beamte organisieren die Wahlen. Ein Waffenstillstand unter ihrer Kontrolle, eine Wahl unter ihrer Kontrolle, zu einem Parlament, bei dessen Konstruktion mit 20 ,,weißen" Sitzen eine einfache Mehrheit schwierig zu erreichen ist, mit diesen Mitteln verfolgen die britischen Imperialisten ihre Politik der Spaltung weiter. Auf seiner ersten Pressekonferenz am Freitag sagte Lord Soames, er werde solange in Salisbury bleiben, bis eine legale Regierung gebildet sei und Großbritannien Rhodesien die Unabhängigkeit gewährt habe. Die britische Presse spekuliert über die ,,Notwendigkeit von Koalitionen" nach der Wahl. Am liebsten wohl zwischen Nkomo, Sithole und Chikerema.

Die US-Imperialisten betrachten den gegenwärtigen Verhandlungsstand mit unverhohlenem Ärger. Während das Außenministerium Gratulationstelegramme an Carrington schickt, setzt die US-Regierung das Statthalterregime in Pretoria für Interventionsdrohungen ein. In der vorletzten Woche
erklärte der südafrikanische Ministerpräsident Botha zum ersten Mal offiziell, daß südafrikanische Truppen am Krieg gegen das Volk von Zimbabwe beteiligt sind. Neu ist das nicht, die ZANU hat dies schon lange bewiesen. Neu ist die offizielle Bekanntmachung, bislang waren solche Berichte strikt dementiert worden. Nur ,,Freiwillige" würden in Rhodesien Dienst tun, als Soldaten der rhodesischen Armee. In Wirklichkeit bilden südafrikanische Hubschrauber und Piloten das Rückgrat der Luftwaffe des Regimes in Salisbury, kommandieren südafrikanische Offiziere ganze Frontabschnitte und sind Tausende von Söldnern in regulären südafrikanischen Einheiten in Zimbabwe. Auf Bothas Rede folgte eine Pressekonferenz der Armeeführung für ausgewählte Journalisten, auf der die verschiedenen Interventionsmöglichkeiten erörtert wurden. Drei mögliche Vorwände wurden genannt: Entweder würden die südafrikanischen Truppen ,,auf Einladung einer ordnungsgemäß gewählten Regierung" intervenieren, oder bei einem ,,Zusammenbruch von Recht und Ordnung" oder, ,,falls das rhodesische Volk nicht die Gelegenheit erhält, selbst zu entscheiden." Außerdem gebe es die Möglichkeit, fügt die ,,Financial Times" hinzu, eine ,,gradlinige Rettungsoperation für Flüchtlinge im Fall eines vollen Bürgerkriegs" durchzuführen. Und die Generäle würden folgende Möglichkeiten nennen: ,,Diese Möglichkeiten sind für Südafrika, entweder mit den rhodesischen Sicherheitsstreitkräften zusammen alle zur Zeit der Wahl errichteten inneren Stützpunkte der Patriotischen Front auszulöschen oder bei der Vertilgung von ausländischen Stützpunkten in Sambia, Mozambique und Angola zu helfen." (27.11.) Söldnergeneral Walls, der für das Regime in London die Waffenstillstandsverhandlungen führt, besteht nicht umsonst auf den Sammelplätzen für die Patriotische Front und der weitestmöglichen Verteilung der Söldnertruppen. Er ist engstens mit dem Regime in Pretoria verbunden und eifriger Advokat der ,,südafrikanischen Föderation", des US-imperialistischen Kolonialplans für das südliche Afrika. Mit den Interventionsdrohungen und dem Einfluß auf die Siedlerarmee in Rhodesien verschafft sich der US-Imperialismus die Möglichkeit, das ganze Abkommen zu Fall zu bringen oder gar nicht erst zustande kommen zu lassen.

Die schwierige Aufgabe der ZANU, die Einheit der Patriotischen Front zu erhalten, wird durch die Einmischung des russischen Sozialimperialismus weiter kompliziert. Die Sozialimperialisten rüsten die Armee der ZAPU weiter auf, aber nicht für den Befreiungskampf, sondern für einen Bürgerkrieg. Vassily Solodovnikov, der russische Botschafter in Sambia, antwortete auf die südafrikanischen Interventionsdrohungen, damit werde sich Südafrika ,,endgültig zuviel herausnehmen". Die Sozialimperialisten lauern auf eine günstige Gelegenheit zum Putsch und bringen den direkten Truppeneinsatz schon ins Gespräch.

Die ZANLA-Einheiten haben während der Verhandlungen den bewaffneten Kampf intensiviert. Ob die Konferenz mit einem Abkommen abgeschlossen wird oder scheitert, die näch-

Sammelplätzen für die Patriotische Front und der weitestmöglichen Verteilung der Söldnertruppen. Er ist engstens mit dem Regime in Pretoria verbunden und eifriger Advokat der ,,südafrikanischen Föderation", des US-imperialistischen Kolonialplans für das südliche Afrika. Mit den Interventionsdrohungen und dem Einfluß auf die Siedlerarmee in Rhodesien verschafft sich der US-Imperialismus die Möglichkeit, das ganze Abkommen zu Fall zu bringen oder gar nicht erst zustande kommen zu lassen.

Die schwierige Aufgabe der ZANU, die Einheit der Patriotischen Front zu erhalten, wird durch die Einmischung des russischen Sozialimperialismus weiter kompliziert. Die Sozialimperialisten rüsten die Armee der ZAPU weiter auf, aber nicht für den Befreiungskampf, sondern für einen Bürgerkrieg. Vassily Solodovnikov, der russische Botschafter in Sambia, antwortete auf die südafrikanischen Interventionsdrohungen, damit werde sich Südafrika ,,endgültig zuviel herausnehmen". Die Sozialimperialisten lauern auf eine günstige Gelegenheit zum Putsch und bringen den direkten Truppeneinsatz schon ins Gespräch.

Die ZANLA-Einheiten haben während der Verhandlungen den bewaffneten Kampf intensiviert. Ob die Konferenz mit einem Abkommen abgeschlossen wird oder scheitert, die näch-
sten Monate sind für die Befreiung Zimbabwes von größter Bedeutung. Die Festigung der Einheit zwischen Arbeitern und Bauern, städtischen und ländlichen Massen im politischen und militärischen Kampf ist entscheidend dafür, die Spaltungs- und Interventionspläne zum Scheitern zu bringen.

Gegen alle Spaltungsversuche unterstützen Frontstaaten und OAU die Patriotische Front

z.gkr. Am 25.11. erklärte Nkomo, Ko-Präsident der Patriotischen Front, nach einer Beratung mit den Frontstaaten auf einer Pressekonferenz: ,,Ganz klar verstehen sie uns und unterstützen unsere Position." Eindeutig wurde damit – erneut – allen Versuchen eine Absage erteilt, die Frontstaaten gegen die Patriotische Front auszuspielen. Vor allem die britische Regierung hatte nach der Commonwealth-Konferenz darauf gebaut.

Trotz militärischer, ökonomischer und politischer Erpressungsversuche seitens der Imperialisten und ihrer Statthalter in Rhodesien – erst jetzt hat das Smith-Muzorewa-Regime Sambia wieder aus der Luft angegriffen – unterstützen die Frontstaaten wie die OAU den Befreiungskampf in Zimbabwe nach Kräften und spielen auf der politischen Ebene eine zunehmende Rolle.

Als die US- und britischen Imperialisten auf ihren Plan der internen Lösung hinarbeiteten, versuchten sie, über den sambischen Präsidenten Kaunda zu spalten. Dieser wies aber am 8.11.77 diesen Plan in wichtigen Teilen zurück. Wenig später, am 19.12.77, befürworteten die 5 Frontstaaten nach einem Treffen mit den Führern der Patriotischen Front in Daressalam Verhandlungen prinzipiell, allerdings nur unter Einbeziehung der Patriotischen Front. Als jedoch auf diesen Verhandlungen die Rolle von Muzorewa, Sithole und Chirau als Marionetten immer offensichtlicher wurde, beschlossen die Frontstaaten am 9.1.78 in Lusaka, alleine der Patriotischen Front ihre uneingeschränkte politische, materielle und diplomatische Unterstützung zu gewähren.

Am 26. März 1978 erklärten sie auf der Konferenz von Daressalam zu der internen Lösung vom 3. März: ,,Das (Smith-)Regime war einzig mit finsteren Manövern beschäftigt, die darauf zielten, die Vorschläge (der USA und Großbritanniens) unwirksam zu machen, um dann die von der UNO verhängten Sanktionen aufzuheben. So soll das illegale Minderheitenregime erhalten bleiben, der Kolonialkrieg als Bürgerkrieg getarnt werden und der Konflikt internationalisiert werden. Diese Spaltungsmanöver haben sich zugespitzt in der sogenannten internen Lösung. Die Patriotische Front und die Frontstaaten verurteilen dieses Übereinkommen vollständig und ohne Vorbehalt. Dies Übereinkommen wurde ebenso von der OAU verurteilt und abgelehnt, genauso erklärte es der UN-Sicherheitsrat für unannehmbar und illegal."

Auf ihrer diesjährigen Gipfelkonferenz (15.–21. Juli) bekräftigte die OAU, wenige Monate nach den Scheinwahlen in Zimbabwe, ihre Unterstützung der Patriotischen Front ,,als einzige und echte Vertretung des Volkes von Zimbabwe". Sie verurteilte gleichzeitig ,,konzentrierte diplomatische Manöver, insbesondere von seiten Großbritanniens, den Befreiungskampf des Volkes von Zimababwe für völlige und echte Unabhängigkeit zu ersticken", sowie die Vorbereitungen der USA und Großbritanniens, die Regierung in Salisbury anzuerkennen.


Die Kämpfer der ZANLA-Streitkräfte stützen sich auf die Volksmassen, von ihnen erhalten sie die Informationen über die Feindbewegungen.

Unterstützung der Patriotischen Front durch die Blockfreien

z.brb. ,,Die Konferenz beglückwünscht die Patriotische Front herzlich zu ihrer Aufnahme in die Bewegung der blockfreien Länder als vollberechtigtes Mitglied, was die klare Anerkennung des heldenhaften Kampfes des Volkes von Zimbabwe um seine Unabhängigkeit darstellt. Sie sprach die Überzeugung aus, daß diese bedingungslose Unterstützung der Freiheitskämpfer auch in erhöhter politischer, moralischer und materieller Hilfe zum Ausdruck kommen wird, damit sie die vollständige Befreiung ihres Landes verwirklichen", heißt es in der Abschlußerklärung der 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien vom 3.–9. September in Havanna.

Die Blockfreien hatten sich bereits auf ihrer 2. Gipfelkonferenz 1964 in Kairo gegen das Rassistenregime in Rhodesien ausgesprochen und auf der 3. in Lusaka 1970 eine Resolution verabschiedet, die den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe für legitim erklärte und zu seiner Unterstützung aufrief. Auf allen folgenden Konferenzen haben sie diese



diesen Verhandlungen die Rolle von Muzorewa, Sithole und Chirau als Marionetten immer offensichtlicher wur-

Die Kämpfer der ZANLA-Streitkräfte stützen sich auf die Volksmassen, von ihnen erhalten sie die Informationen über die Feindbewegungen.

Unterstützung der Patriotischen Front durch die Blockfreien

z.brb. ,,Die Konferenz beglückwünscht die Patriotische Front herzlich zu ihrer Aufnahme in die Bewegung der blockfreien Länder als vollberechtigtes Mitglied, was die klare Anerkennung des heldenhaften Kampfes des Volkes von Zimbabwe um seine Unabhängigkeit darstellt. Sie sprach die Überzeugung aus, daß diese bedingungslose Unterstützung der Freiheitskämpfer auch in erhöhter politischer, moralischer und materieller Hilfe zum Ausdruck kommen wird, damit sie die vollständige Befreiung ihres Landes verwirklichen", heißt es in der Abschlußerklärung der 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien vom 3.–9. September in Havanna.

Die Blockfreien hatten sich bereits auf ihrer 2. Gipfelkonferenz 1964 in Kairo gegen das Rassistenregime in Rhodesien ausgesprochen und auf der 3. in Lusaka 1970 eine Resolution verabschiedet, die den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe für legitim erklärte und zu seiner Unterstützung aufrief. Auf allen folgenden Konferenzen haben sie diese
Beschlüsse überprüft und erneuert, bis sie 1979 zu folgenden Maßnahmen aufriefen, um ,,den heldenhaften bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front gegen das schändliche und gesetzwidrige rassistische Marionettenregime in Salisbury ... zu verstärken":

,,– Verurteilung und Entlarvung der ,inneren Lösung' unter dem Schirm des gesetzwidrigen rassistischen Minderheitsregimes in Salisbury, abgeschlossen am 3. März 1978, und der sogenannten Regierung, die aus frisierten Wahlen hervorgegangen ist;

– sofortige Verhinderung und Verurteilung der Rekrutierung, Einschulung, Überfuhr und Finanzierung ausländischer Söldner im Dienst des ungesetzlichen rhodesischen Regimes, samt der Forderung, daß diese sofort vom Territorium Zimbabwes abgezogen werden;

– Verurteilung der gesetzwidrigen Wahlen, die von dem rassistischen Regime abgehalten worden sind;

– Ablehnung jeder Art von Anerkennung des gesetzwidrigen Regimes in Rhodesien, ferner die Verpflichtung, keinen einzigen Funktionär dieses Regimes auf das eigene Territorium einzulassen und niemandem zu gestatten, zugunsten der Anerkennung dieses Regimes zu zu handeln."

,,– Versorgung und Ausstattung, finanzielle Hilfe und Einschulung zwecks Förderung des nationalen bewaffneten Befreiungskampfes;

– Hilfe in sonstigen Einschulungsprogrammen der Patriotischen Front;

– Hilfe in Wiederaufbauprogrammen auf dem Territorium Zimbabwes, das unter unmittelbarer Kontrolle der Patriotischen Front steht; und

– Hilfe für Flüchtlinge aus Zimbabwe, die im Zuge der rohen Barbarei des unterdrückenden rassistischen Regimes aus ihren Heimstätten in benachbarte Länder vertrieben wurden."

,inneren Lösung' unter dem Schirm des gesetzwidrigen rassistischen Minderheitsregimes in Salisbury, abgeschlossen am 3. März 1978, und der sogenannten Regierung, die aus frisierten Wahlen hervorgegangen ist;

– sofortige Verhinderung und Verurteilung der Rekrutierung, Einschulung, Überfuhr und Finanzierung ausländischer Söldner im Dienst des ungesetzlichen rhodesischen Regimes, samt der Forderung, daß diese sofort vom Territorium Zimbabwes abgezogen werden;

– Verurteilung der gesetzwidrigen Wahlen, die von dem rassistischen Regime abgehalten worden sind;

– Ablehnung jeder Art von Anerkennung des gesetzwidrigen Regimes in Rhodesien, ferner die Verpflichtung, keinen einzigen Funktionär dieses Regimes auf das eigene Territorium einzulassen und niemandem zu gestatten, zugunsten der Anerkennung dieses Regimes zu zu handeln."

,,– Versorgung und Ausstattung, finanzielle Hilfe und Einschulung zwecks Förderung des nationalen bewaffneten Befreiungskampfes;

– Hilfe in sonstigen Einschulungsprogrammen der Patriotischen Front;

– Hilfe in Wiederaufbauprogrammen auf dem Territorium Zimbabwes, das unter unmittelbarer Kontrolle der Patriotischen Front steht; und

– Hilfe für Flüchtlinge aus Zimbabwe, die im Zuge der rohen Barbarei des unterdrückenden rassistischen Regimes aus ihren Heimstätten in benachbarte Länder vertrieben wurden."


Vom Feind erbeutete Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände: ,,immer mehr Feindwaffen finden ihren Weg in die ZANLA-Arsenale."

ganisierten und finanzierten die Belgier die Abspaltung der kupferreichen Provinz des Kongo, Katanga, unter ihrer folgsamen Marionette, dem Stammesmann und Lakaien Moise Tshombe. Das war nur zwei Wochen nach der angeblichen Gewährung der Unabhängigkeit des Kongo durch Belgien. Das Ergebnis war, daß die neokoloniale Macht Belgien den Kongo erneut besetzte; diesmal zur militärischen Unterstützung der Marionetten-, Stammes- und Spaltungsclique von Moise Tshombe in Katanga ...

Moise Tshombe und seine Abspaltung Katangas waren nur Schritte zu dem imperialistischen Ziel. Tshombes Tätigkeit war nur ein Vorwand, um die anschließenden Schritte der Imperialisten zur Wiedereroberung des Kongo zu erleichtern und zu rechtfertigen. Verzweifelt forderte Lumumba eine Konferenz der unabhängigen afrikanischen Staaten, in dem Bestreben, das Unheil abzuwenden. Aber die afrikanischen Staaten, von denen wenige wirklich unabhängig waren, konnten nicht viel tun, um der kongolesischen Regierung bei der Vertreibung der imperialistischen Eindringlinge zu helfen ...

Mit Waffengewalt installierten die Belgier Kasawubu als Präsidenten und ließen ihn erklären, er habe den Premierminister Patrice Lumumba entlassen, und das Parlament auflösen. Er behauptete, der Premierminister hätte den Auftrag des belgischen Königs (nicht des kongolesischen Volkes) verraten. Seine Aufgabe war natürlich, die erneute Kolonisierung des Kongo zu ermöglichen.

Lumumba erkannte zu spät, daß das Volk zur Sicherung seiner Unabhängigkeit nicht Debatten und parlamentarische Mehrheiten brauchte, sondern eine bewaffnete Macht, die aus dem Volk heraus geschaffen war und seinen Interessen diente. Der bewaffnete Widerstand wurde zu spät aufgenommen, als die Kräfte des Imperialismus bereits wirksam Fuß gefaßt hatten.

Die Lehre aus den Erfahrungen des Kongo für die Massen von Zimbabwe ist, daß der Staatsapparat den Interessen derjenigen dient, die ihn schaffen. Bloßes Übernehmen der Armee- und Polizeikräfte, die von den Kolonialisten geschaffen wurden, wird ihre volksfeindliche Rolle nicht ändern. Wann immer der Imperialismus merkt, daß er den Zugriff verliert, bedient er sich der kolonialen Armee, die einzig zu dem Zweck geschaffen wurde, seinen Interessen zu dienen.

UNO-Generalversammlung verurteilt die Kolonialregimes Südafrikas und Rhodesiens

z.mam. Die laufende UNO-Generalversammlung verabschiedete am 21.11.79 eine Resolution, die die fortgesetzte Ausplünderung der natürlichen und menschlichen Reichtümer kolonialer Gebiete durch fremde Wirtschafts-, Finanz- und andere Interessen verurteilt. Verurteilt wird der Rücktransport der Höchstprofite aus diesen Ländern, insbesondere aus Südafrika, wodurch die legitimen Bestrebungen der Völker nach Selbstbestimmung verhindert werden. Die Resolution verurteilte schärfstens die Unterstützung, die das rassistische Minderheitenregime in Südafrika und das illegale rassistische Minderheitenregime in Südrhodesien fortlaufend von solchen fremden Wirtschafts-, Finanz- und anderen Interessenten erhält, die mit ihnen in der Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Reichtümer zusammenarbeiten.

Die Resolution verurteilte die Investition von fremdem Kapital in der illegalen Uranproduktion und die Zusammenarbeit bestimmter westlicher Länder und anderer Staaten mit dem rassistischen Minderheitenregime in Südafrika auf nuklearem Gebiet. Ebenfalls am 21. November nahm die UNO-Generalversammlung eine Resolution zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Afrika an, die von 26 afrikanischen Ländern eingebracht wurde. Sie verurteilte den Atomversuch Südafrikas und stellte fest, daß das Atomprogramm des rassistischen Regimes in Südafrika eine große Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit, insbesondere eine große Gefahr für die Sicherheit der afrikanischen Staaten darstellt.

Am 22.11.79 verurteilte eine auf Antrag Sambias einberufene Dringlichkeitssitzung die Aggressionen der rhodesischen Söldnerarmee gegen Sambia. Die Resolution verurteilte insbesondere die Zusammenarbeit der rhodesischen und südafrikanischen Regimes und deren ständige Aggressionen gegen Sambia und verlangte die vollständige Ersetzung der durch die Angriffe entstandenen Zerstörungen an Leben und Besitz Sambias.


Befreiungskämpfer haben die Zugverbindung auf der Rutenga-Beitbridge-Linie, der Verbindung zwischen Rhodesien und Südafrika, unterbrochen




1900. Feldmarschall Waldersee landet mit deutschen Truppen in China – 1916. Feldgottesdienst auf dem ,,westlichen Kriegsschauplatz" – 1979. Der Papst in Mexiko

Hand in Hand mit der Kolonialherrschaft: Ausdehung der christlichen Weltmission

1885. Chinesisches Plakat: ,,Die Patrioten vom Lande Lu in Shantung stellen in Hinblick auf die Austreibung der fremden Lehre und die Tötung der Vaterlandsverräter, um so unser Land zu bewahren und unsere gerechte Entrüstung zu beruhigen, fest: Die Katholische Kirche stammt aus Europa und hat sich bis nach China verbreitet. Ihre Lehre verwirft die Moral, vernichtet die Vernunft, sie ist schlimmer als die Tiere ... Weiter ist sie immer wieder darauf aus, das Land zu tyrannisieren, wobei es ihr nur um Gewinn geht: fremde Länder rauben, gilt als besonderes Verdienst, fremden Boden besetzen als Heldentat, unzüchtiger Umgang mit anderer Leute Frauen als Klugheit. Eingesetzt, um Seelen zu retten, sagen sie: tritt man nur in ihre Religion ein, so wird die Seele nach dem Tod in den Himmel gehen ... "

1895 Aus dem Reisebericht des Freiherrn Speck von Sternburg, Legationssekretär, aus Shantung: ,,In Süd-Shantung, auf dem heiligen Boden Chinas, arbeiten die deutschen Missionare unter Schwierigkeiten, wie sie in den anderen Missionsgebieten Chinas kaum existieren dürften, und viele tragen täglich ihr Leben in der Hand ..."

ligion ein, so wird die Seele nach dem Tod in den Himmel gehen ... "

1895 Aus dem Reisebericht des Freiherrn Speck von Sternburg, Legationssekretär, aus Shantung: ,,In Süd-Shantung, auf dem heiligen Boden Chinas, arbeiten die deutschen Missionare un-

1897 Reichskanzler von Hohenlohe nach der Erschlagung zweier Missionare an den Gesandten von Heyking: ,,Richten Sie Forderungen wegen Missionare so ein, daß chinesische Regierung sie nicht sofort befriedigen wird. Hier wird beabsichtigt, Vorfall womöglich zu Besetzung von Chiaochou oder anderem Platz auszunutzen."

1899 Brief von Volpert, Missionar in China: ,,Es läßt sich nicht leugnen, daß in China der deutsche Namen verhaßt ist ..., weil sie angefangen hätten, China zu zerstückeln."

1899 Jahresbericht Anzers, des ersten Missionars: ,,... den Christen ist vertragsmäßig Religionsfreiheit zugesichert. Werden sie darin behindert und finden sie keinen Schutz bei den chinesischen Beamten, so hat die Macht, welche die Protektion ausübt, das Recht und die Pflicht, sich der Christen anzunehmen."

Missionars: ,,... den Christen ist vertragsmäßig Religionsfreiheit zugesichert. Werden sie darin behindert und finden sie keinen Schutz bei den chinesischen Beamten, so hat die Macht, welche die Protektion ausübt, das Recht und die Pflicht, sich der Christen anzunehmen."

1933: Mit wehender Kutte sammeln sich die Kirchenoberen hinter den Faschisten

1933. Predigt des evangelischen Bischofs Dibelius zur Eröffnung des Reichstags am 21. März: ,,... und wenn es um Leben und um Sterben der Nation geht, dann muß die staatliche Macht kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden, es sei nach außen oder nach innen. Wir haben von Dr. Martin Luther gelernt, daß die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. Wir kennen die furchtbaren Worte, mit denen Luther im Bauernkrieg die Obrigkeit aufgerufen hat, schonungslos vorzugehen, damit wieder Ordnung in Deutschland werde ..."

1933. Aus dem ,,Gemeinsamen Hirtenbrief der Oberhirten der Diözesen Deutschlands" vom 8. Juni: ,,Wenn wir unsere Zeit mit der vergangenen vergleichen, so finden wir vor allem,

1933: Mit wehender Kutte sammeln sich die Kirchenoberen hinter den Faschisten

1933. Predigt des evangelischen Bischofs Dibelius zur Eröffnung des Reichstags am 21. März: ,,... und wenn es um Leben und um Sterben der Nation geht, dann muß die staatliche Macht kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden, es sei nach außen oder nach innen. Wir haben von Dr. Martin Luther gelernt, daß die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. Wir kennen die furchtbaren Worte, mit denen Luther im Bauernkrieg die Obrigkeit aufgerufen hat, schonungslos vorzugehen, damit wieder Ordnung in Deutschland werde ..."

1933. Aus dem ,,Gemeinsamen Hirtenbrief der Oberhirten der Diözesen Deutschlands" vom 8. Juni: ,,Wenn wir unsere Zeit mit der vergangenen vergleichen, so finden wir vor allem,

daß sich das deutsche Volk noch mehr als bisher auf sein eigenes Wesen besinnt, um dessen Werte und Kräfte zu betonen ... Nach Jahren der Unfreiheit unserer Nation und der Mißachtung und schmachvollen Verkürzung unserer völkischen Rechte muß unser deutsches Volk jene Freiheit und jenen Ehrenplatz in der Völkerfamilie wieder erhalten, die ihm auf Grund seiner zahlenmäßigen Größe und seiner kulturellen Veranlagung und Leistung gebühren ... Wir vertrauen darauf, daß es der Umsicht und der Tatkraft der deutschen Führer gelingt, alle jene Funken und glimmenden Kohlen zu ersticken, die man da und dort zu furchtbaren Bränden gegen die katholische Kirche anfachen möchte."

1965. Pastorale Konstitution des Papstes über die Kirche in der Welt von heute ,,Gaudium et Spes" (Frohsinn und Hoffnung): ,,Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi. Soweit aber die Menschen sich in Liebe vereinen und so die Sünde überwinden, überwinden sie auch die Gewaltsam-

unserer völkischen Rechte muß unser deutsches Volk jene Freiheit und jenen Ehrenplatz in der Völkerfamilie wieder erhalten, die ihm auf Grund seiner zahlenmäßigen Größe und seiner kulturellen Veranlagung und Leistung gebühren ... Wir vertrauen darauf, daß es der Umsicht und der Tatkraft der deutschen Führer gelingt, alle jene Funken und glimmenden Kohlen zu ersticken, die man da und dort zu furchtbaren Bränden gegen die katholische Kirche anfachen möchte."

1965. Pastorale Konstitution des Papstes über die Kirche in der Welt von heute ,,Gaudium et Spes" (Frohsinn und Hoffnung): ,,Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi. Soweit aber die Menschen sich in Liebe vereinen und so die Sünde überwinden, überwinden sie auch die Gewaltsam-

keit, bis sich einmal die Worte erfüllen: ,Zu Pflügen schmieden sie ihre Schwerter um, zu Winzermessern ihre Lanzen. Kein Volk zückt mehr gegen das andere das Schwert. Das Kriegshandwerk gibt es nicht mehr.'"

,,Evangelisation in der Welt von heute": uralte Kolonialmethoden gegen die Völker

1969. Katholisches Missionsprojekt: Umwandlung afrikanischer Stammesriten in christliche Glaubensakte.

Kikuyu Stammes-Initiation

1. Zeremonien vor der Pubertät
a) Namengebung,
Anlegen eines Armbands,
b) Verpflichtung zu Arbeiten auf dem Feld u. im Haushalt. Das Kind wird in die Obhut der Alten gegeben, die es in die sozialen und religiösen Traditionen einführen.

2. Pubertäts-Initiation
a) Riten vor der Beschneidung
Durchbohrung der Ohrläppchen.
Feierlicher Zug durch die Dörfer und Sündenbekenntnis.
Versammlung und Tanz vor der Beschneidungshütte ...
b) Die Beschneidung
Die Kandidaten härten sich in kaltem Wasser ab.
Unter Trauergesängen werden sie zum Beschneidungsplatz geführt.
Die Jungen werden vom Paten gehalten, während sie beschnitten werden. Dann erhalten sie einen Umhang. Die Beschneidung der Mädchen wird an einem anderen Ort von Frauen vorgenommen ...

Transformierte christliche Initiation

1. Katechumenat: Zeremonien vor den Initiations-Sakramenten
a) Namengebung,
Anlegen eines geweihten Tuches.
b) Verpflichtung zu karitativen und sozialen Diensten.
Die Kandidaten werden vom Priester und von den Katecheten während einer religiösen Woche in die christliche Spiritualität eingeführt.

2. Initiations-Sakramente
a) Fortsetzung des Katechumenates Überreichung des Kreuzes.
Feierlicher Zug durch die Gemeinde und Bußandacht.
Versammlung und Tanz vor der Kirche. Bier und Asche werden geweiht ...
b) Die Taufe
Die Katechumenen werden zur Kirche geführt. Sie erneuern ihr Taufgelöbnis und beten das Glaubensbekenntnis sowie das Vaterunser. Sie singen Lieder über den Tod und die Auferstehung.
Die Taufe der Jungen und Mädchen erfolgt durch dreimaliges Eintauchen in Wasser. Dabei wird der Priester von den Paten assistiert. Die Täuflinge erhalten einen neuen Umhang ...

,,Siehe, ich verkünde Euch große Freude ...

z.gug. Weihnachten sei das Fest des Friedens, des Friedens zwischen den Menschen und den Völkern. Möglich sei der ,,Friede auf Erden" geworden durch die Geburt des ,,Erlösers", des ,,Friedensfürsten", und garantiert wird er demjenigen, der die ,,Frohe Botschaft" aufnimmt, sein Handeln danach ausrichtet und gläubiger Christ wird. Die kirchliche Verkündung der Heilslehre in der ganzen Welt, was die Kirchen aus der Bibel (Matthäus, Markus, Lukas/Paulus) herleiten, hatte jeweils den Schwerpunkt, den die geschichtliche Epoche forderte.

In ihrer frühen Missionsgeschichte war die Verbreitung des Evangeliums im Untergang der Sklavenhaltergesellschaft eine wesentliche Stütze zur Herausbildung des Feudalismus und der Unterwerfung freier Stämme unter feudales Joch. Bei der Kolonialisierung der Völker und Länder war es die Kirche, die in der ganzen Welt den Boden bereitete für die künftigen Kolonialherren. Und heute?

Die 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates 1968 in Uppsala – Motto: ,,Siehe, ich mache alles neu" – forderte eine Wende der Kirchen zu gesellschaftspolitischen Fragen und kam zu dem für Gottesmänner erstaunlichen Ergebnis: ,,Die Welt setzt die Tagesordnung". Auf der 1972/73 folgenden Ökumenischen Missionskonferenz in Bangkok wurde berichtet: ,,... daß der stärkste Akzent gesetzt wurde auf die sozialpolitische Befreiung. Das resultierte vor allem aus dem Druck und der klaren Sprache der Teilnehmer der Dritten Welt, aber auch aus dem Faktum, daß der Begriff der Befreiung überall sehr lebendig ist, nicht nur in der Dritten Welt". Das Unabhängigkeitsstreben der Völker drängte die Kirchen zur Erneuerung des göttlichen Auftrags, allen Völkern das Evangelium aufzuzwängen. Folglich forderte das II. Vatikanische Konzil Montini 1975 auf, eine ,,Apostolische Exhortation" zu dieser Frage zu verfassen. Dieser gab im Dezember des folgenden Jahres das ,,Apostolische Schreiben über die Evangelisierung in der Welt von heute" bekannt. Es enthielt die Taktik der Kirchenmänner gegen die Befreiungsbewegungen der Völker: Verkündet werden solle, daß das Evangelium ,,alles neu" mache und die Befreiung von Millionen von Menschen bedeute, mit dem Hinweis, was als Befreiung gelte: ,, – sie kann sich nicht einfach auf die begrenzte wirtschaftliche, politische, soziale oder kulturelle Dimension beschränken ... sie weigert sich, die Verkündung des Reiches Gottes durch die Verkündung der menschlichen Befreiung zu ersetzen."

Das war eine klare Sprache und sie wurde noch ergänzt durch die aus-

den Ökumenischen Missionskonferenz in Bangkok wurde berichtet: ,,... daß der stärkste Akzent gesetzt wurde auf die sozialpolitische Befreiung. Das resultierte vor allem aus dem Druck und der klaren Sprache der Teilnehmer der Dritten Welt, aber auch aus dem Faktum, daß der Begriff der Befreiung überall sehr lebendig ist, nicht nur in der Dritten Welt". Das Unabhängigkeitsstreben der Völker drängte die Kirchen zur Erneuerung des göttlichen Auftrags, allen Völkern das Evangelium aufzuzwängen. Folglich forderte das II. Vatikanische Konzil Montini 1975 auf, eine ,,Apostolische Exhortation" zu dieser Frage zu verfassen. Dieser gab im Dezember des folgenden Jahres das ,,Apostolische Schreiben über die Evangelisierung in der Welt von heute" bekannt. Es enthielt die Taktik der Kirchenmänner gegen die Befreiungsbewegungen der Völker: Verkündet werden solle, daß das Evangelium ,,alles neu" mache und die Befreiung von Millionen von Menschen bedeute, mit dem Hinweis, was als Befreiung gelte: ,, – sie kann sich nicht einfach auf die begrenzte wirtschaftliche, politische, soziale oder kulturelle Dimension beschränken ... sie weigert sich, die Verkündung des Reiches Gottes durch die Verkündung der menschlichen Befreiung zu ersetzen."

Das war eine klare Sprache und sie wurde noch ergänzt durch die aus-

drückliche Verwerfung des bewaffneten Befreiungskampfes: ,,Die Kirche kann nicht die Gewalttätigkeit, vor allem nicht die Waffengewalt ... von irgend jemand als Weg zur Befreiung akzeptieren." Die Methode, in die Völker zu infiltrieren, sei, ,,die Kulturen auf mutige Weise zu evangelisieren". Bei dem Heil, das zu evangelisierenden Völkern zu predigen sei, ,,geht es nicht etwa um ein diesseitiges Heil nach dem Maß der materiellen Befürfnisse oder auch der geistigen, die sich im Rahmen der zeitlichen Existenz erschöpfen und sich mit den zeitlichen Wünschen, Hoffnungen, Geschäften und Kämpfen gänzlich decken, sondern um ein Heil, das alle Grenzen übersteigt, um sich ... mit Gott zu vollenden". Woiytila demonstriert seinen Hirten, wie das geht, z.B. an das irische Volk: ,,Auf meinen Knien bitte ich Euch, abzulassen von den Pfaden der Gewalt und zurückzukehren zu den Wegen des Friedens. Ihr mögt behaupten, für Gerechtigkeit einzutreten ... Gewalt zerstört das Werk der Gerechtigkeit ... im Namen Gottes bitte ich Euch, kehrt zurück zu Christus", und in der Umkehrung warnt er die Volksmassen in den imperialistischen Ländern vor Unterstützung der Befreiungskämpfe und vor eigener Revolution. ,,Dein Reich komme" ist das Motto der Ökumenischen Missionskonferenz im nächsten Jahr, und die diesjährige Weihnachtssammlung von Adveniat läuft unter ,,*Reißt* die Tore weit auf für Christus". Die Prediger rüsten sich, die Erfolge der Völker in ihren Unabhängigkeitskämpfen zunichte zu machen. Zu Weihnachten strengen sie sich besonders an.



Die Jahreseinteilung der Germanen richtete sich vor Entwicklung der Landwirtschaft nach dem Viehein- und austrieb. Mitte November (Winteranfang) wurde Vieh geschlachtet, das nicht über den Winter gefüttert werden konnte, 4 Wochen später folgte ein weiteres Schlachtfest. Die Kirche machte aus diesen Feiertagen Martins- und Nikolaustag. – Zur Wintersonnenwende wurden die Dämonen vertrieben. Trotzdem die Kirche gegen Tanz und Umzug Buße forderte, hielt sich dieser Brauch. Bild: Umzug der ,,Schabemänner" im Salzkammergut.

Es weihnachtet

Weihnachten bildet einen der entscheidenden Konzentrationspunkte der bürgerlichen Propaganda und imperialistischen Moral: ,,Frohe Botschaft" gegen ,,irdisches Jammertal". Jetzt soll sich nichts ändern, das ist auch das einzige ehrliche an dieser Propaganda. Die Aussicht, daß der Schöpfer aller Dinge eines Tages die Verstoßung aus dem Paradies rückgängig macht und das Fegefeuer ausbläst, wird von den kirchlichen Vertretern der herrschenden Klasse als Zielpunkt aller historischen Entwicklung ausgegeben. Der Versuch der unterdrückten Klassen, sich durch Sturz der herrschenden Klasse zu befreien, ist dagegen ein erneuter Sündenfall und Götzendienerei; schon die Vereinigung zum Streik ist ein Laster, weil der Befriedigung irdischer Ziele frönend anstelle von Demut und Buße; die Bildung der Versicherungskassen ist erst recht Frevel, weil sie die Sorge um das Seelenheil durch Versorgung auf Erden ersetzen, und schließlich ist der Verfall der gottgegebenen christlichen Ehe in Verbindung mit den um sich greifenden freieren Beziehungen der Geschlechter untereinander und den zunehmenden Abtreibungen überhaupt der Ursprung der ganzen Sündhaftigkeit und des Elends. Also ist die Götzendienerei des materiellen Konsumdenkens der Lohnabhängigen die Ursache des gesellschaftlichen Elends, der Weg der Besserung die Suche nach Erfüllung in der christlichen Familie, in Mildtätigkeit gegenüber dem Nächsten und in Demut vor Gott. Weil die Weihnachtsfeiertage für viele Lohnabhängige überhaupt bloß die Gelegenheit bieten, Familien- oder Verwandtschaftsbeziehungen zu pflegen, haben es die Moraltheologen der herrschenden Klasse besonders eilig, dies zu nutzen, um kübelweise reaktionäre Ideologie über das ,,Fest der Familie" auszugießen.

historischen Entwicklung ausgegeben. Der Versuch der unterdrückten Klassen, sich durch Sturz der herrschenden Klasse zu befreien, ist dagegen ein erneuter Sündenfall und Götzendienerei; schon die Vereinigung zum Streik ist ein Laster, weil der Befriedigung irdischer Ziele frönend anstelle von Demut und Buße; die Bildung der Versicherungskassen ist erst recht Frevel, weil sie die Sorge um das Seelenheil durch Versorgung auf Erden ersetzen, und schließlich ist der Verfall der gottgegebenen christlichen Ehe in Verbindung mit den um sich greifenden freieren Beziehungen der Geschlechter untereinander und den zunehmenden Abtreibungen überhaupt der Ursprung der ganzen Sündhaftigkeit und des Elends. Also ist die Götzendienerei des materiellen Konsumdenkens der Lohnabhängigen die Ursache des gesellschaftlichen Elends, der Weg der Besserung die Suche nach Erfüllung in der christlichen Familie, in Mildtätigkeit gegenüber dem Nächsten und in Demut vor Gott. Weil die Weihnachtsfeiertage für viele Lohnabhängige überhaupt bloß die Gelegenheit bieten, Familien- oder Verwandtschaftsbeziehungen zu pflegen, haben es die Moraltheologen der herrschenden Klasse besonders eilig, dies zu nutzen, um kübelweise reaktionäre Ideologie über das ,,Fest der Familie" auszugießen.

Grundlage der Herrschaft der Kapitalisten: **Eigentum an den Produktionsmitteln**

1891: ,,Der Mensch hat nämlich von Natur das Recht auf Privateigentum ... Auf keinen Fall aber kann als Grund gegen das Privateigentum angeführt werden, Gott habe dem ganzen Menschengeschlecht die Erde zum Gebrauch und Genuß gegeben. Wenn man nämlich davon spricht, daß Gott dem Menschengeschlecht die Erde als gemeinsames Gut geschenkt habe, so bedeutet dies nicht, daß alle unterschiedslos die Herrschaft über die Erdengüter ausüben sollten ..." (Leo XIII.: Enzyklika RERUM NOVARUM über die Arbeiterfrage)

1979: ,,Das Gebot (,Du sollst nicht

Grundlage der Herrschaft der Kapitalisten: Eigentum an den Produktionsmitteln

1891: ,,Der Mensch hat nämlich von Natur das Recht auf Privateigentum ... Auf keinen Fall aber kann als Grund gegen das Privateigentum angeführt werden, Gott habe dem ganzen Menschengeschlecht die Erde zum Gebrauch und Genuß gegeben. Wenn man nämlich davon spricht, daß Gott dem Menschengeschlecht die Erde als gemeinsames Gut geschenkt habe, so bedeutet dies nicht, daß alle unterschiedslos die Herrschaft über die Erdengüter ausüben sollten ..." (Leo XIII.: Enzyklika RERUM NOVARUM über die Arbeiterfrage)

1979: ,,Das Gebot (,Du sollst nicht

stehlen') stellt das persönliche Eigentum des Menschen unter den Schutz Gottes, weil es dem Menschen die Möglichkeit der Verwirklichung personaler Freiheit gewährt ... Das Gebot dient dem Schutz der Grundbedürfnisse des Menschen und beabsichtigt nicht einfach die Erhaltung bestimmter Eigentumsformen. Das Gebot will umfassend die Lebenschancen der Mitmenschen und die Achtung und Förderung der Entfaltungsmöglichkeiten anderer sichern ... ,Du sollst nicht nur zu Deinem eigenen Vorteil auf Kosten Deiner Mitmenschen leben'." (Grundwerte und Gottes Gebot – Gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz)

Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten: **Lohnarbeit**

1891: ,,Den Besitzlosen wiederum lehrt es die Kirche, daß vor Gottes Gericht die Armut nicht als eine Schande erachtet wird und daß niemand sich zu schämen habe, der mit seiner Arbeit sich den Lebensunterhalt sucht." (Rerum novarum)

1979: ,,Die menschliche Arbeit wird im Lichte der Offenbarung nüchtern gesehen. Sie entspricht dem Schöpfungsauftrag Gottes, sie nimmt aber auch

werte und Gottes Gebot – Gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz)

Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten: Lohnarbeit

1891: ,,Den Besitzlosen wiederum lehrt es die Kirche, daß vor Gottes Gericht die Armut nicht als eine Schande erachtet wird und daß niemand sich zu schämen habe, der mit seiner Arbeit sich den Lebensunterhalt sucht." (Rerum novarum)

1979: ,,Die menschliche Arbeit wird im Lichte der Offenbarung nüchtern gesehen. Sie entspricht dem Schöpfungsauftrag Gottes, sie nimmt aber auch

teil an dem Fluch, der auf dem Wirken des Menschen liegt. Der Mensch muß von seiner sklavischen Gebundenheit an Arbeit und Erwerb frei werden. Sonntagsheiligung bedeutet zuerst, den Menschen aus allem Frondienst herauszunehmen." (Grundwerte und Gottes Gebot)

Verbrauch der Arbeitskraft durch den Kapitalisten: **Invalidität**

1891: ,,... man will an Stelle der Kirche die gesetzlich geregelte Wohlfahrtspflege des Staates setzen. Aber mit allen Mitteln werden die Menschen







Ende des 4. Jahrhunderts wurde das Christentum Staatsreligion im Römischen Reich, das bald darauf zerfiel. Im 5./6. Jh. ging der Frankenkönig Chlodwig eine Allianz mit der christlichen Religion ein, um sich Teile des alten Römischen Reiches zu unterwerfen und das Frankenreich auszubauen. Die freien germanischen Bauern östlich des bisherigen Römischen Reiches, die jeden Einfall der Römer erfolgreich zurückgeschlagen hatten, wurden durch die Franken mit Hilfe der christlichen Mission unterworfen und zu zinszahlenden und fronenden Hörigen.



Die ,,freiwillige'' Taufe ganzer Stämme machte sie tributpflichtig gegen die Franken. Friesen und Sachsen waren nicht zu bekehren, selbst das Gemetzel an 4500 Sachsen durch Karl den Großen 799 erreichte dies nicht. Trotz zwangsweiser Christianisierung kam es weiter zu Aufständen bis ins 9. Jahrhundert. Bilder links: Bonfatius tauft die Friesen, die Friesen erschlagen ihn, 8. Jahrhundert Bild rechts: Kaiserkrönung Karl des Großen durch den Papst, 800. Kaiser und Papst stehen unter Petrus.



Die Feier Christi Geburt mußte erst ,,volkstümlicher'' gemacht werden: Krippenspiel, Wiegenlieder und Wechselgesang unter Einbeziehung der Gemeinde; aus der Krippe wurde die Wiege; aus den Sonnenwendtänzen ein Freudentanz um den Altar.

nicht jene christliche Liebe ersetzen können, die sich ganz und gar für die Nöte des Nächsten verausgabt ...

Was soll es denn auch dem Arbeiter einbringen, wenn er durch seine Vereinigung irdischen Wohlstand gesucht hat, wenn er aber dann wegen der materiellen Wünsche das Heil seiner Seele in Gefahr brächte?'' (Rerum novarum)

1977: ,,Eppler und Biedenkopf waren sich in dem erwähnten Gespräch darin einig, daß unsere Gesellschaft an einem Mangel an Solidarität krankt, der tödlich werden könnte. Genau hier setzt mit provozierender Selbstverständlichkeit die scheinbar so unscheinbare Losung an: Einer trage des anderen Last ... Wenn von diesem Kirchentag Signale ausgehen, dann jedenfalls die Ermutigung, uns Bürger in Pflicht zu nehmen und uns auch Verzichte zuzumuten.'' (Evangelischer Kirchentag, Kirchentagspräsident Dr. Helmut Simon)

1979: ,,Da es in Zukunft unumgänglich sein wird, die Belastungen der erwerbstätigen Generation mit den Entlastungen, die die Familienpolitik bereitstellt, miteinander in Einklang zu bringen, muß überlegt werden, wie der relative Vorteil der nicht mehr erwerbstätigen Generation gegenüber der Familie mit Kindern ausgeglichen werden kann. Dies könnte beispielsweise dadurch geschehen, daß auch Renten in einem bestimmten Maße der Besteuerung unterworfen würden, daß auch die ältere Generation ihren Beitrag für die Finanzierung ihrer Gesundheitskosten erbringt, daß auch derjenige, der seinen zeitlich vorgezogenen Rentenanspruch geltend machen will, bereit sein sollte, dafür entsprechende Abzü-

in Gefahr brächte?'' (Rerum novarum)

1977: ,,Eppler und Biedenkopf waren sich in dem erwähnten Gespräch darin einig, daß unsere Gesellschaft an einem Mangel an Solidarität krankt, der tödlich werden könnte. Genau hier setzt mit provozierender Selbstverständlichkeit die scheinbar so unscheinbare Losung an: Einer trage des anderen Last ... Wenn von diesem Kirchentag Signale ausgehen, dann jedenfalls die Ermutigung, uns Bürger in Pflicht zu nehmen und uns auch Verzichte zuzumuten.'' (Evangelischer Kirchentag, Kirchentagspräsident Dr. Helmut Simon)

1979: ,,Da es in Zukunft unumgänglich sein wird, die Belastungen der erwerbstätigen Generation mit den Entlastungen, die die Familienpolitik bereitstellt, miteinander in Einklang zu bringen, muß überlegt werden, wie der relative Vorteil der nicht mehr erwerbstätigen Generation gegenüber der Familie mit Kindern ausgeglichen werden kann. Dies könnte beispielsweise dadurch geschehen, daß auch Renten in einem bestimmten Maße der Besteuerung unterworfen würden, daß auch die ältere Generation ihren Beitrag für die Finanzierung ihrer Gesundheitskosten erbringt, daß auch derjenige, der seinen zeitlich vorgezogenen Rentenanspruch geltend machen will, bereit sein sollte, dafür entsprechende Abzüge von seiner Rente in Kauf zu nehmen.'' (Vorschläge des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Neuorientierung der Familienpolitik)

Sinkender Lohnstandard der Arbeiter: **Geburtenrückgang**

1979: ,,Daß in unserer Gesellschaft eine große Zahl ungeborener Kinder unter Berufung auf soziale Gründe getötet wird ... ist Schuld vor Gott ... die rapide abgesunkene Geburtenzahl ist unbestreitbar auch das Zeichen eines unchristlichen Mangels an Lebensvertrauen. Dies verpflichtet den Christen dazu, allen willkürlichen Einschränkungen der von Gott gewählten Lebensmöglichkeiten zu widerstehen ...'' (Grundwerte und Gottesgebot)

1979: ,,Dies einseitige Wohlstandsstreben läßt Kinder heute oft als Last empfinden, die den persönlichen Entfaltungsspielraum einengen. Der moderne Mensch rechnet gern in Kosten und er vergißt darüber leicht, daß es ganz andere Werte sind, die das Leben wirklich lebenswert machen ... Ein Kind ist nicht einfach das Ergebnis biologischer, physiologischer, psychologischer oder sozialer Ursachen, es ist unvergleichbar mehr. Es ist die Frucht der ehelichen Liebe, die sich mit Gott verbindet, der in seiner schöpferischen Allmacht den neuen Menschen ins Dasein ruft.'' (Ehe und Familie – Erklärung der bischöflichen Kommission VI / Gesellschaftlichliche – soziale – caritative Fragen)

Eigentumslosigkeit, Wirtschaftsnot, erzwungene Mobilität: **Auflösung der Familie, Zunahme der Ehescheidungen**

1891: ,,Ein heilig Gesetz der Natur gebietet dem Familienvater, den bestmöglichen Unterhalt derer zu sichern, die er selbst ins Dasein brachte; ebenso treibt ihn die Natur an, seinen Kindern ... Mittel zu beschaffen und bereitzustellen, mit denen sie in ordentlicher Weise sich gegen die Wechselfälle des Lebens schützen können. Dieses Ziel kann aber nur durch das Eigentum an ertragsfähigen Gütern erreicht werden, die einmal im Erbgang an die Kinder fallen.'' (Rerum Novarum)

1979 ,,Das neue Verständnis vom Zu-

Mensch rechnet gern in Kosten und er vergißt darüber leicht, daß es ganz andere Werte sind, die das Leben wirklich lebenswert machen ... Ein Kind ist nicht einfach das Ergebnis biologischer, physiologischer, psychologischer oder sozialer Ursachen, es ist unvergleichbar mehr. Es ist die Frucht der ehelichen Liebe, die sich mit Gott verbindet, der in seiner schöpferischen Allmacht den neuen Menschen ins Dasein ruft.'' (Ehe und Familie – Erklärung der bischöflichen Kommission VI / Gesellschaftlichliche – soziale – caritative Fragen)

Eigentumslosigkeit, Wirtschaftsnot, erzwungene Mobilität: **Auflösung der Familie, Zunahme der Ehescheidungen**

1891: ,,Ein heilig Gesetz der Natur gebietet dem Familienvater, den bestmöglichen Unterhalt derer zu sichern, die er selbst ins Dasein brachte; ebenso treibt ihn die Natur an, seinen Kindern ... Mittel zu beschaffen und bereitzustellen, mit denen sie in ordentlicher Weise sich gegen die Wechselfälle des Lebens schützen können. Dieses Ziel kann aber nur durch das Eigentum an ertragsfähigen Gütern erreicht werden, die einmal im Erbgang an die Kinder fallen.'' (Rerum Novarum)

1979 ,,Das neue Verständnis vom Zu-sammenleben, ob nun mit oder ohne Trauschein, ist bestimmt von dem Gedanken der Partnerschaft. Von manchen wird sie als eine Einrichtung angesehen, die nur solange dauert, als es die beiden für sinnvoll halten und wünschen ... Die Ehe ist nicht eine Erfindung der Menschen, vielmehr ist Gott selbst ihr Urheber ... Wer in die Ehe hineingeht mit dem offenen oder stillschweigenden Vorbehalt, wenn es nicht klappt, dann gehen wir wieder auseinander, dem fehlt jenes rückhaltlose Vertrauen, ohne das die Liebe sich nicht entfalten kann ... der höhlt das Fundament aus, auf dem (die Ehe) steht.'' (Bischöfliche Kommision)



,,Die große Französische Revolution'', Albert Soboul

(Auszüge)

Schon 1790 hatten sich die eidverweigernden Priester auf die Seite der Aristokratie geschlagen. 1792 wurde der konstitutionelle Klerus vielen Revolutionären ebenfalls verdächtig: außer einigen Pfarrern, die wie Jaques Roux Partei für die Volksbewegung ergriffen, blieb die überwiegende Mehrzahl der verfassungstreuen Priester tendenziell dem Monarchismus zugewandt.

... bereits im November 1792 schlug Cambon vor, dem Klerus kein Gehalt mehr zu zahlen. Doch konnten sich diese Männer schlecht vorstellen, wie der Staat ohne Kirche und das Volk ohne religiöse Zeremonien auskommen konnten ...

Die Annahme des Revolutions-Kalenders, nach Aulard die antichristlichste Maßnahme der Revolution überhaupt, zeigte, daß die Ansichten des Konvents und der revolutionären Bourgeoisie auf diesem Gebiet mit denen der Avantgarde des Volkes übereinstimmten. Am 5. Oktober 1793 nahm der Konvent den Antrag von Romme an, nach dem der 22. September 1792, der erste Tag der Republik, das republikanische Zeitalter eröffnete; das Jahr wurde in 12 Monate zu 30 Tagen eingeteilt und jeder Monat in drei Dekaden; die 5 oder 6 Zusatztage zur Vervollständigung des Jahres hießen zu Anfang *Sansculotten-Tage*. Der zehnte Tag einer Dekade nahm damit die Stelle des Sonntags ein; die Dekadenfesttage sollten den religiösen Feiertagen Konkurrenz machen. Am 24

konstitutionelle Klerus vielen Revolutionären ebenfalls verdächtig: außer einigen Pfarrern, die wie Jaques Roux Partei für die Volksbewegung ergriffen, blieb die überwiegende Mehrzahl der verfassungstreuen Priester tendenziell dem Monarchismus zugewandt.

... bereits im November 1792 schlug Cambon vor, dem Klerus kein Gehalt mehr zu zahlen. Doch konnten sich diese Männer schlecht vorstellen, wie der Staat ohne Kirche und das Volk ohne religiöse Zeremonien auskommen konnten ...

Die Annahme des Revolutions-Kalenders, nach Aulard die antichristlichste Maßnahme der Revolution überhaupt, zeigte, daß die Ansichten des Konvents und der revolutionären Bourgeoisie auf diesem Gebiet mit denen der Avantgarde des Volkes übereinstimmten. Am 5. Oktober 1793 nahm der Konvent den Antrag von Romme an, nach dem der 22. September 1792, der erste Tag der Republik, das republikanische Zeitalter eröffnete; das Jahr wurde in 12 Monate zu 30 Tagen eingeteilt und jeder Monat in drei Dekaden; die 5 oder 6 Zusatztage zur Vervollständigung des Jahres hießen zu Anfang *Sansculotten-Tage*. Der zehnte Tag einer Dekade nahm damit die Stelle des Sonntags ein; die Dekadenfesttage sollten den religiösen Feiertagen Konkurrenz machen. Am 24. Oktober 1793 wurde ein neuer Antrag zum Kalender – diesmal von Fabre d'Eglantine, dem Verfasser von ,,Es regnet, regnet, Schäferin'' – gestellt: die Monate sollten folgende von ihm ausgedachte poetische Namen tragen: *Vendémiaire, Brumaire, Frimaire, Nivôse, Pluviôse, Ventôse, Germinal, Floréal, Prairial, Messidor, Thermidor und Fructidor.**

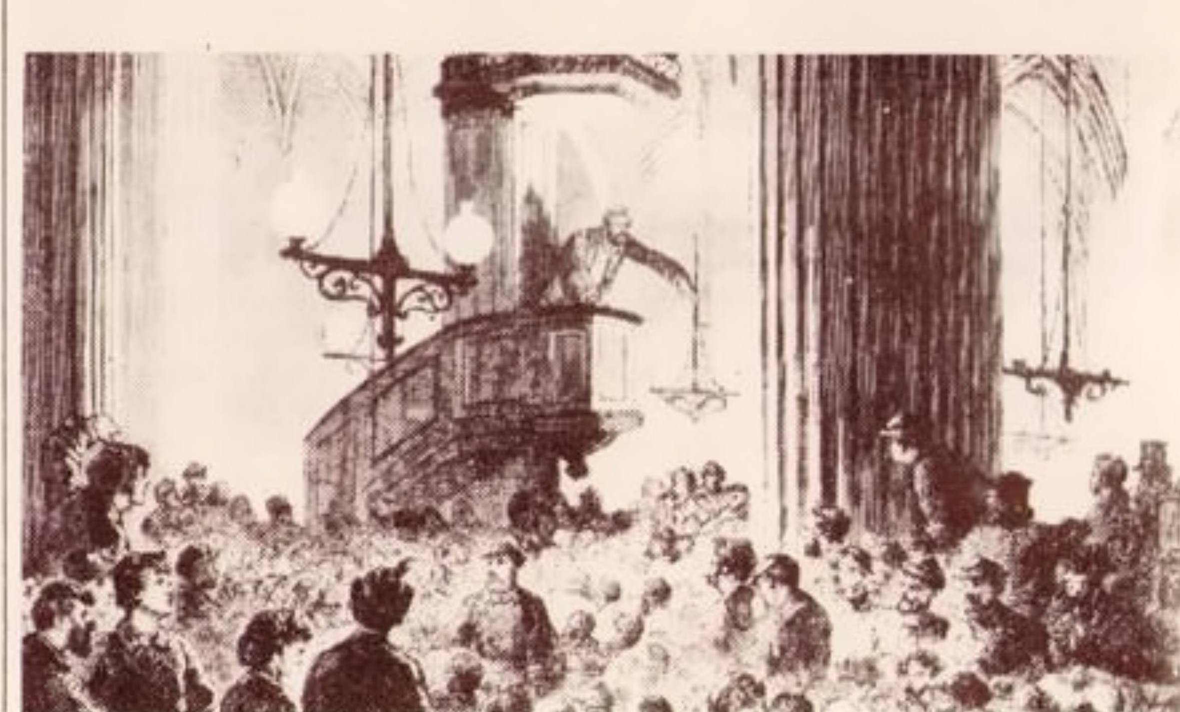
Dieser Versuch, das Alltagsleben vom christlichen Einfluß zu befreien, wurde noch von der Verordnung vom 15. Brumaire (5. November) vervollständigt, die eine Reihe von Bürgerfesten einsetzte:

,,Frei von Vorurteilen und würdig, die französische Nation zu vertreten'', hatte der Berichterstatter Marie-Joseph Chénier erklärt, ,,werdet ihr auf den Trümmern des entthronten Aberglaubens die einzige universelle Religion gründen können, die weder Geheimnisse noch Mysterien kennt, deren einziges Dogma die Gleichheit ist, deren Kanzelredner unsere Gesetze und deren Oberpriester die Beamten sind, und die den Weihrauch der großen Gemeinschaft nur auf dem Altar des Vaterlandes, der gemeinsamen Mutter und Gottheit, entzündet.'' ...

Die Revolution ersetzte das göttliche Recht des Staates und das Bündnis von Thron und Altar, der Logik der Ereignisse folgend, allmählich durch einen weltlichen Staat, der von der Kirche getrennt war. An die Stelle der Staatsreligion trat zunächst das Prinzip der staatlichen Privilegierung des Kultes. Die Verfassunggebende Versammlung beschränkte sich anfangs auf die bloße Tolerierung, wie sie in Artikel 10 der Erklärung der Rechte festgelegt war.

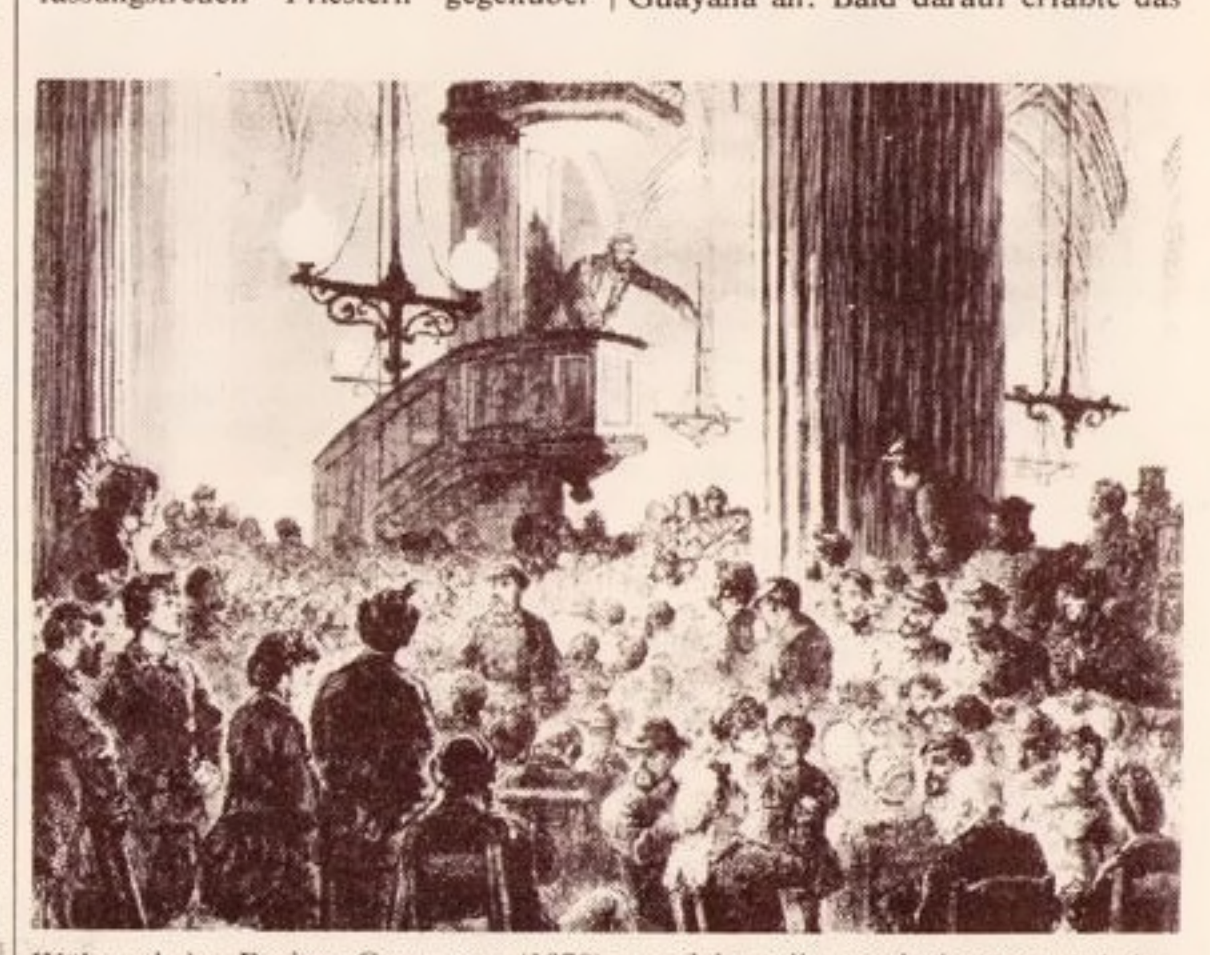
Am 13. April 1790 war sie jedoch der Meinung, daß ,,sie nicht das Recht hat und es auch nicht haben kann, auf das Gewissen und die religiöse Überzeugung irgendeinen Druck auszuüben'', und lehnte es ab, den Katholizismus weiterhin als Staatsreligion anzusehen. Die am 12. Juli 1790 angenommene Zivilverfassung des Klerus gestand jedoch dem Katholizismus das Monopol einer staatlichen Religion zu. Personenstandsregister, Unterricht und Fürsorge blieben in den Händen der Kirche. Das der Zivilverfassung folgende Schisma erwies sich jedoch als ein mächtiger Entwicklungsfaktor: der Kampf gegen die Eidverweigerer und die zunehmende Feindschaft den verfassungstreuen Priestern gegenüber

Die Trennung von Kirche und Staat ergab sich aus den wechselvollen Ereignissen des Bürgerkrieges und der Lösung vom Christentum. In seinen Anfängen zeigte sich der Konvent der verfassungstreuen Kirche gegenüber versöhnlich und dementierte in seiner Denkschrift vom 30. November 1792 die Absicht, die Bürger ,,der Priester, welche die Zivilverfassung ihnen gegeben hat'', berauben zu wollen; am 27. Juni 1793 erklärte er, daß die Verschuldung des Staates zum Teil in den Gehaltszahlungen an die Geistlichen ihre Ursache habe. Aber gegen die Eidverweigerer erwies er sich noch strenger als die Legislative: am 23. April 1793 ordnete er deren Deportation nach Guayana an. Bald darauf erfaßte das



Gewissen und die religiöse Überzeugung irgendeinen Druck auszuüben'', und lehnte es ab, den Katholizismus weiterhin als Staatsreligion anzusehen. Die am 12. Juli 1790 angenommene Zivilverfassung des Klerus gestand jedoch dem Katholizismus das Monopol einer staatlichen Religion zu. Personenstandsregister, Unterricht und Fürsorge blieben in den Händen der Kirche. Das der Zivilverfassung folgende Schisma erwies sich jedoch als ein mächtiger Entwicklungsfaktor: der Kampf gegen die Eidverweigerer und die zunehmende Feindschaft den verfassungstreuen Priestern gegenüber

sung vom Christentum. In seinen Anfängen zeigte sich der Konvent der verfassungstreuen Kirche gegenüber versöhnlich und dementierte in seiner Denkschrift vom 30. November 1792 die Absicht, die Bürger ,,der Priester, welche die Zivilverfassung ihnen gegeben hat'', berauben zu wollen; am 27. Juni 1793 erklärte er, daß die Verschuldung des Staates zum Teil in den Gehaltszahlungen an die Geistlichen ihre Ursache habe. Aber gegen die Eidverweigerer erwies er sich noch strenger als die Legislative: am 23. April 1793 ordnete er deren Deportation nach Guayana an. Bald darauf erfaßte das



Während der Pariser Commune (1870) wandelten die revolutionären Arbeiter Kirchen in Versammlungssäle um. (Plakat der Pariser Commune)

schädigten nach und nach die Kirche und dann auch die Religion selbst.

Die Verweltlichung des Staates machte nach dem 10. August 1792 entscheidende Fortschritte. Am 18. August löste die Gesetzgebende Versammlung die mit der Erziehung und Fürsorge betrauten religiösen Bruderschaften auf, weil sie davon ausging, ,,daß ein wahrhaft freier Staat keine Korporationen dulden kann''; das Vermögen der Krankenhäuser und Hospize, der Kollegien und Universitäten wurde zum Verkauf freigegeben; Unterricht und Fürsorge wurden verweltlicht. Dasselbe Dekret verbot das Tragen religiöser Kleidung, ausgenommen den Priestern in Wahrnehmung ihrer Pflichten. Am 26. August wurde den Eidverweigerern unter Androhung der Deportation nach Guayana auferlegt, das Königreich binnen 14 Tagen zu verlassen. Am 20. September 1792 endlich verweltlichte die Gesetzgebende Versammlung das Personenstandswesen und übertrug dessen Führung den Stadtbehörden. Am selben Tag führte die Gesetzgebende Versammlung die Scheidung ein, da ,,die Ehe lediglich ein bürgerlicher Vertrag ist'' und ,,die Möglichkeit der Trennung ... aus der individuellen Freiheit sich herleitet, eine unlösbare Verbindung aber deren Untergang bedeuten würde.''

Mißtrauen die verfassungstreuen Priester, und man verdächtigte sie des Royalismus oder des Moderantismus. Schritt um Schritt verschärften sich die feindseligen Maßnahmen. Seit Juli 1793 wurde die Frage der Priesterehe diskutiert. Am 12. August annullierte der Konvent ,,alle Amtsenthebungen katholischer Priester, soweit sie auf Grund der Eheschließung der betroffenen Personen angeordnet waren''; die verheirateten Priester konnten ihr Amt weiterhin oder erneut ausüben. Die Annahme des republikanischen Kalenders und die Einführung der Dekade am 5. Oktober 1793 und später die Entchristianisierung bildeten die entscheidenden Etappen. Entgegen der feierlichen Bekräftigung der freien Religionsausübung im Dekret vom 16. Frimaire II (6. Dezember 1793) blieben die Kirchen geschlossen. Dieser faktische Zustand wurde nach dem 9. Thermidor legalisiert: auf Cambons Vorschlag dekretierte der Konvent am 2. Sansculottentag II (18. September 1794), daß die Republik in Zukunft weder ,,Unterhaltskosten noch Gehälter an irgendeinen Kultus'' zahlt. Damit war die Zivilverfassung im Grunde aufgehoben und die Kirche vom Staat getrennt.

*Wein-, Nebel-; Reif-, Schnee-, Regen-, Wind-, Keim-, Blüten-, Wiesen-, Ernte-, Hitze- und Fruchtmonat.

Reformismus – Über 100 Jahre Unterwerfung der Arbeiterklasse unter den bürgerlichen Staat

z.sab. Die Aufgabe des Reformismus als einer bürgerlichen Strömung in der Arbeiterbewegung ist, das Privateigentum an Produktionsmitteln unter allen Umständen vor Enteignung zu schützen, die proletarische Revolution zu verhindern. Für die SPD, die heute an der Regierung ist, heißt das, die Interessen des Finanzkapitals nach innen und außen zu vertreten, die dafür nötigen Geldmittel zu beschaffen und das dem Volk als in seinem Interesse zu verkaufen. Lohnsenkung und gleichzeitig steigende Steuer- und Gebührenausplünderung werden dadurch getarnt, daß ein Teil der einbehaltenen Lohngelder vom „Sozialstaat“ an „Bedürftige“ zurückgezahlt wird, als Kindergeld, Sozialhilfe... Entscheidender Bestandteil der Sozialstaatstheorie ist die These vom über den Klassen stehenden „neutralen“ Staat. Am Ausbau dieser Theorie arbeiten die Reformisten seit über 100 Jahren.

1863: Ferdinand Lassalle gründet den ADAV (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein).

Die große Industrie begann sich zu entwickeln, von 1850 bis 1860 wuchs z.B. die Anzahl der Arbeiter bei Krupp von 241 auf 1785. Im Jahr der Wirtschaftskrise (1857) führten Handwerksgesellen und Arbeiter über 60 Streiks durch. In seiner „Arbeiteragitation“ verbreitet Lassalle das „eherne Lohngesetz“, das sich direkt gegen die Streikkämpfe richtet. Nach diesem „Gesetz“ bleibt der Arbeitslohn auf einem Minimum, das durch die natürliche Zufuhr von Arbeitskräften geregelt wird. Der „einzige Ausweg“ aus diesem Gesetz – Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe – soll die Arbeiter an den Staat, das deutsche Kaiserreich, ketten:

„Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen... es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeiten zu dieser Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten. Das ist aber gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln.“

Lassalle distanziert sich entrüstet vom Klassenkampf: „Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft..., der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus,... und während ich aus tiefster Seele und aus vollster Brust nach Beendigung aller Klassenherrschaft und aller Klassengegensätze rufe, beschuldigt mich der Staatsanwalt, die Arbeiter zur Klassenherrschaft über die besitzenden Klassen aufgefordert zu haben.“ Engels schrieb über die Theorien Lassalles: „Damals wurde der Versuch gemacht, den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-

Lohngesetz“, das sich direkt gegen die Streikkämpfe richtet. Nach diesem „Gesetz“ bleibt der Arbeitslohn auf einem Minimum, das durch die natürliche Zufuhr von Arbeitskräften geregelt wird. Der „einzige Ausweg“ aus diesem Gesetz – Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe – soll die Arbeiter an den Staat, das deutsche Kaiserreich, ketten:

„Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen... es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeiten zu dieser Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten. Das ist aber gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln.“

Lassalle distanziert sich entrüstet vom Klassenkampf: „Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft..., der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus,... und während ich aus tiefster Seele und aus vollster Brust nach Beendigung aller Klassenherrschaft und aller Klassengegensätze rufe, beschuldigt mich der Staatsanwalt, die Arbeiter zur Klassenherrschaft über die besitzenden Klassen aufgefordert zu haben.“ Engels schrieb über die Theorien Lassalles: „Damals wurde der Versuch gemacht, den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-

verein... unter die Fittiche des Ministeriums Bismarck zu bringen, indem man den Arbeitern Aussicht machte, die Regierung werde das allgemeine Stimmrecht bewilligen... Was Wunder, daß da auf so untergeordnete Dinge wie Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit... herabgesehen wurde?... Und wie stehen die Sachen heute? Das ‚allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht‘ existiert seit zwei Jahren. Zwei Reichstage sind bereits durchgewühlt. Die Arbeiter, statt am Staatsruder zu sitzen und ‚Staatshilfe‘ nach Lassalles Vorschrift zu dekretieren, bringen mit Ach und Krach ein halbes Dutzend Abgeordnete in den Reichstag. Bismarck ist Bundeskanzler und der ADAV ist aufgelöst.“

1870: Bebel und Liebknecht gründen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands. Die Lassalleaner wurden zur Sekte. Die Reformisten mußten sich als Marxisten tarnen, um ihre Theorien zur Geltung zu bringen. Bernstein: „Der Proletarier wird – ein Bürger.“ „Der Arbeiter, der in Staat, Gemeinde etc. gleichberechtigter Wähler und Mitinhaber am Gemeingut der Nation ist, dessen Kinder die Gemeinschaft ausbildet, dessen Gesundheit sie schützt, den sie gegen Unbilden versichert, wird ein Vaterland haben, ohne darum aufzuhören, Weltbürger zu sein...“ Die Arbeiter wurden als Kanonenfutter gebraucht. 1914 stimmt die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Kriegskredite.

In der Weimarer Republik entwickelt die SPD Instrumente zur Plünderung der Volksmassen, die offen bürgerliche Parteien nicht hätten durchsetzen können. Die einheitliche Lohnsteuer wurde für das Deutsche Reich 1920 zum Gesetz. „Wir feiern die Arbeit als alleinigen Hebel, der uns aus dem Sumpf wieder herausführen kann.“ So leitete der SPD-Sprecher in der Beratung am 5.1.1919 seinen Opferruf an die Arbeiter ein. „Aber alle Arbeit würde vergebens sein, wenn wir nicht imstande wären, den Bestand unserer staatlichen Gemeinschaft zu sichern. Zu den Fundamenten eines geordneten staatlichen Gemeinschaftslebens gehört nun eine geordnete Finanzwirtschaft.“ Sein Parteikollege Keil: „Eine wichtige Neuerung im Einkommenssteuergesetz stellt die im § 44 vorgeschlagene Einbehaltung der Steuer von Lohn und Gehalt dar. Man hat diese Bestimmung eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter genannt. Das ist eine ganz falsche Bezeichnung und eine ganz falsche Auslegung... Die Bestimmung wird eine sehr weitgehende Entlastung der Steuerbehörden bewirken, die im Hinblick auf die großen Aufgaben der Steuerbehörden zu begrüßen ist.“

Heute treibt die SPD an der Regierung die Steuerausplünderung in ungeahnte Höhen (damals Lohnsteuersatz ca. 9%, heute über 20%). Damit die Massen für die imperialistische Expansion zahlen, wurde im Godesberger Programm der SPD (1959) der Sozialstaat zu einem Kernstück der reformistischen Programmatik: „Sozialpolitik hat wesentliche Voraussetzungen dafür

Lohnsteuer wurde für das Deutsche Reich 1920 zum Gesetz. „Wir feiern die Arbeit als alleinigen Hebel, der uns aus dem Sumpf wieder herausführen kann.“ So leitete der SPD-Sprecher in der Beratung am 5.1.1919 seinen Opferruf an die Arbeiter ein. „Aber alle Arbeit würde vergebens sein, wenn wir nicht imstande wären, den Bestand unserer staatlichen Gemeinschaft zu sichern. Zu den Fundamenten eines geordneten staatlichen Gemeinschaftslebens gehört nun eine geordnete Finanzwirtschaft.“ Sein Parteikollege Keil: „Eine wichtige Neuerung im Einkommenssteuergesetz stellt die im § 44 vorgeschlagene Einbehaltung der Steuer von Lohn und Gehalt dar. Man hat diese Bestimmung eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter genannt. Das ist eine ganz falsche Bezeichnung und eine ganz falsche Auslegung... Die Bestimmung wird eine sehr weitgehende Entlastung der Steuerbehörden bewirken, die im Hinblick auf die großen Aufgaben der Steuerbehörden zu begrüßen ist.“

Heute treibt die SPD an der Regierung die Steuerausplünderung in ungeahnte Höhen (damals Lohnsteuersatz ca. 9%, heute über 20%). Damit die Massen für die imperialistische Expansion zahlen, wurde im Godesberger Programm der SPD (1959) der Sozialstaat zu einem Kernstück der reformistischen Programmatik: „Sozialpolitik hat wesentliche Voraussetzungen dafür

zu schaffen, daß sich der einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann... Zur Bewältigung besonderer Lebensschwierigkeiten und Notlagen sind die allgemeinen sozialen Leistungen durch individuelle fürsorgerische Dienste und Leistungen der Sozialhilfe zu ergänzen.“

Die Wirtschaft Kampucheas und seine Industrialisierungsprobleme
von Khieu Samphan

Deutsche Übersetzung der Dissertation, die Khieu Samphan 1959 bei der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Paris eingereicht hat. Sie untersucht, wie sich die Wirtschaft Kampucheas, die durch vorkapitalistische Strukturen bestimmt ist, unter der Herrschaft des französischen und später des amerikanischen Imperialismus entwickelt hat, und daß diese imperialistische Herrschaft nicht zur Entwicklung der Produktivkräfte, der Überwindung der vorkapitalistischen Strukturen, dem Aufbau einer nationalen Industrie geführt hat, sondern die vorkapitalistischen Strukturen befestigt und die Produktivkräfte gefesselt hat.

„Das Problem der Industrialisierung Kambodschas erscheint vor allem als Problem einer vorhergehenden grundlegenden Wahl: Entwicklung im Rahmen der internationalen Integration, d.h. im Rahmen der Freiheit des Außenhandels, oder aber autonome Entwicklung? Es scheint, daß die internationale Integration der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beschränkte Grenzen gesetzt hat. In diesem Fall die Wahl treffen, die Entwicklung im Rahmen der internationalen Integration fortzusetzen würde bedeuten, sich freiwillig dem Mechanismus zu unterwerfen, aufgrund dessen das Handwerk verkümmert und die vorkapitalistische Struktur verhärtet wird, während die wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes einseitig auf die Produktion für den Export und den sowieso schon krankhaft vergrößerten Zwischenhandel ausgerichtet wird.“

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Reihe Kommunismus und Klassenkampf, Dokumentation · Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (Best.Nr. 1850 / ca. 3,50 DM); erscheint am 10.12.79

Reihe zur Kritik am Reformismus
Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Die „sittliche Natur des Staates“ – Lassalle schreit die Klassenversöhnung offen heraus

Die Geschichte, meine Herren, ist ein Kampf, ist ein Kampf mit der Natur; mit dem Elende, der Unwissenheit, der Armut, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befanden, als das Menschengeschlecht im Anfang der Geschichte auftrat. Die fortschreitende *Besiegung* dieser Machtlosigkeit – das ist die Entwicklung der Freiheit, welche die Geschichte darstellt...

Der *Staat* ist es, welcher die *Funktion* hat, diese *Entwicklung der Freiheit*, diese *Entwicklung des Menschengeschlechts* zur Freiheit zu vollbringen...

Der Zweck des Staates ist somit der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche *Bestimmung*, d.h. die Kultur, deren das Menschengeschlecht *fähig ist*, zum *wirklichen Dasein* zu gestalten; er ist die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.

Dies ist die eigentlich sittliche Natur des Staates, meine Herren, seine wahre und höhere Aufgabe. Sie ist es so sehr, daß sie deshalb seit allen Zeiten durch den *Zwang* der Dinge selbst von dem Staat, auch ohne seinen Willen, auch unbewußt, auch gegen den Willen seiner Leiter, mehr oder weniger ausgeführt wurde...
(F. Lassalle, Arbeiterprogramm, in: F. Lassalles Gesamtwerk, Bd. 1, S. 169f.)

„Seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines Wahlrecht heißt“

Die beiden untersten in der *allergedrücktesten Lage* befindlichen Klassen bilden also allein 89% der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die 7 1/4 Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten sie 96 1/4 Prozent der Bevölkerung in gedrückter und dürftiger Lage. *Ihnen* also meine Herren, den notleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er! Was ist der Staat? fragte ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: *Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation – das ist der Staat!...*

Blicken Sie nicht nach rechts oder links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann.
(F. Lassalle, Arbeitermanifest, S. 31ff.)



Versammlung eines Arbeiterbildungsvereins. Unter Bebels und Liebknechts Führung befreiten sich die Arbeitervereine von der Führung durch die Bourgeoisie und strebten einer selbständigen Politik und Organisation zu. Bebel wurde 1867 zum Verbandspräsidenten des Verbandes Deutscher Arbeitervereine gewählt.

Bernsteins friedlicher Übergang zum Sozialismus. Die Diktatur des Proletariats ist überlebt

Oder hat es z.B. einen Sinn, die Phrase von der Diktatur des Proletariats in einer Zeit festzuhalten, wo an allen möglichen Orten Vertreter der Sozialdemokratie sich praktisch auf den Boden der parlamentarischen Arbeit, der zahlengerechten Volksvertretung und der Volksgesetzgebung stellen, die alle der Diktatur widersprechen? Sie ist heute so überlebt, daß sie mit der Wirklichkeit nur dadurch zu vereinen ist, daß man das Wort Diktatur seiner faktischen Bedeutung entkleidet und ihm irgendwelchen abgeschwächten Sinn beilegt. Die ganze praktische Thätigkeit der Sozialdemokratie geht darauf hinaus, Zustände und Vorbedingungen zu schaffen, die eine von konvulsivischen Ausbrüchen freie Überführung der modernen Gesellschaftsordnung in eine höhre ermöglichen und verbürgen sollen...

Kein Mensch denkt daran, der bürgerlichen Gesellschaft als einem zivilistisch geordneten Gemeinwesen an den Leib zu wollen. Im Gegenteil. Die Sozialdemokratie will nicht diese Gesellschaft auflösen und ihre Mitglieder allesamt proletarisieren, sie arbeitet vielmehr unablässig daran, den Arbeiter aus der sozialen Stellung

(F. Lassalle, Arbeitermanifest, S. 31ff.)



Versammlung eines Arbeiterbildungsvereins. Unter Bebels und Liebknechts Führung befreiten sich die Arbeitervereine von der Führung durch die Bourgeoisie und strebten einer selbständigen Politik und Organisation zu. Bebel wurde 1867 zum Verbandspräsidenten des Verbandes Deutscher Arbeitervereine gewählt.

Bernsteins friedlicher Übergang zum Sozialismus. Die Diktatur des Proletariats ist überlebt

Oder hat es z.B. einen Sinn, die Phrase von der Diktatur des Proletariats in einer Zeit festzuhalten, wo an allen möglichen Orten Vertreter der Sozialdemokratie sich praktisch auf den Boden der parlamentarischen Arbeit, der zahlengerechten Volksvertretung und der Volksgesetzgebung stellen, die alle der Diktatur widersprechen? Sie ist heute so überlebt, daß sie mit der Wirklichkeit nur dadurch zu vereinen ist, daß man das Wort Diktatur seiner faktischen Bedeutung entkleidet und ihm irgendwelchen abgeschwächten Sinn beilegt. Die ganze praktische Thätigkeit der Sozialdemokratie geht darauf hinaus, Zustände und Vorbedingungen zu schaffen, die eine von konvulsivischen Ausbrüchen freie Überführung der modernen Gesellschaftsordnung in eine höhre ermöglichen und verbürgen sollen...

Kein Mensch denkt daran, der bürgerlichen Gesellschaft als einem zivilistisch geordneten Gemeinwesen an den Leib zu wollen. Im Gegenteil. Die Sozialdemokratie will nicht diese Gesellschaft auflösen und ihre Mitglieder allesamt proletarisieren, sie arbeitet vielmehr unablässig daran, den Arbeiter aus der sozialen Stellung

eines Proletariers zu der eines Bürgers zu erheben und so das Bürgertum oder Bürgersein zu verallgemeinern. Sie will nicht an die Stelle der kapitalistischen eine sozialistische Gesellschaftsordnung setzen. Es wäre gut, wenn man, statt jener zweideutigen Wendung sich zu bedienen, sich an diese letztere, ganz unzweideutige Erklärung hielte. Dann würde man auch einen guten Teil anderer Widersprüche los, welche die Gegner nicht ganz mit Unrecht zwischen der Phraseologie und der Praxis der Sozialdemokratie konstatieren.
(Ed. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899)

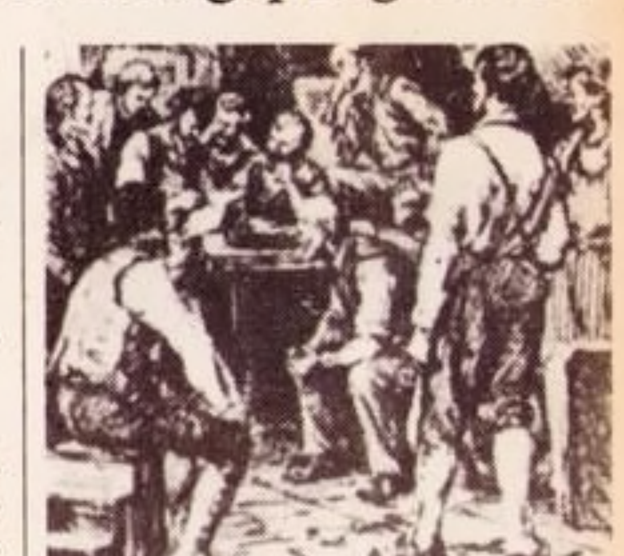
Bernsteins „sozialistische“ Kolonialpolitik

Das deutsche Volk hat kein Interesse daran, daß China aufgeteilt und Deutschland mit einem Stück Reich der Mitte abgefunden wird. Aber das deutsche Volk hat ein großes Interesse daran, daß China kein Raub anderer Nationen wird, es hat ein großes Interesse daran, daß Chinas Handelspolitik nicht dem Interesse einer einzelnen fremden Macht oder einer Koalition fremder Mächte untergeordnet werde – kurz, daß in Bezug auf alle China betreffenden Fragen Deutschland ein entschiedenes Wort mitzusprechen habe. Sein Handel mit China erheischt ein solches Einspruchsrecht...

Wenn es aber nicht verwerflich ist, die Produkte tropischer Pflanzungen zu genießen, so kann es auch nicht verwerflich sein, solche Pflanzungen selbst zu bewirthen. Nicht das Ob, sondern das Wie ist hier das Entscheidende. Es ist weder nötig, daß Besetzung tropischer Länder durch Europäer den Eingeborenen Schaden an ihrem Lebensgenuß bringt, noch ist es selbst bisher durchgängig der Fall gewesen. Zudem kann nur ein bedingtes Recht der Wilden auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt werden. Die höhere Kultur hat hier im äußersten Falle auch das höhere Recht. Nicht die Eroberung, sondern die Bewirthung des Bodens gibt den geschichtlichen Rechtstitel auf seine Benützung.
(Ed. Bernstein, Die Voraussetzungen..., a.a.O.)

Naphtalis Programm zur „Mitwirkung“ der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole

Die Demokratie setzt aber auch die Vorstellung eines *Gemeinwesens* voraus. Wir können uns keine politische Demokratie vorstellen, ohne daß wir an den Staat denken. Der Staat aber ist ein Gemeinwesen, das heißt eine über allen Einzelnen stehende öffentliche Körperschaft, die einen Gemeinwillen ausdrückt. Das Wesen der Wirtschaftsdemokratie ist daher erst erfüllt, wenn die Verfügung über die Produktionsmittel nicht mehr Einzelnen zu Privateigentum für private Zwecke zusteht, sondern ein Gemeinwesen der Wirtschaft, das einen wirtschaftlichen Gesamtwillen verkörpert, in dem nicht mehr der private Nutzen einzelner, sondern der Gemeinnutzen bestimmend ist.
(Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt 1966)



Versammlung von Druckarbeitern – Nach der Niederlage der 48er Revolution entwickelte sich in den 50er Jahren der ökonomische Kampf der Arbeiter. Höhepunkte der Streikbewegung waren 1857 und 1859. Lassalles Theorie vom „ehernen Lohngesetz“ richtet sich direkt *gegen* diese Kämpfe.



Bismarck dressiert den Reichstag des Norddeutschen Bundes. Karikatur aus dem Figaro 1870. Bismarck am 17.11.1871 über den ADAV: „Hier ist nicht alleine eine sachliche Verständigung noch möglich, sondern es wird beim rechten Eingreifen des Staates zur Zeit auch noch gelingen, die Mehrheit der Arbeiter mit der bestehenden Staatsordnung auszusöhnen und die Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern wiederum in Harmonie zu bringen.“



Der Boxeraufstand richtete sich gegen die imperialistische Ausbeutung, insbesondere auch gegen die „Pachtung“ der Kiautschou-Bucht.



Bismarck dressiert den Reichstag des Norddeutschen Bundes. Karikatur aus dem Figaro 1870. Bismarck am 17.11.1871 über den ADAV: „Hier ist nicht alleine eine sachliche Verständigung noch möglich, sondern es wird beim rechten Eingreifen des Staates zur Zeit auch noch gelingen, die Mehrheit der Arbeiter mit der bestehenden Staatsordnung auszusöhnen und die Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern wiederum in Harmonie zu bringen.“



Der Boxeraufstand richtete sich gegen die imperialistische Ausbeutung, insbesondere auch gegen die „Pachtung“ der Kiautschou-Bucht.

Aus der Rede Wilhelms II. bei der Verabschiedung der deutschen Truppen nach China („Hunnenrede“)

„Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!“



Aufständische Hereros